



2020/0361(COD)

10.6.2021

ÄNDERUNGSANTRÄGE 126 – 910

Entwurf einer Stellungnahme

Patrick Breyer

(PE692.898v01-00)

Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur
Änderung der Richtlinie 2000/31/EG

Vorschlag für eine Verordnung

(COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD))

Änderungsantrag 126
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Mitgliedstaaten **führen** zunehmend nationale Rechtsvorschriften **zu den von dieser Verordnung abgedeckten Angelegenheiten ein**, oder ziehen dies in Erwägung, und schaffen damit insbesondere Sorgfaltspflichten für Anbieter von Vermittlungsdiensten. Unter Berücksichtigung des von Natur aus grenzüberschreitenden Charakters des Internets, das im Allgemeinen für die Bereitstellung dieser Dienste verwendet wird, beeinträchtigen diese unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften den Binnenmarkt, der gemäß Artikel 26 des Vertrags ein Raum ohne Binnengrenzen ist, in dem der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen sowie die Niederlassungsfreiheit gewährleistet sind. Die Bedingungen für die Erbringung von Vermittlungsdiensten im gesamten Binnenmarkt sollten harmonisiert werden, um Unternehmen Zugang zu neuen Märkten und Chancen zur Nutzung der Vorteile des Binnenmarkts zu verschaffen und gleichzeitig den Verbrauchern und anderen Nutzern eine größere Auswahl zu bieten.

Geänderter Text

(2) **Seit Jahren setzt die Politik auf freiwillige Zusammenarbeit, um diesen Risiken und Herausforderungen zu begegnen. Da sich dieser Ansatz als unzureichend erwiesen hat und es an harmonisierten Vorschriften auf Unionsebene mangelt, haben** die Mitgliedstaaten zunehmend nationale Rechtsvorschriften **eingeführt**, oder ziehen dies in Erwägung, und schaffen damit insbesondere Sorgfaltspflichten für Anbieter von Vermittlungsdiensten. Unter Berücksichtigung des von Natur aus grenzüberschreitenden Charakters des Internets, das im Allgemeinen für die Bereitstellung dieser Dienste verwendet wird, beeinträchtigen diese unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften den Binnenmarkt, der gemäß Artikel 26 des Vertrags ein Raum ohne Binnengrenzen ist, in dem der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen sowie die Niederlassungsfreiheit gewährleistet sind. Die Bedingungen für die Erbringung von Vermittlungsdiensten im gesamten Binnenmarkt sollten harmonisiert werden, um Unternehmen Zugang zu neuen Märkten und Chancen zur Nutzung der Vorteile des Binnenmarkts zu verschaffen und gleichzeitig den Verbrauchern und anderen Nutzern eine größere Auswahl zu bieten. **Zudem können fragmentierte Vorschriften zu negativen Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit führen.**

Or. en

Änderungsantrag 127

Sylvie Guillaume

**Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 2 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Mitgliedstaaten verpflichten sich darüber hinaus, die Regulierung des öffentlichen Raums für Information und Kommunikation durch multilaterale Abkommen in Anlehnung an die Internationale Partnerschaft für Information und Demokratie, die 21 Mitgliedstaaten der EU unterzeichnet haben, zu fördern, indem demokratische Garantien im digitalen Raum auf Grundlage von Verpflichtungen für Plattformen und Garantien für die Zuverlässigkeit der Informationen geschaffen werden. Diese multilateralen Verpflichtungen bieten konvergente Lösungen in Bereichen, die für die vorliegende Verordnung von Bedeutung sind.

Or. fr

**Änderungsantrag 128
Tomas Tobé**

**Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 2 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Komplexe rechtliche Anforderungen sowohl auf Unionsebene als auch auf mitgliedstaatlicher Ebene haben mit dazu beigetragen, dass im Binnenmarkt tätige Vermittlungsdienste – insbesondere kleine und mittlere Unternehmen – sich mit hohen Verwaltungskosten und Rechtsunsicherheit konfrontiert sehen, wodurch das Risiko verstärkt wird, dass in den Mitgliedstaaten diskriminierende Verfahren angewandt werden.

Änderungsantrag 129

Caterina Chinnici, Hilde Vautmans, David Lega, Javier Moreno Sánchez, Antonio López-Istúriz White, Milan Brglez, Dragoş Pîslaru, Fabienne Keller, Eva Kaili, Josianne Cutajar, Ioan-Rareş Bogdan

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 3

Vorschlag der Kommission

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl Bürgerinnen und -bürger der Union als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf unternehmerische Freiheit und auf Nichtdiskriminierung, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich.

Geänderter Text

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl Bürgerinnen und -bürger der Union als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf unternehmerische Freiheit und auf Nichtdiskriminierung, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich. ***Kinder haben besondere Rechte, die in Artikel 24 der Charta und im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes verankert sind. In der Allgemeinen Bemerkung Nr. 25 zu den Rechten des Kindes in Bezug auf das digitale Umfeld ist förmlich niedergelegt, wie diese Rechte auf die digitale Welt anwendbar sind:***

Änderungsantrag 130

Beata Kempa, Patryk Jaki

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 3

Vorschlag der Kommission

(3) Damit das Online-Umfeld sicher,

Geänderter Text

(3) Damit das Online-Umfeld sicher,

berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl Bürgerinnen und -bürger der Union als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere das Recht auf **Meinungs- und Informationsfreiheit**, auf unternehmerische Freiheit und auf Nichtdiskriminierung, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich.

berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl Bürgerinnen und -bürger der Union als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können – insbesondere das Recht auf **Meinungsfreiheit – einschließlich der für eine offene und demokratische Gesellschaft wesentlichen Freiheit, Informationen und Gedanken zu empfangen und zu verbreiten, sowie einschließlich der Freiheit, im Zuge der öffentlichen Diskussion polemische oder kontroverse Standpunkte zu vertreten, – sowie ferner das Recht auf Medienfreiheit und auf freien Zugang zu Informationen**, auf unternehmerische Freiheit und auf Nichtdiskriminierung **sowie das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten** – ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich.

Or. en

Änderungsantrag 131 Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 3

Vorschlag der Kommission

(3) Damit **das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl** Bürgerinnen und -bürger der Union als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf unternehmerische Freiheit und auf Nichtdiskriminierung, **ist unbedingt** ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von

Geänderter Text

(3) Damit **die** Bürgerinnen und **Bürger** der Union als auch andere Personen **in die Lage versetzt werden**, die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte **angemessen** ausüben **zu** können, insbesondere das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf unternehmerische Freiheit und auf Nichtdiskriminierung, **wird** ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten **vorausgesetzt. Zu diesem Zweck ist es nicht akzeptabel, dass**

Vermittlungsdiensten *erforderlich*.

die allgemeinen Geschäftsbedingungen solcher Anbieter als Grundlage für die Entfernung oder Sperrung von Inhalten dienen können, die nicht offensichtlich rechtswidrig sind.

Or. it

Änderungsantrag 132
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 3

Vorschlag der Kommission

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl Bürgerinnen und -bürger der Union als auch *andere Personen* die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf unternehmerische Freiheit und auf Nichtdiskriminierung, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich.

Geänderter Text

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl Bürgerinnen und -bürger der Union als auch *Nutzer und Verbraucher in der Union* die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf unternehmerische Freiheit, *auf Privatsphäre und Datenschutz* und auf Nichtdiskriminierung, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich.

Or. en

Änderungsantrag 133
Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 3

Vorschlag der Kommission

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl Bürgerinnen und -bürger der Union

Geänderter Text

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl Bürgerinnen und -bürger der Union

als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf unternehmerische Freiheit **und auf Nichtdiskriminierung**, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich.

als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere das Recht auf **Nichtdiskriminierung, auf Privatsphäre und Schutz personenbezogener Daten, auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf Verbraucherschutz und** auf unternehmerische Freiheit, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich.

Or. en

Änderungsantrag 134 Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 8

Vorschlag der Kommission

(8) Eine solche wesentliche Verbindung zur Union sollte dann als gegeben gelten, wenn der Diensteanbieter eine Niederlassung in der Union hat, oder – in Ermangelung einer solchen – anhand der Existenz einer erheblichen Zahl von Nutzern in einem oder mehreren Mitgliedstaaten oder der Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten beurteilt werden. Die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten **lässt sich** anhand aller relevanten Umstände **bestimmen**, einschließlich Faktoren wie der Verwendung einer in dem betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache oder Währung oder der Möglichkeit, Produkte oder Dienstleistungen zu bestellen, oder der Nutzung einer nationalen Domäne oberster Stufe. Ferner ließe sich die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen Mitgliedstaat auch aus der Verfügbarkeit einer Anwendung im jeweiligen nationalen App-Store, der Schaltung lokaler Werbung

Geänderter Text

(8) Eine solche wesentliche Verbindung zur Union sollte dann als gegeben gelten, wenn der Diensteanbieter eine Niederlassung in der Union hat, oder – in Ermangelung einer solchen – anhand der Existenz einer erheblichen Zahl von Nutzern in einem oder mehreren Mitgliedstaaten oder der Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten beurteilt werden. Die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten **sollte** anhand aller relevanten Umstände **bestimmt werden**, einschließlich Faktoren wie der Verwendung einer in dem betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache oder Währung oder der Möglichkeit, Produkte oder Dienstleistungen zu bestellen, oder der Nutzung einer nationalen Domäne oberster Stufe. Ferner ließe sich die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen Mitgliedstaat auch aus der Verfügbarkeit einer Anwendung im jeweiligen nationalen App-Store, der Schaltung lokaler Werbung

oder von Werbung in der im betreffenden Mitgliedstaat verwendeten Sprache oder dem Management der Kundenbeziehungen, zum Beispiel durch die Bereitstellung eines Kundendienstes in der im betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache, ableiten. Das Vorhandensein einer wesentlichen Verbindung sollte auch dann angenommen werden, wenn ein Diensteanbieter seine Tätigkeit nach Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁷ auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten ausrichtet. Die bloße technische Zugänglichkeit einer Website in der Union reicht allerdings nicht aus, damit allein aus diesem Grund eine wesentliche Verbindung angenommen wird.

oder von Werbung in der im betreffenden Mitgliedstaat verwendeten Sprache oder dem Management der Kundenbeziehungen, zum Beispiel durch die Bereitstellung eines Kundendienstes in der im betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache, ableiten. Das Vorhandensein einer wesentlichen Verbindung sollte auch dann angenommen werden, wenn ein Diensteanbieter seine Tätigkeit nach Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten ausrichtet. Die bloße technische Zugänglichkeit einer Website, **einer E-Mail-Adresse oder anderer Kontaktdaten** in der Union reicht allerdings nicht aus, damit allein aus diesem Grund eine wesentliche Verbindung angenommen wird.

²⁷ Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. L 351 vom 20.12.2012, S. 1).

Or. en

Änderungsantrag 135

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 8

Vorschlag der Kommission

(8) Eine solche wesentliche Verbindung zur Union sollte dann als gegeben gelten, wenn der Diensteanbieter eine Niederlassung in der Union hat, oder – in Ermangelung einer solchen – anhand **der Existenz einer erheblichen Zahl von**

Geänderter Text

(8) Eine solche wesentliche Verbindung zur Union sollte dann als gegeben gelten, wenn der Diensteanbieter eine Niederlassung in der Union hat, oder – in Ermangelung einer solchen – anhand der Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder

Nutzern in einem oder mehreren Mitgliedstaaten oder der Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten beurteilt werden. Die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten lässt sich anhand aller relevanten Umstände bestimmen, einschließlich Faktoren wie der Verwendung einer in dem betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache oder Währung oder der Möglichkeit, Produkte oder Dienstleistungen zu bestellen, oder der Nutzung einer nationalen Domäne oberster Stufe. Ferner ließe sich die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen Mitgliedstaat auch aus der Verfügbarkeit einer Anwendung im jeweiligen nationalen App-Store, der Schaltung lokaler Werbung oder von Werbung in der im betreffenden Mitgliedstaat verwendeten Sprache oder dem Management der Kundenbeziehungen, zum Beispiel durch die Bereitstellung eines Kundendienstes in der im betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache, ableiten. Das Vorhandensein einer wesentlichen Verbindung sollte auch dann angenommen werden, wenn ein Diensteanbieter seine Tätigkeit nach Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁷ auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten ausrichtet. Die bloße technische Zugänglichkeit einer Website in der Union reicht allerdings nicht aus, damit allein aus diesem Grund eine wesentliche Verbindung angenommen wird.

²⁷ Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. L 351 vom 20.12.2012, S. 1).

mehrere Mitgliedstaaten beurteilt werden. Die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten lässt sich anhand aller relevanten Umstände bestimmen, einschließlich Faktoren wie der Verwendung einer in dem betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache oder Währung oder der Möglichkeit, Produkte oder Dienstleistungen zu bestellen, oder der Nutzung einer nationalen Domäne oberster Stufe. Ferner ließe sich die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen Mitgliedstaat auch aus der Verfügbarkeit einer Anwendung im jeweiligen nationalen App-Store, der Schaltung lokaler Werbung oder von Werbung in der im betreffenden Mitgliedstaat verwendeten Sprache oder dem Management der Kundenbeziehungen, zum Beispiel durch die Bereitstellung eines Kundendienstes in der im betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache, ableiten. Das Vorhandensein einer wesentlichen Verbindung sollte auch dann angenommen werden, wenn ein Diensteanbieter seine Tätigkeit nach Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁷ auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten ausrichtet. Die bloße technische Zugänglichkeit einer Website in der Union reicht allerdings nicht aus, damit allein aus diesem Grund eine wesentliche Verbindung angenommen wird.

²⁷ Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. L 351 vom 20.12.2012, S. 1).

Or. en

Änderungsantrag 136
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 9

Vorschlag der Kommission

(9) Diese Verordnung sollte die Vorschriften, die sich aus anderen Rechtsakten der Union zur Regelung bestimmter Aspekte der Bereitstellung von Vermittlungsdiensten ergeben, ergänzen, deren Anwendung jedoch unberührt lassen; dies gilt insbesondere für die Richtlinie 2000/31/EG, mit Ausnahme der mit dieser Verordnung eingeführten Änderungen, die Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in ihrer geänderten Fassung²⁸ und **die vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte, genauer** die Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates²⁹. Diese Verordnung berührt daher nicht diese anderen Rechtsakte, die in Bezug auf den in dieser Verordnung festgelegten allgemein anwendbaren Rahmen als *lex specialis* gelten. Die Vorschriften dieser Verordnung gelten jedoch für Fragen, die von den genannten anderen Rechtsakten nicht oder nicht vollständig behandelt werden, und Fragen, in denen diese anderen Rechtsakte den Mitgliedstaaten die Möglichkeit lassen, bestimmte Maßnahmen auf nationaler Ebene zu ergreifen.

²⁸ Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 95

Geänderter Text

(9) Diese Verordnung sollte die Vorschriften, die sich aus anderen Rechtsakten der Union zur Regelung bestimmter Aspekte der Bereitstellung von Vermittlungsdiensten ergeben, ergänzen, deren Anwendung jedoch unberührt lassen; dies gilt insbesondere für die Richtlinie 2000/31/EG, mit Ausnahme der mit dieser Verordnung eingeführten Änderungen, die Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in ihrer geänderten Fassung²⁸ und die Verordnung (EU) **2021/784** des Europäischen Parlaments und des Rates²⁹. Diese Verordnung berührt daher nicht diese anderen Rechtsakte, die in Bezug auf den in dieser Verordnung festgelegten allgemein anwendbaren Rahmen als *lex specialis* gelten. Die Vorschriften dieser Verordnung gelten jedoch für Fragen, die von den genannten anderen Rechtsakten nicht oder nicht vollständig behandelt werden, und Fragen, in denen diese anderen Rechtsakte den Mitgliedstaaten die Möglichkeit lassen, bestimmte Maßnahmen auf nationaler Ebene zu ergreifen.

²⁸ Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 95

vom 15.4.2010, S. 1).

²⁹ Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates – vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte.

vom 15.4.2010, S. 1).

²⁹ Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates – vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte.

Or. en

Änderungsantrag 137

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 12

Vorschlag der Kommission

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte **die Definition des Begriffs „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung weit gefasst werden; er umfasst auch Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten. Insbesondere sollte** der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. **In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob** die Rechtswidrigkeit der Information oder der

Geänderter Text

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte **der Begriff** „illegale Inhalte“ **definiert werden**. Der Begriff **sollte** so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht, **wobei sich** die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht **und der Charta** im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt.

Handlung **sich** aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, **um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.**

Or. en

Änderungsantrag 138 Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 12

Vorschlag der Kommission

(12) ***Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte die Definition des Begriffs „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung weit gefasst werden; er umfasst auch Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem***

Geänderter Text

(12) Für die Zwecke dieser Verordnung sollte der Begriff „**illegale Inhalte**“ so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder **die nicht im Einklang mit dem Unionsrecht in Bezug auf rechtswidrige Handlungen stehen**, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer **gefährlicher** oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

Or. en

Änderungsantrag 139 Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 12

Vorschlag der Kommission

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte **die Definition des Begriffs** „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung **weit gefasst** werden; er umfasst auch Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was

Geänderter Text

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte **der Begriff** „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung **angemessen bestimmt** werden; er umfasst auch Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten, **wenn diese Informationen selbst rechtswidrig sind**. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art

diese zum Gegenstand haben.

von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

Or. en

Änderungsantrag 140

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 12

Vorschlag der Kommission

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte die Definition des Begriffs „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung weit gefasst werden; ***er umfasst*** auch Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus ***mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem*** nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was

Geänderter Text

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte die Definition des Begriffs „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung ***auf dem allgemeinen Gedanken beruhen, dass alles, was offline illegal ist, auch online illegal sein sollte. Der Begriff sollte*** weit gefasst werden ***und*** auch Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten ***umfassen***. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus nationalem Recht ergibt, um welche Art von

diese zum Gegenstand haben.

Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

Or. en

Änderungsantrag 141 **Nicola Procaccini**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 12**

Vorschlag der Kommission

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte die Definition des Begriffs „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung ***weit gefasst werden; er umfasst auch Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten.*** Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was

Geänderter Text

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte die Definition des Begriffs „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung ***ordnungsgemäß vom Begriff „potenziell illegaler Inhalt“ unterschieden werden.*** Insbesondere sollte der Begriff „***illegaler Inhalt***“ so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

diese zum Gegenstand haben.

Or. it

Änderungsantrag 142
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 12

Vorschlag der Kommission

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte die Definition des Begriffs „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung weit gefasst werden; er umfasst auch Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa **illegale** Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der **Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der** rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

Geänderter Text

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte die Definition des Begriffs „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung weit gefasst werden; er umfasst auch Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa Hassrede, **Material über sexuellen Kindesmissbrauch**, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

Änderungsantrag 143

Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 12

Vorschlag der Kommission

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte **die Definition des Begriffs** „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung **weit gefasst** werden; er umfasst auch Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht **ist es unerheblich, ob** die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung **sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.**

Geänderter Text

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte **der Begriff** „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung **unter strikter Beachtung des Grundsatzes der Freiheit der Meinungsäußerung bestimmt** werden; er umfasst auch Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa **eindeutig** illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht **ergibt sich** die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung **aus einem Verstoß gegen den straf-, verwaltungs- oder zivilrechtlichen nationalen Rechtsrahmen.**

Änderungsantrag 144

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa, Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 13

Vorschlag der Kommission

(13) Aufgrund der besonderen Merkmale der betreffenden Dienste und der daraus folgenden Notwendigkeit, deren Anbietern bestimmte spezifische Verpflichtungen aufzuerlegen, ist innerhalb der weiter gefassten Kategorie Hosting-Diensteanbieter gemäß der Definition in dieser Verordnung die Unterkategorie Online-Plattformen abzugrenzen. Online-Plattformen wie soziale Netzwerke oder Online-Marktplätze sollten als Hosting-Diensteanbieter definiert werden, die nicht nur im Auftrag der Nutzer von diesen bereitgestellte Informationen speichern, sondern diese Informationen, wiederum im Auftrag der Nutzer, auch öffentlich verbreiten. Um übermäßig weit gefasste Verpflichtungen zu vermeiden, sollten Hosting-Diensteanbieter jedoch nicht als Online-Plattformen betrachtet werden, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nur um eine unbedeutende und mit einem anderen Dienst verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Hauptdienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit der Vorschriften dieser Verordnung für Online-Plattformen zu umgehen. Ein Kommentarbereich einer Online-Zeitung etwa könnte eine solche Funktion darstellen, die eindeutig eine Nebenfunktion des Hauptdienstes ist, nämlich der Veröffentlichung von Nachrichten unter der redaktionellen Verantwortung des Verlegers.

Geänderter Text

(13) Aufgrund der besonderen Merkmale der betreffenden Dienste und der daraus folgenden Notwendigkeit, deren Anbietern bestimmte spezifische Verpflichtungen aufzuerlegen, ist innerhalb der weiter gefassten Kategorie Hosting-Diensteanbieter gemäß der Definition in dieser Verordnung die Unterkategorie Online-Plattformen abzugrenzen. Online-Plattformen wie soziale Netzwerke, **Plattformen zum Teilen von Online-Inhalten, Suchmaschinen, Livestream-Plattformen, Nachrichtenübermittlungsdienste** oder Online-Marktplätze sollten als Hosting-Diensteanbieter definiert werden, die nicht nur im Auftrag der Nutzer von diesen bereitgestellte Informationen speichern, sondern diese Informationen, wiederum im Auftrag der Nutzer, auch öffentlich verbreiten. Um übermäßig weit gefasste Verpflichtungen zu vermeiden, sollten Hosting-Diensteanbieter jedoch nicht als Online-Plattformen betrachtet werden, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nur um eine unbedeutende und mit einem anderen Dienst verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Hauptdienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit der Vorschriften dieser Verordnung für Online-Plattformen zu umgehen. Ein Kommentarbereich einer Online-Zeitung etwa könnte eine solche Funktion darstellen, die eindeutig eine Nebenfunktion des Hauptdienstes ist, nämlich der Veröffentlichung von

Änderungsantrag 145
Beata Kempa, Patryk Jaki

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 14

Vorschlag der Kommission

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen. Allein die Möglichkeit, Nutzergruppen innerhalb eines bestimmten Dienstes zu schaffen, sollte kein hinreichendes Kriterium dafür sein, dass die auf diese Weise verbreiteten Informationen nicht öffentlich verbreitet werden. Der Begriff sollte jedoch nicht die Verbreitung von Informationen innerhalb geschlossener Gruppen mit einer begrenzten Anzahl an vorab festgelegten Mitgliedern erfassen. Interpersonelle Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁹, etwa E-Mail oder Instant Messaging-Dienste, fallen nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung. Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat, geschieht.

Geänderter Text

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen. Allein die Möglichkeit, Nutzergruppen innerhalb eines bestimmten Dienstes zu schaffen, sollte kein hinreichendes Kriterium dafür sein, dass die auf diese Weise verbreiteten Informationen nicht öffentlich verbreitet werden. Der Begriff sollte jedoch nicht die Verbreitung von Informationen innerhalb geschlossener Gruppen mit einer begrenzten Anzahl an vorab festgelegten Mitgliedern erfassen. Interpersonelle Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁹, etwa E-Mail oder Instant Messaging-Dienste, fallen nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung. Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat, geschieht. ***Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte nicht für Cloud-Dienste – einschließlich Cloud-***

Diensten zwischen Unternehmen – gelten, bei denen der Diensteanbieter keine vertraglichen Verfügungsrechte dahingehend hat, welche Inhalte gespeichert werden oder wie diese verarbeitet oder durch seine Kunden oder die Endnutzer dieser Kunden veröffentlicht werden, und bei denen der Diensteanbieter technisch keine Möglichkeit hat, konkrete Inhalte zu löschen, die von seinen Kunden oder den Endnutzern seiner Dienste gespeichert werden. Bietet ein Diensteanbieter mehrere Dienste an, so sollte diese Verordnung nur auf die in ihren Anwendungsbereich fallenden Dienste angewendet werden.

³⁹ Richtlinie (EU) 2018/1792 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

³⁹ Richtlinie (EU) 2018/1792 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

Or. en

Änderungsantrag 146

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 14

Vorschlag der Kommission

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen.

Geänderter Text

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen.

Allein die Möglichkeit, Nutzergruppen innerhalb eines bestimmten Dienstes zu schaffen, sollte kein hinreichendes Kriterium dafür sein, dass die auf diese Weise verbreiteten Informationen nicht öffentlich verbreitet werden. Der Begriff sollte jedoch nicht die Verbreitung von Informationen innerhalb geschlossener Gruppen mit einer begrenzten Anzahl an vorab festgelegten Mitgliedern erfassen. Interpersonelle Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁹, etwa E-Mail oder Instant Messaging-Dienste, fallen nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung. Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat, geschieht.

³⁹ Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

Wenn der Zugang zu Informationen eine Registrierung oder eine Aufnahme in eine Nutzergruppe erfordert, sollten diese Informationen nur als öffentlich zugänglich angesehen werden, wenn Nutzer, die den Zugang zu diesen Informationen wünschen, automatisch registriert oder aufgenommen werden, ohne eine menschliche Entscheidung oder Auswahl, wem Zugang gewährt wird.

Allein die Möglichkeit, Nutzergruppen innerhalb eines bestimmten Dienstes – ***einschließlich eines Nachrichtenübermittlungsdienstes*** – zu schaffen, sollte kein hinreichendes Kriterium dafür sein, dass die auf diese Weise verbreiteten Informationen nicht öffentlich verbreitet werden. Der Begriff sollte jedoch nicht die Verbreitung von Informationen innerhalb geschlossener Gruppen mit einer begrenzten Anzahl an vorab festgelegten Mitgliedern erfassen. Interpersonelle Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁹, etwa E-Mail oder Instant Messaging-Dienste, fallen nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung. Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat, geschieht.

³⁹ Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

Or. en

Änderungsantrag 147
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 14

Vorschlag der Kommission

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen. ***Allein die Möglichkeit, Nutzergruppen innerhalb eines bestimmten Dienstes zu schaffen, sollte kein hinreichendes Kriterium dafür sein, dass die auf diese Weise verbreiteten Informationen nicht öffentlich verbreitet werden. Der Begriff sollte jedoch nicht die Verbreitung von Informationen innerhalb geschlossener Gruppen mit einer begrenzten Anzahl an vorab festgelegten Mitgliedern erfassen. Interpersonelle Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁹, etwa E-Mail oder Instant Messaging-Dienste, fallen nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung.*** Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat, geschieht.

³⁹ Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

Geänderter Text

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen. ***Dementsprechend sollte in Fällen, in denen eine Registrierung oder die Aufnahme in eine Nutzergruppe erforderlich ist, um Zugang zu Informationen zu erlangen, nur dann von einer öffentlichen Verbreitung von Informationen ausgegangen werden, wenn die Nutzer, die auf die Informationen zugreifen möchten, automatisch registriert oder aufgenommen werden, ohne eine menschliche Entscheidung oder Auswahl, wem Zugang gewährt wird.*** Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat, geschieht.

Or. en

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 14

Vorschlag der Kommission

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen. **Allein die Möglichkeit, Nutzergruppen innerhalb eines bestimmten Dienstes zu schaffen, sollte kein hinreichendes Kriterium dafür sein, dass die auf diese Weise verbreiteten Informationen nicht öffentlich verbreitet werden. Der Begriff sollte jedoch nicht die Verbreitung von Informationen innerhalb geschlossener Gruppen mit einer begrenzten Anzahl an vorab festgelegten Mitgliedern erfassen.** Interpersonelle Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁹, etwa E-Mail oder Instant Messaging-Dienste, **fallen** nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung. Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat, geschieht.

³⁹ Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

Geänderter Text

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen. **Dementsprechend sollte nur dann von einer öffentlichen Verbreitung der Informationen ausgegangen werden, wenn die Nutzer, die auf die Informationen zugreifen möchten, automatisch registriert oder aufgenommen werden, ohne eine menschliche Entscheidung oder Auswahl, wem Zugang gewährt wird.** Interpersonelle Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates, etwa E-Mail oder Instant-Messaging-Dienste, **sollten** nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung **fallen**. Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat, geschieht.

Änderungsantrag 149**Paul Tang****Vorschlag für eine Verordnung****Erwägung 14***Vorschlag der Kommission*

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen. Allein die Möglichkeit, Nutzergruppen innerhalb eines bestimmten Dienstes zu schaffen, sollte kein hinreichendes Kriterium dafür sein, dass die auf diese Weise verbreiteten Informationen nicht öffentlich verbreitet werden. Der Begriff sollte jedoch nicht die Verbreitung von Informationen innerhalb geschlossener Gruppen mit einer begrenzten Anzahl an vorab festgelegten Mitgliedern erfassen. Interpersonelle Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁹, etwa E-Mail oder Instant Messaging-Dienste, fallen nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung. Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat, geschieht.

³⁹ Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates

Geänderter Text

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine – ***in technischer Hinsicht*** – potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen. Allein die Möglichkeit, Nutzergruppen innerhalb eines bestimmten Dienstes zu schaffen, sollte kein hinreichendes Kriterium dafür sein, dass die auf diese Weise verbreiteten Informationen nicht öffentlich verbreitet werden. Der Begriff sollte jedoch nicht die Verbreitung von Informationen innerhalb geschlossener Gruppen mit einer begrenzten Anzahl an vorab festgelegten Mitgliedern erfassen. Interpersonelle Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁹, etwa E-Mail oder Instant Messaging-Dienste, fallen nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung. Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat, geschieht.

³⁹ Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates

vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

Or. en

Änderungsantrag 150 Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 14

Vorschlag der Kommission

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen. ***Allein die Möglichkeit, Nutzergruppen innerhalb eines bestimmten Dienstes zu schaffen, sollte kein hinreichendes Kriterium dafür sein, dass die auf diese Weise verbreiteten Informationen nicht öffentlich verbreitet werden. Der Begriff sollte jedoch nicht die Verbreitung von Informationen innerhalb geschlossener Gruppen mit einer begrenzten Anzahl an vorab festgelegten Mitgliedern erfassen.*** Interpersonelle Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁹, etwa E-Mail oder Instant Messaging-Dienste, ***fallen nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung.*** Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen

Geänderter Text

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen. ***Dementsprechend sollte in Fällen, in denen eine Registrierung oder die Aufnahme in eine Nutzergruppe erforderlich ist, um Zugang zu Informationen zu erlangen, nur dann von einer öffentlichen Verbreitung der Informationen ausgegangen werden, wenn die Nutzer, die auf die Informationen zugreifen möchten, automatisch registriert oder aufgenommen werden, ohne eine menschliche Entscheidung oder Auswahl, wem Zugang gewährt wird.*** Interpersonelle Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁹, etwa E-Mail oder Instant-Messaging-Dienste, ***gelten nicht als öffentlich verbreitet.*** Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen

bereitgestellt hat, geschieht.

³⁹ Richtlinie (EU) 2018/172 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

bereitgestellt hat, geschieht.

³⁹ Richtlinie (EU) 2018/172 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

Or. en

Änderungsantrag 151 **Patrick Breyer**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 15 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(15a) Die Online-Aktivitäten einer Person ermöglichen tiefe Einblicke in ihre Persönlichkeit sowie in ihr Verhalten in der Vergangenheit und in der Zukunft, wodurch es möglich wird, diese Person zu manipulieren. Der hohe Grad an Sensibilität dieser Informationen und das Potenzial, sie zu missbrauchen, erfordern einen besonderen Schutz. In Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Datensparsamkeit und zur Verhinderung der unbefugten Weitergabe, des Identitätsdiebstahls und anderer Formen der missbräuchlichen Nutzung personenbezogener Daten sollten Nutzer das Recht haben, Dienste der Informationsgesellschaft zu nutzen und zu vergüten, wann immer dies technisch möglich ist. Anonyme Zahlungen können zum Beispiel in bar, unter Verwendung bar gezahlter Gutscheine oder über Prepaid-Instrumente erfolgen. Die allgemeine und unterschiedslose Sammlung personenbezogener Daten bei jeder Nutzung eines digitalen Dienstes greift unverhältnismäßig stark in das Recht auf Privatsphäre und den Schutz personenbezogener Daten ein. Nutzer

sollten daher ein Recht darauf haben, bei der Nutzung von Diensten der Informationsgesellschaft nicht einer allgegenwärtigen Nachverfolgung unterworfen zu werden. Zu diesem Zweck sollte die Verarbeitung personenbezogener Daten über die Nutzung von Diensten auf ein Maß beschränkt sein, das strikt erforderlich ist, um die Nutzung und Inrechnungstellung des Dienstes zu ermöglichen. Die Verarbeitung personenbezogener Daten zur Anzeige von Werbung ist nicht strikt erforderlich. Laut der Rechtsprechung zu Kommunikationsmetadaten sollten Anbieter nicht verpflichtet sein, unterschiedslos personenbezogene Daten im Zusammenhang mit der Nutzung des Dienstes von allen Nutzern zu speichern. Die Anwendung einer effektiven Ende-zu-Ende-Verschlüsselung von Daten ist für das Vertrauen und die Sicherheit im Internet unerlässlich und verhindert wirksam den unbefugten Zugriff durch Dritte. Die Tatsache, dass Verschlüsselungstechnologien von manchen für illegale Zwecke missbraucht werden, rechtfertigt nicht, dass die effektive Ende-zu-Ende-Verschlüsselung allgemein geschwächt wird.

Or. en

Begründung

Erwägung, um den im Entwurf der Stellungnahme vorgeschlagenen Artikel 2a zum digitalen Datenschutz zu erläutern.

Änderungsantrag 152
Elissavet Vozemberg-Vrionidi

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 18

Vorschlag der Kommission

(18) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten

Geänderter Text

(18) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten

nicht gelten, wenn der Anbieter sich nicht darauf beschränkt, die Dienstleistungen auf neutrale Weise und durch die bloße technische **und** automatische Verarbeitung der vom Nutzer bereitgestellten Informationen zu erbringen, sondern dahingehend eine aktive Rolle einnimmt, dass er Wissen oder Kontrolle über diese Informationen erhält. Diese Ausschlüsse sollten dementsprechend nicht für die Haftung im Zusammenhang mit Informationen gelten, die nicht vom Nutzer bereitgestellt werden, sondern vom Anbieter des Vermittlungsdienstes selbst, auch wenn diese Informationen im Rahmen der redaktionellen Verantwortung dieses Anbieters entwickelt wurden.

nicht gelten, wenn der Anbieter sich nicht darauf beschränkt, die Dienstleistungen auf neutrale Weise und durch die bloße technische, automatische **und passive** Verarbeitung der vom Nutzer bereitgestellten Informationen zu erbringen, sondern dahingehend eine aktive Rolle einnimmt, dass er Wissen oder Kontrolle über diese Informationen erhält. Diese Ausschlüsse sollten dementsprechend nicht für die Haftung im Zusammenhang mit Informationen gelten, die nicht vom Nutzer bereitgestellt werden, sondern vom Anbieter des Vermittlungsdienstes selbst, auch wenn diese Informationen im Rahmen der redaktionellen Verantwortung dieses Anbieters entwickelt wurden **oder wenn der Anbieter den Inhalt optimiert oder zu Werbezwecken nutzt, und zwar unabhängig davon, ob dies automatisiert erfolgt.**

Or. en

Begründung

Die Unterscheidung zwischen aktiven und passiven Hosts wurde vom EuGH bestätigt und entwickelt. Durch die vorgeschlagene Änderung wird die Formulierung mit L'Oréal SA u. a./eBay International AG u. a., Rechtssache C-324/09, EU:C:2011:474, durch Bezugnahme auf die Optimierung und Nutzung von Inhalten zu Werbezwecken in Einklang gebracht.

Änderungsantrag 153

Marina Kaljurand, Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 18

Vorschlag der Kommission

(18) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten nicht gelten, wenn der Anbieter **sich nicht darauf beschränkt, die Dienstleistungen auf neutrale Weise und durch die bloße technische und automatische Verarbeitung der vom Nutzer bereitgestellten Informationen zu**

Geänderter Text

(18) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten nicht gelten, wenn der Anbieter **von Vermittlungsdiensten** Wissen oder Kontrolle über Informationen **hat**. Diese Ausschlüsse sollten dementsprechend nicht für die Haftung im Zusammenhang mit Informationen gelten, die nicht vom Nutzer

erbringen, sondern dahingehend eine aktive Rolle einnimmt, dass er Wissen oder Kontrolle über ***diese*** Informationen ***erhält***. Diese Ausschlüsse sollten dementsprechend nicht für die Haftung im Zusammenhang mit Informationen gelten, die nicht vom Nutzer bereitgestellt werden, sondern vom Anbieter des Vermittlungsdienstes selbst, auch wenn diese Informationen im Rahmen der redaktionellen Verantwortung dieses Anbieters entwickelt wurden.

bereitgestellt werden, sondern vom Anbieter des Vermittlungsdienstes selbst, auch wenn diese Informationen im Rahmen der redaktionellen Verantwortung dieses Anbieters entwickelt wurden. ***Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten nicht auf unklaren Begriffen wie einer „aktiven“, „neutralen“ oder „passiven“ Rolle der Anbieter beruhen.***

Or. en

Änderungsantrag 154 Elissavet Vozemberg-Vrionidi

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 20

Vorschlag der Kommission

(20) Ein Anbieter von Vermittlungsdiensten, ***der bewusst mit einem Nutzer zusammenarbeitet, um illegale Tätigkeiten auszuüben, erbringt die Dienstleistung nicht auf neutrale Weise und*** sollte dementsprechend die in dieser Verordnung vorgesehenen Haftungsausschlüsse nicht in Anspruch nehmen können.

Geänderter Text

(20) Ein Anbieter von Vermittlungsdiensten, ***deren Hauptzweck darin besteht***, illegale Tätigkeiten auszuüben ***oder zu erleichtern***, sollte die in dieser Verordnung vorgesehenen Haftungsausschlüsse nicht in Anspruch nehmen können.

Or. en

Begründung

Eine bewusste Zusammenarbeit ist vor Gericht sehr schwer nachzuweisen; der geänderte Text ist faktenbasierter und objektiver.

Änderungsantrag 155 Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 20

(20) Ein Anbieter von Vermittlungsdiensten, der bewusst mit einem Nutzer zusammenarbeitet, um illegale Tätigkeiten auszuüben, **erbringt die Dienstleistung nicht auf neutrale Weise und** sollte dementsprechend die in dieser Verordnung vorgesehenen Haftungsausschlüsse nicht in Anspruch nehmen können.

(20) Ein Anbieter von Vermittlungsdiensten, der bewusst mit einem Nutzer zusammenarbeitet, um illegale Tätigkeiten auszuüben, **oder wenn der Hauptzweck dieser Dienste darin besteht, solche Tätigkeiten auszuüben oder zu erleichtern**, sollte dementsprechend die in dieser Verordnung vorgesehenen Haftungsausschlüsse nicht in Anspruch nehmen können.

Or. en

Änderungsantrag 156 Beata Kempa, Patryk Jaki

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 22

(22) Um den Haftungsausschluss für Hosting-Dienste in Anspruch nehmen zu können, sollte der Anbieter unverzüglich tätig werden und illegale Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren, sobald er tatsächliche Kenntnis davon oder Wissen darüber erhält. Die Entfernung oder Sperrung des Zugangs sollte unter Beachtung **des Grundsatzes** der Freiheit der Meinungsäußerung erfolgen. Der Anbieter kann diese tatsächliche Kenntnis oder dieses Wissen insbesondere durch Untersuchungen aus eigener Initiative oder durch Meldungen erhalten, die bei ihm von Personen oder Stellen im Einklang mit dieser Verordnung eingehen, sofern diese Meldungen ausreichend präzise und hinreichend begründet sind, damit ein sorgfältiger Wirtschaftsteilnehmer die mutmaßlich illegalen Inhalte angemessen erkennen und bewerten und gegebenenfalls dagegen vorgehen kann.

(22) Um den Haftungsausschluss für Hosting-Dienste in Anspruch nehmen zu können, sollte der Anbieter unverzüglich tätig werden und illegale Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren, sobald er tatsächliche Kenntnis davon oder Wissen darüber erhält. Die Entfernung oder Sperrung des Zugangs sollte unter Beachtung der Grundsätze der Freiheit der Meinungsäußerung, **der Freiheit, Informationen und Gedanken in einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu empfangen und zu verbreiten, sowie der Medienfreiheit und des Medienpluralismus** erfolgen. Der Anbieter kann diese tatsächliche Kenntnis oder dieses Wissen insbesondere durch Untersuchungen aus eigener Initiative oder durch Meldungen erhalten, die bei ihm von Personen oder Stellen im Einklang mit dieser Verordnung eingehen, sofern diese Meldungen ausreichend präzise und hinreichend begründet sind, damit ein sorgfältiger Wirtschaftsteilnehmer die mutmaßlich illegalen Inhalte angemessen

erkennen und bewerten und gegebenenfalls dagegen vorgehen kann.

Or. en

Änderungsantrag 157
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 22

Vorschlag der Kommission

(22) Um den Haftungsausschluss für Hosting-Dienste in Anspruch nehmen zu können, sollte der Anbieter ***unverzüglich*** tätig werden und illegale Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren, sobald er tatsächliche Kenntnis davon oder Wissen darüber erhält. Die Entfernung oder Sperrung des Zugangs sollte unter Beachtung des Grundsatzes der Freiheit der Meinungsäußerung erfolgen. Der Anbieter kann diese tatsächliche Kenntnis oder dieses Wissen insbesondere durch Untersuchungen aus eigener Initiative oder durch Meldungen erhalten, die bei ihm von Personen ***oder Stellen im Einklang mit dieser Verordnung*** eingehen, sofern diese Meldungen ausreichend präzise und hinreichend begründet sind, damit ein sorgfältiger Wirtschaftsteilnehmer die mutmaßlich illegalen Inhalte angemessen erkennen und bewerten und gegebenenfalls dagegen vorgehen kann.

Geänderter Text

(22) Um den Haftungsausschluss für Hosting-Dienste in Anspruch nehmen zu können, sollte der Anbieter ***so schnell wie möglich*** tätig werden und illegale Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren, sobald er tatsächliche Kenntnis davon oder Wissen darüber erhält. Die Entfernung oder Sperrung des Zugangs sollte unter Beachtung des Grundsatzes der Freiheit der Meinungsäußerung erfolgen. Der Anbieter kann diese tatsächliche Kenntnis oder dieses Wissen insbesondere durch Untersuchungen aus eigener Initiative oder durch Meldungen erhalten, die bei ihm von Personen eingehen, sofern diese Meldungen ausreichend präzise und hinreichend begründet sind, damit ein sorgfältiger Wirtschaftsteilnehmer die mutmaßlich illegalen Inhalte angemessen erkennen und bewerten und gegebenenfalls dagegen vorgehen kann, ***bei einer gleichzeitigen sorgfältigen Prüfung der möglichen Auswirkungen auf die Freiheit der Meinungsäußerung.***

Or. en

Änderungsantrag 158
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 22

(22) Um den Haftungsausschluss für Hosting-Dienste in Anspruch nehmen zu können, sollte der Anbieter unverzüglich tätig werden und illegale Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren, **sobald er tatsächliche Kenntnis davon oder Wissen darüber erhält**. Die Entfernung oder Sperrung des Zugangs sollte unter Beachtung des Grundsatzes der Freiheit der Meinungsäußerung erfolgen. Der Anbieter kann diese tatsächliche Kenntnis oder dieses Wissen insbesondere durch Untersuchungen aus eigener Initiative oder durch Meldungen erhalten, die bei ihm von Personen oder Stellen im Einklang mit dieser Verordnung eingehen, sofern diese Meldungen ausreichend präzise und hinreichend begründet sind, damit ein sorgfältiger Wirtschaftsteilnehmer die mutmaßlich illegalen Inhalte angemessen erkennen und bewerten und gegebenenfalls dagegen vorgehen kann.

(22) Um den Haftungsausschluss für Hosting-Dienste in Anspruch nehmen zu können, sollte der Anbieter – **nachdem er Kenntnis davon erlangt hat, dass Inhalte rechtswidrig sind** – unverzüglich tätig werden und diese Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren. Die Entfernung oder Sperrung des Zugangs sollte unter Beachtung des Grundsatzes der Freiheit der Meinungsäußerung erfolgen. Der Anbieter kann diese tatsächliche Kenntnis oder dieses Wissen insbesondere durch Untersuchungen aus eigener Initiative oder durch Meldungen erhalten, die bei ihm von Personen oder Stellen im Einklang mit dieser Verordnung eingehen, sofern diese Meldungen ausreichend präzise und hinreichend begründet sind, damit ein sorgfältiger Wirtschaftsteilnehmer die mutmaßlich illegalen Inhalte angemessen erkennen und bewerten und gegebenenfalls dagegen vorgehen kann.

Or. en

Änderungsantrag 159

Maite Pagazaurtundúa, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 24

(24) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten die Möglichkeit von Verfügungen unterschiedlicher Art gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten unberührt lassen, selbst wenn diese die im Rahmen dieser Ausschlüsse festgelegten Bedingungen erfüllen. Solche Verfügungen könnten insbesondere in gerichtlichen oder behördlichen Anordnungen bestehen, die die Abstellung oder Verhinderung einer Zuwiderhandlung verlangen, einschließlich der Entfernung illegaler Inhalte, die in der

(24) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten die Möglichkeit von Verfügungen unterschiedlicher Art gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten unberührt lassen, selbst wenn diese die im Rahmen dieser Ausschlüsse festgelegten Bedingungen erfüllen. Solche Verfügungen könnten insbesondere in gerichtlichen oder behördlichen Anordnungen bestehen, die die Abstellung oder Verhinderung einer Zuwiderhandlung verlangen, einschließlich der Entfernung illegaler Inhalte, die in der

im Einklang mit dem Unionsrecht erlassenen Anordnung spezifiziert werden, oder der Sperrung des Zugangs zu ihnen.

im Einklang mit dem Unionsrecht erlassenen Anordnung spezifiziert werden, oder der Sperrung des Zugangs zu ihnen.
Solche Anordnungen, insbesondere wenn sie den Anbieter verpflichten, das erneute Auftreten illegaler Inhalte zu verhindern, müssen im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere mit dem Verbot der Auferlegung allgemeiner Überwachungspflichten, in der Auslegung durch den Gerichtshof der Europäischen Union, erlassen werden.

Or. en

Änderungsantrag 160
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 25

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(25) Um Rechtssicherheit zu schaffen und Abschreckung vor Tätigkeiten zu vermeiden, die Anbieter von Vermittlungsdiensten auf freiwilliger Basis zur Erkennung und Feststellung von illegalen Inhalten sowie zum Vorgehen dagegen durchführen können, sollte präzisiert werden, dass die bloße Durchführung solcher Tätigkeiten durch Anbieter nicht dazu führt, dass die Haftungsausschlüsse gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch genommen werden können, sofern diese Tätigkeiten nach Treu und Glauben und sorgfältig durchgeführt werden. Zudem sollte präzisiert werden, dass das bloße Ergreifen von Maßnahmen durch die Anbieter nach Treu und Glauben zur Einhaltung der Anforderungen des Unionsrechts, einschließlich derer gemäß dieser Verordnung im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, nicht dazu führen sollte, dass diese Ausschlüsse nicht in Anspruch genommen werden können. Jegliche Tätigkeiten und

entfällt

Maßnahmen, die ein Anbieter möglicherweise durchgeführt bzw. ergriffen hat, sollten daher nicht berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Anbieter einen Haftungsausschluss in Anspruch nehmen kann, insbesondere in Bezug darauf, ob der Anbieter die Dienstleistung auf neutrale Weise erbringt und die einschlägige Vorschrift daher für ihn gelten kann, ohne dass dies jedoch bedeutet, dass sich der Anbieter zwangsläufig darauf berufen kann.

Or. en

Änderungsantrag 161 Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 25

Vorschlag der Kommission

(25) Um Rechtssicherheit zu schaffen und Abschreckung vor Tätigkeiten zu vermeiden, die Anbieter von Vermittlungsdiensten auf freiwilliger Basis zur Erkennung **und** Feststellung von illegalen Inhalten **sowie zum Vorgehen dagegen** durchführen können, sollte präzisiert werden, dass die bloße Durchführung solcher Tätigkeiten durch Anbieter nicht dazu führt, dass die Haftungsausschlüsse gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch genommen werden können, sofern diese Tätigkeiten nach Treu und Glauben und sorgfältig durchgeführt werden. Zudem sollte präzisiert werden, dass das bloße Ergreifen von Maßnahmen durch die Anbieter nach Treu und Glauben zur Einhaltung der Anforderungen des Unionsrechts, einschließlich derer gemäß dieser Verordnung im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, nicht dazu führen sollte, dass diese Ausschlüsse nicht in Anspruch genommen werden

Geänderter Text

(25) Um Rechtssicherheit zu schaffen und Abschreckung vor Tätigkeiten zu vermeiden, die Anbieter von Vermittlungsdiensten auf freiwilliger Basis zur Erkennung, Feststellung, **Beseitigung und Meldung** von illegalen Inhalten durchführen können, **einschließlich der Verwendung automatisierter Werkzeuge zur Erkennung offensichtlich illegaler Inhalte**, sollte präzisiert werden, dass die bloße Durchführung solcher Tätigkeiten durch Anbieter nicht dazu führt, dass die Haftungsausschlüsse gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch genommen werden können, sofern diese Tätigkeiten nach Treu und Glauben und sorgfältig durchgeführt werden. Zudem sollte präzisiert werden, dass das bloße Ergreifen von Maßnahmen durch die Anbieter nach Treu und Glauben zur Einhaltung der Anforderungen des Unionsrechts **und des nationalen Rechts**, einschließlich derer gemäß dieser Verordnung im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen,

können. Jegliche Tätigkeiten und Maßnahmen, die ein Anbieter möglicherweise durchgeführt bzw. ergriffen hat, sollten daher nicht berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Anbieter einen Haftungsausschluss in Anspruch nehmen kann, insbesondere in Bezug darauf, ob der Anbieter die Dienstleistung auf neutrale Weise erbringt und die einschlägige Vorschrift daher für ihn gelten kann, ohne dass dies jedoch bedeutet, dass sich der Anbieter zwangsläufig darauf berufen kann.

nicht dazu führen sollte, dass diese Ausschlüsse nicht in Anspruch genommen werden können. Jegliche Tätigkeiten und Maßnahmen, die ein Anbieter möglicherweise durchgeführt bzw. ergriffen hat, sollten daher nicht berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Anbieter einen Haftungsausschluss in Anspruch nehmen kann, insbesondere in Bezug darauf, ob der Anbieter die Dienstleistung auf neutrale Weise erbringt und die einschlägige Vorschrift daher für ihn gelten kann, ohne dass dies jedoch bedeutet, dass sich der Anbieter zwangsläufig darauf berufen kann.

Or. en

Änderungsantrag 162

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans, Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 25

Vorschlag der Kommission

(25) Um Rechtssicherheit zu schaffen und Abschreckung vor Tätigkeiten zu vermeiden, die Anbieter von Vermittlungsdiensten auf freiwilliger Basis zur Erkennung und Feststellung von illegalen Inhalten sowie zum Vorgehen dagegen durchführen können, sollte präzisiert werden, dass die bloße Durchführung solcher Tätigkeiten durch Anbieter nicht dazu führt, dass die Haftungsausschlüsse gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch genommen werden können, sofern diese Tätigkeiten nach Treu und Glauben und sorgfältig durchgeführt werden. Zudem sollte präzisiert werden, dass das bloße Ergreifen von Maßnahmen durch die Anbieter nach Treu und Glauben zur Einhaltung der Anforderungen des Unionsrechts, einschließlich derer gemäß dieser Verordnung im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, nicht

Geänderter Text

(25) Um Rechtssicherheit zu schaffen und Abschreckung vor Tätigkeiten zu vermeiden, die Anbieter von Vermittlungsdiensten auf freiwilliger Basis zur Erkennung und Feststellung von illegalen Inhalten sowie zum Vorgehen dagegen durchführen können, sollte präzisiert werden, dass die bloße Durchführung solcher Tätigkeiten durch Anbieter nicht dazu führt, dass die Haftungsausschlüsse gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch genommen werden können, sofern diese Tätigkeiten nach Treu und Glauben und sorgfältig durchgeführt werden. Zudem sollte präzisiert werden, dass das bloße Ergreifen von Maßnahmen durch die Anbieter nach Treu und Glauben zur Einhaltung der Anforderungen des Unionsrechts, einschließlich derer gemäß dieser Verordnung im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, nicht

dazu führen sollte, dass diese Ausschlüsse nicht in Anspruch genommen werden können. Jegliche Tätigkeiten und Maßnahmen, die ein Anbieter möglicherweise durchgeführt bzw. ergriffen hat, sollten daher nicht berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Anbieter einen Haftungsausschluss in Anspruch nehmen kann, insbesondere in Bezug darauf, ob der Anbieter die Dienstleistung auf neutrale Weise erbringt und die einschlägige Vorschrift daher für ihn gelten kann, ohne dass dies jedoch bedeutet, dass sich der Anbieter zwangsläufig darauf berufen kann.

dazu führen sollte, dass diese Ausschlüsse nicht in Anspruch genommen werden können. Jegliche Tätigkeiten und Maßnahmen, die ein Anbieter möglicherweise durchgeführt bzw. ergriffen hat, ***um auf freiwilliger Basis illegale Inhalte zu erkennen, festzustellen und dagegen vorzugehen***, sollten daher nicht berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Anbieter einen Haftungsausschluss in Anspruch nehmen kann, insbesondere in Bezug darauf, ob der Anbieter die Dienstleistung auf neutrale Weise erbringt und die einschlägige Vorschrift daher für ihn gelten kann, ohne dass dies jedoch bedeutet, dass sich der Anbieter zwangsläufig darauf berufen kann.

Or. en

Änderungsantrag 163 Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 25

Vorschlag der Kommission

(25) Um Rechtssicherheit zu schaffen und Abschreckung vor Tätigkeiten zu vermeiden, die Anbieter von Vermittlungsdiensten auf freiwilliger Basis zur Erkennung und Feststellung von illegalen Inhalten sowie zum Vorgehen dagegen durchführen können, sollte präzisiert werden, dass die bloße Durchführung solcher Tätigkeiten durch Anbieter nicht dazu führt, dass die Haftungsausschlüsse gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch genommen werden können, sofern diese Tätigkeiten nach Treu und Glauben und sorgfältig durchgeführt werden. Zudem sollte präzisiert werden, dass das bloße Ergreifen von Maßnahmen durch die Anbieter nach Treu und Glauben zur Einhaltung der Anforderungen des Unionsrechts,

Geänderter Text

(25) Um Rechtssicherheit zu schaffen und Abschreckung vor Tätigkeiten zu vermeiden, die Anbieter von Vermittlungsdiensten auf freiwilliger Basis zur Erkennung und Feststellung von ***offensichtlich*** illegalen Inhalten, ***die mit schweren Verbrechen in Verbindung stehen***, sowie zum Vorgehen dagegen durchführen können, sollte präzisiert werden, dass die bloße Durchführung solcher Tätigkeiten durch Anbieter nicht dazu führt, dass die Haftungsausschlüsse gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch genommen werden können, sofern diese Tätigkeiten nach Treu und Glauben und sorgfältig ***und niemals auf einer Ermessensbasis*** durchgeführt werden. Zudem sollte präzisiert werden, dass das bloße Ergreifen von Maßnahmen

einschließlich derer gemäß dieser Verordnung im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, nicht dazu führen sollte, dass diese Ausschlüsse nicht in Anspruch genommen werden können. Jegliche Tätigkeiten und Maßnahmen, die ein Anbieter möglicherweise durchgeführt bzw. ergriffen hat, sollten daher nicht berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Anbieter einen Haftungsausschluss in Anspruch nehmen kann, insbesondere in Bezug darauf, ob der Anbieter die Dienstleistung auf neutrale Weise erbringt und die einschlägige Vorschrift daher für ihn gelten kann, ohne dass dies jedoch bedeutet, dass sich der Anbieter zwangsläufig darauf berufen kann.

durch die Anbieter nach Treu und Glauben zur Einhaltung der Anforderungen des Unionsrechts, einschließlich derer gemäß dieser Verordnung im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, nicht dazu führen sollte, dass diese Ausschlüsse nicht in Anspruch genommen werden können. Jegliche Tätigkeiten und Maßnahmen, die ein Anbieter möglicherweise durchgeführt bzw. ergriffen hat, sollten daher nicht berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Anbieter einen Haftungsausschluss in Anspruch nehmen kann, insbesondere in Bezug darauf, ob der Anbieter die Dienstleistung auf neutrale Weise erbringt und die einschlägige Vorschrift daher für ihn gelten kann, ohne dass dies jedoch bedeutet, dass sich der Anbieter zwangsläufig darauf berufen kann.

Or. it

Änderungsantrag 164 **Nicola Procaccini**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 26**

Vorschlag der Kommission

(26) Während es bei den Vorschriften in Kapitel II dieser Verordnung vor allem um den Haftungsausschluss für Anbieter von Vermittlungsdiensten geht, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass trotz der wichtigen Rolle, die diese Anbieter im Allgemeinen einnehmen, das Problem der illegalen Inhalte und Tätigkeiten im Internet nicht allein durch den Fokus auf deren Haftung und Verantwortung bewältigt werden sollte. Wenn möglich sollten Dritte, die von im Internet übertragenen oder gespeicherten illegalen Inhalten betroffen sind, versuchen, Konflikte im Zusammenhang mit solchen Inhalten beizulegen, ohne die betreffenden Anbieter von Vermittlungsdiensten zu

Geänderter Text

(26) Während es bei den Vorschriften in Kapitel II dieser Verordnung vor allem um den Haftungsausschluss für Anbieter von Vermittlungsdiensten geht, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass trotz der wichtigen Rolle, die diese Anbieter im Allgemeinen einnehmen, das Problem der illegalen Inhalte und Tätigkeiten im Internet nicht allein durch den Fokus auf deren Haftung und Verantwortung bewältigt werden sollte. Wenn möglich sollten Dritte, die von im Internet übertragenen oder gespeicherten illegalen Inhalten betroffen sind, versuchen, Konflikte im Zusammenhang mit solchen Inhalten beizulegen, ohne die betreffenden Anbieter von Vermittlungsdiensten zu

beteiligen. Die Nutzer sollten für die von ihnen bereitgestellten und möglicherweise über Vermittlungsdienste verbreiteten illegalen Inhalte haften, sofern die geltenden Vorschriften des Unionsrechts und des nationalen Rechts zur Festlegung solcher Haftung dies vorsehen.

Gegebenenfalls sollten auch andere Akteure, etwa Gruppenmoderatoren im nicht öffentlichen Online-Umfeld, insbesondere in großen Gruppen, dabei helfen, die Verbreitung illegaler Inhalte im Internet im Einklang mit dem geltenden Recht zu verhindern. Ist es erforderlich, die Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft zu beteiligen, einschließlich der Anbieter von Vermittlungsdiensten, so sollten zudem sämtliche Aufforderungen zu einer solchen Beteiligung oder entsprechende Anordnungen grundsätzlich an denjenigen Akteur gerichtet werden, der über die technischen und operativen Fähigkeiten verfügt, gegen bestimmte illegale Inhalte vorzugehen, um jegliche negativen Auswirkungen auf die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von nicht illegalen Informationen zu vermeiden und so gering wie möglich zu halten.

beteiligen. Die Nutzer sollten für die von ihnen bereitgestellten und möglicherweise über Vermittlungsdienste verbreiteten illegalen Inhalte haften, sofern die geltenden Vorschriften des Unionsrechts und des nationalen Rechts zur Festlegung solcher Haftung dies vorsehen. Ist es erforderlich, die Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft zu beteiligen, einschließlich der Anbieter von Vermittlungsdiensten, so sollten zudem sämtliche Aufforderungen zu einer solchen Beteiligung oder entsprechende Anordnungen grundsätzlich an denjenigen Akteur gerichtet werden, der über die technischen und operativen Fähigkeiten verfügt, gegen bestimmte illegale Inhalte vorzugehen, um jegliche negativen Auswirkungen auf die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von nicht illegalen Informationen zu vermeiden und so gering wie möglich zu halten.

Or. it

Änderungsantrag 165 **Vladimír Bilčík, Lena Düpont**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 27**

Vorschlag der Kommission

(27) Seit dem Jahr 2000 wurden neue Technologien entwickelt, die für eine bessere Verfügbarkeit, Wirksamkeit, Geschwindigkeit, Verlässlichkeit, Kapazität und Sicherheit von Systemen für die Übermittlung und Speicherung von Daten im Internet sorgen, wodurch ein immer komplexeres Online-Ökosystem

Geänderter Text

(27) Seit dem Jahr 2000 wurden neue Technologien entwickelt, die für eine bessere Verfügbarkeit, Wirksamkeit, Geschwindigkeit, Verlässlichkeit, Kapazität und Sicherheit von Systemen für die Übermittlung und Speicherung von Daten im Internet sorgen, wodurch ein immer komplexeres Online-Ökosystem

entstanden ist. In dieser Hinsicht sollte daran erinnert werden, dass Anbieter von Diensten zur Bereitstellung und Vereinfachung der zugrunde liegenden logischen Architektur und des reibungslosen Funktionierens des Internets, einschließlich technischer Hilfsfunktionen, ebenfalls die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse in Anspruch nehmen können, sofern ihre Dienste als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind. Zu solchen Diensten gehören gegebenenfalls lokale Funknetze (WLAN), DNS-Dienste, die Dienste von Namenregistern der Domäne oberster Stufe und Zertifizierungsstellen, die digitale Zertifikate ausstellen, oder Netze zur Bereitstellung von Inhalten, die Funktionen anderer Anbieter von Vermittlungsdiensten bereitstellen oder verbessern. Auch Dienste für Kommunikationszwecke und die technischen Mittel für ihre Bereitstellung haben sich stark entwickelt und zur Entstehung von Online-Diensten wie der Internet-Sprachtelefonie (VoIP), Nachrichtenübermittlungsdiensten und webgestützten E-Mail-Diensten geführt, bei denen die Kommunikation über einen Internetzugangsdienst ermöglicht wird. Bei diesen Diensten ist ebenfalls eine Inanspruchnahme der Haftungsausschlüsse möglich, sofern sie als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind.

entstanden ist. In dieser Hinsicht sollte daran erinnert werden, dass Anbieter von Diensten zur Bereitstellung und Vereinfachung der zugrunde liegenden logischen Architektur und des reibungslosen Funktionierens des Internets, einschließlich technischer Hilfsfunktionen, ebenfalls die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse in Anspruch nehmen können, sofern ihre Dienste als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind. Zu solchen Diensten gehören gegebenenfalls lokale Funknetze (WLAN), DNS-Dienste, die Dienste von Namenregistern der Domäne oberster Stufe und Zertifizierungsstellen, die digitale Zertifikate ausstellen, oder Netze zur Bereitstellung von Inhalten, die Funktionen anderer Anbieter von Vermittlungsdiensten bereitstellen oder verbessern. Auch Dienste für Kommunikationszwecke und die technischen Mittel für ihre Bereitstellung haben sich stark entwickelt und zur Entstehung von Online-Diensten wie der Internet-Sprachtelefonie (VoIP), Nachrichtenübermittlungsdiensten, **Cloud-Infrastrukturdiensten** und webgestützten E-Mail-Diensten geführt, bei denen die Kommunikation über einen Internetzugangsdienst ermöglicht wird. Bei diesen Diensten ist ebenfalls eine Inanspruchnahme der Haftungsausschlüsse möglich, sofern sie als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind.

Or. en

Änderungsantrag 166
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 28

Vorschlag der Kommission

(28) Die Anbieter von

Geänderter Text

(28) Die Anbieter von

Vermittlungsdiensten sollten keiner allgemeinen Überwachungspflicht unterliegen. Dies betrifft nicht die Überwachungspflichten in spezifischen Fällen und berührt insbesondere nicht Anordnungen, die von nationalen Behörden nach nationalem Recht im Einklang mit den in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen erlassen werden. Diese Verordnung sollte in keinem Fall so ausgelegt werden, dass sie eine allgemeine Überwachungspflicht, eine Verpflichtung zur aktiven Nachforschung **oder eine allgemeine Verpflichtung der Anbieter zum Ergreifen proaktiver Maßnahmen** in Bezug auf illegale Inhalte auferlegt.

Vermittlungsdiensten sollten keiner allgemeinen Überwachungspflicht unterliegen. Dies betrifft nicht die Überwachungspflichten in spezifischen Fällen und berührt insbesondere nicht Anordnungen, die von nationalen Behörden nach nationalem Recht im Einklang mit den in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen erlassen werden. Diese Verordnung sollte in keinem Fall so ausgelegt werden, dass sie eine allgemeine Überwachungspflicht **oder eine Verpflichtung zur aktiven Nachforschung in Bezug auf illegale Inhalte auferlegt. Die Vorschriften für Melde- und Abhilfemechanismen sollten jedoch durch Anforderungen an die Anbieter ergänzt werden, besondere Maßnahmen zu ergreifen, die in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Reichweite und ihren technischen und operativen Kapazitäten stehen, um dem Auftreten illegaler Inhalte in den von ihnen angebotenen Diensten wirksam entgegenzuwirken.**

Or. en

Änderungsantrag 167

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 28

Vorschlag der Kommission

(28) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten keiner allgemeinen Überwachungspflicht unterliegen. Dies betrifft nicht die Überwachungspflichten in spezifischen Fällen und berührt insbesondere nicht Anordnungen, die von nationalen Behörden nach nationalem Recht im Einklang mit den in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen erlassen werden. Diese Verordnung sollte in keinem Fall so ausgelegt werden, dass sie eine allgemeine Überwachungspflicht, eine Verpflichtung

Geänderter Text

(28) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten keiner allgemeinen Überwachungspflicht unterliegen. Dies betrifft nicht die Überwachungspflichten in spezifischen Fällen und berührt insbesondere nicht Anordnungen, die von nationalen Behörden nach nationalem Recht im Einklang mit den in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen erlassen werden. Diese Verordnung sollte in keinem Fall so ausgelegt werden, dass sie eine allgemeine Überwachungspflicht, eine Verpflichtung

zur aktiven Nachforschung oder eine allgemeine Verpflichtung der Anbieter zum Ergreifen proaktiver Maßnahmen in Bezug auf illegale Inhalte auferlegt.

zur aktiven Nachforschung oder eine allgemeine Verpflichtung der Anbieter zum Ergreifen proaktiver Maßnahmen in Bezug auf illegale Inhalte auferlegt. ***Den Mitgliedstaaten sollte jedoch die Möglichkeit eingeräumt werden, von Diensteanbietern, die Informationen hosten, die ihnen von den Nutzern ihrer Dienste zur Verfügung gestellt werden, zu verlangen, ihrer Sorgfaltspflicht nachzukommen.***

Or. en

Änderungsantrag 168

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 28

Vorschlag der Kommission

(28) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten ***keiner*** allgemeinen Überwachungspflicht unterliegen. ***Dies betrifft nicht die Überwachungspflichten in spezifischen Fällen und berührt insbesondere nicht Anordnungen, die von nationalen Behörden nach nationalem Recht im Einklang mit den in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen erlassen werden.*** Diese Verordnung sollte in keinem Fall so ausgelegt werden, dass sie eine allgemeine Überwachungspflicht, eine Verpflichtung zur aktiven Nachforschung oder eine allgemeine Verpflichtung der Anbieter zum Ergreifen proaktiver Maßnahmen in Bezug auf illegale Inhalte auferlegt.

Geänderter Text

(28) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten – ***weder de jure noch de facto – einer*** allgemeinen Überwachungspflicht unterliegen. ***Eine De-facto-Verpflichtung wäre gegeben, wenn die Nichteinrichtung einer allgemeinen oder präventiven Überwachungsinfrastruktur unwirtschaftlich wäre, beispielsweise aufgrund erheblicher Zusatzkosten für zusätzlichen Bedarf an menschlicher Aufsicht oder aufgrund drohender beträchtlicher Schadenersatzleistungen.*** Diese Verordnung sollte in keinem Fall so ausgelegt werden, dass sie eine allgemeine Überwachungspflicht, eine Verpflichtung zur aktiven Nachforschung oder eine allgemeine Verpflichtung der Anbieter zum Ergreifen proaktiver Maßnahmen in Bezug auf illegale Inhalte auferlegt.

Or. en

Änderungsantrag 169

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 29

Vorschlag der Kommission

(29) In Abhängigkeit von dem Rechtssystem der Mitgliedstaaten und dem betreffenden Rechtsgebiet können nationale Justiz- **oder Verwaltungsbehörden die Anbieter** von Vermittlungsdiensten **anweisen, gegen bestimmte illegale Inhalte vorzugehen oder bestimmte Informationen zur Verfügung zu stellen**. Die nationalen Rechtsvorschriften, nach denen solche Anordnungen erlassen werden, unterscheiden sich erheblich und die Anordnungen erfolgen zunehmend im grenzüberschreitenden Kontext. Um sicherzustellen, dass derlei Anordnungen wirksam und effizient befolgt werden können, damit die betreffenden Behörden ihre Aufgaben erfüllen können und die Anbieter keinen unverhältnismäßigen Belastungen ausgesetzt sind, und dabei Auswirkungen auf die Rechte und berechtigten Interessen von Dritten zu vermeiden, ist es erforderlich, bestimmte Bedingungen, denen diese Anordnungen genügen sollten, und einige zusätzliche Anforderungen im Zusammenhang mit der Bearbeitung dieser Anordnungen festzulegen.

Geänderter Text

(29) In Abhängigkeit von dem Rechtssystem der Mitgliedstaaten und dem betreffenden Rechtsgebiet können nationale Justiz, **Verwaltungs- oder öffentlichen Sicherheitsbehörden sollten als die einzigen Einheiten eingestuft werden, die berechtigt sind, über die Entfernung bestimmter Inhalte zu entscheiden, außer im Fall von offensichtlich illegalen Inhalten, die mit schweren Straftaten in Verbindung stehen, die sofortige Maßnahmen des Anbieters** von Vermittlungsdiensten **erfordern können**. Die nationalen Rechtsvorschriften, nach denen solche Anordnungen erlassen werden, unterscheiden sich erheblich und die Anordnungen erfolgen zunehmend im grenzüberschreitenden Kontext. Um sicherzustellen, dass derlei Anordnungen wirksam und effizient befolgt werden können, damit die betreffenden Behörden ihre Aufgaben erfüllen können und die Anbieter keinen unverhältnismäßigen Belastungen ausgesetzt sind, und dabei Auswirkungen auf die Rechte und berechtigten Interessen von Dritten zu vermeiden, ist es erforderlich, bestimmte Bedingungen, denen diese Anordnungen genügen sollten, und einige zusätzliche Anforderungen im Zusammenhang mit der Bearbeitung dieser Anordnungen festzulegen.

Or. it

Änderungsantrag 170
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 29

(29) In Abhängigkeit von dem Rechtssystem der Mitgliedstaaten und dem betreffenden Rechtsgebiet können nationale Justiz- oder Verwaltungsbehörden die Anbieter von Vermittlungsdiensten anweisen, gegen bestimmte illegale Inhalte vorzugehen oder bestimmte Informationen zur Verfügung zu stellen. Die nationalen Rechtsvorschriften, nach denen solche Anordnungen erlassen werden, unterscheiden sich erheblich und die Anordnungen erfolgen zunehmend im grenzüberschreitenden Kontext. Um sicherzustellen, dass derlei Anordnungen wirksam und effizient befolgt werden können, damit die betreffenden Behörden ihre Aufgaben erfüllen können und die Anbieter keinen unverhältnismäßigen Belastungen ausgesetzt sind, und dabei Auswirkungen auf die Rechte und berechtigten Interessen von Dritten zu vermeiden, ist es erforderlich, bestimmte Bedingungen, denen diese Anordnungen genügen sollten, und einige zusätzliche Anforderungen im Zusammenhang mit der Bearbeitung dieser Anordnungen festzulegen.

(29) In Abhängigkeit von dem Rechtssystem der Mitgliedstaaten und dem betreffenden Rechtsgebiet können nationale Justiz-, ***Strafverfolgungs-*** oder Verwaltungsbehörden die Anbieter von Vermittlungsdiensten anweisen, gegen bestimmte illegale Inhalte vorzugehen oder bestimmte Informationen zur Verfügung zu stellen. Die nationalen Rechtsvorschriften, nach denen solche Anordnungen erlassen werden, unterscheiden sich erheblich und die Anordnungen erfolgen zunehmend im grenzüberschreitenden Kontext. Um sicherzustellen, dass derlei Anordnungen wirksam und effizient befolgt werden können, damit die betreffenden Behörden ihre Aufgaben erfüllen können und die Anbieter keinen unverhältnismäßigen Belastungen ausgesetzt sind, und dabei Auswirkungen auf die Rechte und berechtigten Interessen von Dritten zu vermeiden, ist es erforderlich, bestimmte Bedingungen, denen diese Anordnungen genügen sollten, und einige zusätzliche Anforderungen im Zusammenhang mit der Bearbeitung dieser Anordnungen festzulegen.

Or. en

Änderungsantrag 171

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 29

(29) In Abhängigkeit von dem Rechtssystem der Mitgliedstaaten und dem betreffenden Rechtsgebiet können nationale Justiz- oder Verwaltungsbehörden die Anbieter von Vermittlungsdiensten anweisen, gegen bestimmte illegale Inhalte vorzugehen oder

(29) In Abhängigkeit von dem Rechtssystem der Mitgliedstaaten und dem betreffenden Rechtsgebiet können nationale Justiz- oder Verwaltungsbehörden die Anbieter von Vermittlungsdiensten anweisen, gegen bestimmte illegale Inhalte vorzugehen oder

bestimmte Informationen zur Verfügung zu stellen. Die nationalen Rechtsvorschriften, nach denen solche Anordnungen erlassen werden, unterscheiden sich erheblich und die Anordnungen erfolgen zunehmend im grenzüberschreitenden Kontext. Um sicherzustellen, dass derlei Anordnungen wirksam und effizient befolgt werden können, damit die betreffenden Behörden ihre Aufgaben erfüllen können und die Anbieter keinen unverhältnismäßigen Belastungen ausgesetzt sind, und dabei Auswirkungen auf die Rechte und berechtigten Interessen von Dritten zu vermeiden, ist es erforderlich, bestimmte Bedingungen, denen diese Anordnungen genügen sollten, und einige zusätzliche Anforderungen **im Zusammenhang mit der** Bearbeitung dieser Anordnungen festzulegen.

bestimmte Informationen zur Verfügung zu stellen. Die nationalen Rechtsvorschriften, nach denen solche Anordnungen erlassen werden, unterscheiden sich erheblich und die Anordnungen erfolgen zunehmend im grenzüberschreitenden Kontext. Um sicherzustellen, dass derlei Anordnungen wirksam und effizient befolgt werden können, damit die betreffenden Behörden ihre Aufgaben erfüllen können und die Anbieter keinen unverhältnismäßigen Belastungen ausgesetzt sind, und dabei Auswirkungen auf die Rechte und berechtigten Interessen von Dritten zu vermeiden, ist es erforderlich, bestimmte Bedingungen, denen diese Anordnungen genügen sollten, und einige zusätzliche Anforderungen **zur wirksamen** Bearbeitung dieser Anordnungen festzulegen.

Or. en

Änderungsantrag 172

Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 30

Vorschlag der Kommission

(30) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte oder zur Bereitstellung von Informationen sollten im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen werden, insbesondere der Verordnung (EU) 2016/679 und dem in dieser Verordnung festgelegten Verbot allgemeiner Verpflichtungen zur Überwachung von Informationen oder zur aktiven Ermittlung von Tatsachen oder Umständen, die auf illegale Tätigkeiten hindeuten. Die in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte gelten, lassen andere Rechtsakte der Union unberührt, die ähnliche Mechanismen für das Vorgehen gegen bestimmte Arten

Geänderter Text

(30) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte oder zur Bereitstellung von Informationen sollten **von benannten zuständigen nationalen Behörden** im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen werden, insbesondere der Verordnung (EU) 2016/679 und dem in dieser Verordnung festgelegten Verbot allgemeiner Verpflichtungen zur Überwachung von Informationen oder zur aktiven Ermittlung von Tatsachen oder Umständen, die auf illegale Tätigkeiten hindeuten. **Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass die zuständigen Behörden ihre Aufgaben auf objektive, unabhängige und nicht diskriminierende Weise erfüllen und bei der Wahrnehmung**

illegaler Inhalte vorsehen, etwa die Verordnung (EU) .../... (*vorgeschlagene Verordnung* zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte) oder die Verordnung (EU) 2017/2394, mit der spezifische Befugnisse zur Anordnung der Bereitstellung von Informationen an die Verbraucherschutzbehörden der Mitgliedstaaten übertragen werden, während die Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen gelten, andere Rechtsakte der Union unberührt lassen, die ähnliche einschlägige Vorschriften für bestimmte Sektoren vorsehen. Diese Bedingungen und Anforderungen sollten unbeschadet der Vorschriften des anwendbaren nationalen Rechts zur Speicherung und Aufbewahrung im Einklang mit dem Unionsrecht und Ersuchen von Strafverfolgungsbehörden um vertrauliche Behandlung im Zusammenhang mit der Nichtoffenlegung von Informationen gelten.

der Aufgaben gemäß dieser Verordnung keine Weisungen von anderen Stellen einholen oder entgegennehmen. Die in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte gelten, lassen andere Rechtsakte der Union unberührt, die ähnliche Mechanismen für das Vorgehen gegen bestimmte Arten illegaler Inhalte vorsehen, etwa die Verordnung (EU) **2021/784** zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte oder die Verordnung (EU) 2017/2394, mit der spezifische Befugnisse zur Anordnung der Bereitstellung von Informationen an die Verbraucherschutzbehörden der Mitgliedstaaten übertragen werden, während die Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen gelten, andere Rechtsakte der Union unberührt lassen, die ähnliche einschlägige Vorschriften für bestimmte Sektoren vorsehen. Diese Bedingungen und Anforderungen sollten unbeschadet der Vorschriften des anwendbaren nationalen Rechts zur Speicherung und Aufbewahrung im Einklang mit dem Unionsrecht und Ersuchen von Strafverfolgungsbehörden um vertrauliche Behandlung im Zusammenhang mit der Nichtoffenlegung von Informationen gelten.

Or. en

Änderungsantrag 173
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 30 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(30a) Im Einklang mit dem Urteil des Gerichtshofs vom 3. Oktober 2019 in der Rechtssache C-18/18 und soweit

technologisch durchführbar, können Anbieter von Vermittlungsdiensten auf der Grundlage hinreichend begründeter Anordnungen der zuständigen Behörden und unter voller Berücksichtigung des spezifischen Kontexts der Inhalte verpflichtet werden, in regelmäßigen Abständen nach bestimmten Inhaltsteilen zu suchen, die ein Gericht bereits für rechtswidrig erklärt hat, vorausgesetzt, dass die Überwachung und die Suche nach den von einer solchen Verfügung betroffenen Informationen auf Informationen begrenzt sind, die eine Botschaft vermitteln, deren Inhalte im Vergleich zu den Inhalten, die zur Feststellung der Unrechtmäßigkeit geführt haben, im Wesentlichen unverändert sind, und die in der Verfügung spezifizierten Elemente enthalten, die identisch oder gleichwertig mit dem Ausmaß sind, bei dem der Hosting-Anbieter nicht zu einer unabhängigen Bewertung dieser Inhalte verpflichtet wäre.

Or. en

Änderungsantrag 174
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 31

Vorschlag der Kommission

(31) Der räumliche Geltungsbereich solcher Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte sollte auf der Grundlage des geltenden Unions- oder nationalen Rechts, das den Erlass der Anordnung ermöglicht, eindeutig festgelegt werden und nicht über das zur Erreichung ihrer Ziele unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. In dieser Hinsicht sollte die nationale Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlässt, die Ziele der Anordnung im Einklang mit ihrer

Geänderter Text

(31) Der räumliche Geltungsbereich solcher Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte sollte auf der Grundlage des geltenden Unions- oder nationalen Rechts, das den Erlass der Anordnung ermöglicht, eindeutig festgelegt werden und nicht über das zur Erreichung ihrer Ziele unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. In dieser Hinsicht sollte die nationale Justiz-, **Strafverfolgungs-** oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlässt, die Ziele der Anordnung im

Rechtsgrundlage gegen die Rechte und berechtigten Interessen aller Dritten abwägen, die von der Anordnung betroffen sein könnten, insbesondere ihre Grundrechte nach der Charta. Kann eine Anordnung, die sich auf spezifische Informationen bezieht, Auswirkungen über das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats der betreffenden Behörde hinaus haben, so sollte die Behörde zudem bewerten, ob diese Informationen auch in anderen betroffenen Mitgliedstaaten illegale Inhalte darstellen könnten und gegebenenfalls sowohl die einschlägigen Vorschriften des Unionsrechts und Völkerrechts als auch die Interessen diplomatischer Gepflogenheiten berücksichtigen.

Einklang mit ihrer Rechtsgrundlage gegen die Rechte und berechtigten Interessen aller Dritten abwägen, die von der Anordnung betroffen sein könnten, insbesondere ihre Grundrechte nach der Charta. Kann eine Anordnung, die sich auf spezifische Informationen bezieht, Auswirkungen über das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats der betreffenden Behörde hinaus haben, so sollte die Behörde zudem bewerten, ob diese Informationen auch in anderen betroffenen Mitgliedstaaten illegale Inhalte darstellen könnten und gegebenenfalls sowohl die einschlägigen Vorschriften des Unionsrechts und Völkerrechts als auch die Interessen diplomatischer Gepflogenheiten berücksichtigen. **Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten nicht rechtlich dazu verpflichtet sein, Inhalte zu entfernen, die in ihrem Niederlassungsland rechtmäßig sind. Im Einklang mit dem Unionsrecht sollte es einer zuständigen Behörde jedoch möglich sein, einen in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassenen oder gesetzlich vertretenen Anbieter aufzufordern, den Zugang zu bestimmten Inhalten aus dem Gebiet der Union zu sperren. Dies berührt nicht das Recht der Anbieter, bestimmte Inhalte aufgrund einer Anordnung gegen ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen zu prüfen und diese anschließend zu entfernen, obwohl diese in ihrem Niederlassungsland rechtmäßig sind.**

Or. en

Änderungsantrag 175

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 31

Vorschlag der Kommission

(31) Der räumliche Geltungsbereich

Geänderter Text

(31) Der räumliche Geltungsbereich

solcher Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte sollte auf der Grundlage des geltenden Unions- oder nationalen Rechts, das den Erlass der Anordnung ermöglicht, eindeutig festgelegt werden und nicht über das zur Erreichung ihrer Ziele unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. In dieser Hinsicht sollte die nationale Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlässt, die Ziele der Anordnung im Einklang mit ihrer Rechtsgrundlage gegen die Rechte und berechtigten Interessen aller Dritten abwägen, die von der Anordnung betroffen sein könnten, insbesondere ihre Grundrechte nach der Charta. Kann eine Anordnung, die sich auf spezifische Informationen bezieht, Auswirkungen über das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats der betreffenden Behörde hinaus haben, so sollte die Behörde zudem bewerten, ob diese Informationen auch in anderen betroffenen Mitgliedstaaten illegale Inhalte darstellen könnten und gegebenenfalls sowohl die einschlägigen Vorschriften des Unionsrechts und Völkerrechts als auch die Interessen diplomatischer Gepflogenheiten berücksichtigen.

solcher Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte sollte auf der Grundlage des geltenden Unions- oder nationalen Rechts, das den Erlass der Anordnung ermöglicht, eindeutig festgelegt werden und nicht über das zur Erreichung ihrer Ziele unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. In dieser Hinsicht sollte die nationale Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlässt, die Ziele der Anordnung im Einklang mit ihrer Rechtsgrundlage gegen die Rechte und berechtigten Interessen aller Dritten abwägen, die von der Anordnung betroffen sein könnten, insbesondere ihre Grundrechte nach der Charta. Kann eine Anordnung, die sich auf spezifische Informationen bezieht, Auswirkungen über das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats der betreffenden Behörde hinaus haben, so sollte die Behörde zudem bewerten, ob diese Informationen auch in anderen betroffenen Mitgliedstaaten illegale Inhalte darstellen könnten und gegebenenfalls sowohl die einschlägigen Vorschriften des Unionsrechts *oder des nationalen Rechts* und *des* Völkerrechts als auch die Interessen diplomatischer Gepflogenheiten berücksichtigen.

Or. en

Änderungsantrag 176 **Beata Kempa, Patryk Jaki**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 32**

Vorschlag der Kommission

(32) Die in dieser Verordnung geregelten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen betreffen die Vorlage spezifischer Informationen über einzelne Nutzer der betreffenden Vermittlungsdienste, die in diesen Anordnungen genannt sind, um festzustellen, ob die Nutzer die

Geänderter Text

(32) Die in dieser Verordnung geregelten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen betreffen die Vorlage spezifischer Informationen über einzelne Nutzer der betreffenden Vermittlungsdienste, die in diesen Anordnungen genannt sind, um festzustellen, ob die Nutzer die

anwendbaren Rechtsvorschriften auf Unions- oder nationaler Ebene einhalten. Daher sollten Anordnungen bezüglich Informationen über eine Gruppe von Nutzern, die nicht im Einzelnen genannt werden, einschließlich Anordnungen über die Bereitstellung von für statistische Zwecke oder eine faktengestützte Politikgestaltung erforderlichen aggregierten Informationen, von den Vorschriften dieser Verordnung über die Bereitstellung von Informationen unberührt bleiben.

anwendbaren Rechtsvorschriften auf Unions- oder nationaler Ebene einhalten. Daher sollten Anordnungen bezüglich **nicht personenbezogener** Informationen über eine Gruppe von Nutzern, die nicht im Einzelnen genannt werden, einschließlich Anordnungen über die Bereitstellung von für statistische Zwecke oder eine faktengestützte Politikgestaltung erforderlichen aggregierten Informationen, von den Vorschriften dieser Verordnung über die Bereitstellung von Informationen unberührt bleiben.

Or. en

Änderungsantrag 177

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 33

Vorschlag der Kommission

(33) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und zur Bereitstellung von Informationen unterliegen den Vorschriften zur Wahrung der Zuständigkeit des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter niedergelassen ist, und zur Festlegung möglicher Ausnahmen von dieser Zuständigkeit in bestimmten Fällen gemäß Artikel 3 der Richtlinie 2000/31/EG, sofern die Bedingungen des genannten Artikels erfüllt sind. Da sich die betreffenden Anordnungen auf bestimmte illegale Inhalte bzw. **bestimmte** Informationen beziehen, beschränken Anordnungen, die an in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassene Anbieter gerichtet sind, grundsätzlich nicht die Freiheit dieser Anbieter, ihre Dienste grenzüberschreitend zu erbringen. Die Vorschriften des Artikels 3 der Richtlinie 2000/31/EG, einschließlich derer über die Notwendigkeit, Maßnahmen zu rechtfertigen, die aus bestimmten genau festgelegten Gründen eine Ausnahme von

Geänderter Text

(33) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und zur Bereitstellung von Informationen unterliegen den Vorschriften zur Wahrung der Zuständigkeit des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter niedergelassen ist, und zur Festlegung möglicher Ausnahmen von dieser Zuständigkeit in bestimmten Fällen gemäß Artikel 3 der Richtlinie 2000/31/EG, sofern die Bedingungen des genannten Artikels erfüllt sind. Da sich die betreffenden Anordnungen auf bestimmte – **nach Unionsrecht oder nationalem Recht** – illegale Inhalte bzw. Informationen beziehen, beschränken Anordnungen, die an in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassene Anbieter gerichtet sind, grundsätzlich nicht die Freiheit dieser Anbieter, ihre Dienste grenzüberschreitend zu erbringen. Die Vorschriften des Artikels 3 der Richtlinie 2000/31/EG, einschließlich derer über die Notwendigkeit, Maßnahmen zu rechtfertigen, die aus bestimmten genau

der Zuständigkeit des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter niedergelassen ist, darstellen und über die Mitteilung solcher Maßnahmen, gelten daher nicht für diese Anordnungen.

festgelegten Gründen eine Ausnahme von der Zuständigkeit des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter niedergelassen ist, darstellen und über die Mitteilung solcher Maßnahmen, gelten daher nicht für diese Anordnungen.

Or. en

Änderungsantrag 178

Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 34

Vorschlag der Kommission

(34) Um die Ziele dieser Verordnung zu erreichen und insbesondere das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern und ein sicheres und transparentes Online-Umfeld zu gewährleisten, ist es erforderlich, eindeutige und ausgewogene harmonisierte Sorgfaltspflichten für die Anbieter von Vermittlungsdiensten festzulegen. Mit diesen Verpflichtungen sollte insbesondere darauf abgezielt werden, die Verwirklichung verschiedener politischer Ziele wie der Sicherheit und des Vertrauens der Nutzer, einschließlich der minderjährigen und schutzbedürftigen Nutzer, zu gewährleisten, die einschlägigen in der Charta verankerten Grundrechte zu schützen, die sinnvolle Rechenschaftspflicht der Anbieter sicherzustellen und die Nutzer sowie andere betroffene Parteien zu stärken und den zuständigen Behörden zugleich die erforderliche Aufsicht zu erleichtern.

Geänderter Text

(34) Um die Ziele dieser Verordnung zu erreichen und insbesondere das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern und ein sicheres und transparentes Online-Umfeld zu gewährleisten, ist es erforderlich, eindeutige und ausgewogene harmonisierte Sorgfaltspflichten für die Anbieter von Vermittlungsdiensten festzulegen. Mit diesen Verpflichtungen sollte **gegen rechtswidrige Praktiken vorgegangen und** insbesondere darauf abgezielt werden, die Verwirklichung verschiedener politischer Ziele wie der Sicherheit und des Vertrauens der Nutzer, einschließlich der minderjährigen und schutzbedürftigen Nutzer, zu gewährleisten, die einschlägigen in der Charta verankerten Grundrechte zu schützen, die sinnvolle Rechenschaftspflicht der Anbieter sicherzustellen und die Nutzer sowie andere betroffene Parteien zu stärken und den zuständigen Behörden zugleich die erforderliche Aufsicht zu erleichtern.

Or. en

Änderungsantrag 179

Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 36

Vorschlag der Kommission

(36) Um die reibungslose und wirksame Kommunikation im Zusammenhang mit den Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen, zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten verpflichtet werden, eine zentrale Kontaktstelle einzurichten und einschlägige Informationen zu ihrer Kontaktstelle zu veröffentlichen, einschließlich der für diese Kommunikation zu verwendenden Sprachen. Die Kontaktstelle kann auch von vertrauenswürdigen Hinweisgebern und Gewerbetreibenden, die in einer bestimmten Beziehung zum Anbieter von Vermittlungsdiensten stehen, genutzt werden. Im Gegensatz zum Rechtsvertreter sollte die Kontaktstelle operativen Zwecken dienen und benötigt nicht unbedingt einen physischen Standort.

Geänderter Text

(36) Um die reibungslose und wirksame Kommunikation im Zusammenhang mit den Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen, zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten verpflichtet werden, eine zentrale Kontaktstelle einzurichten und einschlägige Informationen zu ihrer Kontaktstelle zu veröffentlichen, einschließlich der für diese Kommunikation zu verwendenden Sprachen. Die Kontaktstelle kann auch von vertrauenswürdigen Hinweisgebern ***im Zusammenhang mit Kinderrechten*** und Gewerbetreibenden, die in einer bestimmten Beziehung zum Anbieter von Vermittlungsdiensten stehen, genutzt werden. Im Gegensatz zum Rechtsvertreter sollte die Kontaktstelle operativen Zwecken dienen und benötigt nicht unbedingt einen physischen Standort.

Or. en

Änderungsantrag 180

Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 37

Vorschlag der Kommission

(37) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten mit Sitz in einem Drittstaat, die Dienste in der Union anbieten, sollten einen ***hinreichend bevollmächtigten*** Rechtsvertreter in der Union benennen ***und Informationen über ihren Rechtsvertreter bereitstellen***, um die wirksame Aufsicht und erforderlichenfalls die Durchsetzung dieser Verordnung ***in Bezug auf diese Anbieter*** zu ermöglichen.

Geänderter Text

(37) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten mit Sitz in einem Drittstaat, die Dienste in der Union anbieten, sollten einen Rechtsvertreter in der Union benennen, ***der ermächtigt ist, in ihrem Namen zu handeln***, um die ***Einhaltung***, die wirksame Aufsicht und erforderlichenfalls die Durchsetzung dieser Verordnung in Bezug auf diese Anbieter zu ermöglichen. ***Es sollte für die Anbieter***

Die *Rechtsvertreter sollten auch als Kontaktstellen fungieren können, sofern die einschlägigen Anforderungen* dieser Verordnung *eingehalten werden*.

von Vermittlungsdiensten zum Zwecke dieser Verordnung möglich sein, einen bereits für andere Aufgaben benannten gesetzlichen Vertreter zu benennen, wenn dieser in der Lage ist, die Aufgaben wie in dieser Verordnung dargelegt auszuführen. Anbieter von Vermittlungsdiensten, die Teil einer Gruppe sind, sollten einen gemeinsamen gesetzlichen Vertreter benennen dürfen.

Or. en

Änderungsantrag 181 Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 39

Vorschlag der Kommission

(39) Um ein angemessenes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten im Einklang mit den harmonisierten Anforderungen dieser Verordnung jährlich Bericht über die von ihnen betriebene Moderation von Inhalten erstatten, einschließlich der Maßnahmen, die sie zur Anwendung und Durchsetzung ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen ergreifen. Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten diese Transparenzberichtspflichten nicht für Anbieter gelten, die Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴⁰ sind.

⁴⁰ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren

Geänderter Text

(39) Um ein angemessenes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten im Einklang mit den harmonisierten Anforderungen dieser Verordnung jährlich Bericht über die von ihnen betriebene Moderation von Inhalten erstatten, einschließlich der Maßnahmen, die sie zur Anwendung und Durchsetzung ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen ergreifen. ***Anbieter, die ihre Dienste in mehr als einem Mitgliedstaat anbieten, sollten eine Aufstellung der Informationen nach Mitgliedstaat vorlegen.*** Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten diese Transparenzberichtspflichten nicht für Anbieter gelten, die Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴⁰ sind.

⁴⁰ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren

Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

Or. en

Änderungsantrag 182

Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 39

Vorschlag der Kommission

(39) Um ein angemessenes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten im Einklang mit den harmonisierten Anforderungen dieser Verordnung jährlich Bericht über die von ihnen betriebene Moderation von Inhalten erstatten, einschließlich der Maßnahmen, die sie zur Anwendung und Durchsetzung ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen ergreifen. Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten diese Transparenzberichtspflichten nicht für Anbieter gelten, die Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴⁰ sind.

⁴⁰ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

Geänderter Text

(39) Um ein angemessenes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten im Einklang mit den harmonisierten Anforderungen dieser Verordnung jährlich Bericht über die von ihnen betriebene Moderation von Inhalten erstatten, einschließlich der Maßnahmen, die sie zur Anwendung und Durchsetzung ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen ergreifen. ***In diesem Bericht sollten auch Maßnahmen aus Eigeninitiative aufgeführt werden, die zur Wahrung der Meinungsvielfalt auf der Plattform ergriffen wurden.*** Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten diese Transparenzberichtspflichten nicht für Anbieter gelten, die Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴⁰ sind.

⁴⁰ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

Or. en

Änderungsantrag 183

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 40

Vorschlag der Kommission

(40) Hosting-Diensteanbieter spielen beim Umgang mit illegalen **Online-Inhalten** eine **besonders wichtige** Rolle, da sie im Auftrag der Nutzer von diesen übermittelte Informationen speichern und üblicherweise anderen Nutzern – manchmal in großem Umfang – den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Es ist wichtig, dass sämtliche Hosting-Diensteanbieter, ungeachtet ihrer Größe, benutzerfreundliche Melde- und Abhilfeverfahren schaffen, die es erleichtern, **dem Hosting-Diensteanbieter bestimmte Informationen zu melden, die die meldende Partei als illegale Inhalte ansieht (im Folgenden „Meldung“), woraufhin der Anbieter entscheiden kann, ob er der Bewertung zustimmt und diese Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren möchte (im Folgenden „Abhilfe“). Sofern die Anforderungen an Meldungen erfüllt sind, sollte es Einzelpersonen oder Einrichtungen möglich sein, mehrere bestimmte mutmaßlich illegale Inhalte in einem zu melden. Die Verpflichtung zur Schaffung eines Melde- und Abhilfeverfahrens sollte etwa für Datenspeicher- und Weitergabedienste, Web-Hosting-Dienste, Werbeserver und Pastebin-Dienste gelten, sofern sie als von dieser Verordnung erfasste Anbieter von Hosting-Diensten einzustufen sind.**

Geänderter Text

(40) Hosting-Diensteanbieter spielen beim Umgang mit illegalen **Inhalten - im Sinne des bestehenden Rechts** - eine **relevante** Rolle, da sie im Auftrag der Nutzer von diesen übermittelte Informationen speichern und üblicherweise anderen Nutzern – manchmal in großem Umfang – den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Es ist wichtig, dass sämtliche Hosting-Diensteanbieter, ungeachtet ihrer Größe, benutzerfreundliche Melde- und Abhilfeverfahren schaffen, die es erleichtern, illegale Inhalte **zu erkennen, insbesondere nach einer Warnung durch eine zuständige nationale Behörde.**

Or. it

Änderungsantrag 184
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 40

(40) Hosting-Diensteanbieter spielen beim Umgang mit illegalen Online-Inhalten eine besonders wichtige Rolle, da sie im Auftrag der Nutzer von diesen übermittelte Informationen speichern und üblicherweise anderen Nutzern – manchmal in großem Umfang – den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Es ist wichtig, dass sämtliche Hosting-Diensteanbieter, ungeachtet ihrer Größe, benutzerfreundliche Melde- und Abhilfeverfahren schaffen, die es erleichtern, dem Hosting-Diensteanbieter bestimmte Informationen zu melden, die die meldende Partei als illegale Inhalte **ansieht** (im Folgenden „Meldung“), woraufhin der Anbieter entscheiden kann, ob er der Bewertung zustimmt und diese Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren möchte (im Folgenden „Abhilfe“). Sofern die Anforderungen an Meldungen erfüllt sind, sollte es Einzelpersonen oder Einrichtungen möglich sein, mehrere bestimmte mutmaßlich illegale Inhalte in einem zu melden. Die Verpflichtung zur Schaffung eines Melde- und Abhilfeverfahrens sollte etwa für Datenspeicher- und Weitergabedienste, Web-Hosting-Dienste, Werbeserver und Pastebin-Dienste gelten, sofern sie als von dieser Verordnung erfasste Anbieter von Hosting-Diensten einzustufen sind.

(40) Hosting-Diensteanbieter spielen beim Umgang mit illegalen Online-Inhalten eine besonders wichtige Rolle, da sie im Auftrag der Nutzer von diesen übermittelte Informationen speichern und üblicherweise anderen Nutzern – manchmal in großem Umfang – den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Es ist wichtig, dass sämtliche Hosting-Diensteanbieter, ungeachtet ihrer Größe, benutzerfreundliche Melde- und Abhilfeverfahren schaffen, die es erleichtern, dem Hosting-Diensteanbieter bestimmte Informationen zu melden, die die meldende Partei als illegale Inhalte **bewertet** (im Folgenden „Meldung“), woraufhin der Anbieter **aufgrund seiner eigenen Bewertung** entscheiden kann, ob er der Bewertung zustimmt und diese Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren möchte (im Folgenden „Abhilfe“). Sofern die Anforderungen an Meldungen erfüllt sind, sollte es Einzelpersonen oder Einrichtungen möglich sein, mehrere bestimmte mutmaßlich illegale Inhalte in einem zu melden. Die Verpflichtung zur Schaffung eines Melde- und Abhilfeverfahrens sollte etwa für Datenspeicher- und Weitergabedienste, Web-Hosting-Dienste, Werbeserver und Pastebin-Dienste gelten, sofern sie als von dieser Verordnung erfasste Anbieter von Hosting-Diensten einzustufen sind.

Or. en

Änderungsantrag 185

Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 42

(42) **Wenn** ein Hosting-Diensteanbieter

(42) Ein Hosting-Diensteanbieter **darf**

entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, **auch unter Einsatz automatisierter Mittel, so sollte der Anbieter den Nutzer über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die verfügbaren Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidung im Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, informieren. Diese Verpflichtung sollte unabhängig von den Gründen für die Entscheidung gelten, insbesondere davon, ob die Abhilfe durchgeführt wurde, weil die gemeldeten Informationen als illegale Inhalte oder als nicht mit den geltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar angesehen werden.** Die verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diensteanbieters **sollten** stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen.

nicht für sich selbst entscheiden, die von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, **weder** nach Erhalt einer Meldung **noch** auf eigene Initiative, zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, **wobei er die negativen Folgen berücksichtigen sollte, die solche Entscheidungen für den Nutzer haben können, auch im Hinblick auf die Ausübung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, es sei denn, es handelt sich um offensichtlich illegale Inhalte, die im Zusammenhang mit schweren Straftaten stehen. Auch in diesem letzten Fall sollten** die verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diensteanbieters stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen.

Or. it

Änderungsantrag 186 Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 42

Vorschlag der Kommission

(42) Wenn ein Hosting-Diensteanbieter entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, **auch unter Einsatz automatisierter Mittel**, so sollte der Anbieter den Nutzer über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die verfügbaren Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidung im

Geänderter Text

(42) Wenn ein Hosting-Diensteanbieter entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren **oder Vorschläge von Empfehlungssystemen einzuschränken**, so sollte der Anbieter den Nutzer über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die verfügbaren Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidung im

Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, informieren. Diese Verpflichtung sollte unabhängig von den Gründen für die Entscheidung gelten, insbesondere davon, ob die Abhilfe durchgeführt wurde, weil die gemeldeten Informationen als illegale Inhalte oder als nicht mit den geltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar angesehen werden. Die verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diensteanbieters sollten stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen.

Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, informieren. Diese Verpflichtung sollte unabhängig von den Gründen für die Entscheidung gelten, insbesondere davon, ob die Abhilfe durchgeführt wurde, weil die gemeldeten Informationen als illegale Inhalte oder als nicht mit den geltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar angesehen werden. Die verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diensteanbieters sollten stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen. ***Die Einschränkung der Vorschläge von Empfehlungssystemen kann beispielsweise durch Praktiken des „Shadow Banning“ von Inhalten erfolgen.***

Or. en

Änderungsantrag 187

Maite Pagazaurtundúa, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 42

Vorschlag der Kommission

(42) Wenn ein Hosting-Diensteanbieter entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, auch unter Einsatz automatisierter Mittel, so sollte der Anbieter den Nutzer über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die verfügbaren Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidung im Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, informieren. Diese Verpflichtung sollte unabhängig von den Gründen für die Entscheidung gelten,

Geänderter Text

(42) Wenn ein Hosting-Diensteanbieter entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, auch unter Einsatz automatisierter Mittel, so sollte der Anbieter ***verhindern, dass die gemeldeten unrechtmäßigen Informationen erneut erscheinen. Außerdem sollte der Anbieter*** den Nutzer über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die verfügbaren Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidung im Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung seines Grundrechts auf freie

insbesondere davon, ob die Abhilfe durchgeführt wurde, weil die gemeldeten Informationen als illegale Inhalte oder als nicht mit den geltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar angesehen werden. Die verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diensteanbieters sollten stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen.

Meinungsäußerung, informieren. Diese Verpflichtung sollte unabhängig von den Gründen für die Entscheidung gelten, insbesondere davon, ob die Abhilfe durchgeführt wurde, weil die gemeldeten Informationen als illegale Inhalte oder als nicht mit den geltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar angesehen werden. Die verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diensteanbieters sollten stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen.

Or. en

Änderungsantrag 188

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Olivier Chastel, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 42

Vorschlag der Kommission

(42) Wenn ein Hosting-Diensteanbieter entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, auch unter Einsatz automatisierter Mittel, so sollte der Anbieter den Nutzer über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die verfügbaren Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidung im Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, informieren. Diese Verpflichtung sollte unabhängig von den Gründen für die Entscheidung gelten, insbesondere davon, ob die Abhilfe durchgeführt wurde, weil die gemeldeten Informationen als illegale Inhalte oder als nicht mit den geltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar angesehen werden. Die verfügbaren

Geänderter Text

(42) Wenn ein Hosting-Diensteanbieter entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, auch unter Einsatz automatisierter Mittel, **die sich als effizient, verhältnismäßig und genau erwiesen haben**, so sollte der Anbieter den Nutzer über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die verfügbaren Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidung im Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, informieren. Diese Verpflichtung sollte unabhängig von den Gründen für die Entscheidung gelten, insbesondere davon, ob die Abhilfe durchgeführt wurde, weil die gemeldeten Informationen als illegale Inhalte oder als nicht mit den geltenden allgemeinen

Rechtsmittel zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diensteanbieters sollten stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen.

Geschäftsbedingungen vereinbar angesehen werden. Die verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diensteanbieters sollten stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen.

Or. en

Änderungsantrag 189 **Beata Kempa, Patryk Jaki**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 42**

Vorschlag der Kommission

(42) Wenn ein Hosting-Diensteanbieter entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, auch unter Einsatz automatisierter Mittel, so sollte der Anbieter den Nutzer über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die verfügbaren Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidung im Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, informieren. Diese Verpflichtung sollte unabhängig von den Gründen für die Entscheidung gelten, insbesondere davon, ob die Abhilfe durchgeführt wurde, weil die gemeldeten Informationen als illegale Inhalte oder als nicht mit den geltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar angesehen werden. Die verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diensteanbieters sollten stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen.

Geänderter Text

(42) Wenn ein Hosting-Diensteanbieter entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, auch unter Einsatz automatisierter Mittel **nach der Überprüfung dieser Meldung durch einen Menschen**, so sollte der Anbieter den Nutzer über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die verfügbaren Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidung im Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, informieren. Diese Verpflichtung sollte unabhängig von den Gründen für die Entscheidung gelten, insbesondere davon, ob die Abhilfe durchgeführt wurde, weil die gemeldeten Informationen als illegale Inhalte oder als nicht mit den geltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar angesehen werden. Die verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diensteanbieters sollten stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen.

Or. en

Änderungsantrag 190
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 42

Vorschlag der Kommission

(42) Wenn ein Hosting-Diensteanbieter entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, auch unter Einsatz automatisierter Mittel, so sollte der Anbieter den Nutzer über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die verfügbaren Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidung im Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, informieren. Diese Verpflichtung sollte unabhängig von den Gründen für die Entscheidung gelten, insbesondere davon, ob die Abhilfe durchgeführt wurde, weil die gemeldeten Informationen als illegale Inhalte oder als nicht mit den geltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar angesehen werden. Die verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diensteanbieters sollten stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen.

Geänderter Text

(42) Wenn ein Hosting-Diensteanbieter entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, auch unter Einsatz automatisierter Mittel, so sollte der Anbieter den Nutzer über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die verfügbaren Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidung im Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, **in klarer und benutzerfreundlicher Weise** informieren. Diese Verpflichtung sollte unabhängig von den Gründen für die Entscheidung gelten, insbesondere davon, ob die Abhilfe durchgeführt wurde, weil die gemeldeten Informationen als illegale Inhalte oder als nicht mit den geltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar angesehen werden. Die verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diensteanbieters sollten stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen.

Or. en

Änderungsantrag 191
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 42

(42) Wenn ein Hosting-Diensteanbieter entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, auch unter Einsatz automatisierter **Mittel**, so sollte der Anbieter den Nutzer über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die verfügbaren Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidung im Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, informieren. Diese Verpflichtung sollte unabhängig von den Gründen für die Entscheidung gelten, insbesondere davon, ob die Abhilfe durchgeführt wurde, weil die gemeldeten Informationen als illegale Inhalte oder als nicht mit den geltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar angesehen werden. Die verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diensteanbieters sollten stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen.

(42) Wenn ein Hosting-Diensteanbieter entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, auch unter Einsatz automatisierter **Instrumente**, so sollte der Anbieter den Nutzer über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die verfügbaren Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidung im Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, informieren. Diese Verpflichtung sollte unabhängig von den Gründen für die Entscheidung gelten, insbesondere davon, ob die Abhilfe durchgeführt wurde, weil die gemeldeten Informationen als illegale Inhalte oder als nicht mit den geltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar angesehen werden. Die verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diensteanbieters sollten stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen.

Or. en

Änderungsantrag 192 **Patrick Breyer**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 42 a (neu)**

(42a) Bei der Moderation von Inhalten sollten freiwillig von Plattformen eingesetzte Mechanismen nicht zu Vorabkontrollen führen, die sich auf automatisierte Tools oder das Filtern hochgeladener Inhalte stützen. Automatisierte Instrumente sind derzeit nicht in der Lage, rechtswidrige Inhalte

von Inhalten zu unterscheiden, die in einem gegebenen Kontext legal sind, sodass regelmäßig zahlreiche legale Inhalte gesperrt werden. Die menschliche Überprüfung automatisch erstellter Berichte durch Dienstleister oder ihre Auftragnehmer löst dieses Problem nicht umfassend, insbesondere, wenn diese an Mitarbeiter von privaten Unternehmen ausgelagert wird, denen es an Unabhängigkeit, Qualifikation und Rechenschaftspflicht mangelt. Vorabkontrollen sollten so verstanden werden, dass die Veröffentlichung einer automatisierten Entscheidung unterliegt. Das Filtern automatisierter Inhalte wie Spam sollte erlaubt sein. Wo sonst automatisierte Instrumente für die Moderation von Inhalten verwendet werden, sollte der Anbieter eine menschliche Überprüfung und den Schutz rechtmäßiger Inhalte gewährleisten.

Or. en

Änderungsantrag 193
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 44

Vorschlag der Kommission

(44) Die Nutzer sollten in der Lage sein, bestimmte Entscheidungen von Online-Plattformen, die sich negativ auf sie auswirken, einfach und wirksam anzufechten. Die Online-Plattformen sollten daher verpflichtet werden, interne Beschwerdemanagementsysteme einzurichten, die bestimmte Bedingungen erfüllen, um sicherzustellen, dass diese Systeme leicht zugänglich sind und zu raschen und fairen Ergebnissen führen. Zudem sollte die Möglichkeit einer außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten, einschließlich solcher

Geänderter Text

(44) Die Nutzer sollten in der Lage sein, bestimmte Entscheidungen von Online-Plattformen, die sich negativ auf sie auswirken, einfach und wirksam anzufechten. Die Online-Plattformen sollten daher verpflichtet werden, interne **klare und benutzerfreundliche Angaben über Rechtsbehelfsverfahren und** Beschwerdemanagementsysteme einzurichten, die bestimmte Bedingungen erfüllen, um sicherzustellen, dass diese Systeme leicht zugänglich sind und zu raschen und fairen Ergebnissen führen. **Empfänger sollten das Recht haben,**

Streitigkeiten, die über die internen Beschwerdemanagementsysteme nicht zufriedenstellend beigelegt werden konnten, **durch zertifizierte Stellen** vorgesehen werden, **die über die erforderliche Unabhängigkeit sowie die nötigen Mittel und Fachkenntnisse verfügen, ihre Tätigkeiten auf faire, rasche und kosteneffiziente Weise durchzuführen**. Die so geschaffenen Möglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidungen von Online-Plattformen sollten die Möglichkeit des gerichtlichen Rechtsbehelfs im Einklang mit den Rechtsvorschriften des betreffenden Mitgliedstaats ergänzen, doch in jeder Hinsicht unberührt lassen.

Rechtsbehelfe in derselben Sprache in Anspruch nehmen zu können, in der die an das interne Beschwerdemanagementsystem gemeldeten Inhalte verfasst waren. Zudem sollte die Möglichkeit einer außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten, einschließlich solcher Streitigkeiten, die über die internen Beschwerdemanagementsysteme nicht zufriedenstellend beigelegt werden konnten, vorgesehen werden. Die so geschaffenen Möglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidungen von Online-Plattformen sollten die Möglichkeit des gerichtlichen Rechtsbehelfs im Einklang mit den Rechtsvorschriften des betreffenden Mitgliedstaats ergänzen, doch in jeder Hinsicht unberührt lassen.

Or. en

Änderungsantrag 194 Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 46

Vorschlag der Kommission

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass **von vertrauenswürdigen Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhelfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über**

Geänderter Text

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten **im Sinne des geltenden Rechts** kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass **den Meldungen der zuständigen nationalen Behörden unverzüglich nachgegangen wird**. Es **darf** sich dabei **nur** um **ausschließlich** öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol).

besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten verfügen, dass sie kollektive Interessen vertreten und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von Rechtsinhabern den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

⁴³ ***Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der***

Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

Or. it

Änderungsantrag 195
Beata Kempa, Patryk Jaki

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 46

Vorschlag der Kommission

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhilfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten verfügen, dass sie kollektive Interessen vertreten und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und

Geänderter Text

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhilfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten verfügen, dass sie kollektive Interessen vertreten und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und

halböffentliche Stellen, *etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet.* Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von Rechtsinhabern den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

halböffentliche Stellen. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von Rechtsinhabern den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

Or. en

Änderungsantrag 196
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 46

Vorschlag der Kommission

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhilfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz **im Umgang mit illegalen Inhalten** verfügen, dass sie kollektive Interessen vertreten und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von Rechtsinhabern den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden

Geänderter Text

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten, **die Minderjährige betreffen**, kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern **im Zusammenhang mit Kinderrechten** im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhilfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers **im Zusammenhang mit Kinderrechten** sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz **beim Schutz Minderjähriger** verfügen, dass sie kollektive Interessen vertreten und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von Rechtsinhabern den

Bedingungen erfüllen. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber **im Zusammenhang mit Kinderrechten** sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

Or. en

Änderungsantrag 197

Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 46

Vorschlag der Kommission

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen

Geänderter Text

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen

Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhelfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten verfügen, dass sie kollektive Interessen vertreten und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von Rechteinhabern den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit

Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhelfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, **in Abhängigkeit von der Schwere der illegalen Aktivität**, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten verfügen, dass sie kollektive Interessen vertreten und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von Rechteinhabern den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im

dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

Or. en

Änderungsantrag 198

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Olivier Chastel, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 46

Vorschlag der Kommission

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhelfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen,

Geänderter Text

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhelfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen,

vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten verfügen, dass sie kollektive Interessen vertreten und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von Rechtsinhabern den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der

vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten verfügen, dass sie kollektive Interessen vertreten und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten **beispielsweise** die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von Rechtsinhabern den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der

Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

Or. en

Änderungsantrag 199
Sylvie Guillaume

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 46 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(46a) Es lässt sich zudem besser sicherstellen, dass Anbieter die Meinungs- und Informationsfreiheit einhalten, wenn vertrauenswürdige Hinweisgeber ebenfalls Rechtsbehelfe einlegen können oder einen Rechtsbehelf gegen die Meldung eines Inhalts oder gegen einen Moderationsvorgang unterstützen können; diese Rechtsbehelfe sollten vorrangig behandelt werden. Diese vertrauenswürdigen Hinweisgebern können die internen Beschwerdemanagementsysteme der Plattformen befassen, im Rahmen von außergerichtlichen Streitbeilegungsverfahren handeln und den abschließenden Richter anrufen, um eine Entscheidung der Plattformen anzufechten.

Or. fr

Änderungsantrag 200
Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 47

(47) Der Missbrauch von Diensten von Online-Plattformen durch die häufige Bereitstellung von offensichtlich illegalen Inhalten oder die häufige Einreichung von offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden über die jeweiligen durch diese Verordnung eingerichteten Mechanismen und Systeme führt zu Vertrauensverlust und der Beeinträchtigung der Rechte und berechtigten Interessen der betroffenen Parteien. Daher ist es erforderlich, angemessene und verhältnismäßige Vorkehrungen zum Schutz vor solchem Missbrauch einzurichten. Inhalte sollten als offensichtlich illegal und Meldungen oder Beschwerden als offensichtlich unbegründet gelten, wenn es für einen Laien ohne inhaltliche Analyse klar ersichtlich ist, dass die Inhalte illegal bzw. die Meldungen oder Beschwerden unbegründet sind. ***Unter bestimmten Bedingungen sollten Online-Plattformen ihre einschlägigen Dienste für die an missbräuchlichem Verhalten beteiligte Person vorübergehend aussetzen. Die Freiheit der Online-Plattformen, ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen festzulegen und strengere Maßnahmen im Falle offensichtlich illegaler Inhalte im Zusammenhang mit schweren Straftaten zu ergreifen bleibt hiervon unberührt. Aus Transparenzgründen sollte diese Möglichkeit klar und hinreichend präzise in den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Online-Plattformen festgelegt werden.*** Bei den Entscheidungen der Online-Plattformen ***diesbezüglich*** sollten stets Rechtsbehelfe möglich sein und sie sollten der Aufsicht des zuständigen Koordinators für digitale Dienste unterliegen. Die Vorschriften dieser Verordnung über Missbrauch sollten Online-Plattformen ***nicht*** daran hindern, andere Maßnahmen zu ergreifen, um im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht und dem geltenden nationalen Recht gegen

(47) Der Missbrauch von Diensten von Online-Plattformen durch die häufige Bereitstellung von offensichtlich illegalen Inhalten oder die häufige Einreichung von offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden über die jeweiligen durch diese Verordnung eingerichteten Mechanismen und Systeme führt zu Vertrauensverlust und der Beeinträchtigung der Rechte und berechtigten Interessen der betroffenen Parteien. Daher ist es erforderlich, angemessene und verhältnismäßige Vorkehrungen zum Schutz vor solchem Missbrauch einzurichten. Inhalte sollten als offensichtlich illegal und Meldungen oder Beschwerden als offensichtlich unbegründet gelten, wenn es für einen Laien ohne inhaltliche Analyse klar ersichtlich ist, dass die Inhalte illegal bzw. die Meldungen oder Beschwerden unbegründet sind. Bei den Entscheidungen der Online-Plattformen sollten stets Rechtsbehelfe möglich sein und sie sollten der Aufsicht des zuständigen Koordinators für digitale Dienste unterliegen. Die Vorschriften dieser Verordnung über Missbrauch sollten Online-Plattformen daran hindern, andere Maßnahmen zu ergreifen, um im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht und dem geltenden nationalen Recht gegen die Bereitstellung illegaler Inhalte oder den sonstigen Missbrauch ihrer Dienste durch die Nutzer vorzugehen. Diese Vorschriften lassen jegliche im Unionsrecht oder im nationalen Recht vorgesehenen Möglichkeiten unberührt, die am Missbrauch beteiligten Personen haftbar zu machen, einschließlich für Schadensersatz.

die Bereitstellung illegaler Inhalte oder den sonstigen Missbrauch ihrer Dienste durch die Nutzer vorzugehen. Diese Vorschriften lassen jegliche im Unionsrecht oder im nationalen Recht vorgesehenen Möglichkeiten unberührt, die am Missbrauch beteiligten Personen haftbar zu machen, einschließlich für Schadensersatz.

Or. it

Änderungsantrag 201

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa, Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 47

Vorschlag der Kommission

(47) Der Missbrauch von Diensten von Online-Plattformen durch die häufige Bereitstellung von offensichtlich illegalen Inhalten oder die häufige Einreichung von offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden über die jeweiligen durch diese Verordnung eingerichteten Mechanismen und Systeme führt zu Vertrauensverlust und der Beeinträchtigung der Rechte und berechtigten Interessen der betroffenen Parteien. Daher ist es erforderlich, angemessene **und** verhältnismäßige Vorkehrungen zum Schutz vor solchem Missbrauch einzurichten. Inhalte sollten als offensichtlich illegal und Meldungen oder Beschwerden als offensichtlich unbegründet gelten, wenn es für einen Laien ohne inhaltliche Analyse klar ersichtlich ist, dass die Inhalte illegal bzw. die Meldungen oder Beschwerden unbegründet sind. Unter bestimmten Bedingungen sollten Online-Plattformen ihre einschlägigen Dienste für die an missbräuchlichem Verhalten beteiligte Person vorübergehend aussetzen. Die Freiheit der Online-Plattformen, ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen

Geänderter Text

(47) Der Missbrauch von Diensten von Online-Plattformen durch die häufige Bereitstellung von offensichtlich illegalen Inhalten oder die häufige Einreichung von offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden über die jeweiligen durch diese Verordnung eingerichteten Mechanismen und Systeme führt zu Vertrauensverlust und der Beeinträchtigung der Rechte und berechtigten Interessen der betroffenen Parteien. Daher ist es erforderlich, angemessene, verhältnismäßige **und zuverlässige** Vorkehrungen zum Schutz vor solchem Missbrauch einzurichten. Inhalte sollten als offensichtlich illegal und Meldungen oder Beschwerden als offensichtlich unbegründet gelten, wenn es für einen Laien ohne inhaltliche Analyse klar ersichtlich ist, dass die Inhalte illegal bzw. die Meldungen oder Beschwerden unbegründet sind. Unter bestimmten Bedingungen sollten Online-Plattformen ihre einschlägigen Dienste für die an missbräuchlichem Verhalten beteiligte Person vorübergehend aussetzen. Die Freiheit der Online-Plattformen, ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen

festzulegen und strengere Maßnahmen im Falle offensichtlich illegaler Inhalte im Zusammenhang mit schweren Straftaten zu ergreifen bleibt hiervon unberührt. Aus Transparenzgründen sollte diese Möglichkeit klar und hinreichend präzise in den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Online-Plattformen festgelegt werden. Bei den Entscheidungen der Online-Plattformen diesbezüglich sollten stets Rechtsbehelfe möglich sein und sie sollten der Aufsicht des zuständigen Koordinators für digitale Dienste unterliegen. Die Vorschriften dieser Verordnung über Missbrauch sollten Online-Plattformen nicht daran hindern, andere Maßnahmen zu ergreifen, um im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht und dem geltenden nationalen Recht gegen die Bereitstellung illegaler Inhalte oder den sonstigen Missbrauch ihrer Dienste durch die Nutzer vorzugehen. Diese Vorschriften lassen jegliche im Unionsrecht oder im nationalen Recht vorgesehenen Möglichkeiten unberührt, die am Missbrauch beteiligten Personen haftbar zu machen, einschließlich für Schadensersatz.

festzulegen und strengere Maßnahmen im Falle offensichtlich illegaler Inhalte im Zusammenhang mit schweren Straftaten zu ergreifen bleibt hiervon unberührt. Aus Transparenzgründen sollte diese Möglichkeit klar und hinreichend präzise in den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Online-Plattformen festgelegt werden. Bei den Entscheidungen der Online-Plattformen diesbezüglich sollten stets Rechtsbehelfe möglich sein und sie sollten der Aufsicht des zuständigen Koordinators für digitale Dienste unterliegen. Die Vorschriften dieser Verordnung über Missbrauch sollten Online-Plattformen nicht daran hindern, andere Maßnahmen zu ergreifen, um im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht und dem geltenden nationalen Recht gegen die Bereitstellung illegaler Inhalte oder den sonstigen Missbrauch ihrer Dienste durch die Nutzer vorzugehen. Diese Vorschriften lassen jegliche im Unionsrecht oder im nationalen Recht vorgesehenen Möglichkeiten unberührt, die am Missbrauch beteiligten Personen haftbar zu machen, einschließlich für Schadensersatz.

Or. en

Änderungsantrag 202 **Vladimír Bilčík, Lena Düpont**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 48**

Vorschlag der Kommission

(48) Eine Online-Plattform könnte in bestimmten Fällen, etwa über eine Meldung durch eine meldende Partei oder durch ihre eigenen freiwilligen Maßnahmen, Kenntnis von Informationen über bestimmte Tätigkeiten eines Nutzers erhalten, etwa die Bereitstellung bestimmter Arten illegaler Inhalte, die unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände, von der eine Online-Plattform

Geänderter Text

(48) Eine Online-Plattform könnte in bestimmten Fällen, etwa über eine Meldung durch eine meldende Partei oder durch ihre eigenen freiwilligen Maßnahmen, Kenntnis von Informationen über bestimmte Tätigkeiten eines Nutzers erhalten, etwa die Bereitstellung bestimmter Arten illegaler Inhalte, die unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände, von der eine Online-Plattform

Kenntnis hat, den Verdacht angemessen rechtfertigen, dass der Nutzer eine schwere Straftat begangen hat, begeht oder vermutlich begehen wird, die das Leben oder die Sicherheit von Personen in Gefahr bringt, wie eine der in der Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁴ genannten Straftaten. In solchen Fällen sollte die Online-Plattform die zuständigen Strafverfolgungsbehörden unverzüglich über einen solchen Verdacht informieren und ihnen alle einschlägigen ihr verfügbaren Informationen übermitteln, gegebenenfalls auch die jeweiligen Inhalte und eine Erläuterung ihres Verdachts. Diese Verordnung bildet keine Rechtsgrundlage für die Erstellung von Profilen von Nutzern für eine mögliche Feststellung von Straftaten durch Online-Plattformen. Online-Plattformen sollten auch andere anwendbare Vorschriften des Unionsrechts oder des nationalen Rechts zum Schutz der Rechte und Freiheiten von Einzelpersonen beachten, wenn sie die Strafverfolgungsbehörden informieren.

⁴⁴ Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates (ABl. L 335 vom 17.12.2011, S. 1).

Kenntnis hat, den Verdacht angemessen rechtfertigen, dass der Nutzer eine schwere Straftat begangen hat, begeht oder vermutlich begehen wird, die das Leben oder die Sicherheit von Personen in Gefahr bringt, wie eine der in der Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁴ ***oder in der Richtlinie 2017/571 des Europäischen Parlaments und des Rates*** genannten Straftaten. In solchen Fällen sollte die Online-Plattform die zuständigen Strafverfolgungsbehörden ***oder, falls die zuständige Strafverfolgungsbehörde nicht einfach ermittelt werden kann, Europol*** unverzüglich über einen solchen Verdacht informieren und ihnen alle einschlägigen ihr verfügbaren Informationen übermitteln, gegebenenfalls auch die jeweiligen Inhalte und eine Erläuterung ihres Verdachts. Diese Verordnung bildet keine Rechtsgrundlage für die Erstellung von Profilen von Nutzern für eine mögliche Feststellung von Straftaten durch Online-Plattformen. Online-Plattformen sollten auch andere anwendbare Vorschriften des Unionsrechts oder des nationalen Rechts zum Schutz der Rechte und Freiheiten von Einzelpersonen beachten, wenn sie die Strafverfolgungsbehörden informieren.

⁴⁴ Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates (ABl. L 335 vom 17.12.2011, S. 1).

Or. en

Änderungsantrag 203

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Olivier Chastel, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa, Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 48

Vorschlag der Kommission

(48) Eine Online-Plattform könnte in bestimmten Fällen, etwa über eine Meldung durch eine meldende Partei oder durch ihre eigenen freiwilligen Maßnahmen, Kenntnis von Informationen über bestimmte Tätigkeiten eines Nutzers erhalten, etwa die Bereitstellung bestimmter Arten illegaler Inhalte, die unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände, von der eine Online-Plattform Kenntnis hat, den Verdacht angemessen rechtfertigen, dass der Nutzer eine schwere Straftat begangen hat, begeht oder vermutlich begehen wird, die das Leben oder die Sicherheit von Personen in Gefahr bringt, wie eine der in der Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁴ genannten Straftaten. In solchen Fällen sollte die Online-Plattform die zuständigen Strafverfolgungsbehörden unverzüglich über einen solchen Verdacht informieren und ihnen alle einschlägigen ihr verfügbaren Informationen übermitteln, gegebenenfalls auch die jeweiligen Inhalte und eine Erläuterung ihres Verdachts. Diese Verordnung bildet keine Rechtsgrundlage für die Erstellung von Profilen von Nutzern für eine mögliche Feststellung von Straftaten durch Online-Plattformen. Online-Plattformen sollten auch andere anwendbare Vorschriften des Unionsrechts oder des nationalen Rechts zum Schutz der Rechte und Freiheiten von Einzelpersonen beachten, wenn sie die Strafverfolgungsbehörden informieren.

⁴⁴ Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie sowie zur Ersetzung des

Geänderter Text

(48) Eine Online-Plattform könnte in bestimmten Fällen, etwa über eine Meldung durch eine meldende Partei oder durch ihre eigenen freiwilligen Maßnahmen, Kenntnis von Informationen über bestimmte Tätigkeiten eines Nutzers erhalten, etwa die Bereitstellung bestimmter Arten illegaler Inhalte, die unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände, von der eine Online-Plattform Kenntnis hat, den Verdacht angemessen rechtfertigen, dass der Nutzer eine schwere Straftat begangen hat, begeht oder vermutlich begehen wird, die das Leben oder die Sicherheit von Personen in Gefahr bringt, ***insbesondere, wenn dies schutzbedürftige Nutzer wie Kinder betrifft***, wie eine der in der Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁴ genannten Straftaten. In solchen Fällen sollte die Online-Plattform die zuständigen Strafverfolgungsbehörden unverzüglich über einen solchen Verdacht informieren und ihnen alle einschlägigen ihr verfügbaren Informationen übermitteln, gegebenenfalls auch die jeweiligen Inhalte und eine Erläuterung ihres Verdachts. Diese Verordnung bildet keine Rechtsgrundlage für die Erstellung von Profilen von Nutzern für eine mögliche Feststellung von Straftaten durch Online-Plattformen. Online-Plattformen sollten auch andere anwendbare Vorschriften des Unionsrechts oder des nationalen Rechts zum Schutz der Rechte und Freiheiten von Einzelpersonen beachten, wenn sie die Strafverfolgungsbehörden informieren.

⁴⁴ Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie sowie zur Ersetzung des

Or. en

Änderungsantrag 204

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 48 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(48a) Erhält eine Online-Plattform Kenntnis von Informationen, die den Verdacht begründen, dass eine schwere Straftat, die eine Gefahr für das Leben oder die Sicherheit von Personen darstellt, begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte, so entfernt oder sperrt sie die Inhalte und teilt ihren Verdacht unverzüglich den Strafverfolgungs- oder Justizbehörden des betreffenden Mitgliedstaats oder der betreffenden Mitgliedstaaten mit und stellt alle vorliegenden einschlägigen Informationen zur Verfügung, um Situationen wie die, die zur Ermordung von Samuel Paty führte, zu verhindern^{1a}.

^{1a} **Samuel Paty war ein französischer Geschichtslehrer, der am 16. Oktober 2020 in der Nähe des Collège du Bois d'Aulne in einem Pariser Vorort infolge einer Hasskampagne im Internet ermordet wurde, weil er in seinem Unterricht die Themen freie Meinungsäußerung und Gotteslästerung behandelt hatte.**

Or. en

Änderungsantrag 205

Beata Kempa, Patryk Jaki

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 49

Vorschlag der Kommission

(49) Um zu einem sicheren, vertrauenswürdigen und transparenten Online-Umfeld für Verbraucher sowie für andere Beteiligte, etwa konkurrierende Unternehmer oder Inhaber von Rechten des geistigen Eigentums, beizutragen und Unternehmer vom Verkauf von Produkten und Dienstleistungen unter Verstoß gegen die geltenden Vorschriften abzuhalten, sollten Online-Plattformen, auf denen Verbraucher Fernabsatzverträge mit Unternehmern abschließen können, sicherstellen, dass diese Unternehmer nachverfolgt werden können. Der Unternehmer sollte daher verpflichtet sein, der Online-Plattform bestimmte grundlegende Informationen zur Verfügung zu stellen, auch um für Produkte zu werben oder sie anzubieten. Diese Anforderung sollte auch für Unternehmer gelten, die auf der Grundlage zugrunde liegender Vereinbarungen im Namen von Marken für Produkte werben oder diese anbieten. Diese Online-Plattformen sollten sämtliche Informationen für einen angemessenen Zeitraum, **der nicht über das erforderliche Maß hinausgeht**, sicher speichern, damit diese im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten, von Behörden und privaten Parteien mit einem berechtigten Interesse eingesehen werden können, auch aufgrund von in dieser Verordnung genannten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen.

Geänderter Text

(49) Um zu einem sicheren, vertrauenswürdigen und transparenten Online-Umfeld für Verbraucher sowie für andere Beteiligte, etwa konkurrierende Unternehmer oder Inhaber von Rechten des geistigen Eigentums, beizutragen und Unternehmer vom Verkauf von Produkten und Dienstleistungen unter Verstoß gegen die geltenden Vorschriften abzuhalten, sollten Online-Plattformen, auf denen Verbraucher Fernabsatzverträge mit Unternehmern abschließen können, sicherstellen, dass diese Unternehmer nachverfolgt werden können. Der Unternehmer sollte daher verpflichtet sein, der Online-Plattform bestimmte grundlegende Informationen zur Verfügung zu stellen, auch um für Produkte zu werben oder sie anzubieten. Diese Anforderung sollte auch für Unternehmer gelten, die auf der Grundlage zugrunde liegender Vereinbarungen im Namen von Marken für Produkte werben oder diese anbieten. Diese Online-Plattformen sollten sämtliche Informationen für einen angemessenen Zeitraum **von mindestens sechs Monaten** sicher speichern, damit diese im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten, von Behörden und privaten Parteien mit einem berechtigten Interesse eingesehen werden können, auch aufgrund von in dieser Verordnung genannten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen.

Or. en

Änderungsantrag 206

Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 50

Vorschlag der Kommission

(50) Um eine effiziente und angemessene Anwendung dieser Verpflichtung sicherzustellen, ohne unverhältnismäßige Belastungen aufzuerlegen, sollten die erfassten Online-Plattformen angemessene Bemühungen um die Überprüfung der Zuverlässigkeit der von den betreffenden Unternehmern bereitgestellten Informationen unternehmen, insbesondere durch die Nutzung frei zugänglicher amtlicher Online-Datenbanken oder Online-Schnittstellen, etwa nationaler Handelsregister und des Mehrwertsteuer-Informationsaustauschsystems⁴⁵, oder indem sie die betreffenden Unternehmer auffordern, belastbare Unterlagen als Nachweise vorzulegen, etwa Kopien von Identitätsdokumenten, zertifizierte Bankauszüge, Unternehmenszertifikate oder Auszüge aus dem Handelsregister. Sie können für die Einhaltung dieser Verpflichtung auch auf andere für die Nutzung auf Distanz verfügbare Quellen zurückgreifen, die vergleichbare Zuverlässigkeit bieten. Die erfassten Online-Plattformen sollten jedoch nicht verpflichtet werden, übermäßige oder kostspielige Nachforschungen im Internet anzustellen oder Kontrollen vor Ort durchzuführen. ***Auch sollte nicht davon ausgegangen werden, dass Online-Plattformen, die bereits angemessene Bemühungen gemäß dieser Verordnung unternommen haben, die Zuverlässigkeit der Informationen gegenüber Verbrauchern oder anderen Beteiligten gewährleisten.*** Solche Online-Plattformen sollten ihre Online-Schnittstelle zudem so gestalten und aufbauen, dass Unternehmer ihren Verpflichtungen gemäß dem Unionsrecht nachkommen können, insbesondere den Anforderungen gemäß Artikel 6 und 8 der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁶, Artikel 7 der

Geänderter Text

(50) Um eine effiziente und angemessene Anwendung dieser Verpflichtung sicherzustellen, ohne unverhältnismäßige Belastungen aufzuerlegen, sollten die erfassten Online-Plattformen angemessene Bemühungen um die Überprüfung der Zuverlässigkeit, ***Gültigkeit und Vollständigkeit*** der von den betreffenden Unternehmern bereitgestellten Informationen unternehmen, insbesondere durch die Nutzung frei zugänglicher amtlicher Online-Datenbanken oder Online-Schnittstellen, etwa nationaler Handelsregister und des Mehrwertsteuer-Informationsaustauschsystems⁴⁵, oder indem sie die betreffenden Unternehmer auffordern, belastbare Unterlagen als Nachweise vorzulegen, etwa Kopien von Identitätsdokumenten, zertifizierte Bankauszüge, Unternehmenszertifikate oder Auszüge aus dem Handelsregister. Sie können für die Einhaltung dieser Verpflichtung auch auf andere für die Nutzung auf Distanz verfügbare Quellen zurückgreifen, die vergleichbare Zuverlässigkeit bieten. Die erfassten Online-Plattformen sollten jedoch nicht verpflichtet werden, übermäßige oder kostspielige Nachforschungen im Internet anzustellen oder Kontrollen vor Ort durchzuführen. ***Gleiches gilt für solche Online-Plattformen, wenn sie bereits angemessene Bemühungen gemäß dieser Verordnung unternommen haben, um lediglich legitime Unternehmer auf ihren Online-Schnittstellen zulassen.*** Solche Online-Plattformen sollten ihre Online-Schnittstelle zudem so gestalten und aufbauen, dass Unternehmer ihren Verpflichtungen gemäß dem Unionsrecht nachkommen können, insbesondere den Anforderungen gemäß Artikel 6 und 8 der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁶, Artikel 7 der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁷ und Artikel 3

Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁷ und Artikel 3 der Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁸.

45

https://ec.europa.eu/taxation_customs/vies/vieshome.do?locale=de

⁴⁶ Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

⁴⁷ Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken).

⁴⁸ Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse.

der Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁸.

45

https://ec.europa.eu/taxation_customs/vies/vieshome.do?locale=de

⁴⁶ Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

⁴⁷ Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken).

⁴⁸ Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse.

Or. en

Änderungsantrag 207

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 52

(52) Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen. Online-Werbung kann jedoch erhebliche Risiken bergen – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, bis hin zu Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Online-Inhalte und -Tätigkeiten oder einer diskriminierenden Darstellung von Werbung, die der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger zuwiderläuft. Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der Richtlinie 2000/31/EG sollten Online-Plattformen daher verpflichtet werden sicherzustellen, dass die Nutzer bestimmte individuelle Informationen darüber erhalten, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. Zudem sollten die Nutzer Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen zur zugrunde liegenden Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann Profiling genutzt wird. Die Anforderungen dieser Verordnung an die Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679, insbesondere was das Widerspruchsrecht und die automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall betrifft, einschließlich des Profiling und insbesondere der Notwendigkeit, vor der Verarbeitung personenbezogener Daten für gezielte Werbung die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten Informationen.

(52) Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen. Online-Werbung kann jedoch erhebliche Risiken bergen – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, bis hin zu Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Online-Inhalte und -Tätigkeiten oder einer diskriminierenden Darstellung von Werbung, die der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger zuwiderläuft. Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der Richtlinie 2000/31/EG sollten Online-Plattformen daher verpflichtet werden sicherzustellen, dass die Nutzer bestimmte individuelle Informationen darüber erhalten, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. Zudem sollten die Nutzer Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen zur zugrunde liegenden Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann Profiling genutzt wird. **Die Parameter umfassen gegebenenfalls das vom Werbetreibenden ausgewählte Optimierungsziel, Informationen zur Nutzung von individuellen Listen und in solchen Fällen die Kategorie und die Herkunft der auf der Online-Plattform hochgeladenen personenbezogenen Daten sowie die Rechtsgrundlage für das Hochladen dieser personenbezogenen Daten gemäß der Verordnung (EU) 2016/679, Informationen zur Nutzung von „Lookalike Audiences“ und in solchen Fällen einschlägige Informationen zur Basiszielgruppe und eine Erläuterung, wieso der Empfänger der Werbung als Teil der „Lookalike Audience“ bestimmt wurde, aussagekräftige Informationen zu den Algorithmen der Online-Plattform oder zu anderen Tools, die zur Optimierung der Auslieferung der**

Werbung genutzt werden, einschließlich einer Spezifikation des Optimierungsziels und einer aussagekräftigen Erläuterung der Gründe, wieso die Online-Plattform entschieden hat, dass das Optimierungsziel durch die Anzeige der Werbung für den Nutzer erreicht werden kann. Die Anforderungen dieser Verordnung an die Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679, insbesondere was das Widerspruchsrecht und die automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall betrifft, einschließlich des Profiling und insbesondere der Notwendigkeit, vor der Verarbeitung personenbezogener Daten für gezielte Werbung die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten Informationen.

Or. en

Änderungsantrag 208 Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 52

Vorschlag der Kommission

(52) Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen. Online-Werbung **kann** jedoch erhebliche Risiken **bergen** – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, **bis hin zu** Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Online-Inhalte und -Tätigkeiten **oder** einer

Geänderter Text

(52) Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen. Online-Werbung **birgt** jedoch erhebliche Risiken – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Online-Inhalte und -Tätigkeiten **und** einer

diskriminierenden Darstellung von Werbung, die der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger zuwiderläuft. Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der Richtlinie 2000/31/EG sollten Online-Plattformen daher verpflichtet werden sicherzustellen, dass die Nutzer bestimmte individuelle Informationen darüber erhalten, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. Zudem sollten die Nutzer Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen zur zugrunde liegenden Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann Profiling genutzt wird. Die Anforderungen dieser Verordnung an die Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679, **insbesondere was das Widerspruchsrecht und die automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall betrifft, einschließlich des Profiling und insbesondere der Notwendigkeit, vor der Verarbeitung personenbezogener Daten für gezielte Werbung die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen.** Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten Informationen.

diskriminierenden Darstellung von Werbung, die der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger zuwiderläuft, **bis hin zur Beeinträchtigung der individuellen Grundrechte, etwa der Achtung der Privatsphäre und des Datenschutzes.** Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der Richtlinie 2000/31/EG sollten Online-Plattformen daher verpflichtet werden sicherzustellen, dass die Nutzer bestimmte individuelle Informationen darüber erhalten, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. Zudem sollten die Nutzer Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen zur zugrunde liegenden Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann Profiling genutzt wird. Die Anforderungen dieser Verordnung an die Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten Informationen.

Or. en

Änderungsantrag 209

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Olivier Chastel, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa, Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 52

(52) Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen. Online-Werbung kann jedoch erhebliche Risiken bergen – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, bis hin zu Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Online-Inhalte und -Tätigkeiten oder einer diskriminierenden Darstellung von Werbung, die der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger zuwiderläuft. Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der Richtlinie 2000/31/EG sollten Online-Plattformen daher verpflichtet werden sicherzustellen, dass die Nutzer bestimmte individuelle Informationen darüber erhalten, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. Zudem sollten die Nutzer Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen zur zugrunde liegenden Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann Profiling genutzt wird. Die Anforderungen dieser Verordnung an die Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679, insbesondere was das Widerspruchsrecht und die automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall betrifft, einschließlich des Profiling und insbesondere der Notwendigkeit, vor der Verarbeitung personenbezogener Daten für gezielte Werbung die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten Informationen.

(52) Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen. Online-Werbung kann jedoch erhebliche Risiken bergen – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, bis hin zu Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Online-Inhalte und -Tätigkeiten oder einer diskriminierenden Darstellung von Werbung, die der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger zuwiderläuft. Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der Richtlinie 2000/31/EG sollten Online-Plattformen daher verpflichtet werden sicherzustellen, dass die Nutzer bestimmte individuelle Informationen darüber erhalten, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. Zudem sollten die Nutzer **leichten Zugang zu** Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen zur zugrunde liegenden Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann Profiling genutzt wird. Die Anforderungen dieser Verordnung an die Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679, insbesondere was das Widerspruchsrecht und die automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall betrifft, einschließlich des Profiling und insbesondere der Notwendigkeit, vor der Verarbeitung personenbezogener Daten für gezielte Werbung die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten

Änderungsantrag 210

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Olivier Chastel, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa, Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 53

Vorschlag der Kommission

(53) Da sehr große Online-Plattformen aufgrund ihrer Reichweite – insbesondere der Zahl der Nutzer – als Plattform für öffentliche Debatten, Wirtschaftstransaktionen und die Verbreitung von Informationen, Meinungen und Ideen sowie bei der Beeinflussung der Informationsbeschaffung und -übermittlung im Internet eine bedeutende Rolle spielen, ist es notwendig, diesen Plattformen neben den für alle Online-Plattformen geltenden Pflichten besondere Pflichten aufzuerlegen. Diese zusätzlichen Pflichten sehr großer Online-Plattformen sind erforderlich, um diesen ordnungspolitischen Bedenken Rechnung zu tragen, da sich durch alternative, weniger restriktive Maßnahmen nicht dieselben Ergebnisse erzielen lassen.

Geänderter Text

(53) Da sehr große Online-Plattformen aufgrund ihrer Reichweite – insbesondere der Zahl der Nutzer – als Plattform für öffentliche Debatten, Wirtschaftstransaktionen und die Verbreitung von Informationen, Meinungen und Ideen sowie bei der Beeinflussung der Informationsbeschaffung und -übermittlung im Internet eine bedeutende Rolle spielen, ist es notwendig, diesen Plattformen neben den für alle Online-Plattformen geltenden Pflichten besondere Pflichten aufzuerlegen. Diese zusätzlichen Pflichten sehr großer Online-Plattformen sind erforderlich, um diesen ordnungspolitischen Bedenken Rechnung zu tragen, ***insbesondere in Bezug auf Desinformation, Fehlinformation, Hassrede oder andere Arten von schädlichen Inhalten***, da sich durch alternative, weniger restriktive Maßnahmen nicht dieselben Ergebnisse erzielen lassen.

Änderungsantrag 211

Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 53

(53) Da sehr große Online-Plattformen aufgrund ihrer Reichweite – insbesondere der Zahl der Nutzer – als Plattform für öffentliche Debatten, Wirtschaftstransaktionen und die Verbreitung von Informationen, Meinungen und Ideen sowie bei der Beeinflussung der Informationsbeschaffung und -übermittlung im Internet eine bedeutende Rolle spielen, ist es notwendig, diesen Plattformen neben den für alle Online-Plattformen geltenden Pflichten besondere Pflichten aufzuerlegen. Diese zusätzlichen Pflichten sehr großer Online-Plattformen sind erforderlich, um diesen ordnungspolitischen Bedenken Rechnung zu tragen, da sich durch alternative, weniger restriktive Maßnahmen nicht dieselben Ergebnisse erzielen lassen.

(53) Da sehr große Online-Plattformen aufgrund ihrer Reichweite – insbesondere der Zahl der Nutzer – als Plattform für öffentliche Debatten, Wirtschaftstransaktionen und die Verbreitung von Informationen, Meinungen und Ideen sowie bei der Beeinflussung der Informationsbeschaffung und -übermittlung im Internet eine bedeutende Rolle spielen, ist es notwendig, diesen Plattformen neben den für alle Online-Plattformen geltenden Pflichten besondere Pflichten aufzuerlegen. Diese zusätzlichen Pflichten sehr großer Online-Plattformen sind erforderlich, um diesen ordnungspolitischen Bedenken Rechnung zu tragen, da sich durch **verhältnismäßige** alternative, weniger restriktive Maßnahmen nicht dieselben Ergebnisse erzielen lassen.

Or. en

Änderungsantrag 212

Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 56

(56) Die Art und Weise, in der sehr große Online-Plattformen genutzt werden, hat großen Einfluss auf die Online-Sicherheit, die öffentliche Meinungsbildung und den öffentlichen Diskurs sowie den Online-Handel. Die Gestaltung der Dienste ist im Allgemeinen auf eine Optimierung ihres oft werbegestützten Geschäftsmodells ausgerichtet **und kann** Anlass zu gesellschaftlichen Bedenken **geben**. Besteht keine wirksame Regulierung und Durchsetzung, können die Plattformen die Spielregeln bestimmen, ohne dass dabei

(56) Die Art und Weise, in der sehr große Online-Plattformen genutzt werden, hat großen Einfluss auf die Online-Sicherheit, die öffentliche Meinungsbildung und den öffentlichen Diskurs sowie den Online-Handel. Die Gestaltung der Dienste ist im Allgemeinen auf eine Optimierung ihres oft werbegestützten Geschäftsmodells ausgerichtet, **was meist** Anlass zu gesellschaftlichen Bedenken **gibt**. Besteht keine wirksame Regulierung und Durchsetzung, können die Plattformen die Spielregeln bestimmen, ohne dass dabei

die mit ihnen verbundenen Risiken und der dadurch möglicherweise entstehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Schaden wirksam ermittelt und gemindert werden kann. Im Rahmen dieser Verordnung sollten sehr große Online-Plattformen daher prüfen, welche systemischen Risiken mit der Funktionsweise und Nutzung ihres Dienstes sowie mit einem möglichen Missbrauch durch die Nutzer verbunden sind, und angemessene Gegenmaßnahmen treffen.

die mit ihnen verbundenen Risiken und der dadurch möglicherweise entstehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Schaden wirksam ermittelt und gemindert werden kann. Im Rahmen dieser Verordnung sollten sehr große Online-Plattformen daher prüfen, welche systemischen Risiken mit der Funktionsweise und Nutzung ihres Dienstes sowie mit einem möglichen Missbrauch durch die Nutzer verbunden sind, und angemessene Gegenmaßnahmen treffen.

Or. en

Änderungsantrag 213

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Olivier Chastel, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 56

Vorschlag der Kommission

(56) Die Art und Weise, in der sehr große Online-Plattformen genutzt werden, hat großen Einfluss auf die Online-Sicherheit, die öffentliche Meinungsbildung und den öffentlichen Diskurs sowie den Online-Handel. Die Gestaltung der Dienste ist im Allgemeinen auf eine Optimierung ihres oft werbegestützten Geschäftsmodells ausgerichtet und kann Anlass zu gesellschaftlichen Bedenken geben. Besteht keine wirksame Regulierung und Durchsetzung, können die Plattformen die Spielregeln bestimmen, ohne dass dabei die mit ihnen verbundenen Risiken und der dadurch möglicherweise entstehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Schaden wirksam ermittelt und gemindert werden kann. Im Rahmen dieser Verordnung sollten sehr große Online-Plattformen daher prüfen, welche systemischen Risiken mit der Funktionsweise und Nutzung ihres

Geänderter Text

(56) Die Art und Weise, in der sehr große Online-Plattformen genutzt werden, hat großen Einfluss auf die Online-Sicherheit, die öffentliche Meinungsbildung und den öffentlichen Diskurs sowie den Online-Handel. Die Gestaltung der Dienste ist im Allgemeinen auf eine Optimierung ihres oft werbegestützten Geschäftsmodells ausgerichtet und kann Anlass zu **erheblichen** gesellschaftlichen Bedenken geben. Besteht keine wirksame Regulierung und Durchsetzung, können die Plattformen die Spielregeln bestimmen, ohne dass dabei die mit ihnen verbundenen Risiken und der dadurch möglicherweise entstehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Schaden wirksam ermittelt und gemindert werden kann. Im Rahmen dieser Verordnung sollten sehr große Online-Plattformen daher prüfen, welche systemischen Risiken mit der Funktionsweise und Nutzung ihres

Dienstes sowie mit einem möglichen Missbrauch durch die Nutzer verbunden sind, und angemessene Gegenmaßnahmen treffen.

Dienstes sowie mit einem möglichen Missbrauch durch die Nutzer verbunden sind, und angemessene Gegenmaßnahmen treffen.

Or. en

Änderungsantrag 214 Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 57

Vorschlag der Kommission

(57) Dabei sollten drei Kategorien systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler Hassrede sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach Unions- oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. nachgeahmter Güter. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung und der Rechte des Kindes. Diese Risiken können beispielsweise auf die Gestaltung der

Geänderter Text

(57) Dabei sollten drei Kategorien systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte **und Tätigkeiten** entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler Hassrede sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach Unions- oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. **unsicherer und** nachgeahmter Güter. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch **Werbung, durch Empfehlungssysteme oder durch** Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung **und Anwendung** der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, **Grundfreiheiten und Grundsätze**, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, des Rechts auf

Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung des Wettbewerbs zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

Achtung des Privatlebens, **des Rechts auf den Schutz personenbezogener Daten**, des Rechts auf Nichtdiskriminierung und der Rechte des Kindes. Diese Risiken können beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung, **zur Umgehung gültiger Gesetze** oder zur Behinderung des Wettbewerbs zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz **der Bürgerinnen und Bürger, einschließlich** Minderjähriger, haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

Or. en

Änderungsantrag 215
Beata Kempa, Patryk Jaki

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 57

Vorschlag der Kommission

(57) Dabei sollten drei Kategorien

Geänderter Text

(57) Dabei sollten drei Kategorien

systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler Hassrede sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach Unions- oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. nachgeahmter Güter. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung und der Rechte des Kindes. Diese Risiken können beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung des Wettbewerbs zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende

systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler Hassrede sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach Unions- oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. nachgeahmter Güter. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung, **des freien Zugangs zu Informationen** und der Informationsfreiheit, **der Medienfreiheit und des Medienpluralismus**, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung und der Rechte des Kindes. Diese Risiken können beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen, **auf Einschränkungen des Zugangs zu Inhalten unter fachlicher redaktioneller Verantwortung** oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung des Wettbewerbs zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche

Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

Or. en

Änderungsantrag 216

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 57

Vorschlag der Kommission

(57) Dabei sollten drei Kategorien systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler Hassrede sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach Unions- oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. nachgeahmter Güter. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders

Geänderter Text

(57) Dabei sollten drei Kategorien systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler Hassrede sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach Unions- oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. nachgeahmter Güter. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders

großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung und der Rechte des Kindes. Diese Risiken können beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung des Wettbewerbs zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, **den gesellschaftlichen Diskurs**, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung und der Rechte des Kindes. Diese Risiken können beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung des Wettbewerbs **oder auf die Art und Weise, wie die allgemeinen Geschäftsbedingungen, einschließlich der Richtlinien zur Moderation von Inhalten, der Plattformen durchgesetzt werden, unter anderem durch Automatisierung**, zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, **die Grundrechte**, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

Or. en

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 57

Vorschlag der Kommission

(57) Dabei sollten drei Kategorien systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler Hassrede sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach Unions- oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. nachgeahmter Güter. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung **und** der Rechte des Kindes. Diese Risiken können beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung des Wettbewerbs zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und

Geänderter Text

(57) Dabei sollten drei Kategorien systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler Hassrede sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach Unions- oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. nachgeahmter Güter. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch **Werbung, durch Empfehlungssysteme oder durch** Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, **des Rechts auf Datenschutz,** des Rechts auf Nichtdiskriminierung, der Rechte des Kindes **und des Verbraucherschutzes.** Diese Risiken können beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung

oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

des Wettbewerbs zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

Or. en

Änderungsantrag 218 **Vladimír Bilčík, Lena Düpont**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 57**

Vorschlag der Kommission

(57) Dabei sollten drei Kategorien systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler Hassrede sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach Unions- oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. nachgeahmter Güter. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen

Geänderter Text

(57) Dabei sollten drei Kategorien systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler Hassrede sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach Unions- oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. nachgeahmter Güter. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen

Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein **erhebliches** systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der **durch die Charta der Grundrechte geschützten** Grundrechte, **einschließlich der** Freiheit der Meinungsäußerung und **der** Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung und der Rechte des Kindes. Diese Risiken können beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung des Wettbewerbs zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung **der** Grundrechte **auf** Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung und der Rechte des Kindes. Diese Risiken können beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung des Wettbewerbs zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf die **öffentliche** Gesundheit, **Bildung**, den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche **Sicherheit und** den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

Änderungsantrag 219
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 58

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die erforderlichen Instrumente einsetzen, um die bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen es beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, der algorithmischen Empfehlungssysteme und der Online-Schnittstellen zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken, oder Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen vorzunehmen. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, wie z. B. die Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen. Sehr große Online-Plattformen können ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. Zudem können sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern einleiten oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern organisieren und mit anderen Anbietern zusammenarbeiten, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen **entfällt**

Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer angemessen zu berücksichtigen sind.

Or. en

Änderungsantrag 220
Jorge Buxadé Villalba

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 58

Vorschlag der Kommission

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die erforderlichen Instrumente einsetzen, um die bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen es **beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, der algorithmischen Empfehlungssysteme und der Online-Schnittstellen zu verbessern oder anderweitig anzupassen**, um der Verbreitung illegaler Inhalte **entgegenzuwirken und sie** einzuschränken,

Geänderter Text

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die erforderlichen Instrumente einsetzen, um die bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen **Schritte unternehmen**, um **die** Verbreitung illegaler Inhalte einzuschränken. Dazu können auch **Informationsmaßnahmen** zählen, wie z. B. die **Identifizierung der Herkunft oder Finanzierung** von Informationsquellen. Sehr große Online-Plattformen können mit anderen Anbietern zusammenarbeiten, etwa durch Einführung

oder Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen vorzunehmen. Dazu können auch **Korrekturmaßnahmen** zählen, wie z. B. die **Beendigung** von **Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen.** Sehr große Online-Plattformen können **ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. Zudem können sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern einleiten oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern organisieren und mit anderen Anbietern zusammenarbeiten, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer angemessen zu berücksichtigen sind.**

von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer angemessen zu berücksichtigen sind.

Or. es

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 58

Vorschlag der Kommission

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die erforderlichen Instrumente einsetzen, um die bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen es beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, der algorithmischen Empfehlungssysteme und der Online-Schnittstellen zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken, oder Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen vorzunehmen. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, wie z. B. die Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen. Sehr große Online-Plattformen können ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. ***Zudem können sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern einleiten oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern organisieren und mit anderen Anbietern zusammenarbeiten, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen.*** Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung

Geänderter Text

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die erforderlichen Instrumente einsetzen, um die bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen es beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, der algorithmischen Empfehlungssysteme und der Online-Schnittstellen zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken, oder Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen vorzunehmen. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, wie z. B. die Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen. Sehr große Online-Plattformen können ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre, ***Recht auf Freiheit der Meinungsäußerung*** sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-

im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer des Dienstes angemessen zu berücksichtigen sind.

Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer des Dienstes angemessen zu berücksichtigen sind.

Or. en

Änderungsantrag 222 Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 58

Vorschlag der Kommission

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten **die erforderlichen** Instrumente einsetzen, um die bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen es beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, der algorithmischen Empfehlungssysteme und der Online-Schnittstellen zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken, oder Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen vorzunehmen. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, wie z. B. die Beendigung von

Geänderter Text

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten **erforderliche und verhältnismäßige** Instrumente einsetzen, um die bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen es beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, der algorithmischen Empfehlungssysteme und der Online-Schnittstellen zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken, oder Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen vorzunehmen. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen,

Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen. Sehr große Online-Plattformen **können** ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. **Zudem können** sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern **einleiten** oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern organisieren und mit anderen Anbietern **zusammenarbeiten**, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, **wobei mögliche negative** Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer des Dienstes **angemessen zu berücksichtigen sind**.

wie z. B. die Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen, wie die **Kennzeichnung von Inhalten, die von Bots geteilt werden, oder die Entfernung von Fake-Accounts**, eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen **und das Angebot von Korrekturen, wann immer dies möglich ist**. Sehr große Online-Plattformen **werden aufgefordert**, ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten **zu** verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln **und zu beheben**. Sie **werden dazu aufgefordert**, die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern **und unabhängigen Faktenprüfern einzuleiten** oder **zu verstärken**, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern **zu** organisieren und mit anderen Anbietern **zusammenzuarbeiten**, etwa durch die Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, **mit dem Ziel, die negativen** Auswirkungen auf die Grundrechte **aller Beteiligten, insbesondere** der Nutzer des Dienstes, **zu begrenzen**.

Or. en

Änderungsantrag 223

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Olivier Chastel, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa, Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 58

Vorschlag der Kommission

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die erforderlichen Instrumente einsetzen, um die bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern. Für diese Maßnahmen zur Risikominderung sollten es sehr große Plattformen beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, der algorithmischen Empfehlungssysteme und der Online-Schnittstellen zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken, oder Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen vorzunehmen. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, wie z. B. die Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen. Sehr große Online-Plattformen können ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. Zudem können sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern einleiten oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern organisieren und mit anderen Anbietern zusammenarbeiten, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung

Geänderter Text

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die erforderlichen Instrumente einsetzen, um die bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern. Für diese Maßnahmen zur Risikominderung sollten es sehr große Online-Plattformen beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, ihrer algorithmischen Empfehlungssysteme und ihrer Online-Schnittstellen zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einschränken, oder Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen vorzunehmen **sowie die Richtlinien zur Moderation von Inhalten sowie die Art und Weise ihrer Durchsetzung für die Nutzer vollständig transparent zu machen**. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, wie z. B. die Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen. Sehr große Online-Plattformen können ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. Zudem können sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern einleiten oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern organisieren und mit anderen Anbietern zusammenarbeiten, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die

im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer angemessen zu berücksichtigen sind.

Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer angemessen zu berücksichtigen sind.

Or. en

Änderungsantrag 224

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 58

Vorschlag der Kommission

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die erforderlichen Instrumente einsetzen, um die bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen es beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, der algorithmischen Empfehlungssysteme und der Online-Schnittstellen zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken, oder Anpassungen ihrer

Geänderter Text

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die erforderlichen Instrumente einsetzen, um die bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen es beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, der algorithmischen Empfehlungssysteme und der Online-Schnittstellen zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken, oder Anpassungen ihrer

Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen vorzunehmen. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, wie z. B. die Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen. Sehr große Online-Plattformen **können** ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. Zudem **können** sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern einleiten oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern organisieren und mit anderen Anbietern zusammenarbeiten, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer angemessen zu berücksichtigen sind.

Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen vorzunehmen. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, wie z. B. die Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen. Sehr große Online-Plattformen **sollten** ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. Zudem **sollten** sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern einleiten oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern organisieren und mit anderen Anbietern zusammenarbeiten, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer angemessen zu berücksichtigen sind.

Or. en

Änderungsantrag 225
Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 58

Vorschlag der Kommission

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die erforderlichen Instrumente einsetzen, um die bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern. Für diese Maßnahmen zur Risikominderung sollten es sehr große Plattformen beispielsweise **in Betracht ziehen**, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, ihrer **algorithmischen** Empfehlungssysteme und ihrer Online-Schnittstellen zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken, oder Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen vorzunehmen. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, wie z. B. den Wegfall von Werbeeinnahmen **für bestimmte Inhalte**, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen. Sehr große Online-Plattformen können ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. Zudem können sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern einleiten oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern organisieren und mit anderen Anbietern zusammenarbeiten, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der

Geänderter Text

(58) Falls außergewöhnliche Umstände Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit haben, kann die Kommission zur Erstellung von Krisenprotokollen auffordern, um eine rasche, kollektive und grenzüberschreitende Reaktion im Online-Umfeld zu koordinieren. Für diese Maßnahmen zur Risikominderung sollten es sehr große Online-Plattformen beispielsweise die Gestaltung und Funktionsweise ihrer Moderation von Inhalten, **Algorithmen**, Empfehlungssysteme und Online-Schnittstellen verbessern oder anderweitig anpassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken, oder Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen vornehmen. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, wie z. B. die Beendigung von Werbeeinnahmen, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen. Sehr große Online-Plattformen können ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. Zudem können sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern einleiten oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern organisieren und mit anderen Anbietern zusammenarbeiten, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der

öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer angemessen zu berücksichtigen sind.

festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer angemessen zu berücksichtigen sind.

Or. en

Änderungsantrag 226
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 59

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(59) Soweit angemessen, sollten sehr große Online-Plattformen bei ihren Risikobewertungen und bei der Gestaltung ihrer Risikominderungsmaßnahmen Vertreterinnen und Vertreter der Nutzer und der möglicherweise von ihren Diensten betroffenen Gruppen sowie unabhängige Sachverständige und zivilgesellschaftliche Organisationen einbeziehen.

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 227
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 60

(60) Da eine Überprüfung durch unabhängige Sachverständige notwendig ist, sollten sehr große Online-Plattformen einer Rechenschaftspflicht hinsichtlich der Einhaltung der Pflichten aus dieser Verordnung und gegebenenfalls zusätzlicher Verpflichtungszusagen im Rahmen von Verhaltenskodizes und Krisenprotokollen unterliegen, was durch unabhängige Prüfungen sichergestellt werden sollte. Sie sollten den Prüfern Zugang zu allen relevanten Daten gewähren, die für eine ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung erforderlich sind. Zudem sollten die Prüfer andere objektive Informationsquellen nutzen können, wie z. B. Studien zugelassener Forscherinnen und Forscher. Die Prüfer sollten die Vertraulichkeit, Sicherheit und Integrität der Informationen sicherstellen, die sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten, einschließlich Geschäftsgeheimnissen, und über die erforderlichen Kenntnisse im Bereich des Risikomanagements sowie über die technische Kompetenz für die Prüfung von Algorithmen verfügen. Die Prüfer sollten unabhängig sein, damit sie ihre Aufgaben auf angemessene und vertrauenswürdige Weise wahrnehmen können. Ist ihre Unabhängigkeit nicht über jeden Zweifel erhaben, sollten sie ihre Funktion niederlegen oder auf den Prüfauftrag verzichten.

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 228

Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 60

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(60) Da eine Überprüfung durch

(60) Sie sollten den Prüfern Zugang zu

unabhängige Sachverständige notwendig ist, sollten sehr große Online-Plattformen einer Rechenschaftspflicht hinsichtlich der Einhaltung der Pflichten aus dieser Verordnung und gegebenenfalls zusätzlicher Verpflichtungen im Rahmen von Verhaltenskodizes und Krisenprotokollen unterliegen, was durch unabhängige Prüfungen sichergestellt werden sollte. Sie sollten den Prüfern Zugang zu allen relevanten Daten gewähren, die für eine ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung erforderlich sind. Zudem sollten die Prüfer andere objektive Informationsquellen nutzen können, wie z. B. Studien zugelassener Forscherinnen und Forscher. Die Prüfer sollten die Vertraulichkeit, Sicherheit und Integrität der Informationen sicherstellen, die sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten, einschließlich Geschäftsgeheimnissen, und über die erforderlichen Kenntnisse im Bereich des Risikomanagements sowie über die technische Kompetenz für die Prüfung von Algorithmen verfügen. Die Prüfer sollten unabhängig sein, damit sie ihre Aufgaben auf angemessene und vertrauenswürdige Weise wahrnehmen können. Ist ihre Unabhängigkeit nicht über jeden Zweifel erhaben, sollten sie ihre Funktion niederlegen oder auf den Prüfauftrag verzichten.

allen relevanten Daten gewähren, die für eine ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung erforderlich sind. Zudem sollten die Prüfer andere objektive Informationsquellen nutzen können, wie z. B. Studien zugelassener Forscherinnen und Forscher. Die Prüfer sollten die Vertraulichkeit, Sicherheit und Integrität der Informationen sicherstellen, die sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten, einschließlich Geschäftsgeheimnissen, und über die erforderlichen Kenntnisse im Bereich des Risikomanagements sowie über die technische Kompetenz für die Prüfung von Algorithmen verfügen. ***Online-Plattformen sollten die Vertraulichkeit von Geschäftsgeheimnissen nicht als Grund dafür heranziehen können, den Zugang zu relevanten Informationen zu verweigern, die Prüfer zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen.*** Die Prüfer sollten unabhängig sein, damit sie ihre Aufgaben auf angemessene und vertrauenswürdige Weise wahrnehmen können. Ist ihre Unabhängigkeit nicht über jeden Zweifel erhaben, sollten sie ihre Funktion niederlegen oder auf den Prüfauftrag verzichten.

Or. en

Änderungsantrag 229

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Olivier Chastel, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 60

Vorschlag der Kommission

(60) Da eine Überprüfung durch unabhängige Sachverständige notwendig ist, sollten sehr große Online-Plattformen

Geänderter Text

(60) Da eine Überprüfung durch unabhängige Sachverständige notwendig ist, sollten sehr große Online-Plattformen

einer Rechenschaftspflicht hinsichtlich der Einhaltung der Pflichten aus dieser Verordnung und gegebenenfalls zusätzlicher Verpflichtungszusagen im Rahmen von Verhaltenskodizes und Krisenprotokollen unterliegen, was durch unabhängige Prüfungen sichergestellt werden sollte. Sie sollten den Prüfern Zugang zu allen relevanten Daten gewähren, die für eine ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung erforderlich sind. Zudem sollten die Prüfer andere objektive Informationsquellen nutzen können, wie z. B. Studien zugelassener Forscherinnen und Forscher. Die Prüfer sollten die Vertraulichkeit, Sicherheit und Integrität der Informationen sicherstellen, die sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten, einschließlich Geschäftsgeheimnissen, und über die erforderlichen Kenntnisse im Bereich des Risikomanagements sowie über die technische Kompetenz für die Prüfung von Algorithmen verfügen. Die Prüfer sollten unabhängig sein, damit sie ihre Aufgaben auf angemessene und vertrauenswürdige Weise wahrnehmen können. Ist ihre Unabhängigkeit nicht über jeden Zweifel erhaben, sollten sie ihre Funktion niederlegen oder auf den Prüfauftrag verzichten.

einer Rechenschaftspflicht hinsichtlich der Einhaltung der Pflichten aus dieser Verordnung und gegebenenfalls zusätzlicher Verpflichtungszusagen im Rahmen von Verhaltenskodizes und Krisenprotokollen unterliegen, was durch unabhängige Prüfungen sichergestellt werden sollte. Sie sollten den Prüfern Zugang zu allen relevanten Daten gewähren, die für eine ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung erforderlich sind. Zudem sollten die Prüfer andere objektive Informationsquellen nutzen können, wie z. B. Studien zugelassener Forscherinnen und Forscher. Die Prüfer sollten die Vertraulichkeit, Sicherheit und Integrität der Informationen sicherstellen, die sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten, einschließlich Geschäftsgeheimnissen, und über die erforderlichen Kenntnisse im Bereich des Risikomanagements sowie über die technische Kompetenz für die Prüfung von Algorithmen verfügen. Die Prüfer sollten unabhängig sein, damit sie ihre Aufgaben auf angemessene, effiziente und vertrauenswürdige Weise wahrnehmen können. Ist ihre Unabhängigkeit nicht über jeden Zweifel erhaben, sollten sie ihre Funktion niederlegen oder auf den Prüfauftrag verzichten.

Or. en

Änderungsantrag 230

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 61

Vorschlag der Kommission

(61) Der Prüfbericht sollte begründet werden, um eine aussagekräftige Bilanz über die durchgeführten Tätigkeiten und die erzielten Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er sollte Informationen darüber enthalten, welche Maßnahmen

Geänderter Text

entfällt

die sehr großen Online-Plattformen zur Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen dieser Verordnung getroffen haben, und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge für diese Maßnahmen aufführen. Der Bericht sollte dem für den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und dem Gremium zusammen mit der Risikobewertung, den Risikominderungsmaßnahmen und den Plänen der Plattform zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Prüfung unverzüglich übermittelt werden. Der Bericht sollte einen Bestätigungsvermerk enthalten, der auf den Schlussfolgerungen aus den Prüfbelegen beruht. Ein positiver Vermerk sollte erstellt werden, wenn alle Belege zeigen, dass die sehr große Online-Plattform die Pflichten aus dieser Verordnung oder die gegebenenfalls im Rahmen eines Verhaltenskodex oder Krisenprotokolls eingegangenen Verpflichtungszusagen erfüllt, insbesondere durch die Ermittlung, Bewertung und Minderung der mit ihrem System und ihren Diensten verbundenen systemischen Risiken. Ein positiver Vermerk sollte durch Anmerkungen ergänzt werden, wenn der Prüfer Bemerkungen hinzufügen möchte, die keine wesentlichen Auswirkungen auf das Prüfergebnis haben. Ein negativer Vermerk sollte erstellt werden, wenn der Prüfer der Ansicht ist, dass die sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält oder die eingegangenen Verpflichtungszusagen nicht erfüllt.

Or. en

Änderungsantrag 231
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 61

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(61) Der Prüfbericht sollte begründet werden, um eine aussagekräftige Bilanz über die durchgeführten Tätigkeiten und die erzielten Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er sollte Informationen darüber enthalten, welche Maßnahmen die sehr großen Online-Plattformen zur Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen dieser Verordnung getroffen haben, und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge für diese Maßnahmen aufführen. Der Bericht sollte dem für den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und dem Gremium zusammen mit der Risikobewertung, den Risikominderungsmaßnahmen und den Plänen der Plattform zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Prüfung unverzüglich übermittelt werden. Der Bericht sollte einen Bestätigungsvermerk enthalten, der auf den Schlussfolgerungen aus den Prüfbelegen beruht. Ein positiver Vermerk sollte erstellt werden, wenn alle Belege zeigen, dass die sehr große Online-Plattform die Pflichten aus dieser Verordnung oder die gegebenenfalls im Rahmen eines Verhaltenskodex oder Krisenprotokolls eingegangenen Verpflichtungszusagen erfüllt, insbesondere durch die Ermittlung, Bewertung und Minderung der mit ihrem System und ihren Diensten verbundenen systemischen Risiken. Ein positiver Vermerk sollte durch Anmerkungen ergänzt werden, wenn der Prüfer Bemerkungen hinzufügen möchte, die keine wesentlichen Auswirkungen auf das Prüfergebnis haben. Ein negativer Vermerk sollte erstellt werden, wenn der Prüfer der Ansicht ist, dass die sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält oder die eingegangenen Verpflichtungszusagen nicht erfüllt.

(61) Der Prüfbericht sollte begründet werden, um eine aussagekräftige Bilanz über die durchgeführten Tätigkeiten und die erzielten Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er sollte Informationen darüber enthalten, welche Maßnahmen die sehr großen Online-Plattformen zur Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen dieser Verordnung getroffen haben, und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge für diese Maßnahmen aufführen. Der Bericht sollte dem für den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und dem Gremium zusammen mit der Risikobewertung, den Risikominderungsmaßnahmen und den Plänen der Plattform zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Prüfung unverzüglich übermittelt werden. Der Bericht sollte einen Bestätigungsvermerk enthalten, der auf den Schlussfolgerungen aus den Prüfbelegen beruht. **Falls zutreffend, sollte der Bericht eine Beschreibung spezifischer Elemente enthalten, die nicht geprüft werden konnten, sowie eine Erklärung, warum diese nicht geprüft werden konnten.** Ein positiver Vermerk sollte erstellt werden, wenn alle Belege zeigen, dass die sehr große Online-Plattform die Pflichten aus dieser Verordnung oder die gegebenenfalls im Rahmen eines Verhaltenskodex oder Krisenprotokolls eingegangenen Verpflichtungszusagen erfüllt, insbesondere durch die Ermittlung, Bewertung und Minderung der mit ihrem System und ihren Diensten verbundenen systemischen Risiken. Ein positiver Vermerk sollte durch Anmerkungen ergänzt werden, wenn der Prüfer Bemerkungen hinzufügen möchte, die keine wesentlichen Auswirkungen auf das Prüfergebnis haben. Ein negativer Vermerk sollte erstellt werden, wenn der Prüfer der Ansicht ist, dass die sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält oder die eingegangenen Verpflichtungszusagen nicht erfüllt. **Falls in der Stellungnahme für bestimmte Elemente innerhalb des**

Prüfungsumfangs keine Schlussfolgerung erzielt werden konnte, sollte der Stellungnahme eine Begründung für das Nichtzustandekommen einer solchen abschließenden Stellungnahme hinzugefügt werden,

Or. en

Änderungsantrag 232

Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 61

Vorschlag der Kommission

(61) Der Prüfbericht sollte begründet werden, um eine aussagekräftige Bilanz über die durchgeführten Tätigkeiten und die erzielten Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er sollte Informationen darüber enthalten, welche Maßnahmen die sehr großen Online-Plattformen zur Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen dieser Verordnung getroffen haben, und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge für diese Maßnahmen aufführen. ***Der Bericht sollte dem für den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und dem Gremium zusammen mit der Risikobewertung, den Risikominderungsmaßnahmen und den Plänen der Plattform zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Prüfung unverzüglich übermittelt werden.*** Der Bericht sollte einen Bestätigungsvermerk enthalten, der auf den Schlussfolgerungen aus den Prüfbelegen beruht. Ein positiver Vermerk sollte erstellt werden, wenn alle Belege zeigen, dass die sehr große Online-Plattform die Pflichten aus dieser Verordnung oder die gegebenenfalls im Rahmen eines Verhaltenskodex oder Krisenprotokolls eingegangenen Verpflichtungszusagen erfüllt, insbesondere durch die Ermittlung, Bewertung und Minderung der mit ihrem

Geänderter Text

(61) Der Prüfbericht sollte begründet werden, um eine aussagekräftige Bilanz über die durchgeführten Tätigkeiten und die erzielten Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er sollte Informationen darüber enthalten, welche Maßnahmen die sehr großen Online-Plattformen zur Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen dieser Verordnung getroffen haben, und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge für diese Maßnahmen aufführen. Der Bericht sollte einen Bestätigungsvermerk enthalten, der auf den Schlussfolgerungen aus den Prüfbelegen beruht. Ein positiver Vermerk sollte erstellt werden, wenn alle Belege zeigen, dass die sehr große Online-Plattform die Pflichten aus dieser Verordnung oder die gegebenenfalls im Rahmen eines Verhaltenskodex oder Krisenprotokolls eingegangenen Verpflichtungszusagen erfüllt, insbesondere durch die Ermittlung, Bewertung und Minderung der mit ihrem System und ihren Diensten verbundenen systemischen Risiken. Ein positiver Vermerk sollte durch Anmerkungen ergänzt werden, wenn der Prüfer Bemerkungen hinzufügen möchte, die keine wesentlichen Auswirkungen auf das Prüfergebnis haben. Ein negativer Vermerk sollte erstellt werden, wenn der Prüfer der

System und ihren Diensten verbundenen systemischen Risiken. Ein positiver Vermerk sollte durch Anmerkungen ergänzt werden, wenn der Prüfer Bemerkungen hinzufügen möchte, die keine wesentlichen Auswirkungen auf das Prüfergebnis haben. Ein negativer Vermerk sollte erstellt werden, wenn der Prüfer der Ansicht ist, dass die sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält oder die eingegangenen Verpflichtungszusagen nicht erfüllt.

Ansicht ist, dass die sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält oder die eingegangenen Verpflichtungszusagen nicht erfüllt.

Or. en

Änderungsantrag 233 **Vladimír Bilčík, Lena Düpont**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 62**

Vorschlag der Kommission

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer

Geänderter Text

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer

angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer **von alternativen** Optionen für die wichtigsten Parameter **profitieren**, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen.

angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer **über** alternative Optionen für die wichtigsten Parameter **verfügen**, wozu auch **eine sichtbare, benutzerfreundliche und leicht zugängliche Option, um die algorithmische Auswahl innerhalb des Empfehlungssystems vollständig auszuschalten**, sowie Optionen, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen, zählen sollten.

Or. en

Änderungsantrag 234 **Paul Tang**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 62**

Vorschlag der Kommission

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten einer **sehr großen** Online-Plattform ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit

Geänderter Text

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten **vieler** Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit

ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. **Sehr große** Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer von alternativen Optionen für die wichtigsten Parameter profitieren, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen.

ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer von alternativen Optionen für die wichtigsten Parameter profitieren, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen, **und dass sie personenbezogene Daten nicht geräteübergreifend verarbeiten oder personenbezogene Daten der Bürger über Online-Schnittstellen kombinieren.**

Or. en

Begründung

Im Einklang mit der Stellungnahme des EDSB zum Gesetz über digitale Dienste.

Änderungsantrag 235

Beata Kempa, Patryk Jaki

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 62

Vorschlag der Kommission

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch

Geänderter Text

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch

algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer von alternativen Optionen für die wichtigsten Parameter profitieren, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen.

algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer von alternativen Optionen für die wichtigsten Parameter profitieren, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen, **und dass diese Optionen standardmäßig verwendet werden**

Or. en

Änderungsantrag 236
Rob Rooken

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 62 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(62a) Da sehr großen Online-Plattformen eine wesentliche Rolle bei der Bereitstellung von Informationen für Verbraucher zukommt, sollten ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen die

Grundrechte, insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung, nicht über die Grenzen des Gesetzes hinaus einschränken. Dennoch müssen sie den Nutzern die Möglichkeit geben, bestimmte Inhalte nicht zu sehen, wobei diese Entscheidung immer beim Nutzer liegen muss und niemals von einer der ganz großen Online-Plattformen begünstigt werden darf. Letztere müssen zu jeder Zeit gewährleisten, dass allen erwachsenen Nutzern ein Modus der „vollständigen Meinungsfreiheit“ zur Verfügung steht, der es ihnen ermöglicht, all die Inhalte anzusehen, die nicht als offensichtlich illegal angesehen werden können, und zwar im Einklang mit den Gesetzen der verschiedenen Mitgliedstaaten.

Or. nl

Änderungsantrag 237
Rob Rooker

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 62 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(62b) Es muss möglich sein, sehr große Online-Plattformen für die unzulässige Entfernung von Inhalten oder die Einschränkung des Zugangs durch den Nutzer zur Rechenschaft zu ziehen, und sie sollten dementsprechend zur Zahlung eines Mindestbetrags an Schadensersatz verpflichtet sein. Dadurch wird in der Öffentlichkeit die Bereitschaft erhöht, sich zu vergewissern, ob bestimmte Inhalte illegal oder durch die Meinungsfreiheit geschützt sind, ganz zu schweigen davon, dass sehr große Online-Plattformen dazu angeregt werden, beim Entfernen von Inhalten mit Vorsicht zu agieren.

Or. nl

Änderungsantrag 238
Rob Rooker

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 62 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(62c) Angesichts des Ungleichgewichts zwischen den Verbrauchern und den sehr großen Online-Plattformen, insbesondere in Bezug auf juristische Kompetenz und finanzielle Ressourcen, ist es nur gerecht, dass die Mitgliedstaaten ein Verfahren zur Wahrung der Meinungsfreiheit einrichten, das es den Nutzern erleichtert, Inhalte, die von einer der sehr großen Online-Plattformen entfernt wurden, vollständig digital bei einer Justizbehörde in ihrem Mitgliedstaat einzureichen. Letztere verfügen über die technischen Möglichkeiten, entfernte Inhalte per Knopfdruck an die jeweilige Justizbehörde weiterzuleiten. Die Justizbehörde muss dann so schnell wie möglich, aber spätestens innerhalb von drei Werktagen, entscheiden, ob der entfernte Inhalt offensichtlich illegal ist. Ist der Inhalt nicht offensichtlich illegal, muss die sehr große Online-Plattform den Inhalt unverzüglich wieder online bereitstellen und den Nutzer spätestens sieben Werktage, nachdem dieser alle für die Schadensregulierung notwendigen Informationen geliefert hat, entschädigen. Innerhalb von 14 Tagen nach der Entscheidung der nationalen Justizbehörde muss die sehr große Online-Plattform sicherstellen, dass Maßnahmen eingeleitet werden, um den Verstoß zu beheben. Sie muss die Entscheidungen der nationalen Justizbehörden in die Algorithmen einbeziehen, die gegebenenfalls verwendet werden, um zu beurteilen, ob Inhalte entfernt werden sollten.

Or. nl

Änderungsantrag 239

Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 64

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(64) *Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein*

entfällt

und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

Or. en

Änderungsantrag 240
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 64

Vorschlag der Kommission

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen

Geänderter Text

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort, ***die Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort*** oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und

für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer des Dienstes.

die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene **wissenschaftliche** Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen, **die bestimmte Anforderungen erfüllen, zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Identifizierung, zum Verständnis und zur Minderung systemischer Risiken beitragen.** Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime **öffentliche und private** Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer des Dienstes. **Die zugelassenen Forscherinnen und Forscher sollten verpflichtet werden, die Ergebnisse ihrer Forschung öffentlich zugänglich zu machen, wobei die Rechte und Interessen der betroffenen Nutzer der Dienste zu berücksichtigen sind, insbesondere gemäß der Verordnung (EU) 2016/679.**

Or. en

Änderungsantrag 241

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 64

Vorschlag der Kommission

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen

Geänderter Text

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen

der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von algorithmischen Systemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, **wie beispielsweise die Verbreitung von illegalen und schädlichen Inhalten**, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von algorithmischen Systemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

Or. en

Änderungsantrag 242 **Vladimír Bilčík, Lena Düpont**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 64**

Vorschlag der Kommission

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große

Geänderter Text

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große

Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer des Dienstes.

Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein, **auf Ebene der einzelnen Mitgliedstaaten gemeldet werden** und Rechte und legitime **öffentliche und private** Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer des Dienstes.

Or. en

Änderungsantrag 243
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 65

Vorschlag der Kommission

(65) Angesichts der Komplexität der Funktionsweise der genutzten Systeme und der mit ihnen verbundenen systemischen Risiken für die Gesellschaft sollten sehr große Online-Plattformen Compliance-Beauftragte ernennen, die über die erforderlichen Qualifikationen verfügen sollten, Maßnahmen umzusetzen und die Einhaltung dieser Verordnung innerhalb der Organisation der Plattform zu überwachen. Sehr große Online-Plattformen sollten sicherstellen, dass der/die Compliance-Beauftragte ordnungsgemäß und frühzeitig in alle mit dieser Verordnung zusammenhängenden Fragen eingebunden wird. Angesichts der zusätzlichen Risiken im Zusammenhang mit ihren Tätigkeiten und ihren zusätzlichen Pflichten im Rahmen dieser Verordnung sollten die übrigen Transparenzanforderungen dieser Verordnung durch zusätzliche Transparenzanforderungen ergänzt werden, die speziell für sehr große Online-Plattformen gelten, insbesondere durch die Pflicht zur Berichterstattung über die vorgenommenen Risikobewertungen und die anschließend gemäß dieser Verordnung getroffenen Maßnahmen.

Geänderter Text

(65) Angesichts der Komplexität der Funktionsweise der genutzten Systeme und der mit ihnen verbundenen systemischen Risiken für die Gesellschaft sollten sehr große Online-Plattformen Compliance-Beauftragte ernennen, die über die erforderlichen Qualifikationen verfügen sollten, Maßnahmen umzusetzen und die Einhaltung dieser Verordnung innerhalb der Organisation der Plattform zu überwachen. ***Compliance-Beauftragte sollten eine spezielle Schulung über den geltenden Rechtsrahmen zum Schutz der Meinungsfreiheit erhalten.*** Sehr große Online-Plattformen sollten sicherstellen, dass der/die Compliance-Beauftragte ordnungsgemäß und frühzeitig in alle mit dieser Verordnung zusammenhängenden Fragen eingebunden wird. Angesichts der zusätzlichen Risiken im Zusammenhang mit ihren Tätigkeiten und ihren zusätzlichen Pflichten im Rahmen dieser Verordnung sollten die übrigen Transparenzanforderungen dieser Verordnung durch zusätzliche Transparenzanforderungen ergänzt werden, die speziell für sehr große Online-Plattformen gelten, insbesondere durch die Pflicht zur Berichterstattung über die vorgenommenen Risikobewertungen und die anschließend gemäß dieser Verordnung getroffenen Maßnahmen. ***Der Anbieter stellt sicher, dass insbesondere Entscheidungen über Bekanntmachungen von qualifizierten Mitarbeitern bearbeitet werden, die über den geltenden Rechtsrahmen zum Schutz der Meinungsfreiheit geschult sind.***

Or. en

Änderungsantrag 244
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 65 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(65a) Mindestanforderungen an die Interoperabilität für sehr große Online-Plattformen können neue Möglichkeiten für die Entwicklung innovativer Dienste schaffen, den Lock-in-Effekt geschlossener Plattformen überwinden und Wettbewerb und Wahlmöglichkeiten für die Nutzer gewährleisten. Diese Anforderungen sollten eine plattformübergreifende Interaktion mit den Nutzern ermöglichen. Sehr große Online-Plattformen sollten eine Anwendungsprogrammierschnittstelle bereitstellen, über die Plattformen von Drittanbietern und deren Empfänger mit den Hauptfunktionalitäten und Nutzern der Plattform interagieren können. Zu den Hauptfunktionalitäten kann die Möglichkeit gehören, Informationen von bestimmten Konten zu empfangen, bereitgestellte Inhalte zu teilen und darauf zu reagieren. Die Interoperabilitätsanforderungen hindern die Plattformen nicht daran, ihren Nutzern zusätzliche und neue Funktionen anzubieten.

Or. en

Begründung

Erwägungsgrund zur Erläuterung von Artikel 33a über die Interoperabilität, wie im Entwurf der Stellungnahme vorgeschlagen.

Änderungsantrag 245
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 67

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(67) *Die Kommission und das Gremium sollten die Erstellung von Verhaltenskodizes als Beitrag zur Anwendung dieser Verordnung fördern. Die Umsetzung der Verhaltenskodizes sollte messbar sein und der öffentlichen Aufsicht unterliegen, doch sollte dies den Freiwilligkeitscharakter dieser Kodizes und die Wahlfreiheit der Interessenträger hinsichtlich ihrer Beteiligung nicht beeinträchtigen. Unter bestimmten Umständen kann es wichtig sein, dass sehr große Online-Plattformen bestimmte Verhaltenskodizes gemeinsam erstellen und diese einhalten. Diese Verordnung hält andere Anbieter in keiner Weise davon ab, durch Beteiligung an denselben Verhaltenskodizes dieselben Sorgfaltsstandards einzuhalten, bewährte Verfahren zu übernehmen und die Leitlinien der Kommission und des Gremiums anzuwenden.*

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 246

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 67

Vorschlag der Kommission

(67) Die Kommission und das Gremium sollten die Erstellung von Verhaltenskodizes als Beitrag zur Anwendung dieser Verordnung fördern. Die Umsetzung der Verhaltenskodizes sollte messbar sein und der öffentlichen Aufsicht unterliegen, doch sollte dies den Freiwilligkeitscharakter dieser Kodizes und die Wahlfreiheit der Interessenträger hinsichtlich ihrer Beteiligung nicht beeinträchtigen. Unter bestimmten Umständen kann es wichtig sein, dass sehr große Online-Plattformen bestimmte Verhaltenskodizes gemeinsam erstellen und diese einhalten. Diese Verordnung hält

Geänderter Text

(67) Die Kommission und das Gremium sollten die Erstellung von Verhaltenskodizes als Beitrag zur Anwendung dieser Verordnung fördern **und Online-Plattformen dazu anhalten, diese Kodizes zu befolgen.** Die Umsetzung der Verhaltenskodizes sollte messbar sein und der öffentlichen Aufsicht unterliegen, doch sollte dies den Freiwilligkeitscharakter dieser Kodizes und die Wahlfreiheit der Interessenträger hinsichtlich ihrer Beteiligung nicht beeinträchtigen. Unter bestimmten Umständen kann es wichtig sein, dass sehr große Online-Plattformen bestimmte

andere Anbieter in keiner Weise davon ab, durch Beteiligung an denselben Verhaltenskodizes dieselben Sorgfaltsstandards einzuhalten, bewährte Verfahren zu übernehmen und die Leitlinien der Kommission und des Gremiums anzuwenden.

Verhaltenskodizes gemeinsam erstellen und diese einhalten. Diese Verordnung hält andere Anbieter in keiner Weise davon ab, durch Beteiligung an denselben Verhaltenskodizes dieselben Sorgfaltsstandards einzuhalten, bewährte Verfahren zu übernehmen und die Leitlinien der Kommission und des Gremiums anzuwenden.

Or. en

Änderungsantrag 247 **Annalisa Tardino**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 68**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche bestimmt werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere sollten Risikominderungsmaßnahmen für bestimmte Arten illegaler Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiteres relevantes Thema sind die möglichen negativen Auswirkungen systemischer Risiken auf Gesellschaft und Demokratie, etwa aufgrund von Desinformation oder manipulativen und missbräuchlichen Tätigkeiten. Dazu zählen koordinierte Tätigkeiten zur Verstärkung von Informationen einschließlich Desinformation, etwa durch Nutzung von Bots oder Scheinkonten für die Erstellung falscher oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden sein können und für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind. In diesen Bereichen kann die Beteiligung einer sehr großen Online-Plattform an einem Verhaltenskodex und dessen Einhaltung als geeignete

entfällt

Risikominderungsmaßnahme angesehen werden. Weigert sich eine Online-Plattform ohne angemessene Begründung, sich auf Aufforderung der Kommission an der Anwendung eines solchen Verhaltenskodex zu beteiligen, könnte dies hinsichtlich möglicher Zuwiderhandlungen der Online-Plattform im Rahmen dieser Verordnung berücksichtigt werden.

Or. en

Änderungsantrag 248
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 68

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche bestimmt werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere sollten Risikominderungsmaßnahmen für bestimmte Arten illegaler Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiteres relevantes Thema sind die möglichen negativen Auswirkungen systemischer Risiken auf Gesellschaft und Demokratie, etwa aufgrund von Desinformation oder manipulativen und missbräuchlichen Tätigkeiten. Dazu zählen koordinierte Tätigkeiten zur Verstärkung von Informationen einschließlich Desinformation, etwa durch Nutzung von Bots oder Scheinkonten für die Erstellung falscher oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden sein können und für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind. In diesen Bereichen kann die Beteiligung einer sehr großen Online-Plattform an einem Verhaltenskodex und dessen

entfällt

*Einhaltung als geeignete
Risikominderungsmaßnahme angesehen
werden. Weigert sich eine Online-
Plattform ohne angemessene
Begründung, sich auf Aufforderung der
Kommission an der Anwendung eines
solchen Verhaltenskodex zu beteiligen,
könnte dies hinsichtlich möglicher
Zu widerhandlungen der Online-Plattform
im Rahmen dieser Verordnung
berücksichtigt werden.*

Or. en

Änderungsantrag 249

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Olivier Chastel, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa, Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 68

Vorschlag der Kommission

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche bestimmt werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere sollten Risikominderungsmaßnahmen für bestimmte Arten illegaler Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiterer **zu berücksichtigender Bereich** sind die möglichen negativen Auswirkungen systemischer Risiken auf die Gesellschaft und die Demokratie, etwa aufgrund von Desinformation oder manipulativen und missbräuchlichen Tätigkeiten. Dazu zählen koordinierte Informationen einschließlich Desinformation, etwa durch Nutzung von Bots oder Scheinkonten für die Erstellung falscher oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden sein können und für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind. In diesen Bereichen kann die Beteiligung

Geänderter Text

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche bestimmt werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere sollten Risikominderungsmaßnahmen für bestimmte Arten illegaler Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiterer **Aspekt, der berücksichtigt werden muss**, sind die möglichen negativen Auswirkungen von systemischen Risiken auf die Gesellschaft und die Demokratie, wie z. B. Desinformation, **schädliche Inhalte, insbesondere Hassreden**, oder manipulative und missbräuchliche Tätigkeiten. Dazu zählen koordinierte Informationen einschließlich Desinformation, etwa durch Nutzung von Bots oder Scheinkonten für die Erstellung falscher oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden sein können und für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind.

einer sehr großen Online-Plattform an einem Verhaltenskodex und dessen Einhaltung als geeignete Risikominderungsmaßnahme angesehen werden. Weigert sich eine Online-Plattform ohne angemessene Begründung, sich auf Aufforderung der Kommission an der Anwendung eines solchen Verhaltenskodex zu beteiligen, könnte dies hinsichtlich möglicher Zuwiderhandlungen der Online-Plattform im Rahmen dieser Verordnung berücksichtigt werden.

In diesen Bereichen kann die Beteiligung einer sehr großen Online-Plattform an einem Verhaltenskodex und dessen Einhaltung als geeignete Risikominderungsmaßnahme angesehen werden. Weigert sich eine Online-Plattform ohne angemessene Begründung, sich auf Aufforderung der Kommission an der Anwendung eines solchen Verhaltenskodex zu beteiligen, könnte dies hinsichtlich möglicher Zuwiderhandlungen der Online-Plattform im Rahmen dieser Verordnung berücksichtigt werden.

Or. en

Änderungsantrag 250 **Clare Daly**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 69**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(69) Die Bestimmungen über Verhaltenskodizes in dieser Verordnung könnten als Grundlage für bereits bestehende Selbstregulierungsmaßnahmen auf Unionsebene dienen, darunter die Verpflichtungserklärung für mehr Produktsicherheit („Product Safety Pledge“), die gemeinsame Absichtserklärung zum Verkauf nachgeahmter Güter, der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet sowie der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation. Wie im Aktionsplan für Demokratie angekündigt, wird die Kommission Leitlinien zur Stärkung des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation herausgeben.

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 251

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Olivier Chastel, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 69

Vorschlag der Kommission

(69) Die Bestimmungen über Verhaltenskodizes in dieser Verordnung könnten als Grundlage für bereits bestehende Selbstregulierungsmaßnahmen auf Unionsebene dienen, darunter die Verpflichtungserklärung für mehr Produktsicherheit („Product Safety Pledge“), die gemeinsame Absichtserklärung zum Verkauf nachgeahmter Güter, der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet sowie der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation. Wie im Aktionsplan für Demokratie angekündigt, **wird** die Kommission Leitlinien zur Stärkung des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation **herausgeben**.

Geänderter Text

(69) Die Bestimmungen über Verhaltenskodizes in dieser Verordnung könnten als Grundlage für bereits bestehende Selbstregulierungsmaßnahmen auf Unionsebene dienen, darunter die Verpflichtungserklärung für mehr Produktsicherheit („Product Safety Pledge“), die gemeinsame Absichtserklärung zum Verkauf nachgeahmter Güter, der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet sowie der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation. Wie im Aktionsplan für Demokratie angekündigt, hat die Kommission **im Mai 2021** Leitlinien zur Stärkung des Verhaltenskodex für Desinformation **herausgegeben**.

Or. en

Änderungsantrag 252

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 71

Vorschlag der Kommission

(71) **Falls außergewöhnliche Umstände Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit haben, kann die Kommission zur Erstellung von Krisenprotokollen auffordern, um eine rasche, kollektive und grenzüberschreitende Reaktion im Online-Umfeld zu koordinieren. Außergewöhnliche Umstände können jedes unvorhersehbare Ereignis wie z. B.**

Geänderter Text

entfällt

Erdbeben, Wirbelstürme, Pandemien und andere ernste grenzüberschreitende Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit sowie Krieg und terroristische Handlungen umfassen, bei denen Online-Plattformen z. B. für eine schnelle Verbreitung von illegalen Inhalten oder Desinformation missbraucht werden können oder eine rasche Verbreitung verlässlicher Informationen erforderlich ist. Angesichts der wichtigen Rolle sehr großer Online-Plattformen bei der Verbreitung von Informationen auf gesellschaftlicher und internationaler Ebene sollten diese Plattformen dazu aufgefordert werden, spezielle Krisenprotokolle zu erstellen und anzuwenden. Solche Krisenprotokolle sollten nur für einen begrenzten Zeitraum aktiviert werden, und die getroffenen Maßnahmen sollten sich auf das für die Bewältigung der außergewöhnlichen Umstände absolut notwendige Maß beschränken. Diese Maßnahmen sollten mit dieser Verordnung im Einklang stehen und nicht zu einer allgemeinen Verpflichtung der teilnehmenden sehr großen Online-Plattformen führen, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Fakten oder Umständen zu forschen, die auf illegale Inhalte hindeuten.

Or. en

Änderungsantrag 253

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Olivier Chastel, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 71

Vorschlag der Kommission

(71) Falls außergewöhnliche Umstände Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit

Geänderter Text

(71) Falls außergewöhnlichen Umstände Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit

haben, kann die Kommission zur Erstellung von Krisenprotokollen auffordern, um eine rasche, kollektive und grenzüberschreitende Reaktion im Online-Umfeld zu koordinieren. Außergewöhnliche Umstände können jedes unvorhersehbare Ereignis wie z. B. Erdbeben, Wirbelstürme, Pandemien und andere ernste grenzüberschreitende Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit sowie Krieg und terroristische Handlungen umfassen, bei denen Online-Plattformen z. B. für eine schnelle Verbreitung von illegalen Inhalten oder Desinformation missbraucht werden können oder eine rasche Verbreitung verlässlicher Informationen erforderlich ist. Angesichts der wichtigen Rolle sehr großer Online-Plattformen bei der Verbreitung von Informationen auf gesellschaftlicher und internationaler Ebene sollten diese Plattformen dazu aufgefordert werden, spezielle Krisenprotokolle zu erstellen und anzuwenden. Solche Krisenprotokolle sollten nur für einen begrenzten Zeitraum aktiviert werden, und die getroffenen Maßnahmen sollten sich auf das für die Bewältigung der außergewöhnlichen Umstände absolut notwendige Maß beschränken. Diese Maßnahmen sollten mit dieser Verordnung im Einklang stehen und nicht zu einer allgemeinen Verpflichtung der teilnehmenden sehr großen Online-Plattformen führen, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Fakten oder Umständen zu forschen, die auf illegale Inhalte hindeuten.

haben, kann die Kommission zur Erstellung von Krisenprotokollen auffordern, um eine rasche, kollektive und grenzüberschreitende Reaktion im Online-Umfeld **im öffentlichen Interesse** zu koordinieren. Außergewöhnliche Umstände können jedes unvorhersehbare Ereignis wie z. B. Erdbeben, Wirbelstürme, Pandemien und andere ernste grenzüberschreitende Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit sowie Krieg und terroristische Handlungen umfassen, bei denen Online-Plattformen z. B. für eine schnelle Verbreitung von illegalen Inhalten oder Desinformation missbraucht werden können oder eine rasche Verbreitung verlässlicher Informationen erforderlich ist. Angesichts der wichtigen Rolle sehr großer Online-Plattformen bei der Verbreitung von Informationen auf gesellschaftlicher und internationaler Ebene sollten diese Plattformen dazu aufgefordert werden, spezielle Krisenprotokolle zu erstellen und anzuwenden. Solche Krisenprotokolle sollten nur für einen begrenzten Zeitraum aktiviert werden, und die getroffenen Maßnahmen sollten sich auf das für die Bewältigung der außergewöhnlichen Umstände absolut notwendige Maß beschränken. Diese Maßnahmen sollten mit dieser Verordnung im Einklang stehen und nicht zu einer allgemeinen Verpflichtung der teilnehmenden sehr großen Online-Plattformen führen, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Fakten oder Umständen zu forschen, die auf illegale Inhalte hindeuten.

Or. en

Änderungsantrag 254
Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 75

(75) Die Mitgliedstaaten können einer bestehenden nationalen Behörde die Funktion des Koordinators für digitale Dienste oder bestimmte Aufgaben im Zusammenhang mit der Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung übertragen, soweit diese benannte Behörde unter anderem in Bezug auf ihre Unabhängigkeit die Anforderungen dieser Verordnung erfüllt. Zudem ist es den Mitgliedstaaten grundsätzlich nicht untersagt, Funktionen innerhalb einer bestehenden Behörde im Einklang mit dem Unionsrecht zusammenzufassen. Die betreffenden Maßnahmen können unter anderem das Verbot umfassen, den Präsidenten/die Präsidentin oder ein Mitglied eines Organs einer bestehenden Behörde vor dem Ende seiner/ihrer Amtszeit nur aus dem Grund zu entlassen, dass eine institutionelle Reform durchgeführt wurde, bei der verschiedene Funktionen innerhalb einer Behörde zusammengefasst werden, wenn keine Bestimmungen vorhanden sind, die gewährleisten, dass diese Entlassungen die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit dieser Mitglieder nicht gefährden.

(75) Die Mitgliedstaaten können einer bestehenden nationalen Behörde die Funktion des Koordinators für digitale Dienste oder bestimmte Aufgaben im Zusammenhang mit der Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung übertragen, soweit diese benannte Behörde unter anderem in Bezug auf ihre Unabhängigkeit die Anforderungen dieser Verordnung erfüllt. Zudem ist es den Mitgliedstaaten grundsätzlich nicht untersagt, Funktionen innerhalb einer bestehenden Behörde im Einklang mit dem Unionsrecht zusammenzufassen. ***Sie sollten jedoch davon absehen, dieselben Behörden zu benennen, die gemäß Artikel 30 der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste benannt wurden, um zu vermeiden, dass eine einzige Institution mit der Befugnis ausgestattet wird, die gesamte Medienlandschaft und den Online-Raum des Mitgliedstaats zu gestalten.*** Die betreffenden Maßnahmen können unter anderem das Verbot umfassen, den Präsidenten/die Präsidentin oder ein Mitglied eines Organs einer bestehenden Behörde vor dem Ende seiner/ihrer Amtszeit nur aus dem Grund zu entlassen, dass eine institutionelle Reform durchgeführt wurde, bei der verschiedene Funktionen innerhalb einer Behörde zusammengefasst werden, wenn keine Bestimmungen vorhanden sind, die gewährleisten, dass diese Entlassungen die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit dieser Mitglieder nicht gefährden.

Or. en

Änderungsantrag 255

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 76

(76) Da Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht generell verpflichtet sind, für eine physische Präsenz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates zu sorgen, ist es erforderlich zu klären, welcher rechtlichen Zuständigkeit diese Anbieter bei der Durchsetzung von Bestimmungen der Kapitel III und IV durch zuständige nationale Behörden unterliegen. Anbieter sollten der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sich ihre Hauptniederlassung befindet, d. h. in dem der Anbieter seine Hauptverwaltung oder seinen eingetragenen Sitz hat, an dem die wichtigsten finanziellen Funktionen und die operative Kontrolle ausgeübt werden. Anbieter, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienste in der Union erbringen und daher in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, sollten angesichts der Funktion der Rechtsvertreter im Rahmen dieser Verordnung der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sie ihren Rechtsvertreter bestellt haben. Im Interesse einer wirksamen Anwendung dieser Verordnung sollten jedoch alle Mitgliedstaaten zuständig sein, wenn Anbieter keinen Rechtsvertreter benannt haben, sofern das Verbot der doppelten Strafverfolgung (ne bis in idem) eingehalten wird. Zu diesem Zweck sollte jeder Mitgliedstaat bei der Ausübung rechtlicher Zuständigkeiten für diese Anbieter alle anderen Mitgliedstaaten unverzüglich über die dabei getroffenen Maßnahmen informieren.

(76) Da Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht generell verpflichtet sind, für eine physische Präsenz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates zu sorgen, ist es erforderlich zu klären, welcher rechtlichen Zuständigkeit diese Anbieter bei der Durchsetzung von Bestimmungen der Kapitel III und IV durch zuständige nationale Behörden unterliegen. Anbieter sollten der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sich ihre Hauptniederlassung befindet, d. h. in dem der Anbieter seine Hauptverwaltung oder seinen eingetragenen Sitz hat, an dem die wichtigsten finanziellen Funktionen und die operative Kontrolle ausgeübt werden. Anbieter, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienste in der Union erbringen und daher in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, sollten angesichts der Funktion der Rechtsvertreter im Rahmen dieser Verordnung der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sie ihren Rechtsvertreter bestellt haben. Im Interesse einer wirksamen Anwendung dieser Verordnung sollten jedoch alle Mitgliedstaaten zuständig sein, wenn Anbieter keinen Rechtsvertreter benannt haben, sofern das Verbot der doppelten Strafverfolgung (ne bis in idem) eingehalten wird. Zu diesem Zweck sollte jeder Mitgliedstaat bei der Ausübung rechtlicher Zuständigkeiten für diese Anbieter alle anderen Mitgliedstaaten unverzüglich über die dabei getroffenen Maßnahmen informieren. ***Um einen wirksamen Schutz der Grundrechte der EU-Bürger zu gewährleisten, der den unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften und dem unterschiedlichen soziokulturellen Kontext in den einzelnen Ländern Rechnung trägt, übt ein Mitgliedstaat die rechtliche Zuständigkeit aus, wenn es sich um sehr große Online-Plattformen handelt, die Dienste für eine erhebliche***

Anzahl von Nutzern in einem bestimmten Mitgliedstaat anbieten. Die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten ist besonders wichtig im Falle sehr großer Online-Plattformen, die zu den sozialen Medien gehören, da sie eine zentrale Rolle bei der Erleichterung der öffentlichen Debatte spielen.

Or. en

Änderungsantrag 256
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 79

Vorschlag der Kommission

(79) Bei der Ausübung dieser Befugnisse sollten die zuständigen Behörden die anwendbaren nationalen verfahrensrechtlichen und materiellen Bestimmungen einhalten, darunter z. B. die Verpflichtung, vor dem Betreten bestimmter Räumlichkeiten eine gerichtliche Genehmigung einzuholen und die Privilegien der Angehörigen von Rechtsberufen zu achten. Durch diese Bestimmungen sollten insbesondere die Achtung der Grundrechte auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht, einschließlich der Verteidigungsrechte und des Rechts auf Achtung des Privatlebens, sichergestellt werden. ***Als geeigneter Anhaltspunkt könnten in diesem Zusammenhang die für die Verfahren der Kommission gemäß dieser Verordnung vorgesehenen Garantien dienen.*** Vor jeder endgültigen Entscheidung sollte ein faires und unparteiisches Verfahren garantiert sein, einschließlich des Anspruchs der betroffenen Personen auf rechtliches Gehör und auf Akteneinsicht, wobei die Vertraulichkeit sowie Berufs- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren und die Entscheidungen aussagekräftig zu

Geänderter Text

(79) Bei der Ausübung dieser Befugnisse sollten die zuständigen Behörden die anwendbaren nationalen verfahrensrechtlichen und materiellen Bestimmungen einhalten, darunter z. B. die Verpflichtung, vor dem Betreten bestimmter Räumlichkeiten eine gerichtliche Genehmigung einzuholen und die Privilegien der Angehörigen von Rechtsberufen zu achten. Durch diese Bestimmungen sollten insbesondere die Achtung der Grundrechte auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht, einschließlich der Verteidigungsrechte und des Rechts auf Achtung des Privatlebens, sichergestellt werden. Vor jeder endgültigen Entscheidung sollte ein faires und unparteiisches Verfahren garantiert sein, einschließlich des Anspruchs der betroffenen Personen auf rechtliches Gehör und auf Akteneinsicht, wobei die Vertraulichkeit sowie Berufs- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren und die Entscheidungen aussagekräftig zu begründen sind. Dies sollte Dringlichkeitsmaßnahmen in angemessen begründeten Fällen und bei geeigneten Bedingungen und Verfahrensvorkehrungen

begründen sind. Dies sollte Dringlichkeitsmaßnahmen in angemessenen begründeten Fällen und bei geeigneten Bedingungen und Verfahrensvorkehrungen jedoch nicht ausschließen. Zudem sollte die Ausübung von Befugnissen unter anderem in einem angemessenen Verhältnis zur Art der Zuwiderhandlung oder der mutmaßlichen Zuwiderhandlung und des dadurch verursachten tatsächlichen oder potentiellen Gesamtschadens stehen. Die zuständigen Behörden sollten grundsätzlich alle relevanten Fakten und Umstände des Falles berücksichtigen, darunter auch Informationen, die von zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten eingeholt wurden.

jedoch nicht ausschließen. Zudem sollte die Ausübung von Befugnissen unter anderem in einem angemessenen Verhältnis zur Art der Zuwiderhandlung oder der mutmaßlichen Zuwiderhandlung und des dadurch verursachten tatsächlichen oder potentiellen Gesamtschadens stehen. Die zuständigen Behörden sollten grundsätzlich alle relevanten Fakten und Umstände des Falles berücksichtigen, darunter auch Informationen, die von zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten eingeholt wurden.

Or. en

Änderungsantrag 257
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 84

Vorschlag der Kommission

(84) Der Koordinator für digitale Dienste sollte regelmäßige Berichte über die gemäß dieser Verordnung durchgeführten Tätigkeiten veröffentlichen. Da der Koordinator für digitale Dienste über das gemeinsame System für den Informationsaustausch auch über Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte oder zur Bereitstellung von Informationen gemäß dieser Verordnung informiert wird, sollte der Koordinator für digitale Dienste in seinem Jahresbericht auch die Zahl und die Kategorien dieser Anordnungen von Justiz- und Verwaltungsbehörden gegenüber Anbietern von Vermittlungsdiensten in seinem Mitgliedstaat angeben.

Geänderter Text

(84) Der Koordinator für digitale Dienste sollte regelmäßige Berichte über die gemäß dieser Verordnung durchgeführten Tätigkeiten veröffentlichen. Da der Koordinator für digitale Dienste über das gemeinsame System für den Informationsaustausch auch über Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte oder zur Bereitstellung von Informationen gemäß dieser Verordnung informiert wird, sollte der Koordinator für digitale Dienste in seinem Jahresbericht die Anzahl und die Kategorien dieser Anordnungen von Justiz-, **Strafverfolgungs-** und Verwaltungsbehörden gegenüber Anbietern von Vermittlungsdiensten in seinem Mitgliedstaat angeben.

Or. en

Änderungsantrag 258

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 85

Vorschlag der Kommission

(85) Ersucht ein Koordinator für digitale Dienste einen anderen Koordinator für digitale Dienste um Maßnahmen, sollte der ersuchende Koordinator für digitale Dienste oder – falls das Gremium die Prüfung von Angelegenheiten, an denen mehr als drei Mitgliedstaaten beteiligt sind, empfohlen hat – das Gremium die Angelegenheit an die Kommission verweisen können, wenn Uneinigkeit hinsichtlich der Bewertungen oder der getroffenen oder vorgeschlagenen Maßnahmen besteht oder keine Maßnahmen vereinbart werden konnten. Die Kommission sollte den zuständigen Koordinator für digitale Dienste anhand der von den betroffenen Behörden bereitgestellten Informationen entsprechend auffordern können, die Angelegenheit neu zu bewerten und innerhalb einer bestimmten Frist die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Einhaltung der Verordnung sicherzustellen. Diese Möglichkeit gilt unbeschadet der allgemeinen Aufgabe der Kommission, die Anwendung des Unionsrechts unter der Kontrolle des Gerichtshofs der Europäischen Union im Einklang mit den Verträgen zu überwachen und erforderlichenfalls durchzusetzen. Trifft der Koordinator für digitale Dienste nach einem solchen Ersuchen keine Maßnahmen, kann die **Kommission** gemäß Kapitel IV Abschnitt 3 dieser Verordnung eingreifen, wenn es sich bei dem mutmaßlichen Zuwiderhandelnden um eine sehr große Online-Plattform handelt.

Geänderter Text

(85) Ersucht ein Koordinator für digitale Dienste einen anderen Koordinator für digitale Dienste um Maßnahmen, sollte der ersuchende Koordinator für digitale Dienste oder – falls das Gremium die Prüfung von Angelegenheiten, an denen mehr als drei Mitgliedstaaten beteiligt sind, empfohlen hat – das Gremium die Angelegenheit an die Kommission verweisen können, wenn Uneinigkeit hinsichtlich der Bewertungen oder der getroffenen oder vorgeschlagenen Maßnahmen besteht oder keine Maßnahmen vereinbart werden konnten. Die Kommission sollte den zuständigen Koordinator für digitale Dienste anhand der von den betroffenen Behörden bereitgestellten Informationen entsprechend auffordern können, die Angelegenheit neu zu bewerten und innerhalb einer bestimmten Frist die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Einhaltung der Verordnung sicherzustellen. Diese Möglichkeit gilt unbeschadet der allgemeinen Aufgabe der Kommission, die Anwendung des Unionsrechts unter der Kontrolle des Gerichtshofs der Europäischen Union im Einklang mit den Verträgen zu überwachen und erforderlichenfalls durchzusetzen. Trifft der Koordinator für digitale Dienste nach einem solchen Ersuchen keine Maßnahmen, kann der **Ausschuss** gemäß Kapitel IV Abschnitt 3 dieser Verordnung eingreifen, wenn es sich bei dem mutmaßlichen Zuwiderhandelnden um eine sehr große Online-Plattform handelt.

Or. en

Änderungsantrag 259

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 87

Vorschlag der Kommission

(87) Angesichts der besonderen Herausforderungen, die mit der Überprüfung und Sicherstellung der Einhaltung dieser Verordnung durch eine sehr große Online-Plattform verbunden sein können, etwa aufgrund des Umfangs oder der Komplexität einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung oder der Notwendigkeit besonderer Kenntnisse oder Kapazitäten auf Unionsebene, sollten die Koordinatoren für digitale Dienste **die Kommission auf freiwilliger Basis** ersuchen können, einzugreifen und ihre Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse im Rahmen dieser Verordnung auszuüben.

Geänderter Text

(87) Angesichts der besonderen Herausforderungen, die mit der Überprüfung und Sicherstellung der Einhaltung dieser Verordnung durch eine sehr große Online-Plattform verbunden sein können, etwa aufgrund des Umfangs oder der Komplexität einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung oder der Notwendigkeit besonderer Kenntnisse oder Kapazitäten auf Unionsebene, sollten die Koordinatoren für digitale Dienste **das Gremium** ersuchen können, einzugreifen und ihre Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse im Rahmen dieser Verordnung auszuüben.

Or. en

Änderungsantrag 260

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 89

Vorschlag der Kommission

(89) Der Ausschuss sollte dazu beitragen, mit Blick auf eine einheitliche Anwendung dieser Verordnung eine gemeinsame **Sichtweise der Union** zu entwickeln, und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden unterstützen, etwa durch Beratung **der Kommission und** der Koordinatoren für digitale Dienste zu geeigneten Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen, insbesondere gegenüber sehr großen Online-Plattformen.

Geänderter Text

(89) Der Ausschuss sollte dazu beitragen, eine einheitliche **und gemeinsame** Anwendung dieser Verordnung **in der Union** zu entwickeln, und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden unterstützen, etwa durch Beratung der Koordinatoren für digitale Dienste zu geeigneten Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen, insbesondere gegenüber sehr großen Online-Plattformen. Zudem sollte das Gremium zur

Zudem sollte das Gremium zur Entwicklung relevanter Muster und Verhaltenskodizes beitragen und neu aufkommende allgemeine Trends in der Entwicklung digitaler Dienste in der Union analysieren.

Entwicklung relevanter Muster und Verhaltenskodizes beitragen und neu aufkommende allgemeine Trends in der Entwicklung digitaler Dienste in der Union analysieren.

Or. en

Änderungsantrag 261 **Clare Daly**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 90**

Vorschlag der Kommission

(90) Zu diesem Zweck sollte das Gremium Stellungnahmen, Aufforderungen und Empfehlungen an die Koordinatoren für digitale Dienste oder andere zuständige nationale Behörden abgeben können. ***Wenngleich diese nicht rechtlich bindend sind, sollte eine Entscheidung, davon abzuweichen, ordnungsgemäß begründet werden und könnte von der Kommission bei der Prüfung der Einhaltung dieser Verordnung durch den betreffenden Mitgliedstaat berücksichtigt werden.***

Geänderter Text

(90) Zu diesem Zweck sollte das Gremium ***Entscheidungen***, Stellungnahmen, Aufforderungen und Empfehlungen an die Koordinatoren für digitale Dienste oder andere zuständige nationale Behörden abgeben können.

Or. en

Änderungsantrag 262 **Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 91**

Vorschlag der Kommission

(91) Das Gremium sollte Vertreterinnen und Vertreter der Koordinatoren für digitale Dienste und gegebenenfalls anderer zuständiger Behörden umfassen und unter dem Vorsitz der Kommission

Geänderter Text

(91) Das Gremium sollte Vertreterinnen und Vertreter der Koordinatoren für digitale Dienste und gegebenenfalls anderer zuständiger Behörden umfassen und unter dem Vorsitz der Kommission

stehen, um die ihm vorgelegten Angelegenheiten aus umfassender europäischer Perspektive bewerten zu können. Angesichts möglicher weiterreichender Aspekte, die auch für andere Regulierungsrahmen auf Unionsebene von Bedeutung sein können, sollte das Gremium mit anderen Einrichtungen, Ämtern, Agenturen und Beratungsgruppen der Union zusammenarbeiten können, die z. B. in den Bereichen Gleichbehandlung, auch von Männern und Frauen, Nichtdiskriminierung, Datenschutz, elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste, Aufdeckung und Untersuchung von Betrug zulasten des EU-Haushalts im Zusammenhang mit Zöllen oder Verbraucherschutz tätig sind, soweit dies für die Ausübung der Aufgaben erforderlich ist.

stehen, um die ihm vorgelegten Angelegenheiten aus umfassender europäischer Perspektive bewerten zu können. Angesichts möglicher weiterreichender Aspekte, die auch für andere Regulierungsrahmen auf Unionsebene von Bedeutung sein können, sollte das Gremium mit anderen Einrichtungen, Ämtern, Agenturen und Beratungsgruppen der Union zusammenarbeiten können, die z. B. in den Bereichen Gleichbehandlung, auch von Männern und Frauen, Nichtdiskriminierung, Datenschutz, **Wettbewerb**, elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste, Aufdeckung und Untersuchung von Betrug zulasten des EU-Haushalts im Zusammenhang mit Zöllen oder Verbraucherschutz tätig sind, soweit dies für die Ausübung der Aufgaben erforderlich ist.

Or. en

Änderungsantrag 263 Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 92

Vorschlag der Kommission

(92) Die Kommission sollte **den Vorsitz des Gremiums führen**, jedoch nicht über Stimmrechte verfügen. **Durch den Vorsitz sollte die Kommission sicherstellen, dass die Tagesordnung der Sitzungen im Einklang mit den Anträgen der Mitglieder des Gremiums sowie der Geschäftsordnung und den in dieser Verordnung festgelegten Aufgaben des Gremiums festgelegt wird.**

Geänderter Text

(92) Die Kommission sollte **im Gremium vertreten sein**, jedoch nicht über Stimmrechte verfügen.

Or. en

Änderungsantrag 264
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 96

Vorschlag der Kommission

(96) Wird die Zuwiderhandlung gegen eine der nur für sehr große Online-Plattformen geltenden Bestimmungen von der Plattform nicht gemäß dem Maßnahmenplan wirksam behoben, **kann** nur **die Kommission** von Amts wegen oder auf **Rat des Gremiums** entscheiden, die betreffende Zuwiderhandlung und die von der Plattform anschließend getroffenen Maßnahmen genauer zu untersuchen, nicht jedoch der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort. Nach Durchführung der erforderlichen Untersuchungen sollte **die Kommission** erforderlichenfalls Beschlüsse zur Feststellung einer Zuwiderhandlung und zur Verhängung von Sanktionen gegenüber den sehr großen Online-Plattformen fassen können. Diese Möglichkeit einzugreifen sollte **sie** auch in grenzüberschreitenden Fällen haben, in denen der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort trotz Verlangens **der Kommission** keine Maßnahmen getroffen hat, oder in Fällen, in denen der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort die Kommission selbst ersucht hat, in Bezug auf eine Zuwiderhandlung einer sehr großen Online-Plattform gegen eine andere Bestimmung dieser Verordnung einzugreifen.

Geänderter Text

(96) Wird die Zuwiderhandlung gegen eine der nur für sehr große Online-Plattformen geltenden Bestimmungen von dieser Plattform nicht gemäß dem Maßnahmenplan wirksam behoben, **entscheidet** nur **das Gremium** von Amts wegen oder auf **Anordnung**, die betreffende Zuwiderhandlung und die von der Plattform anschließend getroffenen Maßnahmen genauer zu untersuchen, nicht jedoch der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort. Nach Durchführung der erforderlichen Untersuchungen sollte **das Gremium** erforderlichenfalls Beschlüsse zur Feststellung einer Zuwiderhandlung und zur Verhängung von Sanktionen gegenüber den sehr großen Online-Plattformen fassen können. Diese Möglichkeit einzugreifen sollte **es** auch in grenzüberschreitenden Fällen haben, in denen der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort trotz Verlangens **des Gremiums** keine Maßnahmen getroffen hat, oder in Fällen, in denen der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort selbst ersucht hat, in Bezug auf die Zuwiderhandlung einer sehr großen Online-Plattform gegen eine andere Bestimmung dieser Verordnung einzugreifen.

Or. en

Änderungsantrag 265
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 97

(97) **Die Kommission sollte selbst entscheiden können, ob sie in den Fällen, in denen sie nach dieser Verordnung entsprechend befugt ist, eingreift oder nicht.** Wenn die **Kommission** das Verfahren eingeleitet hat, sollte es den Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort untersagt sein, ihre Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse in Bezug auf das fragliche Verhalten der betreffenden sehr großen Online-Plattform auszuüben, um doppelte Maßnahmen, Uneinheitlichkeit und Risiken unter dem Gesichtspunkt des Verbots der Doppelbestrafung (ne bis in idem) zu vermeiden. Im Interesse der Wirksamkeit sollte es diesen Koordinatoren für digitale Dienste jedoch nicht untersagt sein, ihre Befugnisse auszuüben, um entweder **die Kommission** auf **deren** Verlangen bei der Ausübung der Aufsichtsaufgaben zu unterstützen oder anderen Verhaltensweisen nachzugehen, die auch Verhaltensweisen derselben sehr großen Online-Plattform umfassen können, die mutmaßlich eine neue Zuwiderhandlung darstellen. Diese Koordinatoren für digitale Dienste sowie **das Gremium** und gegebenenfalls **andere** Koordinatoren für digitale Dienste sollten **der Kommission** alle erforderlichen Informationen und Unterstützungsleistungen **bereitstellen**, damit diese ihre Aufgaben wirksam erfüllen **kann, und im Gegenzug sollte die Kommission sie angemessen über die Ausübung ihrer Befugnisse informieren. In diesem Zusammenhang sollte die Kommission gegebenenfalls relevante Bewertungen durch das Gremium oder die betreffenden Koordinatoren für digitale Dienste sowie von ihnen gesammelte einschlägige Nachweise und Informationen berücksichtigen, unbeschadet der Befugnisse und Verantwortung der Kommission, bei Bedarf zusätzliche Untersuchungen**

(97) Wenn **das Gremium** das Verfahren eingeleitet hat, sollte es den Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort untersagt sein, ihre Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse in Bezug auf das fragliche Verhalten der betreffenden sehr großen Online-Plattform auszuüben, um doppelte Maßnahmen, Uneinheitlichkeit und Risiken unter dem Gesichtspunkt des Verbots der Doppelbestrafung (ne bis in idem) zu vermeiden. Im Interesse der Wirksamkeit sollte es diesen Koordinatoren für digitale Dienste jedoch nicht untersagt sein, ihre Befugnisse auszuüben, um entweder **das Gremium** auf **dessen** Verlangen bei der Ausübung der Aufsichtsaufgaben zu unterstützen oder anderen Verhaltensweisen nachzugehen, die auch Verhaltensweisen derselben sehr großen Online-Plattform umfassen können, die mutmaßlich eine neue Zuwiderhandlung darstellen. Diesen Koordinatoren für digitale Dienste sowie **dem Gremium** und gegebenenfalls **anderen** Koordinatoren für digitale Dienste sollten alle erforderlichen Informationen und Unterstützungsleistungen **bereitgestellt werden**, damit diese ihre Aufgaben effektiv erfüllen **können**.

durchzuführen.

Or. en

Änderungsantrag 266

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 98

Vorschlag der Kommission

(98) Angesichts der besonderen Herausforderungen, die sich bei dem Versuch ergeben können, die Einhaltung der Vorschriften durch sehr große Online-Plattformen zu gewährleisten, und der Bedeutung, dies in Anbetracht ihrer Größe und Wirkung sowie der Schäden, die sie verursachen können, wirksam zu tun, sollte **die Kommission** über starke Ermittlungs- und Durchsetzungsbefugnisse verfügen, die es **ihr** ermöglichen, bestimmte in dieser Verordnung festgelegte Vorschriften unter voller Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und der Rechte und Interessen der betroffenen Parteien zu untersuchen, durchzusetzen und zu überwachen.

Geänderter Text

(98) Angesichts der besonderen Herausforderungen, die sich bei dem Versuch ergeben können, die Einhaltung der Vorschriften durch sehr große Online-Plattformen zu gewährleisten, und der Bedeutung, dies in Anbetracht ihrer Größe und Wirkung sowie der Schäden, die sie verursachen können, wirksam zu tun, sollte **das Gremium** über starke Ermittlungs- und Durchsetzungsbefugnisse verfügen, die es **ihm** ermöglichen, bestimmte in dieser Verordnung festgelegte Vorschriften unter voller Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und der Rechte und Interessen der betroffenen Parteien zu untersuchen, durchzusetzen und zu überwachen.

Or. en

Änderungsantrag 267

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 99

Vorschlag der Kommission

(99) Insbesondere sollte **die Kommission** Zugang zu allen einschlägigen Unterlagen, Daten und Informationen haben, die für die Einleitung und Durchführung von Untersuchungen und die Überwachung der Einhaltung der

Geänderter Text

(99) Insbesondere sollte **das Gremium** Zugang zu allen einschlägigen Dokumenten, Daten und Informationen haben, die für die Einleitung und Durchführung von Untersuchungen und die Überwachung der Einhaltung der in dieser

in dieser Verordnung festgelegten einschlägigen Pflichten erforderlich sind, unabhängig davon, in wessen Besitz sich die betreffenden Unterlagen, Daten oder Informationen befinden und ungeachtet ihrer Form oder ihres Formats, ihres Speichermediums oder des genauen Orts der Speicherung. **Die Kommission** sollte die betreffende sehr große Online-Plattform, einschlägige Dritte oder natürliche Personen direkt dazu verpflichten können, **ihr** alle einschlägigen Belege, Daten und Informationen vorzulegen. Darüber hinaus sollte **die Kommission** einschlägige Informationen für die Zwecke dieser Verordnung bei jeder Behörde, Einrichtung oder Agentur innerhalb des **Mitgliedstaates** sowie bei jeder natürlichen oder juristischen Person einholen können. **Die Kommission** sollte befugt sein, Zugang zu Datenbanken und Algorithmen relevanter Personen sowie diesbezügliche Erläuterungen zu verlangen und alle Personen, die nützliche Informationen besitzen können, mit deren Zustimmung zu befragen und die gemachten Aussagen aufzunehmen. Zudem sollte **die Kommission** befugt sein, die für die Durchsetzung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung erforderlichen Nachprüfungen durchzuführen. Diese Untersuchungsbefugnisse sollen die Möglichkeit **der Kommission** ergänzen, Koordinatoren für digitale Dienste und andere Behörden der Mitgliedstaaten um Unterstützung zu ersuchen, etwa durch Bereitstellung von Informationen oder die Ausübung ihrer Befugnisse.

Verordnung festgelegten einschlägigen Verpflichtungen erforderlich sind, unabhängig davon, wer die betreffenden Dokumente, Daten oder Informationen besitzt, und unabhängig von ihrer Form oder ihrem Format, ihrem Speichermedium oder dem genauen Ort, an dem sie gespeichert sind. **Das Gremium** sollte die betreffende sehr große Online-Plattform, einschlägige Dritte oder natürliche Personen direkt dazu verpflichten können, **ihm** alle einschlägigen Belege, Daten und Informationen vorzulegen. Darüber hinaus sollte **das Gremium** einschlägige Informationen für die Zwecke dieser Verordnung bei jeder Behörde, Einrichtung oder Agentur innerhalb des **Mitgliedstaats** sowie bei jeder natürlichen oder juristischen Person einholen können. **Das Gremium** sollte befugt sein, Zugang zu Datenbanken und Algorithmen relevanter Personen sowie diesbezügliche Erläuterungen zu verlangen und alle Personen, die nützliche Informationen besitzen können, mit deren Zustimmung zu befragen und die gemachten Aussagen aufzunehmen. Zudem sollte **das Gremium** befugt sein, die für die Durchsetzung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung erforderlichen Nachprüfungen durchzuführen. Diese Untersuchungsbefugnisse sollen die Möglichkeit **des Gremiums** ergänzen, Koordinatoren für digitale Dienste und andere Behörden der Mitgliedstaaten um Unterstützung zu ersuchen, etwa durch Bereitstellung von Informationen oder die Ausübung ihrer Befugnisse.

Or. en

Änderungsantrag 268
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 101

(101) Die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und andere Personen, die von der Ausübung der Befugnisse **der Kommission** betroffen sind und deren Interessen durch einen Beschluss berührt werden könnten, sollten vor dem Erlass des Beschlusses Gelegenheit zur Äußerung haben, und die erlassenen Beschlüsse sollten auf breiter Basis bekannt gegeben werden. Neben der Wahrung der Verteidigungsrechte der Beteiligten, insbesondere des Rechts auf Akteneinsicht, ist auch der Schutz vertraulicher Informationen unabdingbar. Zudem sollte **die Kommission** unter Wahrung der Vertraulichkeit der Informationen sicherstellen, dass alle **ihrem** Beschluss zugrunde liegenden Informationen in einem Umfang veröffentlicht werden, der es dem Adressaten des Beschlusses ermöglicht, die zugrunde liegenden Fakten und Überlegungen zu verstehen.

(101) Die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und andere Personen, die von der Ausübung der Befugnisse **des Gremiums** betroffen sind und deren Interessen durch einen Beschluss berührt werden könnten, sollten vor dem Erlass des Beschlusses Gelegenheit zur Äußerung haben, und die erlassenen Beschlüsse sollten auf breiter Basis bekannt gegeben werden. Neben der Wahrung der Verteidigungsrechte der Beteiligten, insbesondere des Rechts auf Akteneinsicht, ist auch der Schutz vertraulicher Informationen unabdingbar. Zudem sollte **das Gremium** unter Wahrung der Vertraulichkeit der Informationen sicherstellen, dass alle **seinem** Beschluss zugrunde liegenden Informationen in einem Umfang veröffentlicht werden, der es dem Adressaten des Beschlusses ermöglicht, die zugrunde liegenden Fakten und Überlegungen zu verstehen.

Or. en

Änderungsantrag 269
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 102

(102) Im Interesse der Wirksamkeit und Effizienz sollte die Kommission nach der anfänglichen Einführungsphase die Tätigkeiten des Gremiums und seine Struktur auf der Grundlage der ersten drei Jahre der Anwendung dieser Verordnung bewerten; diese Bewertung sollte zusätzlich zu der binnen fünf Jahren nach dem Inkrafttreten durchzuführenden allgemeinen Bewertung der Verordnung erfolgen.

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 270
Rob Rooker

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 105

Vorschlag der Kommission

(105) Diese Verordnung wahrt die mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannten Grundrechte sowie die Grundrechte, die allgemeine Grundsätze des Unionsrechts darstellen. Diese Verordnung sollte daher im Einklang mit diesen Grundrechten ausgelegt und angewandt werden, ***einschließlich*** der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit sowie der Pressefreiheit und -pluralität. Bei der Ausübung der in dieser Verordnung vorgesehenen Befugnisse sollten alle beteiligten Behörden ***im Einklang mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit*** bei einem Konflikt zwischen ***verschiedenen*** Grundrechten ***die betreffenden Rechte in ausgewogener Weise berücksichtigen***.

Geänderter Text

(105) Diese Verordnung wahrt die mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannten Grundrechte sowie die Grundrechte, die allgemeine Grundsätze des Unionsrechts darstellen. Diese Verordnung sollte daher im Einklang mit diesen Grundrechten ausgelegt und angewandt werden, ***insbesondere mit*** der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit sowie der Pressefreiheit und -pluralität. Bei der Ausübung der in dieser Verordnung vorgesehenen Befugnisse sollten alle beteiligten Behörden ***einen gerechten Ausgleich*** bei einem Konflikt zwischen den Grundrechten ***finden, wobei dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung - einer der Eckpfeiler einer demokratischen Gesellschaft - besonderes Gewicht beigemessen wird, was für andere Grundrechte ungeachtet ihrer Bedeutung möglicherweise nicht zutrifft. Wenn Grundrechte miteinander in Konflikt geraten, muss die geltende Rechtsprechung, insbesondere die des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und der zuständigen Gerichte der Mitgliedstaaten, berücksichtigt werden, um festzulegen, welchem Recht in einem bestimmten Fall Vorrang gewährt wird.***

Or. nl

Änderungsantrag 271
Rob Rooker

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 106

Vorschlag der Kommission

(106) Da das Ziel dieser Verordnung, nämlich ein ordnungsgemäß funktionierender Binnenmarkt und die Gewährleistung eines sicheren, vorhersehbaren und vertrauenswürdigen Online-Umfelds, in dem die in der Charta verankerten Grundrechte angemessen geschützt werden, von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden kann, da sie allein nicht in der Lage sind, die erforderliche Harmonisierung und Zusammenarbeit und Koordinierung zu erreichen, sondern vielmehr wegen ihres territorialen und persönlichen Geltungsbereichs auf Unionsebene besser zu verwirklichen ist, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das zur Erreichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus —

Geänderter Text

(106) Da das Ziel dieser Verordnung, nämlich ein ordnungsgemäß funktionierender Binnenmarkt und die Gewährleistung eines **technologisch** sicheren, vorhersehbaren und vertrauenswürdigen Online-Umfelds, in dem die in der Charta verankerten Grundrechte angemessen geschützt werden, von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden kann, da sie allein nicht in der Lage sind, die erforderliche Harmonisierung und Zusammenarbeit und Koordinierung zu erreichen, sondern vielmehr wegen ihres territorialen und persönlichen Geltungsbereichs auf Unionsebene besser zu verwirklichen ist, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das zur Erreichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus —

Or. nl

Änderungsantrag 272

Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 1 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

(c) Vorschriften über die Durchführung und Durchsetzung dieser Verordnung, einschließlich der Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den zuständigen Behörden.

Geänderter Text

(c) Vorschriften für die Durchführung und Durchsetzung der **in** dieser Verordnung **festgelegten Anforderungen**, einschließlich der Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den zuständigen Behörden.

Or. en

Änderungsantrag 273
Jorge Buxadé Villalba

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Festlegung einheitlicher Regeln für ein sicheres, vorhersehbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld, in dem die in der Charta verankerten Grundrechte wirksam geschützt sind.

Geänderter Text

b) Festlegung einheitlicher Regeln für ein sicheres, vorhersehbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld, in dem die in der Charta verankerten Grundrechte wirksam geschützt sind, ***insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung und Meinungsfreiheit.***

Or. es

Änderungsantrag 274
Rob Rooker

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Festlegung einheitlicher Regeln für ein sicheres, vorhersehbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld, ***in dem die in der Charta verankerten Grundrechte wirksam geschützt sind.***

Geänderter Text

b) Festlegung einheitlicher Regeln für ein ***technologisch*** sicheres, vorhersehbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld.

Or. nl

Änderungsantrag 275
Rob Rooker

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) Gewährleistung, dass die Grundrechte jedes Einzelnen, insbesondere das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung,

wirksam geschützt sind und innerhalb der gesetzlich festgelegten Grenzen frei ausgeübt werden können.

Or. nl

Änderungsantrag 276
Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(ba) Erleichterung von Innovationen, Unterstützung des digitalen Wandels, Förderung des Wirtschaftswachstums und Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen für digitale Dienste im Binnenmarkt.

Or. en

Änderungsantrag 277
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(ba) Schutz Minderjähriger, die unter diese Verordnung fallende Dienste in Anspruch nehmen.

Or. en

Änderungsantrag 278
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Diese Verordnung gilt für Vermittlungsdienste, die für Nutzer des Dienstes ***mit Niederlassungsort oder Wohnsitz in der Union*** erbracht werden, ungeachtet des Orts der Niederlassung des Anbieters dieser Dienste.

Geänderter Text

(3) Diese Verordnung gilt für Vermittlungsdienste, die für Nutzer des Dienstes erbracht werden, ungeachtet des Orts der Niederlassung des Anbieters dieser Dienste.

Or. en

Änderungsantrag 279
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Diese Verordnung gilt nicht für Fragen im Zusammenhang mit Diensten der Informationsgesellschaft, die unter die Verordnung (EU) 2016/679 und die Richtlinie 2002/58/EG fallen, einschließlich der Haftung der für die Verarbeitung Verantwortlichen und der Auftragsverarbeiter.

Or. en

Änderungsantrag 280
Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte,

entfällt

Or. en

Begründung

Zu vage

Änderungsantrag 281
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 5 – Punkt i a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(ia) Richtlinie 2002/58/EG.

Or. en

Änderungsantrag 282
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 5 – Unterabsatz 1 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

*Diese Verordnung gilt nicht für
Angelegenheiten im Zusammenhang mit
Diensten der Informationsgesellschaft,
die unter die Verordnung (EU) 2016/679
und die Richtlinie 2002/58/EG fallen.*

Or. en

Änderungsantrag 283
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe d – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– einer erheblichen Zahl von Nutzern in einem oder mehreren Mitgliedstaaten oder *entfällt*

Änderungsantrag 284

Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe g

Vorschlag der Kommission

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, **die als solche oder durch ihre Bezugnahme auf eine Tätigkeit**, einschließlich des Verkaufs von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen, nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem **Recht eines Mitgliedstaates** stehen, **ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften**;

Geänderter Text

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen **oder** Tätigkeiten, einschließlich des Verkaufs von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen, **die** nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem **straf-, verwaltungs- oder zivilrechtlichen Rahmen** eines **Mitgliedstaats** stehen;

Or. en

Änderungsantrag 285

Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe g

Vorschlag der Kommission

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, **die als solche oder durch ihre Bezugnahme auf eine Tätigkeit**, einschließlich des Verkaufs von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen, nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht eines **Mitgliedstaates** stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

Geänderter Text

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, einschließlich des Verkaufs von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen, **die** nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht eines **Mitgliedstaats** stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

Or. en

Änderungsantrag 286
Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe g – Ziffer i (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

i) „potenziell illegale Inhalte“:
Inhalte, bei denen nicht mit
ausreichender Sicherheit davon
ausgegangen werden kann, dass sie
rechtswidrig sind, die aber verdächtige
Indikatoren enthalten.

Or. it

Änderungsantrag 287
Rob Rooker

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe g a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ga) „offensichtlich illegale Inhalte“
Inhalte, bei denen zweifelsfrei festgestellt
werden kann, dass sie gegen das Gesetz
verstoßen; Inhalte, die sexuelle
Handlungen mit Minderjährigen oder
eine direkte Aufforderung zur Gewalt
beinhalten, sind in jedem Fall
offensichtlich illegal;

Or. nl

Änderungsantrag 288
Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ha) „sehr große Online-Plattform“ ist
ein Anbieter eines Hosting-Dienstes, der

seine Dienste für eine Zahl von durchschnittlich monatlich aktiven Nutzern des Dienstes in der Union bereitstellt, die mindestens 45 Millionen beträgt, berechnet nach der in den in Absatz 3 genannten delegierten Rechtsakten festgelegten Methode;

Or. en

Änderungsantrag 289
Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe n

Vorschlag der Kommission

n) „Werbung“ Informationen, die dazu bestimmt sind, **die Botschaft** einer juristischen oder natürlichen Person zu verbreiten, unabhängig davon, ob damit gewerbliche oder nicht-gewerbliche Zwecke verfolgt werden, und die von einer Online-Plattform auf ihrer Online-Schnittstelle gegen Entgelt speziell zur Bekanntmachung dieser Informationen angezeigt werden;

Geänderter Text

n) „Werbung“ sind Informationen, die dazu bestimmt sind, **Informationen, Produkte oder Dienstleistungen** einer juristischen oder natürlichen Person **direkt oder indirekt** zu verbreiten **oder in eine Rangfolge zu bringen**, unabhängig davon, ob damit gewerbliche oder nicht-gewerbliche Zwecke verfolgt werden, und die von einer Online-Plattform auf ihrer Online-Schnittstelle **oder Teilen davon** gegen **direktes oder indirektes** Entgelt speziell zur Bekanntmachung dieser Informationen, **Produkte oder Dienstleistungen** angezeigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 290
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe n

Vorschlag der Kommission

n) „Werbung“ Informationen, die dazu bestimmt sind, die Botschaft einer juristischen oder natürlichen Person zu

Geänderter Text

n) „Werbung“ Informationen, die dazu bestimmt sind, die Botschaft einer juristischen oder natürlichen Person zu

verbreiten, unabhängig davon, ob damit gewerbliche oder nicht-gewerbliche Zwecke verfolgt werden, und die von einer Online-Plattform auf ihrer Online-Schnittstelle gegen Entgelt speziell zur Bekanntmachung dieser Informationen angezeigt werden;

verbreiten, unabhängig davon, ob damit gewerbliche oder nicht-gewerbliche Zwecke verfolgt werden, und die von einer Online-Plattform auf ihrer Online-Schnittstelle ***direkt oder indirekt*** gegen Entgelt speziell zur Bekanntmachung dieser Informationen angezeigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 291 **Beata Kempa, Patryk Jaki**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe o**

Vorschlag der Kommission

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer Online-Benutzeroberfläche den Nutzern bestimmte Informationen vorzuschlagen, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

Geänderter Text

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer Online-Benutzeroberfläche den Nutzern bestimmte Informationen vorzuschlagen, und ***das unter strenger menschlicher Aufsicht arbeitet***, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

Or. en

Änderungsantrag 292 **Paul Tang**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe o**

Vorschlag der Kommission

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer Online-Benutzeroberfläche den Nutzern bestimmte

Geänderter Text

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer Online-Benutzeroberfläche den Nutzern bestimmte

Informationen vorzuschlagen, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

Informationen, **Produkte oder Dienste** vorzuschlagen, **in eine Rangfolge zu bringen oder zu priorisieren**, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

Or. en

Änderungsantrag 293 **Clare Daly**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe o**

Vorschlag der Kommission

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer Online-Benutzeroberfläche den Nutzern bestimmte Informationen vorzuschlagen, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

Geänderter Text

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer Online-Benutzeroberfläche den Nutzern bestimmte Informationen vorzuschlagen, **in eine Rangfolge zu bringen, zu priorisieren oder zu kuratieren**, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

Or. en

Änderungsantrag 294 **Jorge Buxadé Villalba**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe p**

Vorschlag der Kommission

p) „Moderation von Inhalten“ die Tätigkeiten der Anbieter von Vermittlungsdiensten, mit denen illegale Inhalte **oder Informationen**, die von Nutzern bereitgestellt werden und mit den

Geänderter Text

p) „Moderation von Inhalten“ die Tätigkeiten der Anbieter von Vermittlungsdiensten, mit denen illegale Inhalte **in dem Mitgliedstaat, in dem der Dienst bereitgestellt wird**, die von Nutzern

allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters unvereinbar sind, erkannt, festgestellt und bekämpft werden sollen, darunter auch Maßnahmen in Bezug auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der illegalen Inhalte **oder Informationen**, z. B. Herabstufung, Sperrung des Zugangs oder Entfernung, oder in Bezug auf die Möglichkeit der Nutzer, solche Informationen bereitzustellen, z. B. Schließung oder Aussetzung des Kontos eines Nutzers;

bereitgestellt werden und mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters unvereinbar sind, erkannt, festgestellt und bekämpft werden sollen, darunter auch Maßnahmen in Bezug auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der illegalen Inhalte, z. B. Herabstufung, Sperrung des Zugangs oder Entfernung, oder in Bezug auf die Möglichkeit der Nutzer, solche Informationen bereitzustellen, z. B. Schließung oder Aussetzung des Kontos eines Nutzers;

Or. es

Änderungsantrag 295

Paul Tang, Patrick Breyer, Karen Melchior, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 2a

Ausrichtung von digitaler Werbung

(1) Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft dürfen keine personenbezogenen Daten im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 sammeln oder verarbeiten, um die Nutzer zu ermitteln, denen Werbung angezeigt wird.

(2) Diese Bestimmung darf die Dienste der Informationsgesellschaft nicht daran hindern, die Nutzer, denen Werbung angezeigt wird, anhand von Kontextinformationen wie Schlüsselwörtern, der vom Gerät des Nutzers übermittelten Spracheinstellung oder der geografischen Region der Nutzer, denen eine Werbung angezeigt wird, zu bestimmen.

(3) Die Verwendung der in Absatz 2 genannten Kontextinformationen ist nur zulässig, wenn sie nicht die direkte oder – durch Kombination mit anderen

Informationen – die indirekte Identifizierung einer oder mehrerer natürlicher Personen ermöglicht, insbesondere durch Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität der betreffenden natürlichen Person oder Personen sind.

Or. en

Änderungsantrag 296
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 2a

Digitaler Datenschutz

Soweit technisch möglich, ermöglicht der Anbieter eines Dienstes der Informationsgesellschaft die Nutzung und Bezahlung dieses Dienstes, ohne personenbezogene Daten des Empfängers zu erheben.

Anbieter eines Dienstes der Informationsgesellschaft verarbeiten personenbezogene Daten über die Nutzung des Dienstes durch einen Empfänger nur insoweit, als dies unbedingt erforderlich ist, um dem Empfänger die Nutzung des Dienstes zu ermöglichen oder dem Empfänger die Nutzung des Dienstes in Rechnung zu stellen. Betreiber von Online-Plattformen dürfen personenbezogene Daten über die Nutzung des Dienstes durch einen Empfänger ausschließlich zum Zwecke des Betriebs eines Empfehlungssystems verarbeiten, wenn der Empfänger seine

ausdrückliche Einwilligung gemäß Artikel 4 Absatz 11 der Verordnung (EU) 2016/679 gegeben hat. Die Mitgliedstaaten schreiben Anbietern von Diensten der Informationsgesellschaft nicht vor, personenbezogene Daten über die Nutzung des Dienstes durch alle Empfänger zu speichern.

Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft haben das Recht, End-to-End-Verschlüsselungsdienste bereitzustellen und zu unterstützen.

Or. en

Änderungsantrag 297
Jorge Buxadé Villalba

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 3 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) die übermittelten Informationen nicht auswählt oder verändert.

Geänderter Text

c) die übermittelten Informationen nicht auswählt oder verändert, *einschließlich der Moderation von Inhalten, die in dem Mitgliedstaat, in dem der Dienst bereitgestellt wird, nicht illegal sind.*

Or. es

Änderungsantrag 298
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 3 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom

Geänderter Text

entfällt

**Diensteanbieter verlangt, eine
Zu widerhandlung abzustellen oder zu
verhindern.**

Or. en

Änderungsantrag 299

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zu widerhandlung abzustellen oder zu verhindern. **entfällt**

Or. en

Änderungsantrag 300

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zu widerhandlung abzustellen oder zu verhindern. **entfällt**

Or. en

Änderungsantrag 301

Beata Kempa, Patryk Jaki

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 3 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Geänderter Text

(3) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht oder eine **funktionell unabhängige** Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Or. en

Änderungsantrag 302
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 3 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Geänderter Text

(3) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein **nationales** Gericht oder eine **nationale** Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Or. en

Änderungsantrag 304
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 4 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde nach den

Geänderter Text

(2) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein **nationales** Gericht oder eine **nationale** Verwaltungsbehörde nach

Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Or. en

Änderungsantrag 305
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 4 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht ***oder eine Verwaltungsbehörde*** nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Geänderter Text

(2) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Or. en

Änderungsantrag 306
Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 5 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) keine tatsächliche Kenntnis von einer rechtswidrigen Tätigkeit oder illegalen Inhalten hat ***und sich in Bezug auf Schadensersatzansprüche auch keiner Tatsachen oder Umstände bewusst ist, aus denen eine rechtswidrige Tätigkeit oder illegale Inhalte offensichtlich werden,*** oder

Geänderter Text

a) keine tatsächliche Kenntnis von einer rechtswidrigen Tätigkeit oder illegalen Inhalten hat, oder

Or. en

Änderungsantrag 307
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 5 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) keine tatsächliche Kenntnis von **einer rechtswidrigen Tätigkeit oder** illegalen Inhalten hat und sich in Bezug auf Schadensersatzansprüche auch keiner Tatsachen oder Umstände bewusst ist, aus denen eine rechtswidrige Tätigkeit oder illegale Inhalte offensichtlich werden, oder

Geänderter Text

a) keine tatsächliche Kenntnis von illegalen Inhalten hat und sich in Bezug auf Schadensersatzansprüche auch keiner Tatsachen oder Umstände bewusst ist, aus denen eine rechtswidrige Tätigkeit oder illegale Inhalte offensichtlich werden, oder

Or. en

Änderungsantrag 308
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 5 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) sobald er diese Kenntnis oder dieses Bewusstsein erlangt, **zügig** tätig wird, um den Zugang zu den illegalen Inhalten zu sperren oder diese zu entfernen.

Geänderter Text

b) sobald er diese Kenntnis oder dieses Bewusstsein erlangt, tätig wird, um **so schnell wie möglich unter strikter Beachtung des Grundsatzes der Freiheit der Meinungsäußerung** den Zugang zu den illegalen Inhalten zu sperren oder diese zu entfernen.

Or. en

Änderungsantrag 309
Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 5 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) sobald er diese Kenntnis **oder dieses Bewusstsein** erlangt, zügig tätig

Geänderter Text

b) sobald er diese Kenntnis erlangt, zügig tätig wird, um den Zugang zu den

wird, um den Zugang zu den illegalen Inhalten zu sperren oder diese zu entfernen.

illegalen Inhalten zu sperren oder diese zu entfernen.

Or. en

Änderungsantrag 310
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 5 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Unbeschadet spezifischer Bestimmungen, die im Unionsrecht oder in nationalen Verwaltungs- oder Rechtsrahmen festgelegt sind, müssen Anbieter von Hosting-Diensten, sobald sie tatsächliche Kenntnis oder tatsächliches Bewusstsein in Bezug auf illegale Inhalte erlangen, diese so schnell wie möglich entfernen oder so schnell wie möglich den Zugang zu ihnen sperren, und das

a) innerhalb von 24 Stunden, wenn die illegalen Inhalte die öffentliche Ordnung, die öffentliche Sicherheit, z. B. im Fall von terrorismusverherrlichenden Inhalten, oder die öffentliche Gesundheit beziehungsweise die Gesundheit oder Sicherheit der Verbraucher ernsthaft gefährden können, wobei diese Bestimmungen insbesondere für Material über sexuellen Kindesmissbrauch, Grooming und Cybermobbing gelten sollten, oder

b) innerhalb von 4 Tagen in allen anderen Fällen.

In Fällen, in denen der Anbieter von Hosting-Diensten der Verpflichtung nach Absatz 1a aus Gründen höherer Gewalt oder aus sachlich gerechtfertigten technischen oder betrieblichen Gründen nicht nachkommen kann, informiert er unverzüglich die zuständige Behörde, die eine Anordnung gemäß Artikel 8 erlassen hat, oder den Nutzer des Dienstes, der eine Meldung gemäß Artikel 14

eingereicht hat, über diese Gründe.

Or. en

Änderungsantrag 311

Anna Júlia Donáth, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 5 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die verbraucherschutzrechtliche Haftung von Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmen ermöglichen, wenn die Online-Plattform die spezifischen Einzelinformationen dazu darstellt oder die betreffende Einzeltransaktion anderweitig in einer Weise ermöglicht, bei der ein **durchschnittlicher und angemessen informierter** Verbraucher davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird.

Geänderter Text

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die verbraucherschutzrechtliche Haftung von Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmen ermöglichen, wenn die Online-Plattform die spezifischen Einzelinformationen dazu darstellt oder die betreffende Einzeltransaktion anderweitig in einer Weise ermöglicht, bei der ein Verbraucher davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird.

Or. en

Änderungsantrag 312

Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 5 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine

Geänderter Text

(4) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein **nationales** Gericht oder eine **nationale** Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine

Zu widerhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Zu widerhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Or. en

Änderungsantrag 313
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 5 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht ***oder eine Verwaltungsbehörde*** nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zu widerhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Geänderter Text

(4) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zu widerhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Or. en

Änderungsantrag 314
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 6

Vorschlag der Kommission

Artikel 6

***Freiwillige Untersuchungen auf
Eigeninitiative und Einhaltung der
Rechtsvorschriften***

***Anbieter von Vermittlungsdiensten
kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5
genannten Haftungsausschlüsse auch
dann in Betracht, wenn sie auf
Eigeninitiative freiwillige
Untersuchungen oder andere Tätigkeiten
zur Erkennung, Feststellung und
Entfernung illegaler Inhalte oder zur
Sperrung des Zugangs zu illegalen
Inhalten durchführen oder die***

Geänderter Text

entfällt

erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Or. en

Änderungsantrag 315
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 6 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Freiwillige Untersuchungen auf Eigeninitiative und Einhaltung der Rechtsvorschriften

Geänderter Text

Einhaltung der Rechtsvorschriften

Or. en

Änderungsantrag 316
Marina Kaljurand, Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 6 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie *auf Eigeninitiative freiwillige Untersuchungen oder andere Tätigkeiten zur Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten durchführen* oder die *erforderlichen* Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Geänderter Text

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie die *verpflichtenden* Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Or. en

Änderungsantrag 317
Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 6 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie **auf Eigeninitiative** freiwillige Untersuchungen oder andere Tätigkeiten zur Erkennung, Feststellung und **Entfernung** illegaler Inhalte **oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten durchführen oder die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.**

Geänderter Text

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie freiwillige Untersuchungen oder andere Tätigkeiten zur Erkennung, Feststellung und **Meldung** illegaler Inhalte **nach geltendem Recht an die zuständigen nationalen öffentlichen Behörden.**

Or. it

Änderungsantrag 318
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 6 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative freiwillige **Untersuchungen** oder andere Tätigkeiten zur Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten durchführen oder die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen **des Unionsrechts** und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Geänderter Text

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative freiwillige **Maßnahmen anwenden** oder andere Tätigkeiten zur Erkennung, Feststellung, **Meldung** und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten durchführen oder die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen **gemäß nationalem oder Unionsrecht** und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Or. en

Änderungsantrag 319

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 6 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative freiwillige Untersuchungen oder andere Tätigkeiten zur Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten durchführen oder die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Geänderter Text

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative freiwillige Untersuchungen oder andere Tätigkeiten zur Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten durchführen oder die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts ***oder nationalen Rechts*** und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Or. en

Änderungsantrag 320

Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 6 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative ***freiwillige Untersuchungen oder andere Tätigkeiten*** zur Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten ***durchführen oder die erforderlichen Maßnahmen*** ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Geänderter Text

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative ***die erforderlichen freiwilligen Untersuchungsmaßnahmen*** zur Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Änderungsantrag 321
Marina Kaljurand, Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 7 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Keine allgemeine Verpflichtung zur Überwachung **oder** aktiven Nachforschung

Geänderter Text

Keine allgemeine Verpflichtung zur Überwachung, aktiven Nachforschung **oder automatisierten Moderation von Inhalten**

Änderungsantrag 322
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 7 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten.

Geänderter Text

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten.

Die Bestimmungen dieser Verordnung enthalten keinerlei Vorschriften, Voraussetzungen oder Empfehlungen in Bezug auf die Nutzung automatisierter Entscheidungsfindung oder die Überwachung des Verhaltens einer großen Zahl von natürlichen Personen.

Änderungsantrag 323
Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 7 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder **aktiv** nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten.

Geänderter Text

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung – **weder de jure noch de facto** – auferlegt, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten, **oder diese Umstände zu verhindern.**

Or. en

Änderungsantrag 324
Marina Kaljurand, Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 7 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, die von **ihnen** übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten.

Geänderter Text

Es wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, die von **Anbietern von Vermittlungsdiensten** übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten.

Or. en

Änderungsantrag 325
Marina Kaljurand, Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 7 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Anbieter von Vermittlungsdiensten sind nicht verpflichtet, automatisierte Instrumente für die Moderation von

Geänderter Text

Inhalten zu verwenden.

Or. en

Änderungsantrag 326

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 7a

Keine Begrenzung der Anonymität

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, die anonyme oder pseudonyme Nutzung ihres Dienstes zu begrenzen.

Or. en

Änderungsantrag 327

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Olivier Chastel, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 7 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 7b

Keine Begrenzung der Verschlüsselung und Sicherheit

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, das Niveau ihrer Sicherheits- und Verschlüsselungsmaßnahmen zu begrenzen.

Or. en

Änderungsantrag 328

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 7 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 7c

***Keine allgemeine und unterschiedslose
Vorratsdatenspeicherung***

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, personenbezogene Daten der Nutzer ihrer Dienste auf Vorrat zu speichern. Jedwede verpflichtende Vorratsdatenspeicherung ist hinsichtlich der Kategorien der auf Vorrat zu speichernden Daten, der betroffenen Kommunikationsmittel, der betroffenen Personen und der festgelegten Speicherfrist auf das absolut Notwendige beschränkt.

Or. en

Änderungsantrag 329
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen bestimmten illegalen Inhalt, die von ***den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden*** auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen bestimmten illegalen Inhalt, die von ***einer nationalen Justizbehörde*** auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

Diese Vorschrift gilt entsprechend für zuständige Verwaltungsbehörden, die Online-Plattformen anweisen, gegen Unternehmer vorzugehen, die in der Union rechtswidrig Waren oder Dienstleistungen bewerben oder anbieten.

Or. en

Änderungsantrag 330

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen **bestimmten illegalen Inhalt**, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

Geänderter Text

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen **oder mehrere bestimmte illegale Inhalte**, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

Or. en

Änderungsantrag 331

Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen bestimmten illegalen Inhalt, die von **den** zuständigen nationalen **Justiz- oder Verwaltungsbehörden** auf der Grundlage

Geänderter Text

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen bestimmten illegalen Inhalt, die von **einer** zuständigen nationalen **Behörde** auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen

des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

Or. en

Änderungsantrag 332 **Annalisa Tardino**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 8 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen bestimmten illegalen Inhalt, die von **den zuständigen** nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

Geänderter Text

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen bestimmten illegalen Inhalt, die von nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

Or. en

Änderungsantrag 333 **Marina Kaljurand**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 8 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen bestimmten illegalen Inhalt, die von **den zuständigen**

Geänderter Text

(1) Nach Eingang, **über einen sicheren Kommunikationskanal**, einer **authentifizierten** Anordnung zum

nationalen **Justiz- oder Verwaltungsbehörden** auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen **zu welchem Zeitpunkt** ergriffen wurden.

Vorgehen gegen einen bestimmten illegalen Inhalt, die von **einer** nationalen **Justizbehörde** auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen ergriffen wurden.

Or. en

Änderungsantrag 335

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Olivier Chastel, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Einleitung

Vorschlag der Kommission

a) Die Anordnungen müssen Folgendes enthalten:

Geänderter Text

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Or. en

Änderungsantrag 336

Marina Kaljurand, Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

– eine Begründung, warum es sich bei den Informationen um illegale Inhalte handelt, mit Bezugnahme auf die besonderen Bestimmungen des Unionsrechts oder des nationalen Rechts, gegen die verstoßen wurde,

Geänderter Text

– **die Angaben zur Identifizierung der Justizbehörde, die die Anordnung erlassen hat, und** eine Begründung, warum es sich bei den Informationen um illegale Inhalte handelt, mit Bezugnahme auf die besonderen Bestimmungen des Unionsrechts oder des nationalen Rechts, gegen die verstoßen wurde,

Or. en

Änderungsantrag 337
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

– eine Begründung, warum es sich bei den Informationen um illegale Inhalte handelt, mit Bezugnahme auf die besonderen Bestimmungen des Unionsrechts oder des nationalen Rechts, gegen die verstoßen wurde,

Geänderter Text

– eine **ausreichende und klare** Begründung, warum es sich bei den Informationen um illegale Inhalte handelt, mit Bezugnahme auf die besonderen Bestimmungen des Unionsrechts oder des nationalen Rechts, gegen die verstoßen wurde,

Or. en

Änderungsantrag 338
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 3

Vorschlag der Kommission

– Angaben über Rechtsbehelfe, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen.

Geänderter Text

– **benutzerfreundliche** Angaben über Rechtsbehelfe, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen, **einschließlich Angaben über Rechtsbehelfe bei der zuständigen Behörde, die Möglichkeit der Befassung eines Gerichts sowie über die für die Einlegung von Rechtsbehelfen geltenden Fristen.**

Or. en

Änderungsantrag 339
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 3

Vorschlag der Kommission

- Angaben über **Rechtsbehelfe**, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen.

Geänderter Text

- **klare und benutzerfreundliche** Angaben über **Rechtsbehelfsverfahren**, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen.

Or. en

Änderungsantrag 340
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 3

Vorschlag der Kommission

- Angaben über **Rechtsbehelfe**, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen.

Geänderter Text

- Angaben über **Rechtsbehelfsmechanismen**, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen.

Or. en

Änderungsantrag 341
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 3

Vorschlag der Kommission

- Angaben über **Rechtsbehelfe**, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen.

Geänderter Text

- Angaben über **Rechtsbehelfsmechanismen**, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen.

Or. en

Änderungsantrag 342

Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- *Angaben zur Identifizierung der zuständigen Behörde, die die Anordnung erlassen hat, und die Authentifizierung der Anordnung durch diese zuständige Behörde.*

Or. en

Änderungsantrag 343

Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- *Angaben über das Recht von Nutzern, Rechtsbehelfe in derselben Sprache in Anspruch nehmen zu können, in der die entfernten Inhalte verfasst waren.*

Or. en

Änderungsantrag 344

Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 3 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- *eine Angabe der Rechtsgrundlage für die Entfernungsanordnung.*

Or. en

Änderungsantrag 345
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 3 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- ***Datum, Uhrzeit und elektronische Signatur der die Entfernungsanordnung erlassenden zuständigen Behörde.***

Or. en

Änderungsantrag 346
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 3 d (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- ***sofern notwendig und angemessen den Beschluss, so lange wie nötig, jedoch nicht länger als sechs Wochen ab dem Beschluss, aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, etwa der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung und Verfolgung von schwerer Kriminalität, keine Informationen über die Entfernung von Inhalten oder die Sperrung des Zugangs zu Inhalten offenzulegen.***

Or. en

Änderungsantrag 347
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- aa) Die Anordnung kann sicher und leicht authentifiziert werden.***

Änderungsantrag 348
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) Hat der Anbieter seine Hauptniederlassung oder, wenn er nicht in der Union niedergelassen ist, seinen gesetzlichen Vertreter in einem anderen Mitgliedstaat als dem der Behörde, die die Anordnung erlassen hat, so ist der räumliche Geltungsbereich der Anordnung auf das Hoheitsgebiet des anordnenden Mitgliedstaats beschränkt.

Or. en

Änderungsantrag 349
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) Der räumliche Geltungsbereich einer an einen Anbieter gerichteten Anordnung, der seine Hauptniederlassung oder, wenn er nicht in der Union niedergelassen ist, seine gesetzliche Vertretung in einem anderen Mitgliedstaat hat, ist auf den erlassenden Mitgliedstaat beschränkt.

Or. en

Änderungsantrag 350
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe b b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

bb) Richtet sich die Anordnung an einen Anbieter, der seine Hauptniederlassung außerhalb der Union hat, ist ihr räumlicher Geltungsbereich im Falle eines Verstoßes gegen das Unionsrecht auf das Gebiet der Union beschränkt oder, wenn gegen nationales Recht verstoßen wird, auf das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats, der die Anordnung erlässt.

Or. en

Änderungsantrag 351
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe b b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

bb) Richtet sich die Anordnung an einen Anbieter, der seine Hauptniederlassung außerhalb der Union hat, ist ihr räumlicher Geltungsbereich im Falle eines Verstoßes gegen das Unionsrecht auf das Gebiet der Union beschränkt oder, wenn gegen nationales Recht verstoßen wird, auf das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats, der die Anordnung erlässt.

Or. en

Änderungsantrag 352
Nathalie Colin-Oesterlé, Geoffroy Didier

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) Die Anordnung wird in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt.

Geänderter Text

c) Die Anordnung wird in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt. ***Die Anordnung kann alternativ in der Amtssprache des Mitgliedstaats abgefasst werden, dessen Behörde die Anordnung gegen den bestimmten illegalen Inhalt erlässt; in diesem Fall hat die Kontaktstelle auf Antrag Anspruch auf eine Transkription in die vom Anbieter angegebene Sprache durch diese Behörde.***

Or. en

Änderungsantrag 353
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Der Koordinator für digitale Dienste im Mitgliedstaat der ***Justiz- oder Verwaltungsbehörde***, die die Anordnung erlassen hat, übermittelt allen anderen Koordinatoren für digitale Dienste unverzüglich über das nach Artikel 67 eingerichtete System eine Kopie der in Absatz 1 genannten Anordnung.

Geänderter Text

(3) Der Koordinator für digitale Dienste im Mitgliedstaat der ***Justizbehörde***, die die Anordnung erlassen hat, übermittelt allen anderen Koordinatoren für digitale Dienste unverzüglich über das nach Artikel 67 eingerichtete System eine Kopie der in Absatz 1 genannten Anordnung.

Or. en

Änderungsantrag 354
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Der Koordinator für digitale

Geänderter Text

(3) Der Koordinator für digitale

Dienste im Mitgliedstaat der **Justiz- oder Verwaltungsbehörde**, die die Anordnung erlassen hat, übermittelt allen anderen Koordinatoren für digitale Dienste unverzüglich über das nach Artikel 67 eingerichtete System eine Kopie der in Absatz 1 genannten Anordnung.

Dienste im Mitgliedstaat der **Justizbehörde**, die die Anordnung erlassen hat, übermittelt allen anderen Koordinatoren für digitale Dienste unverzüglich über das nach Artikel 67 eingerichtete System eine Kopie der in Absatz 1 genannten Anordnung.

Or. en

Änderungsantrag 355
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Der Koordinator für digitale Dienste im Mitgliedstaat der **Justiz- oder Verwaltungsbehörde**, die die Anordnung erlassen hat, übermittelt allen anderen Koordinatoren für digitale Dienste unverzüglich über das nach Artikel 67 eingerichtete System eine Kopie der in Absatz 1 genannten Anordnung.

Geänderter Text

(3) Der Koordinator für digitale Dienste im Mitgliedstaat der **zuständigen Behörde**, die die Anordnung erlassen hat, übermittelt allen anderen Koordinatoren für digitale Dienste unverzüglich über das nach Artikel 67 eingerichtete System eine Kopie der in Absatz 1 genannten Anordnung.

Or. en

Änderungsantrag 356
Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Der Koordinator für digitale Dienste jedes Mitgliedstaats hat das Recht, auf eigene Initiative und innerhalb von 72 Stunden nach Erhalt der Kopie der Handlungsanordnung die Anordnung zu prüfen, um festzustellen, ob sie in ernster oder offensichtlicher Weise gegen die Rechtsvorschriften des jeweiligen Mitgliedstaats verstößt, und sie auf dem

eigenen Hoheitsgebiet aufzuheben.

Or. en

Änderungsantrag 357

Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass die Justizbehörden auf Antrag eines Antragstellers, dessen Rechte durch die Zugänglichkeit von illegalen Inhalten verletzt werden, gemäß diesem Artikel eine Anordnung gegen den entsprechenden Hosting-Diensteanbieter erlassen können, diese Inhalte zu entfernen oder den Zugang zu ihnen zu sperren, einschließlich durch eine einstweilige Verfügung.

Or. en

Begründung

Wenn illegale Inhalte die Rechte einer Person verletzen, muss diese Person wirksamen Zugang zur Justiz haben, damit über die Rechtmäßigkeit von Inhalten entschieden und Rechtshilfe gewährleistet wird. Dies schließt das Recht ein, eine einstweilige Verfügung zu beantragen. Die Anordnungen müssen im Einklang mit Artikel 8 stehen, insbesondere in Bezug auf ihre territoriale Wirkung.

Änderungsantrag 358

Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Kommission definiert mit Hilfe von Durchführungsrechtsakten eine europäische technische Norm für die sicheren Kommunikationskanäle, die

*auch die Authentifizierung der
Anordnungen ermöglichen.*

Or. en

Änderungsantrag 359

Nathalie Colin-Oesterlé, Geoffroy Didier

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, dass sie die Anordnung erhalten haben **und** wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

Geänderter Text

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, dass sie die Anordnung erhalten haben, wie sie der Anordnung nachgekommen sind **und, sofern der Anordnung nicht nachgekommen wurde, mit welcher Begründung keine Auskunft über die Information gegenüber der nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlassen hat, gegeben werden kann.**

Or. en

Änderungsantrag 360

Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung in Bezug auf eine

Geänderter Text

(1) Nach Eingang einer **authentifizierten** Auskunftsanordnung

bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von **den zuständigen** nationalen **Justiz- oder Verwaltungsbehörden** auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, **dass sie die Anordnung erhalten haben und** wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

über einen sicheren Kommunikationskanal in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von **einer** nationalen **Justizbehörde** auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde **zwecks Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit** unverzüglich **über einen sicheren Kommunikationskanal** mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

Or. en

Änderungsantrag 361 Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von **den zuständigen** nationalen **Justiz- oder Verwaltungsbehörden** auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, dass sie die Anordnung erhalten haben und wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

Geänderter Text

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von **einer** nationalen **Justizbehörde** auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde **zwecks Abwehr einer schwerwiegenden Bedrohung der öffentlichen Sicherheit** unverzüglich mit, dass sie die Anordnung erhalten haben und wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

Or. en

Änderungsantrag 363 Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

– eine Begründung, wozu die Information benötigt wird und warum die Auskunftsanordnung erforderlich und verhältnismäßig ist, um **festzustellen, ob die Nutzer des Vermittlungsdienstes das geltende Unionsrecht oder nationale Recht einhalten, es sei denn, eine solche Begründung kann aus Gründen der Verhütung, Untersuchung, Erkennung und Verfolgung von Straftaten nicht gegeben werden;**

Geänderter Text

– eine Begründung, wozu die Information benötigt wird und warum die Auskunftsanordnung erforderlich und verhältnismäßig ist, um **eine schwerwiegende Bedrohung der öffentlichen Sicherheit im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht oder nationalen Recht abzuwehren;**

Or. en

Änderungsantrag 364
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

– eine Begründung, wozu die Information benötigt wird und **warum** die **Auskunftsanordnung erforderlich** und **verhältnismäßig ist, um festzustellen, ob die Nutzer des Vermittlungsdienstes das geltende Unionsrecht oder nationale Recht einhalten, es sei denn, eine solche Begründung kann aus Gründen der Verhütung, Untersuchung, Erkennung und Verfolgung von Straftaten nicht gegeben werden;**

Geänderter Text

– **die Angaben zur Identifizierung der Justizbehörde, die die Anordnung erlassen hat,** eine Begründung, wozu die Information benötigt wird, und die **Gründe für die Notwendigkeit** und **Verhältnismäßigkeit der Forderung, wobei ihre Auswirkungen auf die Grundrechte des jeweiligen Nutzers des Dienstes, dessen Daten angefordert werden, und die Schwere der Straftat gebührend zu berücksichtigen sind;**

Or. en

Änderungsantrag 365
Nathalie Colin-Oesterlé, Geoffroy Didier

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

– eine Begründung, **wozu** die Information benötigt wird **und warum die Auskunftsanordnung erforderlich und verhältnismäßig ist**, um festzustellen, ob die Nutzer des Vermittlungsdienstes das geltende Unionsrecht oder nationale Recht einhalten, es sei denn, eine solche Begründung kann aus Gründen der Verhütung, Untersuchung, Erkennung und Verfolgung von Straftaten nicht gegeben werden;

Geänderter Text

– eine Begründung, **warum** die Information benötigt wird, um festzustellen, ob die Nutzer des Vermittlungsdienstes das geltende Unionsrecht oder nationale Recht einhalten, es sei denn, eine solche Begründung kann aus Gründen der Verhütung, Untersuchung, Erkennung und Verfolgung von Straftaten nicht gegeben werden;

Or. en

Änderungsantrag 366

Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

– eine Begründung, wozu die Information benötigt wird und warum die Auskunftsanordnung erforderlich und verhältnismäßig ist, um festzustellen, ob die Nutzer des Vermittlungsdienstes das geltende Unionsrecht oder nationale Recht einhalten, es sei denn, eine solche Begründung kann aus Gründen der Verhütung, Untersuchung, Erkennung und Verfolgung von Straftaten nicht gegeben werden;

Geänderter Text

– eine **ausreichende und klare** Begründung, wozu die Information benötigt wird und warum die Auskunftsanordnung erforderlich und verhältnismäßig ist, um festzustellen, ob die Nutzer des Vermittlungsdienstes das geltende Unionsrecht oder nationale Recht einhalten, es sei denn, eine solche Begründung kann aus Gründen der **öffentlichen Sicherheit, etwa der** Verhütung, Untersuchung, Erkennung und Verfolgung von Straftaten, nicht gegeben werden;

Or. en

Änderungsantrag 367

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

– eine Begründung, wozu die Information benötigt wird und warum die Auskunftsanordnung erforderlich und verhältnismäßig ist, um festzustellen, ob die Nutzer des Vermittlungsdienstes das geltende Unionsrecht oder nationale Recht einhalten, es sei denn, eine solche Begründung kann aus Gründen der Verhütung, Untersuchung, Erkennung und Verfolgung von Straftaten nicht gegeben werden;

Geänderter Text

– eine Begründung, wozu die Information benötigt wird und warum die Auskunftsanordnung erforderlich und verhältnismäßig ist, um festzustellen, ob die Nutzer des Vermittlungsdienstes das geltende Unionsrecht oder nationale Recht einhalten, es sei denn, eine solche Begründung kann aus **bestimmten** Gründen **wie denen** der Verhütung, Untersuchung, Erkennung und Verfolgung von Straftaten nicht gegeben werden;

Or. en

Änderungsantrag 368 Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– **wenn die angeforderten Informationen personenbezogene Daten gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679 oder Artikel 3 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2016/680 darstellen, eine Begründung, warum die Übertragung im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften zum Datenschutz steht;**

Or. en

Änderungsantrag 369 Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- *eine eindeutige Kennung der Nutzer, über die Informationen angefordert werden;*

Or. en

Änderungsantrag 370
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 2

Vorschlag der Kommission

- Angaben über Rechtsbehelfe, die dem Diensteanbieter und den betreffenden Nutzern zur Verfügung stehen.

Geänderter Text

- ***benutzerfreundliche*** Angaben über Rechtsbehelfe, die dem Diensteanbieter und den betreffenden Nutzern zur Verfügung stehen, ***einschließlich Angaben über Rechtsbehelfe bei der zuständigen Behörde, die Möglichkeit der Befassung eines Gerichts sowie über die für die Einlegung von Rechtsbehelfen geltenden Fristen.***

Or. en

Änderungsantrag 371
Marina Kaljurand, Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 2

Vorschlag der Kommission

- Angaben über ***Rechtsbehelfe***, die dem Diensteanbieter und den betreffenden Nutzern zur Verfügung stehen.

Geänderter Text

- Angaben über ***Rechtsbehelfsmechanismen***, die dem Diensteanbieter und den betreffenden Nutzern zur Verfügung stehen.

Or. en

Änderungsantrag 372
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 2

Vorschlag der Kommission

– Angaben über **Rechtsbehelfe**, die dem Diensteanbieter und den betreffenden Nutzern zur Verfügung stehen.

Geänderter Text

– Angaben über **Rechtsbehelfsmechanismen**, die dem Diensteanbieter und den betreffenden Nutzern zur Verfügung stehen.

Or. en

Änderungsantrag 373
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– **Angaben zur Identifizierung der zuständigen Behörde, die die Anordnung erlassen hat, und die Authentifizierung der Anordnung durch diese zuständige Behörde.**

Or. en

Änderungsantrag 374
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– **eine Angabe der Rechtsgrundlage für die Entfernungsanordnung.**

Or. en

Änderungsantrag 375
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 2 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– *Datum, Uhrzeit und elektronische
Signatur der die Entfernungsanordnung
erlassenden zuständigen Behörde.*

Or. en

Änderungsantrag 376
Marina Kaljurand, Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

*aa) Die Anordnung kann sicher und
leicht authentifiziert werden.*

Or. en

Änderungsantrag 377
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

*ab) Die Anordnung wird erlassen, um
schwerwiegende Bedrohungen der
öffentlichen Sicherheit abzuwehren.*

Or. en

Änderungsantrag 378
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a c (neu)

ac) Mit der Anordnung werden Auskünfte über Personen ersucht, die im Verdacht stehen, eine schwerwiegende Bedrohung der öffentlichen Sicherheit zu sein.

Or. en

Änderungsantrag 379

Marina Kaljurand, Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Die Anordnung verpflichtet den Diensteanbieter nur zur Bereitstellung von Informationen, die er ohnehin bereits für die Zwecke der Erbringung des Dienstes erfasst hat und die seiner Verfügungsgewalt unterliegen.

Geänderter Text

b) Die Anordnung verpflichtet den Diensteanbieter nur zur Bereitstellung von Informationen, die er ohnehin bereits **rechtmäßig** für die Zwecke der Erbringung des Dienstes erfasst hat und die seiner Verfügungsgewalt unterliegen.

Or. en

Änderungsantrag 380

Nathalie Colin-Oesterlé, Geoffroy Didier

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) Die Anordnung wird in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt.

Geänderter Text

c) Die Anordnung wird in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt. **Die Anordnung kann alternativ in der Amtssprache des Mitgliedstaats abgefasst werden, dessen Behörde die Anordnung gegen den bestimmten illegalen Inhalt erlässt; in diesem Fall hat die Kontaktstelle auf Antrag Anspruch auf eine Transkription in die vom**

Or. en

Änderungsantrag 381
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Der Koordinator für digitale Dienste im Mitgliedstaat der nationalen **Justiz- oder Verwaltungsbehörde**, die die Anordnung erlassen hat, übermittelt allen Koordinatoren für digitale Dienste unverzüglich über das nach Artikel 67 eingerichtete System eine Kopie der in Absatz 1 genannten Anordnung.

Geänderter Text

(3) Der Koordinator für digitale Dienste im Mitgliedstaat der nationalen **Justizbehörde**, die die Anordnung erlassen hat, übermittelt allen Koordinatoren für digitale Dienste unverzüglich über das nach Artikel 67 eingerichtete System eine Kopie der in Absatz 1 genannten Anordnung.

Or. en

Änderungsantrag 382
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Der Koordinator für digitale Dienste im Mitgliedstaat der nationalen **Justiz- oder Verwaltungsbehörde**, die die Anordnung erlassen hat, übermittelt allen Koordinatoren für digitale Dienste unverzüglich über das nach Artikel 67 eingerichtete System eine Kopie der in Absatz 1 genannten Anordnung.

Geänderter Text

(3) Der Koordinator für digitale Dienste im Mitgliedstaat der nationalen **Justizbehörde**, die die Anordnung erlassen hat, übermittelt allen Koordinatoren für digitale Dienste unverzüglich über das nach Artikel 67 eingerichtete System eine Kopie der in Absatz 1 genannten Anordnung.

Or. en

Änderungsantrag 383

Marina Kaljurand, Paul Tang

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 3 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Der Diensteanbieter unterrichtet den Nutzer, dessen Daten angefordert werden, unverzüglich. Solange dies notwendig und verhältnismäßig ist und dem Schutz der Grundrechte einer anderen Person dient, kann die ausstellende Justizbehörde unter gebührender Berücksichtigung der Auswirkungen des Ersuchens auf die Grundrechte der Person, deren Daten angefordert werden, den Anbieter ersuchen, die Unterrichtung des Nutzers aufzuschieben. In einem derartigen Ersuchen, das hinreichend begründet sein muss, ist die Dauer der Geheimhaltungspflicht angegeben; das Ersuchen ist regelmäßig zu überprüfen.

Or. en

**Änderungsantrag 384
Marina Kaljurand**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 3 b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3b) Dieser Artikel gilt entsprechend für zuständige Verwaltungsbehörden, die Online-Plattformen anweisen, die in Artikel 22 aufgeführten Informationen bereitzustellen.

Or. en

**Änderungsantrag 385
Marina Kaljurand**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 3 c (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3c) Werden Informationen für die Zwecke eines Strafverfahrens angefordert, so findet die Verordnung (EU) 2021/XXXX über den Zugang zu elektronischen Beweismitteln Anwendung.

Or. en

**Änderungsantrag 386
Marina Kaljurand**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 3 d (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3d) Anbieter von Vermittlungsdiensten übermitteln die personenbezogenen Daten über die Nutzer ihrer Dienste auf Anfrage von Behörden nur, wenn die in diesem Artikel genannten Bedingungen erfüllt sind.

Or. en

**Änderungsantrag 387
Marina Kaljurand, Paul Tang**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 3 e (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3e) Die Kommission richtet mit Hilfe von Durchführungsrechtsakten ein gemeinsames europäisches System für den Informationsaustausch mit sicheren Kanälen für die Abwicklung der genehmigten grenzüberschreitenden Kommunikation, die Authentifizierung

und die Übermittlung der in Absatz 1 genannten Anordnungen und gegebenenfalls der angeforderten Daten zwischen der zuständigen Justizbehörde und dem Anbieter ein.

Or. en

Änderungsantrag 388

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden Anforderungen *des nationalen Strafprozessrechts* unberührt.

Geänderter Text

(4) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden Anforderungen, *die unter das nationale Strafprozessrecht fallen*, unberührt.

Or. en

Änderungsantrag 390

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 10 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen die Informationen, die nötig sind, um ihre zentrale Kontaktstelle leicht aufzufinden und mit ihr zu kommunizieren.

Geänderter Text

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen die Informationen, die nötig sind, um ihre zentrale Kontaktstelle leicht aufzufinden und mit ihr zu kommunizieren, *einschließlich der Postanschrift, und sorgen dafür, dass diese Informationen aktuell sind. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten melden dem Koordinator für digitale Dienste in dem Mitgliedstaat, in dem sie niedergelassen sind, die besagten Informationen, unter anderem den Namen, die Postanschrift,*

*die E-Mail-Adresse und die
Telefonnummer ihrer zentralen
Kontaktstelle.*

Or. en

Änderungsantrag 392

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 11 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten melden dem Koordinator für digitale Dienste in dem Mitgliedstaat, in dem ihr Rechtsvertreter ansässig oder niedergelassen ist, den Namen, die ***Anschrift***, die E-Mail-Adresse und die Telefonnummer ihres Rechtsvertreters. Sie sorgen dafür, dass diese Angaben stets aktuell sind.

Geänderter Text

(4) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten melden dem Koordinator für digitale Dienste in dem Mitgliedstaat, in dem ihr Rechtsvertreter ansässig oder niedergelassen ist, ***gültige Identifikationsangaben, unter anderem*** den Namen, die ***Postanschrift***, die E-Mail-Adresse und die Telefonnummer, ihres Rechtsvertreters. Sie sorgen dafür, dass diese Angaben stets aktuell sind.

Or. en

Änderungsantrag 393

Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 11 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Anbieter von Vermittlungsdiensten, die als Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG gelten und denen es nach angemessenen Bemühungen nicht gelungen ist, die Dienste eines Rechtsvertreters in Anspruch zu nehmen, können beantragen, dass der Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem das Unternehmen einen Rechtsvertreter

zu etablieren beabsichtigt, die weitere Zusammenarbeit erleichtert und mögliche Lösungen empfiehlt, auch die Möglichkeit der kollektiven Vertretung.

Or. en

Änderungsantrag 394

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 11 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Eine in Artikel 25 definierte sehr große Online-Plattform bestimmt auf Antrag des Koordinators für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem dieser Anbieter seine Dienste anbietet, einen Rechtsvertreter, der durch die Vorschriften nach diesem Artikel gebunden ist.

Or. en

Änderungsantrag 395

Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 12 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen, ***unter Angabe ihres nicht-regulatorischen Charakters.*** Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von

algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt. **Die von den Anbietern von Vermittlungsdiensten festgelegten allgemeinen Geschäftsbedingungen sollten nicht als Grundlage für die willkürliche Entfernung von Online-Inhalten verwendet werden, da nur staatliche Behörden auf nationaler Ebene berechtigt sind, die Sperrung von Online-Inhalten anzuordnen, mit Ausnahme von offensichtlich illegalen Inhalten im Zusammenhang mit schweren Straftaten, die ein sofortiges Handeln dieser Anbieter erfordern.**

Or. it

Änderungsantrag 396 **Clare Daly**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 12 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt. **Eine Zusammenfassung der allgemeinen**

Geschäftsbedingungen, in der die wichtigsten Punkte in prägnanter, klarer und eindeutiger Sprache abgefasst sind, wird ebenfalls öffentlich zur Verfügung gestellt.

Or. en

Änderungsantrag 397

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Ondřej Kovařík, Olivier Chastel, Abir Al-Sahlani, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer **und** eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer, eindeutiger **und sehr leicht verständlicher** Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

Or. en

Änderungsantrag 398

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer, **einfacher, verständlicher** und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

Or. en

Änderungsantrag 399
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die Informationspflicht gemäß Absatz 1 lässt die Pflichten gemäß den Artikeln 12 bis 14 der Verordnung (EU) 2016/679 unberührt.

Or. en

Änderungsantrag 400
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten gehen bei der

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten gehen bei der

Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten Beschränkungen sorgfältig, **objektiv** und verhältnismäßig vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten sowie die geltenden Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind.

Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten Beschränkungen **oder jeder anderen Maßnahme gemäß dieser Verordnung fair, transparent, sorgfältig, nichtdiskriminierend, vorhersehbar, in erforderlicher Weise** und verhältnismäßig vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten sowie die geltenden Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind.

Or. en

Änderungsantrag 401 **Anna Júlia Donáth**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 12 – Absatz 2**

Vorschlag der Kommission

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten gehen bei der Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten Beschränkungen sorgfältig, objektiv und verhältnismäßig vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten **sowie die geltenden** Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind.

Geänderter Text

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten gehen bei der Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten Beschränkungen sorgfältig, objektiv, **pünktlich** und verhältnismäßig **und nicht diskriminierend** vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten. Die Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind, **sind anzuwenden, insbesondere wenn Beschränkungen verhängt werden.**

Or. en

Änderungsantrag 402 **Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 12 – Absatz 2**

Vorschlag der Kommission

(2) Die Anbieter von

Geänderter Text

(2) Die Anbieter von

Vermittlungsdiensten gehen bei der Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten Beschränkungen sorgfältig, objektiv und verhältnismäßig vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten sowie die geltenden Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind.

Vermittlungsdiensten gehen bei der Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten Beschränkungen sorgfältig, objektiv und verhältnismäßig vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten sowie die geltenden Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind, **wie auch nationales und Unionsrecht.**

Or. en

Änderungsantrag 403
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten gehen bei der Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten Beschränkungen sorgfältig, **objektiv und verhältnismäßig** vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten sowie die geltenden Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind.

Geänderter Text

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten gehen bei der Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten Beschränkungen sorgfältig, **nicht diskriminierend und transparent** vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten sowie die geltenden Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind.

Or. en

Änderungsantrag 404
Sylvie Guillaume

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Anbieter von Vermittlungsdiensten stehen im Einklang mit den wesentlichen Grundsätzen der

Menschenrechte, wie sie in der Charta und im Völkerrecht sowie insbesondere in Artikel 19 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte in der Auslegung durch die Allgemeine Bemerkung Nr. 34 des Menschenrechtsausschusses der Vereinten Nationen verankert sind.

Or. fr

Änderungsantrag 405
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Sofern eine in den allgemeinen Geschäftsbedingungen enthaltene Bestimmung nicht mit dem Unionsrecht und dem Recht eines Mitgliedstaats in Einklang steht oder gegen die Charta verstößt, ist sie für den Nutzer nicht verbindlich.

Or. en

Änderungsantrag 406
Anna Júlia Donáth, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Im Rahmen der allgemeinen Geschäftsbedingungen der Anbieter von Vermittlungsdiensten müssen die wesentlichen Grundsätze der Grundrechte, wie sie in der Charta verankert sind, geachtet werden.

Or. en

Änderungsantrag 407

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 12 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Sehr große Online-Plattformen im Sinne von Artikel 25 sollten ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen in allen Amtssprachen der Union veröffentlichen.

Or. en

Änderungsantrag 408

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 12 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Der Koordinator für digitale Dienste jedes Mitgliedstaats hat das Recht, sehr große Online-Plattformen dazu aufzufordern, Werkzeuge und Maßnahmen zur Moderation von Inhalten, einschließlich der algorithmischen Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung, die den soziokulturellen Kontext des betreffenden Mitgliedstaats widerspiegeln, anzuwenden. Die Rahmenbedingungen für eine derartige Zusammenarbeit sowie entsprechende konkrete Maßnahmen können in den nationalen Rechtsvorschriften festgesetzt und der Europäischen Kommission mitgeteilt werden.

Or. en

Änderungsantrag 409
Anna Júlia Donáth, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Geschäftsbedingungen, die nicht im Einklang mit diesem Artikel und der Charta der Grundrechte stehen, sind unwirksam.

Or. en

Änderungsantrag 410
Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 2 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2c) In Fällen, in denen es Grund zur Annahme gibt, dass der soziokulturelle Kontext des Mitgliedstaats von großer Bedeutung ist, kann der Koordinator für digitale Dienste jedes Mitgliedstaats, ungeachtet des Rechts in Artikel 12 Absatz 3, auf dem Wege einzelstaatlicher Rechtsvorschriften eine sehr große Online-Plattform um Zusammenarbeit mit dem Koordinator für digitale Dienste des betreffenden Mitgliedstaats ersuchen, um bestimmte legale Inhalte zu beseitigen.

Or. en

Änderungsantrag 411
Anna Júlia Donáth, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 2 c (neu)

(2c) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten müssen den Dienstleistungsnutzern eine präzise und leicht lesbare Zusammenfassung der allgemeinen Geschäftsbedingungen zur Verfügung stellen. In dieser Zusammenfassung sind die Hauptelemente der Informationspflichten zu nennen, einschließlich einer einfachen Opt-out-Möglichkeit bei optionalen Klauseln und der verfügbaren Rechtsmittel.

.

Or. en

Änderungsantrag 412

Caterina Chinnici, Hilde Vautmans, David Lega, Javier Moreno Sánchez, Antonio López-Istúriz White, Milan Brglez, Dragoş Pîslaru, Fabienne Keller, Eva Kaili, Josianne Cutajar, Ioan-Rareş Bogdan

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 a (neu)

Artikel 12a

Beurteilungen der Auswirkungen auf Kinder

(1) Alle Anbieter müssen überprüfen, ob Kinder – definiert als Personen im Alter bis 18 Jahre – auf ihre Dienste zugreifen, darauf zugreifen könnten oder deren Auswirkungen ausgesetzt sind. Anbieter von Diensten, auf die Kinder zugreifen oder deren Auswirkungen Kinder ausgesetzt sein könnten, ermitteln, analysieren und bewerten bei der Entwicklung neuer Dienste und danach mindestens einmal jährlich alle systemischen Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union für Kinder ergeben. Diese Risikobewertungen erfolgen spezifisch für die angebotenen Dienste, erfüllen die

höchsten europäischen oder internationalen Standards nach Artikel 34 und berücksichtigen alle im Vertrag enthaltenen bekannten Risiken mit Blick auf Inhalte, Kontakt, Verhaltensweisen oder Handelsvorgängen. Ferner sollten die Bewertungen die folgenden systemischen Risiken umfassen:

a) Verbreitung von illegalen Inhalten oder Verhaltensweisen, die durch die angebotenen Dienste ermöglicht werden, zutage treten oder ausgelöst werden;

b) etwaige nachteilige Auswirkungen auf die Ausübung der Rechte des Kindes, die in Artikel 24 der Charta und dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes verankert sind und hinsichtlich des digitalen Umfelds in der Allgemeinen Bemerkung Nr. 25 des Ausschusses für die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen ausgeführt sind;

c) beabsichtigte oder unbeabsichtigte Folgen des Betriebs oder der vorsätzlichen Manipulation ihres Dienstes, auch durch unauthentische Nutzung oder automatisierte Ausnutzung des Dienstes, mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf den Schutz oder die Rechte von Kindern;

(2) Bei der Beurteilung der Auswirkungen auf Kinder berücksichtigen die Anbieter von Vermittlungsdiensten, die sich auf Kinder auswirken könnten, welchen Einfluss insbesondere ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, ihre Systeme zur Moderation von Inhalten, ihre Empfehlungssysteme und ihre Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung auf die in Absatz 1 genannten systemischen Risiken haben, einschließlich der Möglichkeit einer raschen und weiten Verbreitung von illegalen Inhalten und von Informationen, die mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen oder den Rechten des Kindes unvereinbar sind.

Änderungsantrag 413
Beata Kempa, Patryk Jaki

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 12a

***Alle in Absatz 1 genannten
Beschränkungen müssen die in der
Charta verankerten Grundrechte wahren.***

Or. en

Änderungsantrag 414
**Caterina Chinnici, Hilde Vautmans, David Lega, Javier Moreno Sánchez, Antonio
López-Istúriz White, Milan Brglez, Dragoş Pîslaru, Fabienne Keller, Eva Kaili, Josianne
Cutajar, Ioan-Rareş Bogdan**

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 12b

Minderung der Risiken für Kinder

***Die Anbieter von Vermittlungsdiensten,
die sich auf Kinder auswirken könnten,
ergreifen angemessene, verhältnismäßige
und wirksame***

***Risikominderungsmaßnahmen, die auf
die gemäß Artikel 13 (12a (neu))
ermittelten besonderen systemischen
Risiken zugeschnitten sind. Hierzu
gehören gegebenenfalls:***

***a) Umsetzung der in Artikel 27 genannten
Maßnahmen zur Risikominderung mit
Blick auf das Kindeswohl;***

***b) Anpassung oder Entfernung von
Systemgestaltungsmerkmalen, durch die
Kinder Risiken hinsichtlich Inhalten,***

Kontakt, Verhaltensweisen und vertraglichen Regelungen ausgesetzt werden, wie im Verfahren der Beurteilung der Auswirkungen auf Kinder dargelegt;

c) Umsetzung verhältnismäßiger und die Privatsphäre schützender Methoden zur Altersabfrage, die den in Artikel 34 angeführten Normen entsprechen;

d) Anpassung der Systeme zur Moderation von Inhalten oder der Empfehlungssysteme, ihrer Entscheidungsprozesse, der Merkmale oder der Funktionsweise ihrer Dienste oder ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen, um die Priorisierung des Kindeswohls sicherzustellen;

e) Gewährleistung des Schutzes der Privatsphäre und der Sicherheit auf höchster Stufe durch Technikgestaltung und Voreinstellungen für Nutzer im Alter bis 18 Jahre;

f) Verhinderung des Profilings, auch zu gewerblichen Zwecken wie gezielter Werbung;

g) Gewährleistung, dass die veröffentlichten Geschäftsbedingungen altersgerecht sind und die Rechte von Kindern einhalten;

h) Sorge für einen kindgerechten Rechtsbehelfs- und Rechtshilfemechanismus, der den einfachen Zugang zu fachkundiger Beratung und Unterstützung einschließt.

Or. en

Änderungsantrag 415
Beata Kempa, Patryk Jaki

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 b (neu)

Artikel 12b

Die Anbieter von Vermittlungsdiensten informieren ihre Nutzer mindestens 30 Tage im Voraus über Änderungen der allgemeinen Geschäftsbedingungen oder der Algorithmen.

Or. en

Änderungsantrag 416

Anna Júlia Donáth, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen mindestens einmal jährlich klare, leicht verständliche und ausführliche Berichte über eine Moderation von Inhalten, die sie im betreffenden Zeitraum durchgeführt haben. Diese Berichte enthalten – soweit zutreffend – insbesondere folgende Angaben:

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen mindestens einmal jährlich ***und in einer leicht zugänglichen Form*** klare, leicht verständliche und ausführliche Berichte über eine Moderation von Inhalten, die sie im betreffenden Zeitraum durchgeführt haben. ***Die Berichte müssen durchsuchbar sein und für eine künftige Verwendung archiviert werden.*** Diese Berichte enthalten – soweit zutreffend – insbesondere folgende Angaben:

Or. en

Änderungsantrag 417

Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen mindestens einmal jährlich klare, leicht verständliche und ausführliche Berichte

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen mindestens einmal jährlich klare, leicht verständliche und ausführliche Berichte

über eine Moderation von Inhalten, die sie im betreffenden Zeitraum durchgeführt haben. Diese Berichte enthalten – soweit zutreffend – insbesondere folgende Angaben:

über eine Moderation von Inhalten, die sie im betreffenden Zeitraum durchgeführt haben. Diese Berichte **sind nach den einzelnen Mitgliedstaaten aufgeschlüsselt und** enthalten – soweit zutreffend – insbesondere folgende Angaben:

Or. en

Änderungsantrag 418
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die Anzahl der von Behörden der Mitgliedstaaten erhaltenen Anordnungen, aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen illegalen Inhalte, einschließlich der gemäß den Artikeln 8 und 9 erlassenen Anordnungen, und die durchschnittliche Dauer bis zur Ergreifung der **in diesen Anordnungen geforderten** Maßnahmen;

Geänderter Text

a) die Anzahl der von Behörden der Mitgliedstaaten erhaltenen Anordnungen, aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen illegalen Inhalte, einschließlich der gemäß den Artikeln 8 und 9 erlassenen Anordnungen, **die ergriffenen Maßnahmen** und die durchschnittliche Dauer bis zur Ergreifung der Maßnahmen;

Or. en

Änderungsantrag 419
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission

aa) die vollständige Anzahl der Moderatoren von Inhalten, die einzelnen Amtssprachen pro Mitgliedstaat zugeteilt wurde, und eine qualitative Beschreibung der Nutzung automatisierter Tools zur Moderation von Inhalten in jeder Amtssprache;

Geänderter Text

Or. en

Änderungsantrag 420

Patryk Jaki, Joachim Stanislaw Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die Anzahl der nach Artikel 14 gemachten Meldungen, aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen mutmaßlich illegalen Inhalte, alle aufgrund der Meldungen ergriffenen Maßnahmen, unterschieden danach, ob dies auf gesetzlicher Grundlage oder gemäß den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters erfolgt ist, und die durchschnittliche Dauer bis zur Ergreifung der Maßnahmen;

Geänderter Text

b) die Anzahl der nach Artikel 14 gemachten Meldungen, aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen mutmaßlich illegalen Inhalte, alle aufgrund der Meldungen ergriffenen Maßnahmen, unterschieden danach, ob dies auf gesetzlicher Grundlage oder gemäß den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters erfolgt ist, und die durchschnittliche **und mittlere** Dauer bis zur Ergreifung der Maßnahmen;

Or. en

Änderungsantrag 421

Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) die auf Eigeninitiative des Anbieters durchgeführte Moderation von Inhalten, einschließlich der Anzahl und Art der ergriffenen Maßnahmen, die sich auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der von den Nutzern bereitgestellten Informationen auswirken, und der Möglichkeiten der Nutzer, solche Informationen bereitzustellen, aufgeschlüsselt nach der Art des Grundes und der Grundlage für das Ergreifen dieser Maßnahmen;

Geänderter Text

c) die auf Eigeninitiative des Anbieters durchgeführte Moderation von Inhalten, einschließlich der Anzahl und Art der ergriffenen Maßnahmen, die sich auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der von den Nutzern bereitgestellten Informationen auswirken, und der Möglichkeiten der Nutzer, solche Informationen bereitzustellen, aufgeschlüsselt nach der Art des Grundes und der Grundlage für das Ergreifen dieser Maßnahmen **sowie der Maßnahmen auf Eigeninitiative, die zur Wahrung der Meinungsvielfalt auf der Plattform ergriffen wurden;**

Änderungsantrag 422

Caterina Chinnici, Hilde Vautmans, David Lega, Javier Moreno Sánchez, Antonio López-Istúriz White, Milan Brglez, Dragoş Pîslaru, Eva Kaili, Josianne Cutajar, Ioan-Rareş Bogdan, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) die Anzahl der Beschwerden, die über das in Artikel 17 genannte interne Beschwerdemanagementsystem eingegangen sind, die Grundlage dieser Beschwerden, die zu diesen Beschwerden getroffenen Entscheidungen, die durchschnittliche Entscheidungsdauer und die Anzahl der Fälle, in denen diese Entscheidungen rückgängig gemacht wurden.

Geänderter Text

d) die Anzahl der Beschwerden, die über das in Artikel 17 genannte interne Beschwerdemanagementsystem eingegangen sind, **das Alter der Beschwerdeführer (sofern minderjährig)**, die Grundlage dieser Beschwerden, die zu diesen Beschwerden getroffenen Entscheidungen, die durchschnittliche Entscheidungsdauer und die Anzahl der Fälle, in denen diese Entscheidungen rückgängig gemacht wurden.

Änderungsantrag 423

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) die Anzahl der Beschwerden, die über das in Artikel 17 genannte interne Beschwerdemanagementsystem eingegangen sind, die Grundlage dieser Beschwerden, die zu diesen Beschwerden getroffenen Entscheidungen, die durchschnittliche Entscheidungsdauer und die Anzahl der Fälle, in denen diese Entscheidungen rückgängig gemacht wurden.

Geänderter Text

d) die Anzahl der Beschwerden, die über das in Artikel 17 genannte interne Beschwerdemanagementsystem eingegangen sind, die Grundlage dieser Beschwerden, die zu diesen Beschwerden getroffenen Entscheidungen, die durchschnittliche **und mittlere** Entscheidungsdauer und die Anzahl der Fälle, in denen diese Entscheidungen rückgängig gemacht wurden.

Änderungsantrag 424
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die Anbieter von Vermittlungsdiensten stellen eine zugängliche Datenbank von schädlichen Inhalten, die entfernt wurden, bereit. Diese Datenbank muss benutzerfreundlich sein und Angaben über die Gründe für die Entfernung der Inhalte enthalten.

Or. en

Änderungsantrag 425
Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Absatz 1 gilt nicht für Anbieter von Vermittlungsdiensten, bei denen es sich um ***Kleinst- oder*** Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Anbieter von Vermittlungsdiensten, bei denen es sich um ***Kleinstunternehmen, Kleinunternehmen oder mittlere Unternehmen (KMU)*** im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt. ***Darüber hinaus findet Absatz 1 keine Anwendung auf Unternehmen, die zuvor den Status eines mittleren Unternehmens, eines Kleinunternehmens oder eines Kleinstunternehmens im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG erhalten haben, in den zwölf Monaten nach dem Verlust dieses Status gemäß Artikel 4 Absatz 2 der genannten Empfehlung.***

Or. en

Änderungsantrag 426
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Absatz 1 gilt nicht für Anbieter von Vermittlungsdiensten, bei denen es sich um **Kleinst- oder Kleinunternehmen** im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt.

Geänderter Text

(2) Absatz 1 gilt nicht für Anbieter von Vermittlungsdiensten, bei denen es sich um **Kleinstunternehmen** im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt.

Or. en

Änderungsantrag 427

Caterina Chinnici, Hilde Vautmans, David Lega, Javier Moreno Sánchez, Milan Brglez, Dragoş Pîslaru, Fabienne Keller, Eva Kaili, Josianne Cutajar, Ioan-Rareş Bogdan, Antonio López-Istúriz White

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten, die sich auf Kinder auswirken, veröffentlichen mindestens einmal jährlich:

a) Beurteilungen der Auswirkungen auf Kinder zur Ermittlung bekannter Schäden, unbeabsichtigter Folgen und neu entstehender Risiken gemäß Artikel 13 (Artikel 12a neu). Die Beurteilungen der Auswirkungen auf Kinder müssen den in Artikel 34 dargelegten Normen entsprechen;

b) klare, leicht verständliche und ausführliche Berichte über die Maßnahmen zur Minderung der Risiken für Kinder, die gemäß Artikel 14 ergriffen wurden, sowie deren Wirksamkeit und etwaiger noch ausstehender Maßnahmen. Diese Berichte müssen den in Artikel 34 dargelegten Normen entsprechen. Dies gilt im Einklang mit einer kindgerechten

Gestaltung auch hinsichtlich der Altersabfrage und der Altersverifizierung. Der Inhalt dieser Berichte muss im Rahmen einer unabhängigen Kontrolle überprüft werden können; die Datensätze und der Quellcode müssen auf Anfrage der Regulierungsbehörde zur Verfügung gestellt werden.

Or. en

Änderungsantrag 428

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Kommission erlässt nach Konsultation des Gremiums delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 69, in denen sie Muster für die Berichte nach Absatz 1 festlegt.

Or. en

Änderungsantrag 429

Marina Kaljurand, Christel Schaldemose, Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 13a

Transparenz der Online-Werbung

Die Anbieter von Vermittlungsdiensten, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, gewährleisten, dass die Nutzer für jede einzelne Werbung, die jedem einzelnen Nutzer angezeigt wird, in klarer und eindeutiger Weise und in Echtzeit Folgendes sehen können:

a) dass es sich bei den auf der Schnittstelle oder Teilen davon angezeigten Informationen um eine Online-Werbung handelt, auch durch auffällige und einheitliche Kennzeichnung;

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird, und die natürliche oder juristische Person, die die Werbung finanziert;

c) klare, aussagekräftige und einheitliche Informationen über die Parameter zur Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird; und

e) ob die Anzeige mithilfe eines automatisierten Werkzeugs angezeigt wurde und die Identität der für dieses Werkzeug verantwortlichen Person.

(2) Die Kommission erlässt einen Durchführungsrechtsakt zur Festlegung der harmonisierten Vorgaben für die Kennzeichnung gemäß Absatz 1 Buchstabe a dieses Artikels.

(3) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten müssen die natürliche oder juristische Person, in deren Auftrag die Werbung angezeigt wird, darüber informieren, wo die Werbung angezeigt wurde. Sie informieren auf deren Anfrage auch die Behörden.

(4) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, müssen in der Lage sein, Behörden, nichtstaatlichen Organisationen und Forscherinnen und Forschern auf deren Anfrage leichten Zugang zu Informationen über direkte und indirekte Zahlungen oder sonstige Vergütungen zu gewähren, die sie für die Anzeige der entsprechenden Werbung auf ihren Online-Schnittstellen erhalten haben.

Or. en

Änderungsantrag 430

Paul Tang, Karen Melchior, Alexandra Geese, Martin Schirdewan, Eva Kaili, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak, Maria-Manuel Leitão-Marques, Ismail Ertug, Cornelia Ernst, Birgit Sippel, Evelyn Regner, Tiemo Wölken, Alex Agius Saliba, Lina Gálvez Muñoz, Marcel Kolaja, Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 13a

Ausrichtung von digitaler Werbung

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten dürfen keine personenbezogenen Daten im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 zur Anzeige digitaler Werbung sammeln oder verarbeiten.

(2) Diese Bestimmung darf die Anzeige gezielter digitaler Werbung nicht verhindern, die sich auf Kontextinformationen wie Schlüsselwörter, die vom Gerät des Nutzers übermittelte Spracheinstellung oder den digitalen Standort, an dem die Werbung angezeigt wird, stützt.

(3) Die Nutzung der in Absatz 2 genannten Kontextinformationen ist nur zulässig, wenn sie keine direkte oder, vermittelt Kombination mit anderen Informationen, indirekte Identifizierung einer natürlichen Person oder einer eindeutig identifizierbaren Gruppe von Nutzern/Personen ermöglicht, insbesondere durch Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, einer Identifikationsnummer, Standortdaten, einer Online-Kennung oder einem oder mehreren spezifischen Elementen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität der betreffenden natürlichen Person sind.

Änderungsantrag 431
Marina Kaljurand, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 13b

Ausrichtung von digitaler Werbung

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten dürfen keine personenbezogenen Daten im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 sammeln oder verarbeiten, um den Nutzern ihrer Dienste oder anderer Dienste der Informationsgesellschaft digitale Werbung anzuzeigen, oder zu deren direkter öffentlicher Anzeige.

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten können gezielte digitale Werbung anzeigen, die sich auf Kontextinformationen stützt.

(3) Die Nutzung der in Absatz 2 genannten Kontextinformationen ist nur zulässig, wenn sie keine direkte oder indirekte Identifizierung einer natürlichen Person ermöglicht, insbesondere durch Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, einer Identifikationsnummer, Standortdaten, einer Online-Kennung oder einem oder mehreren spezifischen Elementen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität der betreffenden natürlichen Person sind.

Änderungsantrag 432

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 13c

**Zustimmung der Nutzer zu
Werbemethoden**

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten dürfen Nutzer nicht standardmäßig zum Subjekt gezielter, mikrogezielter und verhaltensbezogener Werbung machen, es sei denn, der Nutzer hat eine freiwillig gegebene, spezifische, informierte und eindeutige Einwilligung in die Anzeige solcher Werbung erteilt. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten stellen sicher, dass die Nutzer problemlos eine informierte Entscheidung treffen können, wenn sie ihre Einwilligung geben, indem sie ihnen aussagekräftige Informationen über die Verwendung ihrer personenbezogenen Daten zur Verfügung stellen.

(2) Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten für zielgerichtete, mikrogezielte und verhaltensbezogene Werbung, zu der eine Einwilligung erteilt wurde, müssen Online-Vermittler das einschlägige Unionsrecht einhalten und dürfen keine Aktivitäten durchführen, die zu einer durchdringenden Nachverfolgung führen können, wie z. B. eine unverhältnismäßige Kombination der von Plattformen gesammelten Daten oder eine unverhältnismäßige Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten.

(3) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten müssen ihre Online-Schnittstelle so gestalten, dass klare Informationen über die Werbeparameter angezeigt werden und die Nutzer diese leicht und effizient ändern können. Die Anbieter von

Vermittlungsdiensten müssen die Nutzung von Werbeparametern durch die Nutzer regelmäßig überwachen und gegebenenfalls Verbesserungen der Nutzung dieser Parameter vornehmen.

Or. en

Änderungsantrag 433

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Olivier Chastel, Hilde Vautmans

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Hosting-Diensteanbieter richten Verfahren ein, nach denen Personen oder Einrichtungen ihnen das Vorhandensein von Einzelinformationen in ihren Diensten melden können, die die betreffende Person oder Einrichtung als illegale Inhalte ansieht. Diese Verfahren müssen leicht zugänglich und benutzerfreundlich sein und eine Übermittlung von Meldungen ausschließlich auf elektronischem Weg erlauben.

Geänderter Text

(1) Hosting-Diensteanbieter richten Verfahren ein, nach denen Personen oder Einrichtungen ihnen das Vorhandensein von Einzelinformationen in ihren Diensten melden können, die die betreffende Person oder Einrichtung als illegale Inhalte ansieht. Diese Verfahren müssen leicht zugänglich und benutzerfreundlich sein und eine Übermittlung von Meldungen ausschließlich auf elektronischem Weg erlauben. *Als ein Beispiel sei ein deutlich erkennbares Banner genannt, das es Nutzern solcher Hosting-Dienste ermöglicht, die Anbieter dieser Dienste rasch und unkompliziert über illegale oder offensichtlich illegale Inhalte in Kenntnis zu setzen, wenn sie darauf stoßen. Ferner sollten Nutzern, auch Kindern, Informationen über Inhalte bereitgestellt werden, die nach Unionsrecht und nationalem Recht als illegal angesehen werden. Gegebenenfalls müssen sie auch Nutzer, einschließlich Kinder, über öffentliche Instrumente informieren, die im Mitgliedstaat, in dem ein Dienst angeboten wird, zur Verfügung stehen, um den Behörden offensichtlich illegale Inhalte zu melden.*

Or. en

Änderungsantrag 434
Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Hosting-Diensteanbieter richten Verfahren ein, ***nach denen Personen oder Einrichtungen ihnen das Vorhandensein von Einzelinformationen in ihren Diensten melden können, die die betreffende Person oder Einrichtung als illegale Inhalte ansieht. Diese Verfahren müssen leicht zugänglich und benutzerfreundlich sein und eine Übermittlung von Meldungen ausschließlich auf elektronischem Weg erlauben.***

Geänderter Text

(1) Hosting-Diensteanbieter richten Verfahren ein, ***um die Aufdeckung illegaler Inhalte nach geltendem Recht zu ermöglichen, insbesondere nach einer Meldung durch eine zuständige nationale Behörde.***

Or. it

Änderungsantrag 435
Maria Walsh

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Hosting-Diensteanbieter richten Verfahren ein, nach denen Personen oder Einrichtungen ihnen das Vorhandensein von Einzelinformationen in ihren Diensten melden können, die die betreffende Person oder Einrichtung als illegale Inhalte ansieht. Diese Verfahren müssen leicht zugänglich ***und*** benutzerfreundlich ***sein*** und eine Übermittlung von Meldungen ausschließlich auf elektronischem Weg erlauben.

Geänderter Text

(1) Hosting-Diensteanbieter richten Verfahren ein, nach denen Personen oder Einrichtungen ihnen das Vorhandensein von Einzelinformationen in ihren Diensten melden können, die die betreffende Person oder Einrichtung als illegale Inhalte ansieht. Diese Verfahren müssen leicht zugänglich, ***deutlich sichtbar, niederschwellig, benutzerfreundlich und in der Nähe der fraglichen Inhalte angeordnet sein. Sie sollten*** eine Übermittlung von Meldungen ausschließlich auf elektronischem Wege erlauben.

Or. en

Begründung

Der Zugang zu solchen Verfahren sollte einfacher und benutzerfreundlicher gestaltet werden.

Änderungsantrag 436

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Ondřej Kovařík, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Hosting-Diensteanbieter richten Verfahren ein, nach denen Personen oder Einrichtungen ihnen das Vorhandensein von Einzelinformationen in ihren **Diensten** melden können, die die betreffende Person oder Einrichtung als illegale Inhalte ansieht. Diese Verfahren müssen leicht zugänglich und benutzerfreundlich sein und eine Übermittlung von Meldungen ausschließlich auf elektronischem Weg erlauben.

Geänderter Text

(1) Hosting-Diensteanbieter richten Verfahren ein, nach denen Personen oder Einrichtungen ihnen das Vorhandensein von Einzelinformationen in ihren **Hosting-Diensten** melden können, die die betreffende Person oder Einrichtung als illegale Inhalte ansieht. Diese Verfahren müssen leicht zugänglich und benutzerfreundlich sein und **von Fall zu Fall** eine Übermittlung von Meldungen ausschließlich auf **nicht-automatisiertem** elektronischem Weg erlauben.

Or. en

Änderungsantrag 437

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Die in Absatz 1 genannten Verfahren müssen das Übermitteln hinreichend genauer und angemessen begründeter Meldungen erleichtern, sodass ein sorgfältig handelnder Wirtschaftsteilnehmer auf ihrer Grundlage die Rechtswidrigkeit der fraglichen Inhalte feststellen kann. Dazu ergreifen die Anbieter die erforderlichen Maßnahmen, um die Übermittlung von Meldungen zu ermöglichen und zu erleichtern, die alle

Geänderter Text

(2) Die in Absatz 1 genannten Verfahren müssen das Übermitteln hinreichend genauer und angemessen begründeter Meldungen erleichtern, sodass ein sorgfältig handelnder Wirtschaftsteilnehmer auf ihrer Grundlage die **offensichtliche** Rechtswidrigkeit der fraglichen Inhalte **eindeutig und ohne begründete Zweifel** feststellen kann. Dazu ergreifen die Anbieter die erforderlichen Maßnahmen, um die Übermittlung von

folgenden Elemente enthalten:

Meldungen zu ermöglichen und zu erleichtern, die alle folgenden Elemente enthalten:

Or. en

Änderungsantrag 438

Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) eine Begründung, warum die betreffende Person oder Einrichtung die fraglichen Informationen als illegale Inhalte ansieht;

entfällt

Or. it

Änderungsantrag 440

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) eine eindeutige Angabe des elektronischen Speicherorts dieser Informationen, *insbesondere die präzise(n) URL-Adresse(n)*, und nötigenfalls weitere Angaben zur Ermittlung der illegalen Inhalte;

b) eine eindeutige Angabe des elektronischen Speicherorts dieser Informationen und nötigenfalls *sowie gegebenenfalls* weitere Angaben, *die sowohl der Art der Inhalte als auch der spezifischen Art des Vermittlers entsprechen*, zur Ermittlung der illegalen Inhalte;

Or. en

Änderungsantrag 441

Maria Walsh

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) eine eindeutige Angabe des elektronischen Speicherorts dieser Informationen, ***insbesondere die präzise(n) URL-Adresse(n), und nötigenfalls weitere Angaben*** zur Ermittlung der illegalen Inhalte;

Geänderter Text

b) eine eindeutige Angabe des elektronischen Speicherorts dieser Informationen zur Ermittlung der illegalen Inhalte, ***sofern die Anwendung des vom Nutzer verwendeten Dienstes dies ermöglicht;***

Or. en

Begründung

Wenn der Dienst etwa in einer Anwendung auf einem Smartphone verwendet wird, ist die Angabe der URL-Adresse nicht möglich.

Änderungsantrag 442

Marina Kaljurand, Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) ***den Namen und die E-Mail-Adresse der meldenden Person oder Einrichtung, es sei denn, es handelt sich um Informationen, bei denen davon ausgegangen wird, dass sie eine in den Artikeln 3 bis 7 der Richtlinie 2011/93/EU genannte Straftat betreffen;***

Geänderter Text

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 443

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) ***Meldungen mit den in Absatz 2 genannten Angaben bewirken, dass für die Zwecke des Artikels 5 von einer***

Geänderter Text

entfällt

tatsächlichen Kenntnis oder einem Bewusstsein in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird.

Or. en

Änderungsantrag 444

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Meldungen mit den in Absatz 2 genannten Angaben bewirken, dass für die Zwecke des Artikels 5 von einer tatsächlichen Kenntnis *oder einem Bewusstsein* in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird.

Geänderter Text

(3) Meldungen mit den in Absatz 2 genannten Angaben, *die von der zuständigen Justizbehörde des Mitgliedstaats eingereicht werden, in dem der Hosting-Diensteanbieter oder dessen Rechtsvertreter ansässig oder niedergelassen ist*, bewirken, dass für die Zwecke des Artikels 5 von einer tatsächlichen Kenntnis in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird.

Or. en

Änderungsantrag 445

Maite Pagazaurtundúa, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Meldungen mit den in Absatz 2 genannten Angaben bewirken, dass für die Zwecke des Artikels 5 von einer tatsächlichen Kenntnis oder einem Bewusstsein in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird.

Geänderter Text

(3) Meldungen mit den in Absatz 2 genannten Angaben bewirken, dass für die Zwecke des Artikels 5 von einer tatsächlichen Kenntnis oder einem Bewusstsein in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird *und begründen die Verpflichtung des benachrichtigten Hosting-Diensteanbieters, die gemeldeten Informationen zügig zu entfernen oder*

den Zugriff darauf zu sperren.

Or. en

Änderungsantrag 446

Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Meldungen mit den in Absatz 2 genannten Angaben bewirken, dass für die Zwecke des Artikels 5 von einer tatsächlichen Kenntnis oder einem Bewusstsein in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird.

Geänderter Text

(3) Meldungen mit den in Absatz 2 genannten Angaben bewirken, dass für die Zwecke des Artikels 5 von einer tatsächlichen Kenntnis oder einem Bewusstsein in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird, ***sofern die Meldungen über die Rechtswidrigkeit der betreffenden Einzelinformation ausreichend präzise sind und die Rechtswidrigkeit auf der Grundlage der Bewertung durch den Anbieter hinreichend begründet ist.***

Or. en

Änderungsantrag 447

Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) ***Meldungen mit den in Absatz 2 genannten Angaben bewirken, dass für die Zwecke des Artikels 5 von einer tatsächlichen Kenntnis oder einem Bewusstsein in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird.***

Geänderter Text

(3) ***Die natürliche oder juristische Person, die die Meldung einreicht, kann wahlweise ihren Namen und eine E-Mail-Adresse hinterlegen, die dem Inhalteanbieter nur in Fällen mutmaßlicher Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums offengelegt werden darf.***

Or. en

Änderungsantrag 448
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Meldungen mit den in Absatz 2 genannten Angaben ***bewirken, dass*** für die Zwecke des Artikels 5 ***von einer tatsächlichen*** Kenntnis oder ***einem*** Bewusstsein in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ***ausgegangen wird***.

Geänderter Text

(3) Meldungen mit den in Absatz 2 genannten Angaben ***können*** für die Zwecke des Artikels 5 ***eine tatsächliche*** Kenntnis oder ***ein*** Bewusstsein in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ***begründen***.

Or. en

Änderungsantrag 449
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Nach Erhalt der Meldung unterrichtet der Diensteanbieter den Informationsanbieter unter Heranziehung der verfügbaren Kontaktdaten über die in Absatz 2 genannten Elemente und gibt ihm Gelegenheit, zu antworten, bevor eine Entscheidung getroffen wird.

Or. en

Änderungsantrag 450
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 4 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4b) Gemeldete Informationen bleiben zugänglich, bis eine diesbezügliche Entscheidung getroffen wird.

Or. en

Änderungsantrag 451
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 4 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4c) Der Anbieter stellt sicher, dass Entscheidungen über Meldungen von qualifiziertem Personal getroffen werden, das eine angemessene Grundausbildung und laufende Schulung in Bezug auf die geltenden Rechtsvorschriften und Grundrechte erhalten hat sowie über angemessene Arbeitsbedingungen verfügen muss, was gegebenenfalls die Möglichkeit einschließt, eine kompetente Rechtsberatung in Anspruch zu nehmen.

Or. en

Änderungsantrag 452
Maria Walsh

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5) Ferner teilt der Anbieter der betreffenden Person oder Einrichtung unverzüglich seine Entscheidung in Bezug auf die gemeldeten Informationen mit und weist **dabei** auf die möglichen Rechtsbehelfe gegen diese Entscheidung hin.

(5) Ferner teilt der Anbieter der betreffenden Person oder Einrichtung unverzüglich, **spätestens jedoch sieben Tage nach der Meldung**, seine Entscheidung in Bezug auf die gemeldeten Informationen mit, **schließt dabei eine umfassende Begründung der Entscheidung ein** und weist auf die möglichen Rechtsbehelfe gegen diese Entscheidung hin.

Begründung

Der Vorschlag enthält keine Frist für die Bewertung von Meldungen. Ohne eine zeitliche Begrenzung können Online-Plattformen die Bewertung unendlich ausdehnen. Daher müssen Nutzer innerhalb von sieben Tagen über die Entscheidung der Plattform informiert werden, um Rechtssicherheit in Bezug auf mögliche rechtliche Schritte zu erhalten. Natürliche oder juristische Personen verdienen eine Begründung der Entscheidung; zum einen dient dies als Beleg, dass ihre Beschwerde ordnungsgemäß geprüft wurde, zum zweiten erhalten sie auf diese Weise Informationen darüber, ob weitere rechtliche Schritte gerechtfertigt sind.

Änderungsantrag 453 **Marina Kaljurand**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 14 – Absatz 5**

Vorschlag der Kommission

(5) Ferner teilt der Anbieter der **betreffenden** Person oder Einrichtung unverzüglich seine Entscheidung in Bezug auf die gemeldeten Informationen mit und weist dabei auf die möglichen Rechtsbehelfe gegen diese Entscheidung hin.

Geänderter Text

(5) Ferner teilt der Anbieter der Person oder Einrichtung, **die die Meldung eingereicht hat, sowie dem Informationsanbieter** unverzüglich seine Entscheidung in Bezug auf die gemeldeten Informationen mit und weist dabei auf die möglichen Rechtsbehelfe gegen diese Entscheidung hin.

Änderungsantrag 454 **Clare Daly**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 14 – Absatz 6**

Vorschlag der Kommission

(6) Hosting-Diensteanbieter bearbeiten alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger und objektiver Weise. Wenn sie **zu dieser** Bearbeitung oder Entscheidungsfindung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie

Geänderter Text

(6) Hosting-Diensteanbieter bearbeiten alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger und objektiver Weise. Wenn sie **zur** Bearbeitung **von Meldungen** oder **zur** Entscheidungsfindung automatisierte

in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel.

Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel. ***Dazu zählen auch aussagekräftige Informationen über das angewendete Verfahren, die verwendete Technologie und die Kriterien und Gründe, auf denen die Entscheidung beruht, sowie die der Entscheidungsfindung zugrunde liegende Logik.***

Or. en

Änderungsantrag 455

Maite Pagazaurtundúa, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Hosting-Diensteanbieter bearbeiten alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger und objektiver Weise. Wenn ***sie*** zu dieser Bearbeitung oder Entscheidungsfindung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel.

Geänderter Text

(6) Hosting-Diensteanbieter bearbeiten alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger und objektiver Weise. Wenn ***Entscheidungen zur Entfernung oder Sperrung von Informationen getroffen werden, erstrecken sich diese auch auf das erneute Auftreten der betreffenden Informationen. Wenn Hosting-Diensteanbieter*** zu dieser Bearbeitung oder Entscheidungsfindung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel.

Or. en

Änderungsantrag 456

Maria Walsh

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Hosting-Diensteanbieter bearbeiten alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in **zeitnaher**, sorgfältiger und objektiver Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung oder Entscheidungsfindung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel.

Geänderter Text

(6) Hosting-Diensteanbieter bearbeiten alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen **unverzüglich, spätestens jedoch sieben Tag nach der Meldung**, in sorgfältiger und objektiver Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung oder Entscheidungsfindung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel.

Or. en

Begründung

Der Vorschlag enthält keine Frist für die Bewertung von Meldungen. Die Angabe „zeitnah“ ist ein unzulänglicher Richtwert, da sie nicht konkret definiert ist und somit von Online-Plattformen nahezu endlos ausgedehnt werden kann. Daher müssen Nutzer innerhalb von sieben Tagen über die Entscheidung der Plattform informiert werden, um Rechtssicherheit in Bezug auf mögliche rechtliche Schritte zu erhalten.

Änderungsantrag 457 **Tomas Tobé**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 14 – Absatz 6**

Vorschlag der Kommission

(6) Hosting-Diensteanbieter **bearbeiten** alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger und objektiver Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung oder Entscheidungsfindung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel.

Geänderter Text

(6) **Sofern die bereitgestellten Informationen ausreichend klar sind, bearbeiten** Hosting-Diensteanbieter alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger und objektiver Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung oder Entscheidungsfindung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel.

Or. en

Änderungsantrag 458
Anna Júlia Donáth, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Hosting-Diensteanbieter bearbeiten alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger **und** objektiver Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung oder Entscheidungsfindung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel.

Geänderter Text

(6) Hosting-Diensteanbieter bearbeiten alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger, objektiver **und nicht diskriminierender** Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung oder Entscheidungsfindung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel.

Or. en

Änderungsantrag 459
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Hosting-Diensteanbieter bearbeiten alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger und **objektiver** Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung **oder Entscheidungsfindung** automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel.

Geänderter Text

(6) Hosting-Diensteanbieter bearbeiten alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger und **nicht willkürlicher** Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser **automatisierten** Mittel.

Or. en

Änderungsantrag 460

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 6 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6a) Die in Absatz 1 genannten Mechanismen werden vom Anbieter unentgeltlich bereitgestellt. Bei offenkundig unbegründeten oder – insbesondere im Fall von häufiger Wiederholung – exzessiven Meldungen kann der Hosting-Diensteanbieter entweder

a) ein angemessenes Entgelt verlangen, bei dem die Verwaltungskosten für die Verarbeitung der Meldungen berücksichtigt werden; oder

b) sich weigern, aufgrund des Antrags tätig zu werden.

Der Hosting-Diensteanbieter trägt die Beweislast für den offenkundig unbegründeten oder exzessiven Charakter der Meldungen.

Or. en

Änderungsantrag 461
Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 6 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6a) Die Absätze 2, 4 und 5 finden keine Anwendung auf Anbieter von Vermittlungsdiensten, die den Status eines Kleinstunternehmens, eines Kleinunternehmens oder eines mittleren Unternehmens im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG erhalten haben, oder auf solche Unternehmen in den zwölf Monaten nach dem Verlust dieses Status gemäß Artikel 4 Absatz 2 der

genannten Empfehlung.

Or. en

Änderungsantrag 462
Anna Júlia Donáth, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 6 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6a) Wenn der Nutzer den Hostingdiensten seinen Widerspruch bezüglich der automatisierten Mittel zur Entscheidungsfindung zur Kenntnis bringt, müssen die Hostingdienste für eine menschliche Überprüfung des Entscheidungsprozesses sorgen, bevor sie weitere Maßnahmen ergreifen.

Or. en

Änderungsantrag 463
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 6 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6a) Der Anbieter stellt sicher, dass Entscheidungen über Meldungen von qualifiziertem Personal getroffen werden, das zum Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung eine spezielle Schulung in Bezug auf die geltenden Rechtsvorschriften erhalten hat.

Or. en

Änderungsantrag 464
Nathalie Colin-Oesterlé, Geoffroy Didier

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 15 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Entscheidet ein Hosting-Diensteanbieter, eine bestimmte von einem Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen **oder** den Zugang dazu zu sperren, so gibt er – ungeachtet der zur Erkennung, Feststellung, Entfernung **oder** Sperrung dieser Information verwendeten Mittel und der Gründe seiner Entscheidung – dem Nutzer spätestens zum Zeitpunkt der Entfernung oder der Zugangssperrung seine Entscheidung mit einer klaren und spezifischen Begründung bekannt.

Geänderter Text

(1) Entscheidet ein Hosting-Diensteanbieter, eine bestimmte von einem Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen, den Zugang dazu zu sperren, **deren Sichtbarkeit auf andere Weise zu beschränken oder Zahlungen im Zusammenhang mit dieser Einzelinformation auszusetzen oder einzustellen**, so gibt er – ungeachtet der zur Erkennung, Feststellung, Entfernung, Sperrung **oder Beschränkung der Sichtbarkeit** dieser Information verwendeten Mittel und der Gründe seiner Entscheidung – dem Nutzer spätestens zum Zeitpunkt der Entfernung oder der Zugangssperrung, **der Beschränkung der Sichtbarkeit oder der Aufhebung bzw. Einstellung von Zahlungen** seine Entscheidung mit einer klaren und spezifischen Begründung bekannt.

Or. en

Änderungsantrag 465

Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 15 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Entscheidet ein Hosting-Diensteanbieter, eine bestimmte von einem Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, so gibt er – ungeachtet der zur **Erkennung, Feststellung**, Entfernung oder Sperrung dieser Information verwendeten Mittel **und der Gründe seiner Entscheidung** – dem Nutzer spätestens zum Zeitpunkt der Entfernung oder der Zugangssperrung seine Entscheidung mit einer klaren und spezifischen Begründung

Geänderter Text

(1) Entscheidet ein Hosting-Diensteanbieter, eine bestimmte von einem Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren **oder diesbezügliche Vorschläge von Empfehlungssystemen zu beschränken**, so gibt er – ungeachtet der zur Entfernung oder Sperrung **oder Beschränkungen von Vorschlägen bezüglich** dieser Information verwendeten Mittel – dem Nutzer, **sofern die betreffende Person Kontaktdaten hinterlegt hat**, spätestens zum Zeitpunkt

bekannt.

der Entfernung oder der Zugangssperrung
oder der Beschränkung von Vorschlägen
seine Entscheidung mit einer klaren und
spezifischen Begründung bekannt.

Or. en

Begründung

*Mit dem Änderungsvorschlag sollen Beschränkungen der Verteilung von Inhalten durch
Verfahren wie „Degradierung“ oder „Shadow-Banning“ abgedeckt werden.*

Änderungsantrag 466 **Beata Kempa, Patryk Jaki**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 15 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) **Entscheidet** ein Hosting-Diensteanbieter, **eine bestimmte von einem Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren**, so gibt er – ungeachtet der zur Erkennung, Feststellung, Entfernung oder Sperrung **dieser** Information verwendeten Mittel und der Gründe seiner Entscheidung – dem Nutzer **spätestens zum Zeitpunkt der Entfernung oder der Zugangssperrung** seine Entscheidung mit einer klaren und spezifischen Begründung bekannt.

Geänderter Text

(1) **Führt** ein Hosting-Diensteanbieter **eine Moderation von Inhalten durch**, so gibt er – ungeachtet der zur Erkennung, Feststellung, Entfernung oder Sperrung **der betreffenden** Information verwendeten Mittel und der Gründe seiner Entscheidung – dem Nutzer seine Entscheidung **vor deren Umsetzung** mit einer klaren und spezifischen Begründung bekannt. **Diese Verpflichtung gilt nicht für Inhalte, die zu Gewalt oder sexuellem Missbrauch von Kindern aufrufen.**

Or. en

Änderungsantrag 467 **Marina Kaljurand**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 15 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) Entscheidet ein Hosting-Diensteanbieter, eine bestimmte von einem

Geänderter Text

(1) Entscheidet ein Hosting-Diensteanbieter, eine bestimmte von einem

Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, so gibt er – ungeachtet der **zur Erkennung, Feststellung**, Entfernung oder Sperrung **dieser Information** verwendeten Mittel **und der Gründe seiner Entscheidung** – dem Nutzer spätestens zum Zeitpunkt der Entfernung oder der Zugangssperrung seine Entscheidung mit einer klaren und spezifischen Begründung bekannt.

Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, so gibt er – ungeachtet der **zu deren** Entfernung oder Sperrung verwendeten Mittel – **und, sofern die Meldung erstattende Person Kontaktdaten hinterlegt hat, dieser** spätestens zum Zeitpunkt der Entfernung oder der Zugangssperrung seine Entscheidung mit einer klaren und spezifischen Begründung bekannt.

Or. en

Änderungsantrag 468
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 15 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die Hosting-Diensteanbieter können Vorabkontrollen durchführen, die sich auf automatisierte Tools zur Moderation von Inhalten stützen, vor allem, um den Upload bestimmter Inhalte zu verhindern, die von einem Gericht für rechtswidrig erklärt wurden. Wenn Hosting-Diensteanbieter automatisierte Tools für die Moderation von Inhalten verwenden, stellen sie sicher, dass qualifiziertes Personal über die zu ergreifenden Maßnahmen entscheidet und dass legale Inhalte, die nicht gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Anbieter verstoßen, nicht beeinträchtigt werden. Der Anbieter stellt sicher, dass das Personal eine angemessene Schulung in Bezug auf die geltenden Rechtsvorschriften und gegebenenfalls Zugang zu professioneller Hilfe, qualifizierter psychologischer Betreuung und kompetenter Rechtsberatung hat.

Or. en

Änderungsantrag 469
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 15 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Die Hosting-Diensteanbieter gehen bei der Moderation von Inhalten auf transparente, kohärente, vorhersehbare, nicht diskriminierende, sorgfältige und verhältnismäßige Weise vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten, was auch die in der Charta verankerten Grundrechte der Nutzer des Dienstes einschließt.

Or. en

Änderungsantrag 470
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) ob die Entscheidung die Entfernung der Information oder die Sperrung des Zugangs zu der Information betrifft, und gegebenenfalls den räumlichen Geltungsbereich der Zugangssperrung;

a) ob die Entscheidung die Entfernung der Information oder die Sperrung des Zugangs zu der Information **oder die Beschränkung von Vorschlägen bezüglich der Information durch Empfehlungssysteme** betrifft, und gegebenenfalls den räumlichen Geltungsbereich der Zugangssperrung **bzw. der Beschränkung von Vorschlägen**;

Or. en

Änderungsantrag 471
Nathalie Colin-Oesterlé, Geoffroy Didier

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) ob die Entscheidung die Entfernung der Information **oder** die Sperrung des Zugangs zu der Information betrifft, und gegebenenfalls den räumlichen Geltungsbereich der Zugangssperrung;

Geänderter Text

a) ob die Entscheidung die Entfernung der Information, die Sperrung des Zugangs zu der Information, **die Beschränkung der Sichtbarkeit oder die finanzielle Entwertung der Information** betrifft, und gegebenenfalls den räumlichen Geltungsbereich der Zugangssperrung **bzw. der Beschränkung**;

Or. en

Änderungsantrag 472
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) gegebenenfalls Angaben über die Verwendung automatisierter Mittel zur Entscheidungsfindung und ob die Entscheidung in Bezug auf Inhalte getroffen wurde, die mit automatisierten Mitteln erkannt oder festgestellt wurden;

Geänderter Text

c) gegebenenfalls Angaben über die Verwendung automatisierter Mittel zur Entscheidungsfindung und **in jedem Fall** ob die Entscheidung in Bezug auf Inhalte getroffen wurde, die mit automatisierten Mitteln erkannt oder festgestellt wurden; **dazu zählen auch aussagekräftige Informationen über das angewendete Verfahren, die verwendete Technologie und die Kriterien und Gründe, auf denen die Entscheidung beruht, sowie die der Entscheidungsfindung zugrunde liegende Logik**;

Or. en

Änderungsantrag 473
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) **gegebenenfalls** Angaben über die **Verwendung automatisierter Mittel** zur Entscheidungsfindung und ob die Entscheidung in Bezug auf Inhalte getroffen wurde, die mit automatisierten Mitteln erkannt oder festgestellt wurden;

c) Angaben über die zur Entscheidungsfindung **verwendeten Mittel** und ob die Entscheidung in Bezug auf Inhalte getroffen wurde, die mit automatisierten Mitteln erkannt oder festgestellt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 474

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) gegebenenfalls Angaben über die **Verwendung automatisierter Mittel** zur Entscheidungsfindung und ob die Entscheidung in Bezug auf Inhalte getroffen wurde, die mit automatisierten Mitteln erkannt oder festgestellt wurden;

c) gegebenenfalls Angaben über die zur Entscheidungsfindung **verwendeten Mittel** und ob die Entscheidung in Bezug auf Inhalte getroffen wurde, die mit automatisierten Mitteln erkannt oder festgestellt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 475

Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) gegebenenfalls Angaben über die **Verwendung automatisierter Mittel** zur Entscheidungsfindung und ob die Entscheidung in Bezug auf Inhalte getroffen wurde, die mit automatisierten Mitteln erkannt oder festgestellt wurden;

c) gegebenenfalls Angaben über die zur Entscheidungsfindung **verwendeten Mittel** und ob die Entscheidung in Bezug auf Inhalte getroffen wurde, die mit automatisierten Mitteln erkannt oder festgestellt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 476
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe f

Vorschlag der Kommission

f) Informationen über die dem Nutzer gegen die Entscheidung zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe, insbesondere interne Beschwerdemanagementverfahren, außergerichtliche Streitbeilegung und gerichtliche Rechtsmittel.

Geänderter Text

f) **klare und benutzerfreundliche** Informationen über die dem Nutzer gegen die Entscheidung zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe, insbesondere interne Beschwerdemanagementverfahren, außergerichtliche Streitbeilegung und gerichtliche Rechtsmittel.

Or. en

Änderungsantrag 477
Nathalie Colin-Oesterlé, Geoffroy Didier

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 15 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Wenn auf die Entfernung einer bestimmten Einzelinformation oder die Sperrung des Zugangs dazu deren Übertragung gemäß Artikel 15a folgt, wird die Benachrichtigung des in Absatz 1 genannten Nutzers um sechs Wochen verschoben, um etwaig laufende strafrechtliche Ermittlungen nicht zu stören. Diese Frist von sechs Wochen kann nur nach einer begründeten Entscheidung der zuständigen Behörde, an die die betreffende Einzelinformation übermittelt wurde, verlängert werden.

Or. en

Änderungsantrag 478
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 15 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Verpflichtungen nach diesem Artikel gelten nicht, wenn der Anbieter nachweisen kann, dass der Nutzer wiederholt illegale Inhalte bereitgestellt hat, oder wenn sich die Entfernung auf eine Anordnung nach Artikel 8 stützt und die zuständige Behörde, von der die Anordnung ausging, entscheidet, dass es aus Gründen der öffentlichen Sicherheit erforderlich und verhältnismäßig ist, dass keine Weitergabe erfolgt, etwa zur Verhinderung, Ermittlung, Erkennung und Verfolgung terroristischer Straftaten, wobei diese Entscheidung für die erforderliche Dauer aber nicht länger als sechs Wochen gilt. In diesem Fall gibt der Hosting-Diensteanbieter keine Informationen über die Entfernung oder Sperrung terroristischer Inhalte weiter. Die fragliche zuständige Behörde kann bei Fortbestehen gerechtfertigter Gründe diesen Zeitraum um weitere sechs Wochen verlängern, sofern eine derartige Nichtweitergabe weiterhin gerechtfertigt ist.

Or. en

Änderungsantrag 479
Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 15 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Absätze 2 bis 4 finden keine Anwendung auf Anbieter von Vermittlungsdiensten, die den Status eines Kleinstunternehmens, eines Kleinunternehmens oder eines mittleren Unternehmens im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG erhalten haben, oder auf solche Unternehmen in

den zwölf Monaten nach dem Verlust dieses Status gemäß Artikel 4 Absatz 2 der genannten Empfehlung.

Or. en

Änderungsantrag 480

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Ondřej Kovařík

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 15 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Absätze 2 und 4 finden keine Anwendung auf Hosting-Diensteanbieter, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt.

Or. en

Änderungsantrag 481

Nathalie Colin-Oesterlé, Geoffroy Didier

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 15 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 15a

***Aufbewahrung von Inhalten und
zugehörigen Daten und obligatorische
Übertragung bestimmter
Einzelinformationen***

(1) Die Hosting-Diensteanbieter speichern illegale Inhalte, die im Rahmen der Moderation von Inhalten oder infolge einer Anordnung zum Vorgehen gegen bestimmte illegale Inhalte nach Artikel 8 entfernt oder gesperrt wurden, sowie alle zugehörigen Daten, die im Zuge der Entfernung der betreffenden illegalen Inhalte entfernt wurden und für folgende Zwecke benötigt werden: a) behördliche

oder gerichtliche Überprüfungsverfahren oder außergerichtliche Streitbeilegungsverfahren gegen eine Entscheidung über die Sperrung illegaler Inhalte und zugehöriger Daten oder die Sperrung des Zugangs dazu; oder b) die Verhinderung, Erkennung, Ermittlung und Verfolgung terroristischer Straftaten.

(2) Die illegalen Inhalte und zugehörigen Daten nach Absatz 1 werden für einen Zeitraum von sechs Monaten nach ihrer Entfernung oder Sperrung aufbewahrt. Auf Anordnung der zuständigen Behörde oder des zuständigen Gerichts werden die illegalen Inhalte nur dann für einen weiteren festgelegten Zeitraum aufbewahrt, wenn und solange dies für laufende behördliche oder gerichtliche Überprüfungsverfahren nach Absatz 1 Buchstabe a erforderlich ist.

(3) Die Hosting-Dienstanbieter stellen sicher, dass die nach Absatz 1 gespeicherten illegalen Inhalte und zugehörigen Daten angemessenen technischen und organisatorischen Schutzvorkehrungen unterliegen. Durch diese technischen und organisatorischen Schutzvorkehrungen wird sichergestellt, dass die gespeicherten illegalen Inhalte und zugehörigen Daten nur für die in Absatz 1 genannten Zwecke eingesehen und verarbeitet werden und ein hohes Maß an Sicherheit der betreffenden personenbezogenen Daten gewährleistet ist. Die Hosting-Dienstanbieter überprüfen und aktualisieren diese Schutzvorkehrungen soweit erforderlich.

(4) Die Hosting-Dienstanbieter übermitteln den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten die illegalen Inhalte, die entweder im Rahmen freiwilliger Maßnahmen zur Moderation von Inhalten oder infolge der Anwendung des in Artikel 14 genannten Melde- und Abhilfeverfahrens entfernt oder gesperrt wurden. Diese Übermittlungsverpflichtung gilt unter den

folgenden Bedingungen: a) Die in diesem Absatz verwendete Bezeichnung „illegale Inhalte“ bezieht sich auf Inhalte, die offensichtlich rechtswidrig sind und deren Bereitstellung nach [Rahmenbeschluss 2008/913/JI und Richtlinie 2011/36/EU] eine strafbare Handlung ist; und b) die zuständige Strafverfolgungsbehörde, an die die betreffenden illegalen Inhalte zu übermitteln sind, gehört dem Mitgliedstaat an, in dem die Person, die die illegalen Inhalte bereitgestellt hat, ansässig oder niedergelassen ist oder aber es handelt sich um die Strafverfolgungsbehörde des Mitgliedstaats, in dem der Hosting-Diensteanbieter niedergelassen ist oder seinen Rechtsvertreter hat; andernfalls muss der Hosting-Diensteanbieter Europol verständigen; c) wenn der Hosting-Diensteanbieter eine sehr große Online-Plattform nach Kapitel III Abschnitt 4 ist, muss er bei der Übermittlung illegaler Inhalte, die eine Bedrohung des Lebens oder der Sicherheit von Personen darstellen, zudem eine entsprechende Kennzeichnung hinzufügen.

(5) Jeder Mitgliedstaat übermittelt der Kommission und dem Rat die Liste seiner in Absatz 4 genannten zuständigen Strafverfolgungsbehörden.

Or. en

Änderungsantrag 482
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 15 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 15a
Moderation von Inhalten

(1) Hosting-Dienstanbieter dürfen keine Ex-ante-Kontrollmaßnahmen verwenden, die sich auf automatisierte Tools oder das Filtern hochgeladener Inhalte bei der Moderation von Inhalten stützen. Wenn Hosting-Dienstanbieter automatisierte Tools für die Moderation von Inhalten verwenden, stellen sie sicher, dass qualifiziertes Personal über die zu ergreifenden Maßnahmen entscheidet und dass legale Inhalte, die nicht gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Anbieter verstoßen, nicht beeinträchtigt werden. Der Anbieter stellt sicher, dass das Personal eine angemessene Grundausbildung und laufende Schulung in Bezug auf die geltenden Rechtsvorschriften und internationalen Menschenrechtsnormen erhält sowie über angemessene Arbeitsbedingungen verfügt, und dass nötigenfalls die Möglichkeit besteht, professionelle Hilfe, qualifizierte psychologische Betreuung und kompetente Rechtsberatung in Anspruch zu nehmen. Dieser Absatz gilt nicht für die Moderation von Informationen, die mit großer Wahrscheinlichkeit durch automatisierte Tools bereitgestellt werden.

(2) Die Hosting-Dienstanbieter gehen bei der Moderation von Inhalten auf faire, transparente, kohärente, vorhersehbare, nicht diskriminierende, sorgfältige, nicht willkürliche und verhältnismäßige Weise vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten, was auch die in der Charta verankerten Grundrechte der Nutzer des Dienstes einschließt.

Or. en

Änderungsantrag 483
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 15 a (neu)

Artikel 15a

Moderation von Inhalten

(1) Die Hosting-Dienstanbieter dürfen keine Ex-ante-Kontrollmaßnahmen verwenden, die sich auf automatisierte Tools oder das Filtern hochgeladener Inhalte bei der Moderation von Inhalten stützen. Wenn Hosting-Dienstanbieter automatisierte Tools für die Moderation von Inhalten verwenden, stellen sie sicher, dass qualifiziertes Personal über die zu ergreifenden Maßnahmen entscheidet und dass legale Inhalte, die nicht gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Anbieter verstoßen, nicht beeinträchtigt werden. Der Anbieter stellt sicher, dass das Personal eine angemessene Grundausbildung und laufende Schulung in Bezug auf die geltenden Rechtsvorschriften und internationalen Menschenrechtsnormen erhält sowie über angemessene Arbeitsbedingungen verfügt, und dass nötigenfalls die Möglichkeit besteht, professionelle Hilfe, qualifizierte psychologische Betreuung und kompetente Rechtsberatung in Anspruch zu nehmen. Dieser Absatz gilt nicht für Informationen, die mit großer Wahrscheinlichkeit durch automatisierte Tools bereitgestellt werden.

(2) Die Hosting-Dienstanbieter gehen bei der Moderation von Inhalten auf faire, transparente, kohärente, vorhersehbare, nicht diskriminierende, sorgfältige, nicht willkürliche und verhältnismäßige Weise vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten, was auch die in der Charta verankerten Grundrechte der Nutzer des Dienstes einschließt.

Or. en

Änderungsantrag 484
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 16 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Ausnahme für ***Kleinst- und Kleinunternehmen***

Geänderter Text

Ausnahme für ***Kleinstunternehmen***

Or. en

Änderungsantrag 485
Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 16 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Dieser Abschnitt gilt ***nicht*** für Online-Plattformen, bei denen es sich um ***Kleinst- oder Kleinunternehmen*** im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt.

Geänderter Text

Dieser Abschnitt gilt ***weder*** für Online-Plattformen, bei denen es sich um ***Kleinstunternehmen, Kleinunternehmen oder mittlere Unternehmen*** im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt, ***noch für solche Unternehmen in den zwölf Monaten nach dem Verlust dieses Status gemäß Artikel 4 Absatz 2 der genannten Empfehlung.***

Or. en

Änderungsantrag 486
Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 16 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Dieser Abschnitt gilt nicht für Online-Plattformen, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt.

Geänderter Text

Dieser Abschnitt gilt nicht für Online-Plattformen, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt ***und die keine illegalen Tätigkeiten***

ausüben.

Or. en

Änderungsantrag 487

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 16 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Dieser Abschnitt gilt nicht für Online-Plattformen, bei denen es sich um ***Kleinst- oder Kleinunternehmen*** im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt.

Geänderter Text

Dieser Abschnitt gilt nicht für Online-Plattformen, bei denen es sich um ***Kleinstunternehmen*** im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt.

Or. en

Änderungsantrag 488

Nathalie Colin-Oesterlé, Geoffroy Didier

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 17 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen gewähren den Nutzern während eines Zeitraums von mindestens sechs Monaten nach einer in diesem Absatz genannten Entscheidung Zugang zu einem wirksamen internen Beschwerdemanagementsystem, das eine elektronische und kostenlose Einreichung von Beschwerden gegen folgende Entscheidungen der Online-Plattform ermöglicht, die damit begründet worden sind, dass die von den Nutzern bereitgestellten Informationen illegale Inhalte darstellen oder mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform unvereinbar sind:

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen gewähren den Nutzern ***sowie Einzelpersonen oder Stellen, die eine Meldung eingereicht haben***, während eines Zeitraums von mindestens sechs Monaten nach einer in diesem Absatz genannten Entscheidung Zugang zu einem wirksamen internen Beschwerdemanagementsystem, das eine elektronische und kostenlose Einreichung von Beschwerden gegen ***die von der Online-Plattform gefällte Entscheidung, nach einem erhaltenen Hinweis keine Maßnahmen zu ergreifen, und gegen*** folgende Entscheidungen der Online-Plattform ermöglicht, die damit begründet worden sind, dass die von den Nutzern bereitgestellten Informationen illegale Inhalte darstellen oder mit den allgemeinen

Geschäftsbedingungen der Plattform
unvereinbar sind:

Or. en

Änderungsantrag 489

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 17 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen gewähren den Nutzern während eines Zeitraums von mindestens sechs Monaten nach einer in diesem Absatz genannten Entscheidung Zugang zu einem wirksamen internen Beschwerdemanagementsystem, das eine elektronische und kostenlose Einreichung von Beschwerden gegen folgende Entscheidungen der Online-Plattform ermöglicht, die damit begründet worden sind, dass die von den Nutzern bereitgestellten Informationen illegale Inhalte darstellen oder mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform unvereinbar sind:

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen gewähren den Nutzern während eines Zeitraums von mindestens sechs Monaten nach einer in diesem Absatz genannten Entscheidung Zugang zu einem wirksamen internen Beschwerdemanagementsystem, das eine elektronische und kostenlose Einreichung von Beschwerden gegen folgende Entscheidungen der Online-Plattform ermöglicht, die damit begründet worden sind, dass die von den Nutzern bereitgestellten Informationen ***nach nationalem Recht oder Unionsrecht*** illegale Inhalte darstellen, oder mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform unvereinbar sind:

Or. en

Änderungsantrag 490

Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 17 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen gewähren den Nutzern während eines Zeitraums von mindestens sechs Monaten nach einer in diesem Absatz genannten Entscheidung Zugang zu einem wirksamen internen Beschwerdemanagementsystem, das eine

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen gewähren den Nutzern während eines Zeitraums von mindestens sechs Monaten nach einer in diesem Absatz genannten Entscheidung Zugang zu einem wirksamen internen Beschwerdemanagementsystem, das eine

elektronische und kostenlose Einreichung von Beschwerden gegen folgende Entscheidungen der Online-Plattform ermöglicht, die damit begründet worden sind, dass die von den Nutzern bereitgestellten Informationen illegale Inhalte darstellen **oder mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform unvereinbar sind:**

elektronische und kostenlose Einreichung von Beschwerden gegen folgende Entscheidungen der Online-Plattform ermöglicht, die damit begründet worden sind, dass die von den Nutzern bereitgestellten Informationen illegale Inhalte darstellen.

Or. it

Änderungsantrag 491
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen gewähren den Nutzern während eines Zeitraums von mindestens **sechs** Monaten nach einer in diesem Absatz genannten Entscheidung Zugang zu einem wirksamen internen Beschwerdemanagementsystem, das eine elektronische und kostenlose Einreichung von Beschwerden gegen folgende Entscheidungen der Online-Plattform ermöglicht, die damit begründet worden sind, dass die von den Nutzern bereitgestellten Informationen illegale Inhalte darstellen oder mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform unvereinbar sind:

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen gewähren den Nutzern während eines Zeitraums von mindestens **zwölf** Monaten nach einer in diesem Absatz genannten Entscheidung Zugang zu einem wirksamen internen Beschwerdemanagementsystem, das eine elektronische und kostenlose Einreichung von Beschwerden gegen folgende Entscheidungen der Online-Plattform ermöglicht, die damit begründet worden sind, dass die von den Nutzern bereitgestellten Informationen illegale Inhalte darstellen oder mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform unvereinbar sind:

Or. en

Änderungsantrag 492
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) Entscheidungen über die Entfernung der Information oder die Sperrung des Zugangs zu der Information;

a) Entscheidungen über die Entfernung der Information oder die Sperrung des Zugangs zu der Information **oder die Beschränkung von diesbezüglichen Vorschlägen eines Empfehlungssystems;**

Or. en

Begründung

Mit dem Änderungsvorschlag soll „Shadow-Banning“ abgedeckt werden, bei dem bestimmte Informationen aus Empfehlungssystemen ausgeschlossen sind oder nur eingeschränkt von diesen erfasst werden, wodurch die anderen Nutzer sie im Endeffekt nicht sehen können.

Änderungsantrag 493

Nathalie Colin-Oesterlé, Geoffroy Didier

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Entscheidungen über die Entfernung der Information **oder** die Sperrung des Zugangs zu der Information;

Geänderter Text

a) Entscheidungen über die Entfernung der Information, die Sperrung des Zugangs zu der Information **oder Beschränkung ihrer Sichtbarkeit;**

Or. en

Änderungsantrag 494

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Entscheidungen über die Entfernung der Information **oder** die Sperrung des Zugangs zu der Information;

Geänderter Text

a) Entscheidungen über die Entfernung der Information, die Sperrung **oder die Beschränkung** des Zugangs zu der Information;

Or. en

Änderungsantrag 495

Patryk Jaki, Joachim Stanislaw Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) sonstige Entscheidungen, die sich auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit oder Zugänglichkeit des betreffenden Inhalts und das Konto des Nutzers oder den Zugang des Nutzers zu bedeutenden Merkmalen der regulären Dienstleistungen der Plattform auswirken.

Or. en

Änderungsantrag 496

Nathalie Colin-Oesterlé

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 17 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Entscheidungen über die Beschränkung der wirtschaftlichen Verwertung der von Nutzern bereitgestellten Inhalte.

Or. en

Änderungsantrag 497

Nathalie Colin-Oesterlé, Geoffroy Didier

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 17 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) (2) Wenn auf die Entscheidung über die Entfernung der Information oder die Sperrung des Zugangs dazu deren Übertragung gemäß Artikel 15a folgt,

beginnt die in Absatz 1 genannte Frist von mindestens sechs Monaten mit dem Tag, an dem der Nutzer nach Artikel 15 Absatz 2 über diese Maßnahme in Kenntnis gesetzt wurde.

Or. en

Änderungsantrag 498
Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre internen Beschwerdemanagementsysteme leicht zugänglich und benutzerfreundlich sind und die Einreichung hinreichend präziser und angemessen begründeter Beschwerden ermöglichen und erleichtern.

Geänderter Text

(2) Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre internen Beschwerdemanagementsysteme leicht zugänglich und benutzerfreundlich sind und die Einreichung hinreichend präziser und angemessen begründeter Beschwerden ermöglichen und erleichtern. **Online-Plattformen geben die Verfahrensordnung ihres internen Beschwerdemanagementsystems in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen öffentlich bekannt und vermitteln sie Nutzern, die eine Beschwerde einreichen möchten, in klarer, benutzerfreundlicher und leicht zugänglicher Weise.**

Or. en

Änderungsantrag 499
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre internen Beschwerdemanagementsysteme leicht zugänglich und benutzerfreundlich sind

Geänderter Text

(2) Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre internen Beschwerdemanagementsysteme leicht zugänglich und benutzerfreundlich sind

und die Einreichung hinreichend präziser und angemessen begründeter Beschwerden ermöglichen und erleichtern.

und die Einreichung hinreichend präziser und angemessen begründeter Beschwerden ermöglichen und erleichtern. ***Online-Plattformen geben die Verfahrensordnung ihres internen Beschwerdemanagementsystems in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen öffentlich bekannt und vermitteln sie Nutzern in klarer, benutzerfreundlicher und leicht zugänglicher Weise.***

Or. en

Änderungsantrag 500 **Annalisa Tardino**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 17 – Absatz 3**

Vorschlag der Kommission

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, zeitnah, sorgfältig und in objektiver Weise. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig.

Geänderter Text

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, zeitnah, sorgfältig und in objektiver Weise. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig. ***Benutzer haben das Recht, Rechtsbehelfe in derselben Sprache in Anspruch zu nehmen, in der die an das interne Beschwerdemanagementsystem gemeldeten Inhalte verfasst sind.***

Or. en

Änderungsantrag 501
Maria Walsh

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, **zeitnah**, sorgfältig und in objektiver Weise. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig.

Geänderter Text

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, sorgfältig und in objektiver Weise **sowie unverzüglich, spätestens jedoch sieben Tage nach Beschwerdeeingang**. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig.

Or. en

Begründung

Der Vorschlag enthält keine Frist für die Bewertung von Meldungen. Die Angabe „zeitnah“ könnte sich als unzulänglicher Richtwert erweisen, da sie nicht konkret definiert ist und somit von Online-Plattformen nahezu endlos ausgedehnt werden kann. Daher müssen Nutzer innerhalb von sieben Tagen über die Entscheidung der Plattform informiert werden, um Rechtssicherheit in Bezug auf mögliche rechtliche Schritte zu erhalten.

Änderungsantrag 503
Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes

Geänderter Text

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes

Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, zeitnah, sorgfältig und in objektiver Weise. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig.

Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, zeitnah, sorgfältig und in objektiver Weise **innerhalb von 3 Tagen nach Erhalt**. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig.

Or. en

Änderungsantrag 504 **Patrick Breyer**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 17 – Absatz 3**

Vorschlag der Kommission

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, zeitnah, sorgfältig und in **objektiver** Weise. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig.

Geänderter Text

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, zeitnah, sorgfältig und in **nicht willkürlicher** Weise. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder **offensichtlich** rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig.

Or. en

Begründung

Zum Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung hat das Parlament betont, dass die Entscheidung über die Rechtmäßigkeit von Inhalten der Justiz vorbehalten ist und nicht durch privatwirtschaftliche Einrichtungen getroffen werden kann (Entschließung 2020/2019(INL), Absatz 5). Im Zweifelsfall, wenn Inhalte nicht offensichtlich illegal sind und von der Justiz nicht als illegal eingestuft wurden, sollten sie sichtbar bleiben.

Änderungsantrag 505

Patryk Jaki, Joachim Stanislaw Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 17 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Online-Plattformen teilen den Beschwerdeführern unverzüglich die Entscheidung mit, die sie in Bezug auf die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, getroffen haben, und weisen die Beschwerdeführer auf die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitbeilegung gemäß Artikel 18 und auf andere verfügbare Rechtsbehelfe hin.

Geänderter Text

(4) Online-Plattformen teilen den Beschwerdeführern unverzüglich die Entscheidung mit, die sie in Bezug auf die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, getroffen haben, und weisen die Beschwerdeführer auf die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitbeilegung gemäß Artikel 18 und auf andere verfügbare Rechtsbehelfe hin. ***Die Rückmeldung muss überdies Folgendes enthalten:***

– Erläuterung, ob die in Absatz 1 genannte Entscheidung auf einer menschlichen Überprüfung beruht oder mithilfe automatisierter Mittel getroffen wurde

– im Fall der Aufrechterhaltung der in Absatz 1 genannten Entscheidung eine ausführliche Erläuterung, inwiefern die Information, auf die sich die Beschwerde bezieht, einen Verstoß gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Online-Plattform darstellt oder warum die Online-Plattform die Information für rechtswidrig erachtet.

Or. en

Änderungsantrag 507

Maria Walsh

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Online-Plattformen teilen den Beschwerdeführern unverzüglich die Entscheidung mit, die sie in Bezug auf die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, getroffen haben, und weisen die Beschwerdeführer auf die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitbeilegung gemäß Artikel 18 und auf andere verfügbare Rechtsbehelfe hin.

Geänderter Text

(4) Online-Plattformen teilen den Beschwerdeführern unverzüglich, ***spätestens aber sieben Tage nach Beschwerdeeingang*** die Entscheidung mit, die sie in Bezug auf die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, getroffen haben, und weisen die Beschwerdeführer auf die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitbeilegung gemäß Artikel 18 und auf andere verfügbare Rechtsbehelfe hin.

Or. en

Begründung

Der Vorschlag enthält keine Frist für die Bewertung von Meldungen. Ohne eine zeitliche Begrenzung können Online-Plattformen die Bewertung unendlich ausdehnen. Daher müssen Nutzer innerhalb von sieben Tagen über die Entscheidung der Plattform informiert werden, um Rechtssicherheit in Bezug auf mögliche rechtliche Schritte zu erhalten.

Änderungsantrag 508

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Online-Plattformen stellen sicher, dass die in Absatz 4 genannten Entscheidungen nicht allein mit automatisierten Mitteln getroffen werden.

Geänderter Text

(5) Online-Plattformen stellen sicher, dass die in Absatz 4 genannten Entscheidungen nicht allein mit automatisierten Mitteln getroffen werden. ***Beschwerdeführer haben das Recht, eine menschliche Überprüfung der Inhalte, auf die sich die Beschwerde bezieht, und eine Konsultation mit einem zuständigen Mitarbeiter der Online-Plattform zu beantragen.***

Or. en

Änderungsantrag 509
Nathalie Colin-Oesterlé, Geoffroy Didier

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Online-Plattformen stellen sicher, dass die in Absatz 4 genannten Entscheidungen nicht allein mit automatisierten Mitteln getroffen werden.

Geänderter Text

(5) Online-Plattformen stellen sicher, dass ***Nutzern die Möglichkeit geboten wird, zum Zeitpunkt der Beschwerdeeinreichung gegebenenfalls in ein persönliches Gespräch einzutreten, und dass*** die in Absatz 4 genannten Entscheidungen nicht allein mit automatisierten Mitteln getroffen werden.

Or. en

Änderungsantrag 510
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Online-Plattformen stellen sicher, dass die in Absatz 4 genannten Entscheidungen nicht ***allein*** mit automatisierten Mitteln getroffen werden.

Geänderter Text

(5) Online-Plattformen stellen sicher, dass die in Absatz 4 genannten Entscheidungen nicht mit automatisierten Mitteln getroffen werden.

Or. en

Änderungsantrag 511
Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Nutzer, die aufgrund der Entscheidung einer Online-Plattform Nachteile erleiden, müssen die Möglichkeit des gerichtlichen

Rechtsbehelfs im Einklang mit den Rechtsvorschriften des betreffenden Mitgliedstaats haben. Bei dem Verfahren muss sichergestellt sein, dass ein unabhängiges Rechtsorgan unverzüglich über die Sache befindet und die Angelegenheit innerhalb von höchstens 14 Tagen beilegt, wobei der von Nachteilen betroffenen Partei das Recht eingeräumt wird, einstweilige Maßnahmen zu erwirken, die innerhalb von 48 Stunden nach dem Einlegen des Rechtsbehelfs verhängt werden. Das Recht auf gerichtlichen Rechtsbehelf und einstweilige Maßnahmen unterliegt nicht der Einschränkung oder Bedingung, dass die Möglichkeiten des internen Beschwerdemanagementsystems ausgeschöpft sein müssen.

Or. en

Änderungsantrag 512
Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Nutzer, die von den in Artikel 17 Absatz 1 genannten Entscheidungen betroffen sind, haben das Recht, zur Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesen Entscheidungen sowie mit Beschwerden, die nicht mit den Mitteln des in dem Artikel genannten internen Beschwerdemanagementsystems gelöst werden konnten, eine gemäß Absatz 2 zugelassene außergerichtliche Streitbeilegungsstelle zu wählen. Online-Plattformen arbeiten nach Treu und Glauben mit der für die Streitbeilegung ausgewählten Stelle zusammen und sind an die Entscheidung dieser Stelle gebunden.

Geänderter Text

(1) Nutzer, die von den in Artikel 17 Absatz 1 genannten Entscheidungen betroffen sind, haben das Recht, zur Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesen Entscheidungen sowie mit Beschwerden, die nicht mit den Mitteln des in dem Artikel genannten internen Beschwerdemanagementsystems gelöst werden konnten, eine gemäß Absatz 2 zugelassene außergerichtliche Streitbeilegungsstelle zu wählen. Online-Plattformen arbeiten nach Treu und Glauben mit der für die Streitbeilegung ausgewählten Stelle zusammen und sind an die Entscheidung dieser Stelle gebunden. ***Die außergerichtliche Streitbeilegung muss innerhalb von 30 Tagen nach***

Änderungsantrag 513

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Olivier Chastel, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Nutzer, die von den in Artikel 17 Absatz 1 genannten Entscheidungen betroffen sind, haben das Recht, zur Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesen Entscheidungen sowie mit Beschwerden, die nicht mit den Mitteln des in dem Artikel genannten internen Beschwerdemanagementsystems gelöst werden konnten, eine gemäß Absatz 2 zugelassene außergerichtliche Streitbelegungsstelle zu wählen. Online-Plattformen arbeiten nach Treu und Glauben mit der für die Streitbeilegung ausgewählten Stelle zusammen und sind an die Entscheidung dieser Stelle gebunden.

Geänderter Text

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Änderungsantrag 514

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Ondřej Kovařík, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Der Unterabsatz 1 lässt das Recht des betroffenen Nutzers unberührt, im Einklang mit dem anwendbaren Recht gegen die Entscheidung vor Gericht zu ziehen.

Geänderter Text

Der Unterabsatz 1 lässt das Recht des betroffenen Nutzers unberührt, im Einklang mit dem anwendbaren Recht gegen die Entscheidung **der Online-Plattform vor Gericht zu ziehen. Ebenso bleibt das Recht der betroffenen Online-**

Plattform davon unberührt, im Einklang mit dem anwendbaren Recht gegen die Entscheidung der außergerichtlichen Streitbeilegungsstelle vor Gericht zu ziehen.

Or. en

Änderungsantrag 515
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Der Unterabsatz 1 lässt das Recht des betroffenen Nutzers unberührt, im Einklang mit dem anwendbaren Recht gegen die Entscheidung vor Gericht zu ziehen.

Geänderter Text

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Or. en

Änderungsantrag 516
Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) sie ist unparteiisch und unabhängig von Online-Plattformen und Nutzern der von Online-Plattformen erbrachten Dienste;

Geänderter Text

a) sie ist unparteiisch und unabhängig von Online-Plattformen und Nutzern der von Online-Plattformen erbrachten Dienste **sowie rechtlich getrennt und funktional unabhängig von der Regierung des Mitgliedstaats und jeder anderen öffentlichen oder privaten Einrichtung;**

Or. en

Änderungsantrag 517
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) sie ist unparteiisch und unabhängig von Online-Plattformen und Nutzern der von Online-Plattformen erbrachten Dienste;

Geänderter Text

a) sie ist unparteiisch und unabhängig von Online-Plattformen und **einzelnen** Nutzern der von Online-Plattformen erbrachten Dienste;

Or. en

Änderungsantrag 518
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

aa) sie oder ihre Vertreter werden auf eine Weise vergütet, die nicht vom Ergebnis des Verfahrens abhängt;

Or. en

Änderungsantrag 519
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

aa) sie schließt Rechtsexperten ein;

Or. en

Änderungsantrag 520
Maria Walsh

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) sie besitzt die erforderliche Sachkenntnis in Bezug auf Fragen, die sich in einem oder mehreren bestimmten Bereichen illegaler Inhalte ergeben, oder in Bezug auf die Anwendung und Durchsetzung der allgemeinen Geschäftsbedingungen einer oder mehrerer Arten von Online-Plattformen, sodass die Stelle einen wirksamen Beitrag zur Beilegung einer Streitigkeit leisten kann;

b) **b)** sie besitzt die erforderliche **rechtliche** Sachkenntnis **und Qualifikation** in Bezug auf Fragen, die sich in einem oder mehreren bestimmten Bereichen illegaler Inhalte ergeben, oder in Bezug auf die Anwendung und Durchsetzung der allgemeinen Geschäftsbedingungen einer oder mehrerer Arten von Online-Plattformen, sodass die Stelle einen wirksamen **und angemessenen** Beitrag zur Beilegung einer Streitigkeit leisten kann;

Or. en

Begründung

Diese Stelle sollte über die einschlägige juristische Sachkenntnis verfügen, um sicherzustellen, dass sie solche Streitfälle angemessen beilegen kann.

Änderungsantrag 521
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) sie besitzt die erforderliche Sachkenntnis in Bezug auf Fragen, die **sich in einem oder mehreren bestimmten Bereichen** illegaler Inhalte **ergeben**, oder in Bezug auf die Anwendung und Durchsetzung der allgemeinen Geschäftsbedingungen einer oder mehrerer Arten von Online-Plattformen, **sodass** die Stelle einen wirksamen Beitrag zur Beilegung einer Streitigkeit leisten kann;

b) sie besitzt die erforderliche Sachkenntnis in Bezug auf Fragen, die **einen oder mehrere bestimmte Bereiche** illegaler Inhalte **betreffen**, oder in Bezug auf die Anwendung und Durchsetzung der allgemeinen Geschäftsbedingungen einer oder mehrerer Arten von Online-Plattformen, **weshalb** die Stelle einen wirksamen Beitrag zur Beilegung einer Streitigkeit leisten kann;

Or. en

Änderungsantrag 522
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) sie ist in der Lage, Streitigkeiten rasch, effizient und kostengünstig in mindestens einer Amtssprache der Union beizulegen;

Geänderter Text

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Or. en

Änderungsantrag 523
Maria Walsh

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) die Streitbeilegung erfolgt nach klaren und fairen Verfahrensregeln.

Geänderter Text

e) die Streitbeilegung erfolgt nach klaren und fairen Verfahrensregeln, **die transparent sowie auf der Online-Plattform deutlich sichtbar und leicht zugänglich sind.**

Or. en

Begründung

Wir müssen Nutzern den Zugang zur Justiz ermöglichen, damit sie rechtliche Schritte gegen unrechtmäßige Entscheidungen über Inhalte ergreifen können. Wir benötigen eine Verordnung, um die Möglichkeiten von Nutzern gegenüber Online-Plattformen zu verbessern, Zugang zur Justiz zu erhalten und eine wirksame gerichtliche Überprüfung zu erwirken.

Änderungsantrag 524
Maria Walsh

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 3 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(3) Entscheidet die Stelle die Streitigkeit zugunsten des Nutzers, so erstattet **die Online-Plattform** dem Nutzer alle **Gebühren und sonstigen**

Geänderter Text

(3) **Die Online-Plattform kommt unabhängig von der Entscheidung für alle Gebühren der Streitbeilegung auf.** Entscheidet die Stelle die Streitigkeit

angemessenen Kosten, die dieser im Zusammenhang mit der Streitbeilegung gezahlt hat oder noch zahlen muss. Entscheidet die Stelle die Streitigkeit zugunsten der Online-Plattform, so ist der Nutzer nicht verpflichtet, Gebühren oder sonstige Kosten zu erstatten, die die Online-Plattform im Zusammenhang mit der Streitbeilegung gezahlt hat oder noch zahlen muss.

zugunsten des Nutzers, so erstattet **sie zudem** dem Nutzer alle **zusätzlichen** angemessenen Kosten, die dieser im Zusammenhang mit der Streitbeilegung gezahlt hat oder noch zahlen muss. Entscheidet die Stelle die Streitigkeit zugunsten der Online-Plattform, so ist der Nutzer nicht verpflichtet, Gebühren oder sonstige Kosten zu erstatten, die die Online-Plattform im Zusammenhang mit der Streitbeilegung gezahlt hat oder noch zahlen muss.

Or. en

Begründung

Nur wenn die Entscheidung der externen Stelle nicht verbindlich ist, können rechtliche Schritte gegen die Online-Plattform eingeleitet werden. Andernfalls ist eine Klage gegen die Entscheidung an die (private) externe Stelle zu richten, wodurch nicht nur Kosten entstehen, sondern die Plattformen erneut jeder Verantwortung enthoben werden.

Änderungsantrag 525 **Clare Daly**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 18 – Absatz 3 – Einleitung**

Vorschlag der Kommission

(3) Entscheidet die Stelle die Streitigkeit zugunsten des Nutzers, so erstattet die Online-Plattform dem Nutzer alle Gebühren und sonstigen angemessenen Kosten, die dieser im Zusammenhang mit der Streitbeilegung gezahlt hat oder noch zahlen muss. Entscheidet die Stelle die Streitigkeit zugunsten der Online-Plattform, so ist der Nutzer nicht verpflichtet, Gebühren oder sonstige Kosten zu erstatten, **die die Online-Plattform im Zusammenhang mit der Streitbeilegung gezahlt hat oder noch zahlen muss.**

Geänderter Text

(3) Entscheidet die Stelle die Streitigkeit zugunsten des Nutzers, so erstattet die Online-Plattform dem Nutzer alle Gebühren und sonstigen angemessenen Kosten, die dieser im Zusammenhang mit der Streitbeilegung gezahlt hat oder noch zahlen muss. Entscheidet die Stelle die Streitigkeit zugunsten der Online-Plattform, so ist der Nutzer nicht verpflichtet, Gebühren oder sonstige Kosten **zu zahlen bzw.** zu erstatten.

Or. en

Änderungsantrag 526

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 – Absatz 3 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Die von der Streitbeilegungsstelle erhobenen Gebühren müssen angemessen sein und dürfen in keinem Fall die hierdurch entstehenden Kosten übersteigen.

Geänderter Text

Die von der Streitbeilegungsstelle erhobenen Gebühren müssen angemessen sein und dürfen in keinem Fall die hierdurch entstehenden Kosten übersteigen. ***Außergerichtliche Streitbeilegungsverfahren sollten für den Verbraucher vorzugsweise kostenlos sein. Werden Kosten geltend gemacht, sollte das Verfahren für die Verbraucher zugänglich, attraktiv und mit niedrigen Kosten verbunden sein. Daher sollten die Kosten eine Schutzgebühr nicht übersteigen.***

Or. en

Änderungsantrag 527

Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 – Absatz 3 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Die zugelassenen außergerichtlichen Streitbeilegungsstellen geben ***dem Nutzer und der Online-Plattform*** die Gebühren oder das zur Gebührenfestsetzung verwendete Verfahren ***vor der Einleitung der Streitbeilegung*** bekannt.

Geänderter Text

Die zugelassenen außergerichtlichen Streitbeilegungsstellen geben die Gebühren oder das zur Gebührenfestsetzung verwendete Verfahren ***öffentlich*** bekannt.

Or. en

Änderungsantrag 528

Beata Kempa, Patryk Jaki

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 – Absatz 6 – Nummer 1 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die Mitgliedstaaten richten ein Verfahren ein, um Nutzern die Anfechtung der Entscheidung einer außergerichtlichen Streitbeilegungsstelle vor einer nationalen Justizbehörde zu ermöglichen, die für die Beilegung von Streitigkeiten in Bezug auf das Recht auf freie Meinungsäußerung zuständig ist.

Or. en

**Änderungsantrag 529
Anna Júlia Donáth**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 6 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6a) Dieser Artikel gilt unbeschadet der in Artikel 43 festgesetzten Bestimmungen über die Möglichkeit von Nutzern der Dienstleistungen, beim Koordinator für digitale Dienste im Land ihres Wohnsitzes oder, im Fall einer sehr großen Online-Plattform, bei der Kommission Beschwerde einzulegen.

Or. en

**Änderungsantrag 530
Patryk Jaki, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 6 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6a) Die Mitgliedstaaten richten ein Verfahren ein, um Nutzern die Anfechtung der Entscheidung einer außergerichtlichen Streitbeilegungsstelle vor einer nationalen Justizbehörde oder

einer Verwaltungsbehörde zu ermöglichen, die für die Beilegung von Streitigkeiten in Bezug auf das Recht auf freie Meinungsäußerung zuständig ist.

Or. en

Änderungsantrag 531
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 18a

Gerichtlicher Rechtsschutz

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Justizbehörden auf Antrag eines Nutzers, der Gegenstand der Entscheidung einer Online-Plattform ist, folgende Maßnahmen ergreifen können:

- a) Entfernung einer vom Nutzer bereitgestellten Information oder Sperrung des Zugangs zu der Information oder Beschränkung von diesbezüglichen Vorschlägen eines Empfehlungssystems;*
- b) vollständige oder teilweise Aussetzung oder Kündigung des Dienstes gegenüber dem Nutzer;*
- c) Aussetzung oder Kündigung des Kontos des Nutzers, Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Entscheidung und gegebenenfalls Erlass einer einstweiligen Verfügung.*

Or. en

Begründung

Entscheidungen von Plattformen, die die Rechte eines Nutzers beeinträchtigen, müssen einer gerichtlichen Überprüfung unterliegen.

Änderungsantrag 532

Anna Júlia Donáth

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 18a

Beweislast

Die Beweislast, ob eine Information ein rechtmäßiger oder illegaler Inhalt ist, wird auf die Hosting-Dienstanbieter verlagert.

Or. en

**Änderungsantrag 533
Nicola Procaccini**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

[...]

entfällt

Or. it

**Änderungsantrag 534
Annalisa Tardino**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Überschrift**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

19 Vertrauenswürdige Hinweisgeber

19 Vertrauenswürdige Hinweisgeber
im Zusammenhang mit Kinderrechten

Or. en

**Änderungsantrag 535
Nicola Procaccini**

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen ergreifen die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit Meldungen, die von vertrauenswürdigen Hinweisgebern über die in Artikel 14 genannten Mechanismen übermittelt werden, vorrangig und unverzüglich bearbeitet werden und darüber entschieden wird.

entfällt

Or. it

Änderungsantrag 536
Sylvie Guillaume

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen ergreifen die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit Meldungen, die von vertrauenswürdigen Hinweisgebern über die in Artikel 14 genannten Mechanismen übermittelt werden, vorrangig und unverzüglich bearbeitet werden und darüber entschieden wird.

(1) Online-Plattformen ergreifen die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit Meldungen, die von vertrauenswürdigen Hinweisgebern über die in Artikel 14 genannten Mechanismen übermittelt werden, *sowie Rechtsbehelfe, die von vertrauenswürdigen Hinweisgebern eingelegt werden, oder Anträge eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers zur Unterstützung eines von einer Einzelperson eingeleiteten Rechtsbehelfs, der sich gegen eine über die in Artikel 14 genannten Mechanismen erfolgte Meldung oder gegen eine Entscheidung zur Entfernung eines Inhalts oder die Aussetzung eines Kontos richtet*, vorrangig und unverzüglich bearbeitet werden und darüber entschieden wird.

Or. fr

Änderungsantrag 537

Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen ergreifen die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit Meldungen, die von vertrauenswürdigen Hinweisgebern über die in Artikel 14 genannten Mechanismen übermittelt werden, **vorrangig und** unverzüglich bearbeitet werden **und darüber entschieden wird.**

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen ergreifen die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit Meldungen, die von **zugelassenen** vertrauenswürdigen Hinweisgebern, **die innerhalb des jeweiligen Bereichs ihrer Expertise handeln**, über die in Artikel 14 genannten Mechanismen übermittelt werden, **in Abhängigkeit von der Schwere der illegalen Aktivität** unverzüglich bearbeitet werden.

Or. en

Änderungsantrag 538

Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen ergreifen die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit Meldungen, die von vertrauenswürdigen Hinweisgebern über die in Artikel 14 genannten Mechanismen übermittelt werden, vorrangig und unverzüglich bearbeitet werden und darüber entschieden wird.

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen ergreifen die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit Meldungen, die von vertrauenswürdigen Hinweisgebern **im Zusammenhang mit Kinderrechten** über die in Artikel 14 genannten Mechanismen übermittelt werden, vorrangig und unverzüglich bearbeitet werden und darüber entschieden wird.

Or. en

Änderungsantrag 539

Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) **Der Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach dieser Verordnung wird auf Antrag einer Stelle vom Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Antragsteller niedergelassen ist, zuerkannt, nachdem der Antragsteller nachgewiesen hat, dass er alle folgenden Bedingungen erfüllt:**

entfällt

a) die Stelle besitzt besondere Sachkenntnis und Kompetenz in Bezug auf die Erkennung, Feststellung und Meldung illegaler Inhalte;

b) sie vertritt kollektive Interessen und ist unabhängig von jeder Online-Plattform;

c) sie übt ihre Tätigkeiten zur Übermittlung von Meldungen rechtzeitig, sorgfältig und in objektiver Weise aus.

Or. it

Änderungsantrag 540
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Der Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach dieser Verordnung wird auf Antrag einer Stelle vom Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Antragsteller niedergelassen ist, zuerkannt, nachdem der Antragsteller nachgewiesen hat, dass er alle folgenden Bedingungen erfüllt:

(2) Der Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers **im Zusammenhang mit Kinderrechten** nach dieser Verordnung wird auf Antrag einer Stelle vom Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Antragsteller niedergelassen ist, zuerkannt, nachdem der Antragsteller nachgewiesen hat, dass er alle folgenden Bedingungen erfüllt:

Or. en

Änderungsantrag 541
Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) die Stelle besitzt besondere Sachkenntnis und Kompetenz in Bezug auf die Erkennung, Feststellung und Meldung illegaler Inhalte;

entfällt

Or. it

Änderungsantrag 542
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) die Stelle besitzt besondere Sachkenntnis und Kompetenz in Bezug auf die Erkennung, Feststellung und Meldung illegaler Inhalte;

a) die Stelle besitzt besondere Sachkenntnis und Kompetenz in Bezug auf die Erkennung, Feststellung und Meldung illegaler Inhalte, *die Minderjährige betreffen*;

Or. en

Änderungsantrag 543
Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) sie vertritt kollektive Interessen und ist unabhängig von jeder Online-Plattform;

entfällt

Or. it

Änderungsantrag 544
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) sie vertritt kollektive Interessen und ist unabhängig von jeder Online-Plattform;

Geänderter Text

b) sie vertritt kollektive Interessen **zum Schutz der Rechte von Kindern** und ist unabhängig von jeder Online-Plattform;

Or. en

Änderungsantrag 545
Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) **sie übt ihre Tätigkeiten zur Übermittlung von Meldungen rechtzeitig, sorgfältig und in objektiver Weise aus.**

Geänderter Text

entfällt

Or. it

Änderungsantrag 546
Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) sie ist rechtlich getrennt und funktional unabhängig von der Regierung des Mitgliedstaats oder jeder anderen öffentlichen oder privaten Einrichtung;

Or. en

Änderungsantrag 547
Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Die Koordinatoren für digitale Dienste teilen der Kommission und dem Gremium die Namen, Anschriften und E-Mail-Adressen der Stellen mit, denen sie den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach Absatz 2 zuerkannt haben.

entfällt

Or. it

Änderungsantrag 548
Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Die Kommission veröffentlicht die in Absatz 3 genannten Angaben in einer öffentlich zugänglichen Datenbank und hält diese auf dem neuesten Stand.

entfällt

Or. it

Änderungsantrag 549
Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5) Hat eine Online-Plattform Informationen, aus denen hervorgeht, dass ein vertrauenswürdiger Hinweisgeber über die in Artikel 14

entfällt

genannten Mechanismen eine erhebliche Anzahl nicht hinreichend präziser oder unzureichend begründeter Meldungen übermittelt hat, was auch Informationen einschließt, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beschwerden über die in Artikel 17 Absatz 3 genannten internen Beschwerdemanagementsysteme erfasst wurden, so übermittelt sie dem Koordinator für digitale Dienste, der der betreffenden Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, diese Informationen zusammen mit den nötigen Erläuterungen und Nachweisen.

Or. it

Änderungsantrag 550
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Hat eine Online-Plattform Informationen, aus denen hervorgeht, dass ein vertrauenswürdiger Hinweisgeber über die in Artikel 14 genannten Mechanismen eine erhebliche Anzahl nicht hinreichend präziser **oder** unzureichend begründeter Meldungen übermittelt hat, was auch Informationen einschließt, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beschwerden über die in Artikel 17 Absatz 3 genannten internen Beschwerdemanagementsysteme erfasst wurden, so übermittelt sie dem Koordinator für digitale Dienste, der der betreffenden Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, diese Informationen zusammen mit den nötigen Erläuterungen und Nachweisen.

Geänderter Text

(5) Hat eine Online-Plattform Informationen, aus denen hervorgeht, dass ein vertrauenswürdiger Hinweisgeber über die in Artikel 14 genannten Mechanismen eine erhebliche Anzahl nicht hinreichend präziser, unzureichend begründeter **oder unrichtiger Meldungen oder Meldungen über legale Inhalte** übermittelt hat, was auch Informationen einschließt, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beschwerden über die in Artikel 17 Absatz 3 genannten internen Beschwerdemanagementsysteme erfasst wurden, so übermittelt sie dem Koordinator für digitale Dienste, der der betreffenden Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, diese Informationen zusammen mit den nötigen Erläuterungen und Nachweisen.

Or. en

Änderungsantrag 551

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Hat eine Online-Plattform Informationen, aus denen hervorgeht, dass ein vertrauenswürdiger Hinweisgeber über die in Artikel 14 genannten Mechanismen eine erhebliche Anzahl nicht hinreichend präziser oder unzureichend begründeter Meldungen übermittelt hat, was auch Informationen einschließt, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beschwerden über die in Artikel 17 Absatz 3 genannten internen Beschwerdemanagementsysteme erfasst wurden, so übermittelt sie dem Koordinator für digitale Dienste, der der betreffenden Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, diese Informationen zusammen mit den nötigen Erläuterungen und Nachweisen.

Geänderter Text

(5) Hat eine Online-Plattform Informationen, aus denen hervorgeht, dass ein vertrauenswürdiger Hinweisgeber über die in Artikel 14 genannten Mechanismen eine erhebliche Anzahl nicht hinreichend präziser oder unzureichend begründeter Meldungen ***oder Meldungen über legale Inhalte*** übermittelt hat, was auch Informationen einschließt, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beschwerden über die in Artikel 17 Absatz 3 genannten internen Beschwerdemanagementsysteme erfasst wurden, so übermittelt sie dem Koordinator für digitale Dienste, der der betreffenden Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, diese Informationen zusammen mit den nötigen Erläuterungen und Nachweisen.

Or. en

Änderungsantrag 552

Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) ***Der Koordinator für digitale Dienste, der einer Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, widerruft diesen Status, wenn er infolge einer Untersuchung, die er von Amts wegen oder aufgrund von Informationen durchführt, die er von***

Geänderter Text

entfällt

Dritten erhalten hat, auch der von einer Online-Plattform nach Absatz 5 vorgelegten Informationen, feststellt, dass die betreffende Stelle die in Absatz 2 genannten Bedingungen nicht mehr erfüllt. Bevor er diesen Status widerruft, gibt der Koordinator für digitale Dienste der Stelle Gelegenheit, sich zu den Ergebnissen seiner Untersuchung und zu dem beabsichtigten Widerruf des Status der Stelle als vertrauenswürdiger Hinweisgeber zu äußern.

Or. it

Änderungsantrag 553
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6) Der Koordinator für digitale Dienste, der einer Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, widerruft diesen Status, wenn er infolge einer Untersuchung, die er von Amts wegen oder aufgrund von Informationen durchführt, die er von Dritten erhalten hat, auch der von einer Online-Plattform nach Absatz 5 vorgelegten Informationen, feststellt, dass die betreffende Stelle die in Absatz 2 genannten Bedingungen nicht mehr erfüllt. Bevor er diesen Status widerruft, gibt der Koordinator für digitale Dienste der Stelle Gelegenheit, sich zu den Ergebnissen seiner Untersuchung und zu dem beabsichtigten Widerruf des Status der Stelle als vertrauenswürdiger Hinweisgeber zu äußern.

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Or. en

Änderungsantrag 554

Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 7

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7) Die Kommission kann nach Anhörung des Gremiums Leitlinien herausgeben, um die Online-Plattformen und die Koordinatoren für digitale Dienste bei der Anwendung der Absätze 5 und 6 zu unterstützen.

entfällt

Or. it

Änderungsantrag 555
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen setzen die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig und offensichtlich illegale Inhalte bereitstellen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung aus.

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 556
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen setzen die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig und offensichtlich illegale Inhalte bereitstellen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung aus.

entfällt

Änderungsantrag 557

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 20 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen setzen die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig und offensichtlich illegale Inhalte bereitstellen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung aus.

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen setzen die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig und offensichtlich illegale Inhalte bereitstellen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung aus, ***es sei denn, die betreffenden offensichtlich illegalen Inhalte waren auf unrechtmäßige Hinweise und Beschwerden zurückzuführen, wie unter Nummer 2 dieses Artikels beschrieben.***

Änderungsantrag 558

Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 20 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen setzen die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die ***häufig und offensichtlich*** illegale Inhalte bereitstellen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung aus.

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen setzen die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die ***in den vorausgehenden zwölf Monaten zwei oder mehr Anordnungen zum Vorgehen gegen*** illegale Inhalte ***erhalten haben***, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung aus.

Änderungsantrag 559

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Abir Al-Sahlani, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) **Online-Plattformen setzen** die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig und offensichtlich illegale Inhalte bereitstellen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung **aus**.

Geänderter Text

(1) **Hosting-Diensteanbieter können** die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die **über die Hostingdienste** häufig und offensichtlich illegale Inhalte bereitstellen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung **aussetzen**.

Or. en

Änderungsantrag 560
Nicola Procaccini

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen setzen die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig und offensichtlich illegale Inhalte bereitstellen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung aus.

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen setzen die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig und **gemäß Recht** offensichtlich illegale Inhalte bereitstellen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung aus.

Or. it

Änderungsantrag 561
Rob Rooker

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen setzen die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig und **offensichtlich** illegale Inhalte bereitstellen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung aus.

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen setzen die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig illegale Inhalte bereitstellen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung aus.

Änderungsantrag 562
Rob Rooker

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Online-Plattformen versagen Nutzern, die offensichtlich illegale Inhalte verbreiten, unverzüglich ihre Dienste. Sie nehmen die Dienstleistung wieder auf und entschädigen die Nutzer, wenn eine Justizbehörde die Rechtswidrigkeit der betreffenden Inhalte nicht feststellen konnte. Sie nehmen die Bereitstellung von Diensten für die Nutzer wieder auf, die nachweisen können, dass sie die illegalen Inhalte nicht verbreitet haben, insbesondere wenn sich herausstellt, dass ein Dritter unberechtigten Zugang zum Konto eines Nutzers erlangt hat.

Or. nl

Änderungsantrag 563
Maria Walsh

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Online-Plattformen setzen die Bearbeitung von Meldungen und Beschwerden, die über die in den Artikeln 14 und 17 genannten Melde- und Abhilfeverfahren bzw. interne Beschwerdemanagementsysteme von Personen oder Stellen oder von Beschwerdeführern eingehen, die häufig offensichtlich unbegründete Meldungen oder Beschwerden einreichen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger

entfällt

Warnung aus.

Or. en

Begründung

Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass Nutzer die Rechtmäßigkeit von Inhalten einschätzen können, und das ist auch nicht ihre Aufgabe. Negative Folgen eines Meldungsmissbrauchs ergeben sich aus der unrechtmäßigen und häufig automatisierten Beschwerdeabwicklung durch die Plattform und den Verzicht auf menschliche Aufsicht. Die Gefahr, aufgrund zu vieler ungerechtfertigter Meldungen aus den Meldeverfahren ausgeschlossen zu werden, betraf besonders Angehörige von Randgruppen, die ein anderes Verständnis von Diskriminierung haben, und Menschen mit geringen Rechtskenntnissen.

Änderungsantrag 564
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Online-Plattformen **setzten** die Bearbeitung von Meldungen und Beschwerden, die über die in den Artikeln 14 und 17 genannten Melde- und Abhilfeverfahren bzw. interne Beschwerdemanagementsysteme von Personen oder Stellen oder von Beschwerdeführern eingehen, die häufig offensichtlich unbegründete Meldungen oder Beschwerden einreichen, für einen **angemessenen** Zeitraum nach **vorheriger Warnung** aus.

Geänderter Text

(2) Online-Plattformen **setzen** die Bearbeitung von Meldungen und Beschwerden, die über die in den Artikeln 14 und 17 genannten Melde- und Abhilfeverfahren bzw. interne Beschwerdemanagementsysteme von Personen oder Stellen oder von Beschwerdeführern eingehen, die häufig offensichtlich unbegründete Meldungen oder Beschwerden einreichen, für einen **festgesetzten** Zeitraum nach **drei vorherigen Warnungen** aus.

Or. en

Änderungsantrag 565
Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Online-Plattformen **setzten** die

Geänderter Text

(2) Online-Plattformen **können** die

Bearbeitung von Meldungen und Beschwerden, die über die in den Artikeln 14 und 17 genannten Melde- und Abhilfeverfahren bzw. interne Beschwerdemanagementsysteme von Personen oder Stellen oder von Beschwerdeführern eingehen, die häufig offensichtlich unbegründete Meldungen oder Beschwerden einreichen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung *aus*.

Bearbeitung von Meldungen und Beschwerden, die über die in den Artikeln 14 und 17 genannten Melde- und Abhilfeverfahren bzw. interne Beschwerdemanagementsysteme von Personen oder Stellen oder von Beschwerdeführern eingehen, die häufig offensichtlich unbegründete Meldungen oder Beschwerden einreichen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung *aussetzen*.

Or. en

Änderungsantrag 566
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 3 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(3) Online-Plattformen bewerten von Fall zu Fall zeitnah, sorgfältig und in objektiver Weise, ob ein Nutzer, eine Person, eine Einrichtung oder ein Beschwerdeführer an einem in *den Absätzen 1 und 2* genannten Missbrauch beteiligt ist, wobei sie alle einschlägigen Tatsachen und Umstände berücksichtigen, die aus den der Online-Plattform vorliegenden Informationen ersichtlich sind. Zu solchen Umständen gehören zumindest:

Geänderter Text

(3) Online-Plattformen bewerten von Fall zu Fall zeitnah, sorgfältig und in objektiver Weise, ob ein Nutzer, eine Person, eine Einrichtung oder ein Beschwerdeführer an einem in *Absatz 2* genannten Missbrauch beteiligt ist, wobei sie alle einschlägigen Tatsachen und Umstände berücksichtigen, die aus den der Online-Plattform vorliegenden Informationen ersichtlich sind. Zu solchen Umständen gehören zumindest:

Or. en

Änderungsantrag 567
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 3 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(3) Online-Plattformen bewerten von

Geänderter Text

(3) Online-Plattformen bewerten von

Fall zu Fall zeitnah, sorgfältig und in objektiver Weise, ob ein Nutzer, eine Person, eine Einrichtung oder ein Beschwerdeführer an einem in **den Absätzen 1 und 2** genannten Missbrauch beteiligt ist, wobei sie alle einschlägigen Tatsachen und Umstände berücksichtigen, die aus den der Online-Plattform vorliegenden Informationen ersichtlich sind. Zu solchen Umständen gehören zumindest:

Fall zu Fall zeitnah, sorgfältig und in objektiver Weise, ob ein Nutzer, eine Person, eine Einrichtung oder ein Beschwerdeführer an einem in **Absatz 2** genannten Missbrauch beteiligt ist, wobei sie alle einschlägigen Tatsachen und Umstände berücksichtigen, die aus den der Online-Plattform vorliegenden Informationen ersichtlich sind. Zu solchen Umständen gehören zumindest:

Or. en

Änderungsantrag 568
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 3 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die absolute Anzahl der offensichtlich illegalen Inhalte oder der offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden, die im vergangenen Jahr bereitgestellt bzw. eingereicht wurden;

Geänderter Text

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Or. en

Änderungsantrag 569
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 3 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die absolute Anzahl der **offensichtlich illegalen Inhalte oder** der offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden, die im vergangenen Jahr bereitgestellt bzw. eingereicht wurden;

Geänderter Text

a) die absolute Anzahl der **Dienstaussetzungen und** der offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden, die im vergangenen Jahr bereitgestellt bzw. eingereicht wurden;

Or. en

Änderungsantrag 570

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 20 – Absatz 3 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die absolute Anzahl der **offensichtlich illegalen Inhalte oder der** offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden, die im vergangenen Jahr bereitgestellt bzw. eingereicht wurden;

Geänderter Text

a) die absolute Anzahl der offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden, die im vergangenen Jahr bereitgestellt bzw. eingereicht wurden;

Or. en

Änderungsantrag 571

Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 20 – Absatz 3 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) **deren relativer** Anteil an der Gesamtzahl der im Vorjahr **bereitgestellten Einzelinformationen oder im Vorjahr** gemachten Meldungen;

Geänderter Text

b) **der relative** Anteil **offensichtlich unbegründeter Meldungen oder Beschwerden** an der Gesamtzahl der im Vorjahr gemachten Meldungen, **nach Mitgliedstaaten aufgeschlüsselt**;

Or. en

Änderungsantrag 572

Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 20 – Absatz 3 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) die von dem Nutzer, der Person, der Einrichtung oder dem Beschwerdeführer verfolgten Absichten.

Geänderter Text

d) **sofern feststellbar**, die von dem Nutzer, der Person, der Einrichtung oder dem Beschwerdeführer verfolgten Absichten.

Änderungsantrag 573

Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 20 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Online-Plattformen legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen **klar und ausführlich** ihre Regeln für den Umgang mit dem in den Absätzen 1 und 2 genannten Missbrauch dar, auch bezüglich der Tatsachen und Umstände, die sie bei der Beurteilung, ob ein bestimmtes Verhalten einen Missbrauch darstellt, berücksichtigen, und der Dauer der Aussetzung.

Geänderter Text

(4) Online-Plattformen legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen ihre Regeln für den Umgang mit dem in den Absätzen 1 und 2 genannten Missbrauch **in benutzerfreundlicher Sprache** dar, auch bezüglich der Tatsachen und Umstände, die sie bei der Beurteilung, ob ein bestimmtes Verhalten einen Missbrauch darstellt, berücksichtigen, und der Dauer der Aussetzung.

Or. en

Änderungsantrag 574

Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 20 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Online-Plattformen legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen klar und ausführlich ihre Regeln für den Umgang mit dem in **den Absätzen 1 und 2** genannten Missbrauch dar, auch bezüglich der Tatsachen und Umstände, die sie bei der Beurteilung, ob ein bestimmtes Verhalten einen Missbrauch darstellt, berücksichtigen, und der Dauer der Aussetzung.

Geänderter Text

(4) Online-Plattformen legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen klar und ausführlich ihre Regeln für den Umgang mit dem in **Absatz 2** genannten Missbrauch dar, auch bezüglich der Tatsachen und Umstände, die sie bei der Beurteilung, ob ein bestimmtes Verhalten einen Missbrauch darstellt, berücksichtigen, und der Dauer der Aussetzung.

Or. en

Änderungsantrag 575
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Online-Plattformen legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen klar und ausführlich ihre Regeln für den Umgang mit dem in **den Absätzen 1 und 2** genannten Missbrauch dar, auch bezüglich der Tatsachen und Umstände, die sie bei der Beurteilung, ob ein bestimmtes Verhalten einen Missbrauch darstellt, berücksichtigen, und der Dauer der Aussetzung.

Geänderter Text

(4) Online-Plattformen legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen klar und ausführlich ihre Regeln für den Umgang mit dem in **Absatz 2** genannten Missbrauch dar, auch bezüglich der Tatsachen und Umstände, die sie bei der Beurteilung, ob ein bestimmtes Verhalten einen Missbrauch darstellt, berücksichtigen, und der Dauer der Aussetzung.

Or. en

Änderungsantrag 576
Nathalie Colin-Oesterlé, Geoffroy Didier

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 21 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Artikel 21 Meldung des Verdachts auf Straftaten

Geänderter Text

Artikel 21 **15c.** Meldung des Verdachts auf Straftaten

Or. en

Änderungsantrag 577
Nathalie Colin-Oesterlé, Geoffroy Didier

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 21 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Erhält **eine Online-Plattform** Kenntnis von Informationen, die den Verdacht begründen, dass eine schwere Straftat, die eine Gefahr für das Leben oder

Geänderter Text

(1) Erhält **ein Hosting-Diensteanbieter** Kenntnis von Informationen, die den Verdacht begründen, dass eine schwere Straftat, die eine Gefahr für das Leben oder

die Sicherheit von Personen darstellt, begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte, so teilt sie ihren Verdacht unverzüglich den Strafverfolgungs- oder Justizbehörden des betreffenden Mitgliedstaats oder der betreffenden Mitgliedstaaten mit und stellt alle vorliegenden einschlägigen Informationen zur Verfügung.

die Sicherheit von Personen darstellt, begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte, so teilt sie ihren Verdacht unverzüglich den Strafverfolgungs- oder Justizbehörden des betreffenden Mitgliedstaats oder der betreffenden Mitgliedstaaten mit und stellt alle vorliegenden einschlägigen Informationen zur Verfügung.

Or. en

Änderungsantrag 578

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 21 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Erhält eine Online-Plattform Kenntnis von Informationen, die den Verdacht begründen, dass eine schwere Straftat, die eine Gefahr für das Leben oder die Sicherheit von Personen darstellt, begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte, so teilt sie ihren Verdacht unverzüglich den Strafverfolgungs- oder Justizbehörden des betreffenden Mitgliedstaats oder der betreffenden Mitgliedstaaten mit und stellt alle vorliegenden einschlägigen Informationen zur Verfügung.

Geänderter Text

(1) Erhält eine Online-Plattform Kenntnis von Informationen, die den Verdacht begründen, dass eine schwere Straftat, die eine Gefahr für das Leben oder die Sicherheit von Personen darstellt, begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte, so **entfernt sie den betreffenden Inhalt, sperrt den Zugang dazu und** teilt ihren Verdacht unverzüglich den Strafverfolgungs- oder Justizbehörden des betreffenden Mitgliedstaats oder der betreffenden Mitgliedstaaten mit und stellt alle vorliegenden einschlägigen Informationen zur Verfügung.

Or. en

Änderungsantrag 579

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 21 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Erhält eine Online-Plattform Kenntnis von Informationen, die den Verdacht begründen, dass eine schwere Straftat, die eine Gefahr für das Leben **oder die Sicherheit von Personen darstellt, begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte**, so teilt sie ihren Verdacht unverzüglich den Strafverfolgungs- oder Justizbehörden des betreffenden Mitgliedstaats oder der betreffenden Mitgliedstaaten mit und stellt alle vorliegenden einschlägigen Informationen zur Verfügung.

(1) Erhält eine Online-Plattform Kenntnis von Informationen, die den Verdacht begründen, dass eine schwere Straftat, die eine Gefahr für das Leben **einer Person darstellt, unmittelbar droht**, so teilt sie ihren Verdacht unverzüglich den Strafverfolgungs- oder Justizbehörden des betreffenden Mitgliedstaats oder der betreffenden Mitgliedstaaten mit und stellt alle vorliegenden einschlägigen Informationen zur Verfügung.

Or. en

Änderungsantrag 580 Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 21 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Erhält eine Online-Plattform Kenntnis von Informationen, die den Verdacht begründen, dass eine schwere Straftat, die eine Gefahr für das Leben oder die Sicherheit von Personen darstellt, **begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte**, so teilt sie ihren Verdacht unverzüglich den Strafverfolgungs- oder Justizbehörden des betreffenden Mitgliedstaats oder der betreffenden Mitgliedstaaten mit und stellt **alle vorliegenden einschlägigen** Informationen zur Verfügung.

Geänderter Text

(1) Erhält eine Online-Plattform Kenntnis von Informationen, die den Verdacht begründen, dass eine schwere Straftat, die eine Gefahr für das Leben oder die Sicherheit von Personen darstellt, **unmittelbar droht**, so teilt sie ihren **begründeten** Verdacht unverzüglich den Strafverfolgungs- oder Justizbehörden des betreffenden Mitgliedstaats oder der betreffenden Mitgliedstaaten mit und stellt **die Informationen, die den Verdacht begründen**, zur Verfügung.

Or. en

Änderungsantrag 581 Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 21 – Absatz 1

(1) Erhält eine Online-Plattform Kenntnis von Informationen, die den Verdacht begründen, dass eine schwere Straftat, die eine Gefahr für das Leben oder die Sicherheit von Personen darstellt, begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte, so teilt sie ihren Verdacht unverzüglich den Strafverfolgungs- oder Justizbehörden des betreffenden Mitgliedstaats oder der betreffenden Mitgliedstaaten mit und stellt **alle** vorliegenden einschlägigen Informationen zur Verfügung.

(1) Erhält eine Online-Plattform Kenntnis von Informationen, die den Verdacht begründen, dass eine schwere Straftat, die eine Gefahr für das Leben oder die Sicherheit von Personen darstellt, begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte, so teilt sie ihren Verdacht unverzüglich den Strafverfolgungs- oder Justizbehörden des betreffenden Mitgliedstaats oder der betreffenden Mitgliedstaaten mit und stellt **die** vorliegenden einschlägigen Informationen zur Verfügung.

Or. en

Begründung

Dieser Artikel birgt die Gefahr, die Privatsphäre von Personen mit Blick auf ihre digitale Kommunikation, das Recht auf Unschuldsvermutung und die Schutzvorkehrungen des EU-Strafrechts zu untergraben. Unternehmen erhalten Anreize für übermäßige Meldungen, um selbst dem Haftungsrisiko zu entgehen, wodurch die Strafverfolgung möglicherweise mit erheblichen Mengen nutzloser und ablenkender Daten überfrachtet wird und gleichzeitig die Grundrechte von Internetnutzern ernsthaft gefährdet werden. In aller Wahrscheinlichkeit wirkt sich dies unverhältnismäßig stark auf Personengruppen aus, die sowieso schon ausgegrenzt und gefährdet sind, und auf Einzelpersonen, die in der Gesellschaft bereits von Stigmatisierung und Diskriminierung betroffen sind.

Änderungsantrag 582

Nathalie Colin-Oesterlé, Geoffroy Didier

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 21 – Absatz 2 – Einleitung

(2) Kann **die Online-Plattform** den betreffenden Mitgliedstaat nicht mit hinreichender Gewissheit ermitteln, so unterrichtet **sie** die Strafverfolgungsbehörden des Mitgliedstaats, in dem **sie** niedergelassen ist oder **ihren** Rechtsvertreter hat, oder Europol.

(2) Kann **der Hosting-Diensteanbieter** den betreffenden Mitgliedstaat nicht mit hinreichender Gewissheit ermitteln, so unterrichtet **er** die Strafverfolgungsbehörden des Mitgliedstaats, in dem **er** niedergelassen ist oder **seinen** Rechtsvertreter hat, oder Europol.

Or. en

Änderungsantrag 583

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 21 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Kann die Online-Plattform den betreffenden Mitgliedstaat nicht mit hinreichender Gewissheit ermitteln, so unterrichtet sie die Strafverfolgungsbehörden des Mitgliedstaats, in dem sie niedergelassen ist oder ihren Rechtsvertreter hat, **oder Europol**.

Geänderter Text

(2) Kann die Online-Plattform den betreffenden Mitgliedstaat nicht mit hinreichender Gewissheit ermitteln, so unterrichtet sie die Strafverfolgungsbehörden des Mitgliedstaats, in dem sie niedergelassen ist oder ihren Rechtsvertreter hat.

Or. en

Änderungsantrag 584

Nathalie Colin-Oesterlé, Geoffroy Didier

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 21 – Absatz 2 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Für die Zwecke dieses Artikels gilt als betreffender Mitgliedstaat der Mitgliedstaat, in dem die Straftat begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte, oder der Mitgliedstaat, in dem der Verdächtige seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat, oder der Mitgliedstaat, in dem das Opfer seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat.

Geänderter Text

Für die Zwecke dieses Artikels gilt als betreffender Mitgliedstaat der Mitgliedstaat, in dem die Straftat begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte, oder der Mitgliedstaat, in dem der Verdächtige seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat, oder der Mitgliedstaat, in dem das Opfer seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat.

Für die Zwecke dieses Artikels macht jeder Mitgliedstaat der Kommission und dem Rat die Liste seiner zuständigen Strafverfolgungs- oder Justizbehörden bekannt.

Or. en

Änderungsantrag 585
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 21 – Absatz 2 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Für die Zwecke dieses Artikels gilt als betreffender Mitgliedstaat der Mitgliedstaat, in dem die Straftat **begangen wurde**, begangen wird oder begangen werden könnte, oder der Mitgliedstaat, in dem **der Verdächtige** seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat, oder der Mitgliedstaat, in dem **das** Opfer seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat.

Geänderter Text

Für die Zwecke dieses Artikels gilt als betreffender Mitgliedstaat der Mitgliedstaat, in dem die Straftat begangen wird oder begangen werden könnte, oder der Mitgliedstaat, in dem **ein Verdächtiger** seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat, oder der Mitgliedstaat, in dem **ein** Opfer seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat.

Or. en

Änderungsantrag 586
Rob Rooker

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 21 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 21a

Entschädigung für fälschliches Entfernen von Inhalten

Online-Plattformen entschädigen Nutzer für die unrechtmäßige Beendigung der Dienstleistung gemäß Artikel 20 Absatz 1 oder 2. Eine Online-Plattform ist verpflichtet, eine Mindestentschädigung für die Beendigung der Dienstleistung gemäß Artikel 20 Absatz 1 zu zahlen, die sich auf 1 000 EUR beläuft, wenn der Nutzer eine natürliche Person ist, und auf 2 500 EUR, pro Tag, wenn der Nutzer ein Unternehmen ist. Das Recht des Nutzers, den Ersatz des tatsächlichen Schadens zu verlangen, bleibt hiervon unberührt. Eine Online-Plattform ist verpflichtet, eine Mindestentschädigung von 5 000 EUR für die Beendigung der Dienstleistung

gemäß Artikel 20 Absatz 2 zu zahlen.

Or. nl

Änderungsantrag 587

Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Ermöglicht eine Online-Plattform Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern, so stellt sie sicher, dass Unternehmer ihre Dienste nur dann benutzen können, um bei Verbrauchern in der Union für ihre Produkte oder Dienstleistungen zu werben und ihnen diese anzubieten, wenn die Online-Plattform vor der Benutzung ihrer Dienste folgende Informationen erhalten hat:

Geänderter Text

(1) Ermöglicht eine Online-Plattform Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit **gewerblichen** Unternehmern, so stellt sie sicher, dass Unternehmer ihre Dienste nur dann benutzen können, um bei Verbrauchern in der Union für ihre Produkte oder Dienstleistungen zu werben und ihnen diese anzubieten, wenn die Online-Plattform vor der Benutzung ihrer Dienste folgende Informationen erhalten hat:

Or. en

Änderungsantrag 588

Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) **Kopie des Identitätsdokuments des Unternehmers oder eine andere elektronische Identifizierung im Sinne des Artikels 3 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates⁵⁰,**

Geänderter Text

b) **Anzahl der Aussetzungen nach Artikel 20, wobei zwischen Aussetzungen wegen mehrerer Handlungsanordnungen, wegen der Übermittlung offensichtlich unbegründeter Meldungen und wegen der Einreichung offensichtlich unbegründeter Beschwerden zu unterscheiden ist,**

⁵⁰ Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates

vom 23. Juli 2014 über elektronische
Identifizierung und Vertrauensdienste für
elektronische Transaktionen im
Binnenmarkt und zur Aufhebung der
Richtlinie 1999/93/EG.

Or. en

Änderungsantrag 589
Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 22 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**c) Bankverbindung des
Unternehmers, wenn es sich bei dem
Unternehmer um eine natürliche Person
handelt,**

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 590
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 23 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**b) Anzahl der Aussetzungen nach
Artikel 20, wobei zwischen Aussetzungen
wegen offensichtlich illegaler Inhalte,
wegen Übermittlung offensichtlich
unbegründeter Meldungen und wegen
Einreichung offensichtlich unbegründeter
Beschwerden zu unterscheiden ist;**

**b) Anzahl der Aussetzungen nach
Artikel 20, wobei zwischen Aussetzungen
wegen Übermittlung offensichtlich
unbegründeter Meldungen und wegen
Einreichung offensichtlich unbegründeter
Beschwerden zu unterscheiden ist;**

Or. en

Änderungsantrag 591
**Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Olivier Chastel, Hilde Vautmans, Maite
Pagazaurtundúa**

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 23 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Anzahl der Aussetzungen nach Artikel 20, wobei zwischen Aussetzungen wegen offensichtlich illegaler Inhalte, wegen Übermittlung offensichtlich unbegründeter Meldungen und wegen Einreichung offensichtlich unbegründeter Beschwerden zu unterscheiden ist;

Geänderter Text

b) Anzahl der Aussetzungen nach Artikel 20, wobei zwischen Aussetzungen wegen offensichtlich illegaler Inhalte, wegen Übermittlung offensichtlich unbegründeter Meldungen und wegen Einreichung offensichtlich unbegründeter Beschwerden ***klar*** zu unterscheiden ist;

Or. en

Änderungsantrag 592
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 23 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) etwaige Verwendung automatisierter Mittel zur Moderation von Inhalten, mit Angabe der genauen Zwecke, mit Indikatoren für die Genauigkeit der automatisierten Mittel bei der Erfüllung dieser Zwecke und mit angewandten Schutzvorkehrungen.

Geänderter Text

c) etwaige Verwendung automatisierter Mittel zur Moderation von Inhalten, mit Angabe der genauen Zwecke, mit Indikatoren für die Genauigkeit der automatisierten Mittel bei der Erfüllung dieser Zwecke und mit angewandten Schutzvorkehrungen, ***einschließlich menschlicher Überprüfung. Dazu zählen auch aussagekräftige Informationen über das angewandte Verfahren, die verwendete Technologie und die Kriterien und Gründe, auf denen die Entscheidungen beruhen, sowie die der automatisierten Entscheidungsfindung zugrunde liegende Logik.***

Or. en

Änderungsantrag 593
Sylvie Guillaume

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 23 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 23a

Transparenz in Bezug auf Änderungen an Algorithmen

(1) Die Anbieter von Online-Diensten sind in Bezug auf Änderungen an ihren Referenzierungs- und Empfehlungsregeln – auch wenn diese nur experimentell umgesetzt werden – transparent und unterrichten die Regulierungsbehörden, ihre Nutzer und die Urheber der referenzierten Inhalte über die Änderungen, sodass sie für alle, die von ihnen betroffen sind, absehbar sind.

(2) Nutzer können die Regulierungsbehörde anrufen und sie dazu auffordern, sich zu den negativen Auswirkungen von Änderungen der Referenzierungs- und Empfehlungsregeln zu äußern, damit diese von der Plattform eine Behebung dieser Auswirkungen verlangen kann.

Or. fr

Änderungsantrag 594
Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Titel

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Transparenz der Online-Werbung

Transparenz **und Kontrolle** der Online-Werbung

Or. en

Änderungsantrag 595
Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 24 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, gewährleisten, dass die Nutzer für jede einzelne Werbung, die jedem einzelnen **Nutzer** angezeigt wird, in klarer und eindeutiger Weise und in Echtzeit Folgendes sehen können:

Geänderter Text

Online-Plattformen, die ***direkt oder indirekt*** Werbung auf ihren Online-Schnittstellen ***oder Teilen davon*** anzeigen, gewährleisten, dass die Nutzer für jede einzelne Werbung, die jedem einzelnen ***Verbraucher*** angezeigt wird, in klarer, ***prägnanter aber sinnvoller, einheitlicher*** und eindeutiger Weise und in Echtzeit Folgendes sehen können:

Or. en

Änderungsantrag 596

Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) dass es sich bei den angezeigten Informationen um Werbung handelt,

Geänderter Text

a) dass es sich bei den angezeigten Informationen um Werbung handelt ***und ob die Werbung das Ergebnis eines automatisierten Mechanismus, z. B. eines Ad-Exchange-Mechanismus, ist,***

Or. en

Änderungsantrag 597

Anna Júlia Donáth, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) dass es sich bei den angezeigten Informationen um Werbung handelt,

Geänderter Text

a) dass es sich bei ***den auf der Schnittstelle oder Teilen davon*** angezeigten Informationen um eine ***Online-Werbung*** handelt, ***auch durch auffällige und einheitliche Kennzeichnung,***

Änderungsantrag 598
Anna Júlia Donáth, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird,

Geänderter Text

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird, **und die natürliche oder juristische Person, die die Werbung finanziert,**

Or. en

Änderungsantrag 599
Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird,

Geänderter Text

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird **und die die Werbung direkt oder indirekt finanziert,**

Or. en

Änderungsantrag 600
Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(ba) ob die Werbung sich auf eine Form der Zielgruppenausrichtung stützt, und

Änderungsantrag 601

Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) aussagekräftige Informationen über die wichtigsten Parameter zur **Bestimmung der Nutzer, denen** die Werbung angezeigt wird.

Geänderter Text

c) aussagekräftige, **granulare und spezifische** Informationen über die wichtigsten Parameter zur **Zielgruppenausrichtung und Anzeige der Werbung, mit deren Hilfe Verbraucher bestimmen können, warum und wie ihnen die betreffende Werbung** angezeigt wird. **Diese Informationen umfassen Datenkategorien, die für gezielte Formen der Werbung verwendet werden, um Verbraucher anzusprechen und zu kategorisieren, sowie die Daten, die Plattformen mit Werbetreibenden zu Zwecken des gezielten Werbens teilen.**

Or. en

Änderungsantrag 602

Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) aussagekräftige Informationen über die wichtigsten Parameter zur Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird.

Geänderter Text

c) **klare, aussagekräftige und einheitliche** Informationen über die wichtigsten Parameter zur Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird, **und über die zugrunde liegende Logik.**

Or. en

Änderungsantrag 603

Anna Júlia Donáth, Fabienne Keller

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe c**

Vorschlag der Kommission

c) aussagekräftige Informationen über die **wichtigsten** Parameter zur Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird.

Geänderter Text

c) **klare**, aussagekräftige **und einheitliche** Informationen über die Parameter zur Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird.

Or. en

**Änderungsantrag 604
Beata Kempa, Patryk Jaki**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe c**

Vorschlag der Kommission

c) aussagekräftige Informationen über **die wichtigsten** Parameter zur Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird.

Geänderter Text

c) aussagekräftige Informationen über **alle** Parameter zur Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird.

Or. en

**Änderungsantrag 605
Anna Júlia Donáth**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) ob die Anzeige mithilfe eines automatisierten Werkzeugs angezeigt wurde, und die Identität der für dieses Werkzeug verantwortlichen Person.

Or. en

Änderungsantrag 606
Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**ca) die Vergütung durch den
Werbetreibenden.**

Or. en

Änderungsantrag 607
Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Die Online-Plattform gestaltet und organisiert ihre Online-Schnittstelle so, dass die Nutzer ihre Rechte bezüglich der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten für jede einzelne Werbung, die ihnen auf der Plattform angezeigt wird, nach geltendem Unionsrecht leicht und effizient ausüben können, insbesondere:

a) Widerruf der Einwilligung in die oder Widerspruch gegen die Datenverarbeitung,

b) Auskunft über die sie betreffenden personenbezogenen Daten,

c) Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten,

d) unverzügliche Löschung personenbezogener Daten.

Wenn ein Nutzer eines dieser Rechte geltend macht, muss die Online-Plattform gemäß Artikel 19 der Verordnung (EU) 2016/679 alle Parteien, denen die unter den Buchstaben a bis d aufgeführten personenbezogenen Daten offengelegt wurden, darüber in Kenntnis setzen.

Änderungsantrag 608
Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***Die Kommission erlässt einen
Durchführungsrechtsakt zur Festlegung
der harmonisierten Vorgaben für die
Kennzeichnung gemäß Absatz 1
Buchstabe a dieses Artikels.***

Änderungsantrag 609
Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***(3) Wenn ein Nutzer eines der in Absatz 2
Buchstabe a, c oder d genannten Rechte
geltend macht, muss die Online-Plattform
die Anzeige von Werbungen umgehend
einstellen, für die die betreffenden
personenbezogenen Daten oder
Parameter, die auf diesen Daten beruhen,
verwendet werden.***

Änderungsantrag 610
Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die Anbieter von Vermittlungsdiensten müssen die natürliche oder juristische Person, in deren Auftrag die Werbung angezeigt wird, darüber informieren, wo die Werbung angezeigt wurde.

Or. en

Änderungsantrag 611
Anna Júlia Donáth, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 24a

**Zustimmung der Nutzer zu
Werbemethoden**

- (1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten Nutzer nicht standardmäßig zum Subjekt gezielter, mikrogezielter und verhaltensbezogener Werbung machen, es sei denn, der Nutzer hat eine freiwillig gegebene, spezifische, informierte und eindeutige Einwilligung erteilt. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten stellen sicher, dass die Nutzer problemlos eine informierte Entscheidung treffen können, wenn sie ihre Einwilligung geben, indem sie ihnen aussagekräftige Informationen zur Verfügung stellen, auch Informationen über den Wert der Gewährung des Zugangs zu ihren Daten und über deren Verwendung.**
- (2) Wenn sie Nutzer, die als schutzbedürftige Verbraucher gelten, um ihre Einwilligung bitten, ergreifen die Anbieter von Vermittlungsdiensten alle erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass diese Verbraucher ausreichende und sachdienliche Informationen erhalten haben, bevor sie ihre Einwilligung geben.**
- (3) Bei der Verarbeitung von Daten für**

zielgerichtete, mikrogezielte und verhaltensbezogene Werbung müssen Online-Vermittler das einschlägige Unionsrecht einhalten und dürfen keine Aktivitäten durchführen, die zu einer durchdringenden Nachverfolgung führen können, wie z. B. eine unverhältnismäßige Kombination der von Plattformen gesammelten Daten oder eine unverhältnismäßige Verarbeitung besonderer Datenkategorien, die zur Ausnutzung von Schwachstellen verwendet werden könnten.

(4) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten müssen ihre Online-Schnittstelle so gestalten, dass die Nutzer, insbesondere diejenigen, die als schutzbedürftige Verbraucher gelten, leicht und effizient auf die Werbeparameter zugreifen und diese ändern können. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten müssen die Nutzung von Werbeparametern durch die Nutzer regelmäßig überwachen und sich nach besten Kräften bemühen, sie besser über die Möglichkeit zur Änderung dieser Parameter zu informieren.

Or. en

Änderungsantrag 612
Beata Kempa, Patryk Jaki

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 24a

(2) Online-Plattformen dürfen nur personalisierte Werbung zeigen, die sich auf Daten stützt, die ihnen ausdrücklich bereitgestellt oder von den Nutzern mitgeteilt wurden, und unter der Voraussetzung, dass die Nutzer ihre Einwilligung zur Verwendung dieser Daten für personalisierte Werbung erteilt

haben.

Or. en

Änderungsantrag 613
Beata Kempa, Patryk Jaki

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 24b

(3) Online-Plattformen, die für die Anzeige von Werbung Algorithmen verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen einschlägige Informationen über die Funktionsweise dieser Algorithmen dar, darunter auch die wichtigsten Kategorien und Quellen der Eingabedaten.

Or. en

Änderungsantrag 614
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 25 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Dieser Abschnitt gilt für Online-Plattformen, die ihre Dienste für aktive Nutzer in der Union erbringen, deren durchschnittliche monatliche Zahl sich auf mindestens **45** Mio. Personen beläuft, berechnet nach der Methode, die in den in Absatz 3 genannten delegierten Rechtsakten festgelegt wird.

(1) Dieser Abschnitt gilt für Online-Plattformen, die ihre Dienste für aktive Nutzer in der Union erbringen, deren durchschnittliche monatliche Zahl sich auf mindestens **4,5** Mio. Personen beläuft, berechnet nach der Methode, die in den in Absatz 3 genannten delegierten Rechtsakten festgelegt wird.

Or. en

Änderungsantrag 615

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 25 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Kommission erlässt delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 69, um die Zahl der in Absatz 1 genannten durchschnittlichen monatlichen Nutzer in der Union anzupassen, falls die Bevölkerung der Union gegenüber ihrer Bevölkerung im Jahr 2020 oder – nach einer Anpassung durch einen delegierten Rechtsakt – gegenüber ihrer Bevölkerung in dem Jahr, in dem der letzte delegierte Rechtsakt erlassen wurde, um mindestens 5 % zu- oder abnimmt. In diesem Fall passt sie die Zahl so an, dass sie **10** % der Bevölkerung der Union in dem Jahr entspricht, in dem sie den delegierten Rechtsakt erlässt, und zwar so auf- oder abgerundet, dass die Zahl in Millionen ausgedrückt werden kann.

Geänderter Text

(2) Die Kommission erlässt delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 69, um die Zahl der in Absatz 1 genannten durchschnittlichen monatlichen Nutzer in der Union anzupassen, falls die Bevölkerung der Union gegenüber ihrer Bevölkerung im Jahr 2020 oder – nach einer Anpassung durch einen delegierten Rechtsakt – gegenüber ihrer Bevölkerung in dem Jahr, in dem der letzte delegierte Rechtsakt erlassen wurde, um mindestens 5 % zu- oder abnimmt. In diesem Fall passt sie die Zahl so an, dass sie **1** % der Bevölkerung der Union in dem Jahr entspricht, in dem sie den delegierten Rechtsakt erlässt, und zwar so auf- oder abgerundet, dass die Zahl in Millionen ausgedrückt werden kann.

Or. en

Änderungsantrag 616
Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 25 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Die Kommission erlässt – nach Anhörung des Gremiums – delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 69, um für die Zwecke des Absatzes 1 eine besondere Methode zur Berechnung der durchschnittlichen monatlichen Zahl der aktiven Nutzer in der Union festzulegen. In der Methode wird insbesondere festgelegt, wie die Bevölkerung der Union bestimmt wird und anhand welcher Kriterien die durchschnittliche monatliche Zahl der aktiven Nutzer in der Union unter

Geänderter Text

(3) Die Kommission erlässt – nach Anhörung des Gremiums – delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 69, um für die Zwecke des Absatzes 1 eine besondere Methode zur Berechnung der durchschnittlichen monatlichen Zahl der aktiven Nutzer in der Union **und von neu entstehenden sehr großen Online-Plattformen** festzulegen. In der Methode wird insbesondere festgelegt, wie die Bevölkerung der Union bestimmt wird und anhand welcher Kriterien die

Berücksichtigung unterschiedlicher
Barrierefreiheitsmerkmale ermittelt wird.

durchschnittliche monatliche Zahl der
aktiven Nutzer in der Union unter
Berücksichtigung unterschiedlicher
Barrierefreiheitsmerkmale ermittelt wird.

Or. en

Änderungsantrag 617
Sylvie Guillaume

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 25 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 25a

Pflicht zur Neutralität

***Sehr große Online-Plattformen
unterliegen einer Pflicht zur politischen,
ideologischen und religiösen Neutralität
und dürfen keine Meinungen,
Vorstellungen oder politischen Parteien
unterstützen.***

Or. fr

Änderungsantrag 618
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 26

entfällt

Risikobewertung

***(1) Sehr große Online-Plattformen
ermitteln, analysieren und bewerten ab
dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2
genannten Anwendungsbeginn und
danach mindestens einmal jährlich alle
erheblichen systemischen Risiken, die
sich aus dem Betrieb und der Nutzung
ihrer Dienste in der Union ergeben. Diese***

Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

a) Verbreitung illegaler Inhalte über ihre Dienste;

b) etwaige nachteilige Auswirkungen auf die Ausübung der Grundrechte auf Achtung des Privat- und Familienlebens, auf die Meinungs- und Informationsfreiheit, auf das Diskriminierungsverbot und auf die Rechte des Kindes, die in den Artikeln 7, 11, 21 und 24 der Charta verankert sind;

c) vorsätzliche Manipulationen ihres Dienstes, auch durch unauthentische Nutzung oder automatisierte Ausnutzung des Dienstes, mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf den Schutz der öffentlichen Gesundheit, auf Minderjährige und auf die gesellschaftliche Debatte oder tatsächlichen oder vorhersehbaren Auswirkungen auf Wahlprozesse und die öffentliche Sicherheit.

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung berücksichtigen sehr große Online-Plattformen insbesondere, wie ihre Systeme zur Moderation von Inhalten, ihre Empfehlungssysteme und ihre Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung die in Absatz 1 genannten systemischen Risiken beeinflussen, sowie die Möglichkeit der raschen und weiten Verbreitung von illegalen Inhalten und von Informationen, die mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen unvereinbar sind.

Or. en

Änderungsantrag 619
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 1 – Einleitung

(1) Sehr große Online-Plattformen ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn **und danach mindestens einmal jährlich alle erheblichen** systemischen Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben. Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

(1) Sehr große Online-Plattformen ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn **fortlaufend die Wahrscheinlichkeit und Schwere aller** systemischen Risiken, die sich aus **der Gestaltung**, dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben, **drunter auch unverhältnismäßige systemische Risiken auf mitgliedstaatlicher Ebene**. Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

Or. en

Änderungsantrag 620

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Ondřej Kovařík, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Einleitung

(1) Sehr große Online-Plattformen ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn und danach mindestens einmal jährlich alle erheblichen systemischen Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben. Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

(1) Sehr große Online-Plattformen ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn und danach mindestens einmal jährlich **sowie immer vor der Einführung neuer Dienste** alle erheblichen systemischen Risiken, die sich aus **der Gestaltung**, dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben. Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

Or. en

Änderungsantrag 621

Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen **ermitteln, analysieren und bewerten** ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn und danach mindestens einmal jährlich alle erheblichen systemischen Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben. Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen **streben danach**, ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn und danach mindestens einmal jährlich alle erheblichen systemischen Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben, **effektiv und sorgfältig zu ermitteln und zu analysieren und objektiv zu bewerten**. Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

Or. en

Änderungsantrag 622
Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn **und danach mindestens einmal jährlich alle** erheblichen systemischen Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben. Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn **fortlaufend die Wahrscheinlichkeit und Schwere aller** erheblichen systemischen Risiken, die sich aus **der Gestaltung**, dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben. Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

Or. en

Änderungsantrag 623
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn **und danach mindestens einmal jährlich alle** erheblichen systemischen Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben. Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn **fortlaufend die Wahrscheinlichkeit und Schwere aller** erheblichen systemischen Risiken, die sich aus **der Gestaltung**, dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben. Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

Or. en

Änderungsantrag 624
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) etwaige nachteilige Auswirkungen auf die **Ausübung der Grundrechte auf Achtung des Privat- und Familienlebens, auf die Meinungs- und Informationsfreiheit**, auf das Diskriminierungsverbot und auf die Rechte **des Kindes, die in den Artikeln 7, 11, 21 und 24 der Charta verankert sind**;

Geänderter Text

b) etwaige nachteilige Auswirkungen auf die **Privatsphäre, auf den Schutz personenbezogener Daten**, auf das Diskriminierungsverbot, **auf die Gleichberechtigung** und auf die Rechte **von Kindern wie in den Rechtsvorschriften der Union und der Mitgliedsländer vorgeschrieben**;

Or. en

Änderungsantrag 625
Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) etwaige nachteilige Auswirkungen auf die Ausübung der Grundrechte auf Achtung des Privat- und Familienlebens, auf die Meinungs- und Informationsfreiheit, auf das Diskriminierungsverbot und auf die Rechte des Kindes, die in den Artikeln 7, 11, 21 und 24 der Charta verankert sind;

b) etwaige nachteilige Auswirkungen auf die Ausübung der ***in der Charta aufgeführten Grundrechte, insbesondere der*** Grundrechte auf Achtung des Privat- und Familienlebens, auf die Meinungs- und Informationsfreiheit, auf das Diskriminierungsverbot und auf die Rechte des Kindes, die in den Artikeln 7, 11, 21 und 24 der Charta verankert sind;

Or. en

Änderungsantrag 626
Rob Rooker

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) Bei der Durchführung der Risikobewertung müssen sehr große Online-Plattformen besonders auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen achten, unabhängig von ihrer Form oder ihrem Namen, und erwägen, wie diese allgemeinen Geschäftsbedingungen mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung gemäß Artikel 11 der Charta und Artikel 10 der EMRK zusammenhängen. Sehr große Online-Plattformen müssen sich ebenfalls eng an das Fallrecht der EMRK halten. Sie müssen sicherstellen, dass ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen die Freiheit der Meinungsäußerung nicht über die gesetzlich festgelegten Grenzen hinaus einschränken;

Or. nl

Änderungsantrag 627
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) vorsätzliche Manipulationen ihres Dienstes, ***auch durch unauthentische Nutzung oder automatisierte Ausnutzung des Dienstes***, mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf den Schutz der öffentlichen Gesundheit, auf Minderjährige und auf ***die gesellschaftliche Debatte oder tatsächlichen oder vorhersehbaren Auswirkungen auf Wahlprozesse und die*** öffentliche Sicherheit.

c) vorsätzliche Manipulationen ihres Dienstes mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf den Schutz der öffentlichen Gesundheit, auf Minderjährige und auf die öffentliche Sicherheit.

Or. en

Änderungsantrag 628
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) vorsätzliche Manipulationen ihres Dienstes, auch durch unauthentische Nutzung oder automatisierte Ausnutzung des Dienstes, mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf den Schutz der öffentlichen Gesundheit, auf Minderjährige und auf die gesellschaftliche Debatte oder tatsächlichen oder vorhersehbaren Auswirkungen auf Wahlprozesse und die öffentliche Sicherheit.

c) ***Fehlfunktionen oder*** vorsätzliche Manipulationen ihres Dienstes, auch durch unauthentische Nutzung, ***nicht offengelegte bezahlte Einflussnahme*** oder automatisierte Ausnutzung des Dienstes, mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf den Schutz der öffentlichen Gesundheit, auf Minderjährige und ***auf schutzbedürftige Nutzer anderer Kategorien***, auf die gesellschaftliche Debatte oder ***die*** tatsächlichen oder vorhersehbaren Auswirkungen auf Wahlprozesse und die öffentliche Sicherheit.

Or. en

Änderungsantrag 629
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) vorsätzliche Manipulationen ihres Dienstes, auch durch unauthentische Nutzung oder automatisierte Ausnutzung des Dienstes, mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf den Schutz der öffentlichen Gesundheit, auf Minderjährige und auf die gesellschaftliche Debatte oder tatsächlichen oder vorhersehbaren Auswirkungen auf Wahlprozesse und die öffentliche Sicherheit.

Geänderter Text

c) vorsätzliche **oder koordinierte** Manipulationen ihres Dienstes, auch durch unauthentische Nutzung oder automatisierte Ausnutzung des Dienstes, mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf den Schutz der öffentlichen Gesundheit, **auf Bildung**, auf Minderjährige und auf die gesellschaftliche Debatte, **die Gefahr der Täuschung oder Manipulation von Nutzern und Verbrauchern** oder die tatsächlichen oder vorhersehbaren Auswirkungen auf Wahlprozesse und die öffentliche Sicherheit.

Or. en

Änderungsantrag 630
Rob Rooken

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung **berücksichtigen** sehr große Online-Plattformen **insbesondere, wie ihre Systeme zur Moderation von Inhalten, ihre Empfehlungssysteme und ihre Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung die in Absatz 1 genannten systemischen Risiken beeinflussen, sowie die Möglichkeit der raschen und weiten Verbreitung von illegalen Inhalten und von Informationen, die mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen unvereinbar sind.**

Geänderter Text

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung **müssen** sehr große Online-Plattformen, **unabhängig von ihrer Form oder ihrem Namen, ein besonderes Augenmerk auf ihre Geschäftsbedingungen legen und prüfen, wie sie sich auf das Recht auf freie Meinungsäußerung beziehen, so wie es in Artikel 11 der Charta und Artikel 10 der EMRK festgeschrieben ist. Sie müssen sich ebenfalls eng an das Fallrecht der EMRK halten. Sie müssen sicherstellen, dass ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen die Freiheit der Meinungsäußerung nicht über die gesetzlich festgelegten Grenzen hinaus einschränken;**

Or. nl

Änderungsantrag 631
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung berücksichtigen sehr große Online-Plattformen insbesondere, wie ihre Systeme zur Moderation von Inhalten, ihre Empfehlungssysteme und ihre Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung die in Absatz 1 genannten systemischen Risiken beeinflussen, ***sowie die Möglichkeit der raschen und weiten Verbreitung von illegalen Inhalten und von Informationen, die mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen unvereinbar sind.***

Geänderter Text

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung berücksichtigen sehr große Online-Plattformen insbesondere, wie ihre Systeme zur Moderation von Inhalten, ihre Empfehlungssysteme und ihre Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung die in Absatz 1 genannten systemischen Risiken beeinflussen.

Or. en

Änderungsantrag 632
Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung berücksichtigen sehr große Online-Plattformen insbesondere, wie ihre Systeme zur Moderation von Inhalten, ihre Empfehlungssysteme und ihre Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung die in Absatz 1 genannten systemischen Risiken beeinflussen, sowie die Möglichkeit der raschen und weiten Verbreitung von illegalen Inhalten und von Informationen, die mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen unvereinbar sind.

Geänderter Text

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung berücksichtigen sehr große Online-Plattformen insbesondere, wie ***und ob*** ihre Systeme zur Moderation von Inhalten, ihre Empfehlungssysteme und ihre Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung die in Absatz 1 genannten systemischen Risiken beeinflussen, sowie die Möglichkeit der raschen und weiten Verbreitung von illegalen Inhalten und von Informationen, die mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen unvereinbar sind.

Änderungsantrag 633
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung berücksichtigen sehr große Online-Plattformen insbesondere, wie ihre Systeme zur Moderation von Inhalten, ihre Empfehlungssysteme und ihre Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung die in Absatz 1 genannten systemischen Risiken beeinflussen, sowie die Möglichkeit der raschen und weiten Verbreitung von illegalen Inhalten und von Informationen, die mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen unvereinbar sind.

Geänderter Text

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung berücksichtigen sehr große Online-Plattformen insbesondere, wie ihre Systeme zur Moderation von Inhalten, ihre Empfehlungssysteme und ihre Systeme zur Auswahl, **gezielten Ausrichtung** und Anzeige von Werbung die in Absatz 1 genannten systemischen Risiken beeinflussen, sowie die Möglichkeit der raschen und weiten Verbreitung von illegalen Inhalten und von Informationen, die mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen unvereinbar sind.

Or. en

Änderungsantrag 634
Rob Rooker

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 26a

Sehr große Online-Plattformen dürfen Inhalte nicht eigenmächtig entfernen oder den Zugang zu ihrer Plattform nicht einschränken, es sei denn, der Nutzer verbreitet offensichtlich illegale Inhalte.

Die Entfernung von Inhalten oder die Einschränkung des Zugangs zur Plattform bei systematischer oder unsystematischer Verbreitung illegaler Inhalte kann nur durch einen

Gerichtsbeschluss genehmigt werden.

Or. nl

Änderungsantrag 635
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Artikel 27 Risikominderung

Geänderter Text

Artikel 27 ***Spezifische Maßnahmen***
zur Risikominderung

Or. en

Änderungsantrag 636
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Risikominderung

Geänderter Text

Spezifische Maßnahmen

Or. en

Änderungsantrag 637
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ***ergreifen*** angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Geänderter Text

(1) ***Unbeschadet der Sorgfaltsanforderungen gemäß Kapitel III dieser Verordnung ergreifen*** sehr große Online-Plattformen angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten

besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Or. en

Änderungsantrag 638
Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf **illegale Praktiken abzielen und auf** die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Or. en

Änderungsantrag 639
Paul Tang, Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu **können** gegebenenfalls **gehören**:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen **transparente**, angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu **gehören** gegebenenfalls:

Or. en

Änderungsantrag 640

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die **Bewältigung der** gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Or. en

Änderungsantrag 641
Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu **können** gegebenenfalls **gehören**:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu **gehören** gegebenenfalls:

Or. en

Änderungsantrag 642
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen **ergreifen** angemessene, verhältnismäßige

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen **können** angemessene, verhältnismäßige

und wirksame
Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

und wirksame **Maßnahmen ergreifen, um gegen die Verbreitung illegaler Inhalte über ihre Dienst vorzugehen.** Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Or. en

Änderungsantrag 643 Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen **ergreifen** angemessene, verhältnismäßige und wirksame **Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind.** Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen **können** angemessene, verhältnismäßige und wirksame **spezifische Maßnahmen ergreifen, um gegen die Verbreitung rechtswidriger Inhalte über ihre Dienste vorzugehen.** Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Or. en

Änderungsantrag 644 Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Anpassung der Systeme zur Moderation von Inhalten oder der Empfehlungssysteme, ihrer Entscheidungsprozesse, der Merkmale oder der Funktionsweise ihrer Dienste oder ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen;

Geänderter Text

a) Anpassung der Systeme zur Moderation von Inhalten oder der Empfehlungssysteme **und Online-Schnittstellen,** ihrer Entscheidungsprozesse, der Merkmale oder der Funktionsweise ihrer Dienste oder ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen;

Or. en

Änderungsantrag 645
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Anpassung der Systeme zur Moderation von Inhalten oder der Empfehlungssysteme, ihrer Entscheidungsprozesse, der Merkmale oder der Funktionsweise ihrer Dienste oder ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen;

Geänderter Text

a) Anpassung der Systeme zur Moderation von Inhalten oder der Empfehlungssysteme **und Online-Schnittstellen**, ihrer Entscheidungsprozesse, der Merkmale oder der Funktionsweise ihrer Dienste oder ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen;

Or. en

Änderungsantrag 646
Marina Kaljurand, Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

aa) geeignete technische und operative Maßnahmen oder Kapazitäten, beispielsweise eine angemessene Ausstattung mit Personal oder technischen Mitteln, um rechtswidrige Inhalte unverzüglich zu entfernen oder zu sperren, wenn die Plattform davon Kenntnis oder eine Anordnung erhalten hat, dagegen tätig zu werden;

Or. en

Änderungsantrag 647
Marina Kaljurand, Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe a b (neu)

ab) leicht zugängliche und nutzerfreundliche Mechanismen, mit denen Nutzer mutmaßlich rechtswidrige Inhalte melden oder kennzeichnen können, sowie Mechanismen für die Moderation der Nutzer;

Or. en

Änderungsantrag 648
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) gezielte Maßnahmen zur Beschränkung der Anzeige von Werbung **in Verbindung mit dem von ihnen erbrachten Dienst;**

b) gezielte Maßnahmen zur **Einstellung oder wenigstens zur** Beschränkung der Anzeige von Werbung **für bestimmte Inhalte;**

Or. en

Änderungsantrag 649
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) **gezielte Maßnahmen zur** Beschränkung der Anzeige von Werbung in Verbindung mit dem von ihnen erbrachten Dienst;

b) Beschränkung der Anzeige von Werbung in Verbindung mit dem von ihnen erbrachten Dienst;

Or. en

Änderungsantrag 650
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) Stärkung der internen Prozesse oder der Beaufsichtigung ihrer Tätigkeiten, ***insbesondere im Hinblick auf die Erkennung systemischer Risiken;***

Geänderter Text

c) Stärkung der internen Prozesse oder der Beaufsichtigung ihrer Tätigkeiten;

Or. en

Änderungsantrag 651
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) Stärkung der internen Prozesse oder der Beaufsichtigung ihrer Tätigkeiten, ***insbesondere im Hinblick auf die Erkennung systemischer Risiken;***

Geänderter Text

c) Stärkung der internen Prozesse oder der Beaufsichtigung ihrer Tätigkeiten;

Or. en

Änderungsantrag 652
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) Stärkung der internen Prozesse oder der Beaufsichtigung ihrer Tätigkeiten, ***insbesondere im Hinblick auf die Erkennung systemischer Risiken;***

Geänderter Text

c) Stärkung der internen Prozesse oder der Beaufsichtigung ihrer Tätigkeiten im Hinblick auf die Erkennung ***und Beseitigung*** systemischer Risiken;

Or. en

Änderungsantrag 653
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**d) Beginn oder Anpassung der
Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen
Hinweisgebern gemäß Artikel 19;** **entfällt**

Or. en

Änderungsantrag 654
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**d) Beginn oder Anpassung der
Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen
Hinweisgebern gemäß Artikel 19;** **entfällt**

Or. en

Änderungsantrag 655
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**e) Beginn oder Anpassung der
Zusammenarbeit mit anderen Online-
Plattformen anhand der in Artikel 35 und
Artikel 37 genannten Verhaltenskodizes
bzw. Krisenprotokolle.** **entfällt**

Or. en

Änderungsantrag 656
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

e) Beginn oder Anpassung der Zusammenarbeit mit anderen Online-Plattformen anhand der in Artikel 35 und Artikel 37 genannten Verhaltenskodizes bzw. Krisenprotokolle.

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 657
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

e) Beginn oder Anpassung der Zusammenarbeit mit anderen Online-Plattformen anhand der in Artikel 35 und Artikel 37 genannten Verhaltenskodizes bzw. Krisenprotokolle.

e) Beginn oder Anpassung der Zusammenarbeit mit anderen Online-Plattformen anhand der in Artikel 35 und Artikel 37 genannten Verhaltenskodizes bzw. Krisenprotokolle *sowie anderer einschlägiger Selbstregulierungsmaßnahmen.*

Or. en

Änderungsantrag 658
Paul Tang, Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

e) Beginn oder Anpassung der Zusammenarbeit mit anderen Online-Plattformen anhand der in Artikel 35 und Artikel 37 genannten Verhaltenskodizes bzw. Krisenprotokolle.

e) Beginn oder Anpassung der Zusammenarbeit mit anderen Online-Plattformen *und Interessenträgern* anhand der in Artikel 35 und Artikel 37 genannten Verhaltenskodizes bzw. Krisenprotokolle.

Änderungsantrag 659
Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Wenn eine sehr große Online-Plattform entscheidet, keine der Risikominderungsmaßnahmen gemäß Artikel 27 Absatz 1 zu ergreifen, gibt sie eine schriftliche Erklärung zur Darlegung der Gründe hierfür ab, die den unabhängigen Prüfern für die Abfassung des Prüfberichts nach Artikel 28 Absatz 3 vorzulegen ist.

Or. en

Änderungsantrag 660
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Wenn eine sehr große Online-Plattform entscheidet, keine der Risikominderungsmaßnahmen gemäß Artikel 27 Absatz 1 zu ergreifen, gibt sie eine schriftliche Erklärung zur Darlegung der Gründe hierfür ab, die den unabhängigen Prüfern für die Abfassung des Prüfberichts nach Artikel 28 Absatz 3 vorzulegen ist.

Or. en

Änderungsantrag 662
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Das Gremium veröffentlicht in Zusammenarbeit mit der Kommission einmal jährlich einen umfassenden Bericht, der Folgendes enthält: *entfällt*

a) Ermittlung und Bewertung der auffälligsten wiederkehrenden systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

b) bewährte Verfahren für sehr große Online-Plattformen zur Minderung der ermittelten systemischen Risiken.

Or. en

Änderungsantrag 663
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Das Gremium veröffentlicht in Zusammenarbeit mit der Kommission einmal jährlich einen umfassenden Bericht, der Folgendes enthält: *entfällt*

a) Ermittlung und Bewertung der auffälligsten wiederkehrenden systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

b) bewährte Verfahren für sehr große Online-Plattformen zur Minderung der

ermittelten systemischen Risiken.

Or. en

Änderungsantrag 664
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Das Gremium veröffentlicht in Zusammenarbeit mit der Kommission einmal jährlich einen umfassenden Bericht, der Folgendes enthält: *entfällt*

a) Ermittlung und Bewertung der auffälligsten wiederkehrenden systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

b) bewährte Verfahren für sehr große Online-Plattformen zur Minderung der ermittelten systemischen Risiken.

Or. en

Änderungsantrag 665
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) Ermittlung und Bewertung der auffälligsten wiederkehrenden systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt *entfällt*

wurden;

Or. en

Änderungsantrag 666

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Ermittlung und Bewertung der **auffälligsten wiederkehrenden** systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Geänderter Text

a) Ermittlung und Bewertung der systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 667

Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Ermittlung und Bewertung **der auffälligsten wiederkehrenden** systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Geänderter Text

a) Ermittlung und Bewertung **aller einzelnen** systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 668

Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Ermittlung und Bewertung **der auffälligsten wiederkehrenden** systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Geänderter Text

a) Ermittlung und Bewertung **aller einzelnen** systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 669
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) **bewährte Verfahren für sehr große Online-Plattformen zur Minderung der ermittelten systemischen Risiken.**

Geänderter Text

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 670
Paul Tang, Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) bewährte Verfahren für sehr große Online-Plattformen zur Minderung der ermittelten systemischen Risiken.

Geänderter Text

b) bewährte Verfahren **und Empfehlungen** für sehr große Online-Plattformen zur **wirksamen** Minderung der ermittelten systemischen Risiken.

Or. en

Änderungsantrag 671
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Die Kommission kann in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken herausgeben, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser Leitlinien führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 672
Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Fabienne Keller, Abir Al-Sahlani, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Die Kommission kann in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken herausgeben, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. *Im*

(3) Die Kommission kann in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken herausgeben, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. *Vor*

Hinblick auf die Ausarbeitung dieser Leitlinien führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.

der Annahme dieser Leitlinien führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch **und holt die Zustimmung des Europäischen Parlaments ein.**

Or. en

Änderungsantrag 673
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Die Kommission **kann** in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken **herausgeben**, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser Leitlinien führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.

Geänderter Text

(3) Die Kommission **gibt** in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere **systemische** Risiken **heraus**, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser Leitlinien führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.

Or. en

Änderungsantrag 674
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) **Die Kommission** kann in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken herausgeben,

Geänderter Text

(3) **Das Gremium** kann in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken herausgeben,

um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei *sie* die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser Leitlinien führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.

um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei *es* die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser Leitlinien führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.

Or. en

Änderungsantrag 675 **Marina Kaljurand**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 27 – Absatz 3**

Vorschlag der Kommission

(3) Die Kommission kann in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine **Leitlinien** für die Anwendung des Absatzes 1 **in Bezug auf besondere Risiken** herausgeben, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen **zu empfehlen**, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser **Leitlinien** führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.

Geänderter Text

(3) Die Kommission kann in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine **Empfehlungen** für die Anwendung des Absatzes 1 herausgeben, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen **vorzuschlagen**, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser **Empfehlungen** führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.

Or. en

Änderungsantrag 676 **Marina Kaljurand**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 27 – Absatz 3 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Wenn festgestellt wurde, dass eine

sehr große Online-Plattform eine beträchtliche Anzahl von Handlungsanordnungen erhalten hat, kann der zuständige Koordinator für digitale Dienste die Plattform verpflichten, zusätzliche erforderliche, verhältnismäßige und wirksame spezifische Maßnahmen umzusetzen. Der zuständige Koordinator für digitale Dienste darf keine allgemeine Überwachungspflicht oder die Verwendung automatisierter Tools anordnen. In der Aufforderung werden insbesondere die technische Umsetzbarkeit der Maßnahmen, die Größe und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Plattform und die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Grundrechte der Nutzer sowie auf die Meinungsfreiheit und die Freiheit, Informationen und Ideen in einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu erhalten und weiterzugeben, berücksichtigt. Eine solche Aufforderung wird vom Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats übermittelt, in dem die Plattform ihre Hauptniederlassung oder – falls sie über keine Niederlassung in der Union verfügt – ihr gesetzlicher Vertreter seine Hauptniederlassung hat. Die Plattform kann jederzeit verlangen, dass der zuständige Koordinator für digitale Dienste die Aufforderung überprüft und gegebenenfalls zurücknimmt.

Or. en

Änderungsantrag 677
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 28

entfällt

Unabhängige Prüfung

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

a) die in Kapitel III festgelegten Pflichten,
b) die Verpflichtungszusagen, die gemäß den in den Artikeln 35 und 36 genannten Verhaltenskodizes und den in Artikel 37 genannten Krisenprotokollen gemacht wurden.

(2) Die Prüfungen gemäß Absatz 1 werden von Stellen durchgeführt, die

a) von der betreffenden sehr großen Online-Plattform unabhängig sind,
b) nachgewiesene Sachkenntnis auf dem Gebiet des Risikomanagements sowie technische Kompetenzen und Kapazitäten haben,
c) nachweislich mit Objektivität und Berufsethik arbeiten, insbesondere aufgrund der Einhaltung von Verhaltenskodizes oder geeigneten Normen.

(3) Die Stellen, die die Prüfungen durchführen, fertigen für jede Prüfung einen Prüfbericht an. Der Bericht wird schriftlich abgefasst und muss mindestens Folgendes enthalten:

a) Name, Anschrift und Kontaktstelle der sehr großen Online-Plattform, die geprüft wird, und Zeitraum, auf den sich die Prüfung bezieht,
b) Name und Anschrift der Stelle, die die Prüfung durchführt,
c) Beschreibung der konkret geprüften Elemente und der angewandten Methode,
d) Beschreibung der wichtigsten Erkenntnisse aus der Prüfung,
e) Stellungnahme der Prüfer dazu, ob die geprüfte sehr große Online-Plattform den in Absatz 1 genannten Pflichten und Verpflichtungszusagen nachgekommen ist, und zwar entweder positiv, positiv mit

Anmerkungen oder negativ,

f) falls die Stellungnahme nicht positiv ist, operative Empfehlungen für besondere Maßnahmen im Hinblick auf die Einhaltung aller Pflichten und Verpflichtungszusagen.

(4) Sehr große Online-Plattformen, die einen nicht positiven Prüfbericht erhalten, tragen allen an sie gerichteten operativen Empfehlungen gebührend Rechnung und ergreifen die erforderlichen Maßnahmen zu deren Umsetzung. Sie nehmen innerhalb eines Monats nach Erhalt dieser Empfehlungen einen Bericht über die Umsetzung der Prüfergebnisse an, in dem sie diese Maßnahmen darlegen. Falls sie die operativen Empfehlungen nicht umsetzen, begründen sie dies in dem Bericht und legen etwaige alternative Maßnahmen dar, die sie ergriffen haben, um festgestellte Verstöße zu beheben.

Or. en

Änderungsantrag 678

Paul Tang, Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer **externen, unabhängigen** Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

Or. en

Änderungsantrag 679

Marina Kaljurand, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer **unabhängigen** Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

Or. en

Änderungsantrag 680
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer **unabhängigen** Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

Or. en

Änderungsantrag 681
Marina Kaljurand, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer Prüfung unterzogen, bei der **die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen** bewertet wird:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer Prüfung unterzogen, bei der **Folgendes** bewertet wird:

Or. en

Änderungsantrag 682

Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die in Kapitel III festgelegten Pflichten,

Geänderter Text

a) die in Kapitel III festgelegten Pflichten, ***insbesondere die Qualität der Identifizierung, Analyse und Bewertung der Risiken gemäß Artikel 26 sowie die Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit der Maßnahmen zur Risikominderung gemäß Artikel 27,***

Or. en

Änderungsantrag 683

Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die in Kapitel III festgelegten Pflichten,

Geänderter Text

a) die in Kapitel III festgelegten Pflichten, ***insbesondere die Qualität der Identifizierung, Analyse und Bewertung der in Artikel 26 genannten Risiken sowie die Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit der Maßnahmen zur Risikominderung gemäß Artikel 27,***

Or. en

Änderungsantrag 684

Marina Kaljurand, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) ***die*** in Kapitel III festgelegten

Geänderter Text

a) ***Einhaltung der*** in Kapitel III

Pflichten,

festgelegten Pflichten,

Or. en

Änderungsantrag 685

Marina Kaljurand, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 1 – Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

aa) Angemessenheit der gemäß Artikel 26 Absatz 1 durchgeführten Risikobewertung und der entsprechenden Maßnahmen zur Risikominderung gemäß Artikel 27 Absatz 1;

Or. en

Änderungsantrag 686

Marina Kaljurand, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) **die** Verpflichtungszusagen, die gemäß den in den Artikeln 35 und 36 genannten Verhaltenskodizes und den in Artikel 37 genannten Krisenprotokollen gemacht wurden.

b) **Einhaltung der** Verpflichtungszusagen, die gemäß den in den Artikeln 35 und 36 genannten Verhaltenskodizes und den in Artikel 37 genannten Krisenprotokollen gemacht wurden.

Or. en

Änderungsantrag 687

Marina Kaljurand, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die Verpflichtungszusagen, die **gemäß den in den Artikeln 35 und 36 genannten Verhaltenskodizes und den in Artikel 37 genannten Krisenprotokollen** gemacht wurden.

Geänderter Text

b) alle Verpflichtungszusagen, die **von ihnen im Rahmen von** Verhaltenskodizes gemacht wurden **sowie alle durchgeführten Selbst- oder Co-Regulierungsmaßnahmen.**

Or. en

Änderungsantrag 688

Marina Kaljurand, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Die Prüfungen gemäß Absatz 1 werden von Stellen durchgeführt, die

Geänderter Text

(2) Die Prüfungen gemäß Absatz 1 werden von **sachverständigen** Stellen durchgeführt, **die zuvor vom Gremium überprüft worden sind** und die

Or. en

Änderungsantrag 689

Paul Tang, Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Die Prüfungen gemäß Absatz 1 werden von Stellen durchgeführt, die

Geänderter Text

(2) Die Prüfungen gemäß Absatz 1 werden von Stellen, **die zuvor vom Gremium als geeignet ausgewählt worden sind**, durchgeführt, die

Or. en

Änderungsantrag 690

Marina Kaljurand, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

- a) von der betreffenden sehr großen Online-Plattform unabhängig sind,

Geänderter Text

- a) von der betreffenden sehr großen Online-Plattform **sowie von anderen sehr großen Online-Plattformen** unabhängig sind,

Or. en

Änderungsantrag 691

Marina Kaljurand, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

- a) von der betreffenden sehr großen Online-Plattform unabhängig sind,

Geänderter Text

- a) von der betreffenden sehr großen Online-Plattform unabhängig sind **und sich in keinen Interessenkonflikten mit der betreffenden sehr großen Online-Plattform befinden,**

Or. en

Änderungsantrag 692

Marina Kaljurand, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

- b) **nachgewiesene** Sachkenntnis auf dem Gebiet des Risikomanagements sowie technische Kompetenzen und Kapazitäten haben,

Geänderter Text

- b) **nachweislich** Sachkenntnis auf dem Gebiet des Risikomanagements sowie technische Kompetenzen und Kapazitäten haben **und ggf. nachweislich auf Sachkenntnis in Bereichen zurückgreifen können, die mit den untersuchten Risiken oder verwandten Forschungsmethoden zusammenhängen,**

Or. en

Änderungsantrag 693
Marina Kaljurand, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) **nachweislich mit** Objektivität und Berufsethik **arbeiten**, insbesondere aufgrund der Einhaltung von Verhaltenskodizes oder geeigneten Normen.

Geänderter Text

c) Objektivität und Berufsethik **unter Beweis gestellt haben**, insbesondere aufgrund der Einhaltung von **einschlägigen** Verhaltenskodizes oder geeigneten Normen.

Or. en

Änderungsantrag 694
Marina Kaljurand, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 3 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(3) Die Stellen, die die Prüfungen durchführen, fertigen für jede Prüfung einen Prüfbericht an. Der Bericht wird schriftlich abgefasst und muss mindestens Folgendes enthalten:

Geänderter Text

(3) Die Stellen, die die Prüfungen durchführen, fertigen für jede Prüfung einen **aussagekräftigen, detaillierten, umfassenden und unabhängigen** Prüfbericht an. Der Bericht wird schriftlich abgefasst und muss mindestens Folgendes enthalten:

Or. en

Änderungsantrag 695
Paul Tang, Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 3 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(3) Die Stellen, die die Prüfungen durchführen, fertigen für jede Prüfung einen Prüfbericht an. Der Bericht wird

Geänderter Text

(3) Die Stellen, die die Prüfungen durchführen, fertigen für jede Prüfung einen **aussagekräftigen, detaillierten und**

schriftlich abgefasst und muss mindestens Folgendes enthalten:

umfassenden Prüfbericht an. Der Bericht wird schriftlich abgefasst und muss mindestens Folgendes enthalten:

Or. en

Änderungsantrag 696

Marina Kaljurand, Christel Schaldemose, Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) Beschreibung der wichtigsten Erkenntnisse aus der Prüfung,

Geänderter Text

d) Beschreibung **und Zusammenfassung** der wichtigsten Erkenntnisse aus der Prüfung,

Or. en

Änderungsantrag 697

Marina Kaljurand, Christel Schaldemose, Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe d a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

da) eine Beschreibung der spezifischen Elemente, die nicht zur Zufriedenheit des Prüfers geprüft werden konnten, und eine Erklärung, warum diese Elemente nicht geprüft werden konnten,

Or. en

Änderungsantrag 698

Marina Kaljurand, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe d b (neu)

d b) eine Beschreibung der Dritten, die zu Informationszwecken im Rahmen der Prüfung konsultiert wurden,

Or. en

Änderungsantrag 699

Marina Kaljurand, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

e) Stellungnahme der Prüfer dazu, ob die geprüfte sehr große Online-Plattform den in Absatz 1 genannten Pflichten und Verpflichtungszusagen nachgekommen ist, und zwar entweder positiv, positiv mit Anmerkungen oder negativ,

e) Stellungnahme der Prüfer dazu, ob die geprüfte sehr große Online-Plattform den in Absatz 1 genannten Pflichten und Verpflichtungszusagen ***sinnvoll*** nachgekommen ist, und zwar entweder positiv, positiv mit Anmerkungen oder negativ,

Or. en

Änderungsantrag 700

Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fa) falls in der Stellungnahme für bestimmte Elemente innerhalb des Prüfungsumfangs keine Schlussfolgerung erzielt wurde, eine Begründung für das Nichtzustandekommen einer solchen abschließenden StellungnahmeUrteils.

Or. en

Änderungsantrag 701

Sophia in 't Veld

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe f a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fa) eine Beschreibung der spezifischen Elemente, die nicht geprüft werden konnten, und eine Erklärung, warum diese nicht geprüft werden konnten.

Or. en

**Änderungsantrag 702
Sophia in 't Veld**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe f b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fb) falls in der Stellungnahme für bestimmte Elemente innerhalb des Prüfungsumfangs keine Schlussfolgerung erzielt wurde, eine Begründung für das Nichtzustandekommen einer solchen abschließenden Stellungnahme.

Or. en

**Änderungsantrag 703
Vladimír Bilčík, Lena Düpont**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe f b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fb) eine Beschreibung der spezifischen Elemente, die nicht geprüft werden konnten, und eine Erklärung, warum diese nicht geprüft werden konnten.

Änderungsantrag 704**Marina Kaljurand, Christel Schaldemose, Paul Tang****Vorschlag für eine Verordnung****Artikel 28 – Absatz 4***Vorschlag der Kommission*

(4) Sehr große Online-Plattformen, die einen **nicht positiven** Prüfbericht erhalten, **tragen allen** an sie gerichteten **operativen** Empfehlungen **gebührend Rechnung** und **ergreifen die** erforderlichen Maßnahmen zu deren Umsetzung. Sie nehmen innerhalb eines Monats nach Erhalt dieser Empfehlungen einen Bericht über die Umsetzung der Prüfergebnisse an, in dem sie diese Maßnahmen darlegen. Falls sie die operativen Empfehlungen nicht umsetzen, begründen sie dies in dem Bericht und legen etwaige alternative Maßnahmen dar, die sie ergriffen haben, um festgestellte Verstöße zu beheben.

Geänderter Text

(4) **Sehr große Online-Plattformen stellen sicher, dass Prüfer Zugang zu allen relevanten Informationen haben, um ihre Aufgaben zu erfüllen.** Sehr große Online-Plattformen, die einen Prüfbericht erhalten, **der Hinweise auf Missstände enthält, stellen sicher, dass sie die** an sie gerichteten Empfehlungen **umsetzen** und **alle** erforderlichen Maßnahmen zu deren Umsetzung **ergreifen**. Sie nehmen innerhalb eines Monats nach Erhalt dieser Empfehlungen einen Bericht über die Umsetzung der Prüfergebnisse an, in dem sie diese Maßnahmen darlegen. Falls sie die operativen Empfehlungen nicht umsetzen, begründen sie dies in dem Bericht und legen etwaige alternative Maßnahmen dar, die sie ergriffen haben, um festgestellte Verstöße zu beheben.

Änderungsantrag 705**Marina Kaljurand, Christel Schaldemose****Vorschlag für eine Verordnung****Artikel 28 – Absatz 4 – Unterabsatz 1 (neu)***Vorschlag der Kommission**Geänderter Text*

Die Prüfer legen ihren Prüfbericht gleichzeitig dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform vor. Innerhalb einer angemessenen Frist spricht das Gremium Empfehlungen aus, überwacht die

Umsetzung des Berichts und schlägt die Verhängung von Sanktionen durch den zuständigen Koordinator für digitale Dienste vor, wenn die sehr große Online-Plattform die Verordnung nicht einhält.

Or. en

Änderungsantrag 706
Marina Kaljurand, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 4 – Abschnitt 1 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Der Vorstand veröffentlicht nach Konsultation der Interessengruppen und der Kommission Leitlinien darüber, wie die Prüfungen von den Prüfern durchgeführt werden sollten, wie die Schlussfolgerungen von sehr großen Online-Plattformen umgesetzt werden sollten und wie die Überwachung und Durchsetzung der Verordnung durch die Behörden in dieser Hinsicht erfolgt.

Or. en

Änderungsantrag 707
Marina Kaljurand, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 4 – Abschnitt 2 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

2) Der Vorstand veröffentlicht und aktualisiert regelmäßig eine Liste von zugelassenen Prüfern, auf die sehr große Online-Plattformen zurückgreifen können. Der Vorstand veröffentlicht und überprüft regelmäßig die detaillierten Kriterien, die die Prüfer erfüllen müssen.

Or. en

Änderungsantrag 708

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 29 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, ***darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.***

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, ***aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik*** sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können. ***Online-Plattformen stellen sicher, dass Verbraucher nicht standardmäßig einem Profiling unterzogen werden, es sei denn, die Verbraucher haben sich im Einklang mit den Anforderungen der Verordnung (EU) 2016/679 tatsächlich dafür entschieden. Online-Plattformen dürfen die Autonomie, die Entscheidungsfreiheit oder die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher nicht durch die Struktur, die Funktion oder die Arbeitsweise ihrer Online-Schnittstelle oder eines Teils davon untergraben oder beeinträchtigen.***

Or. en

Änderungsantrag 709

Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 29 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in

ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens **eine** Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise **aussagekräftige Informationen über die Logik und** die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter **die Bereitstellung** mindestens **einer** Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht. **Für den Einsatz eines auf Profiling gestützten Empfehlungssystems bedarf es einer ausdrücklichen Einwilligung des Nutzers im Sinne von Artikel 4, Absatz 11 der Verordnung (EU) 2016/679.**

Or. en

Änderungsantrag 710

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in **ihren Empfehlungssystemen** verwendet werden, **sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.**

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme **oder andere Systeme zur Bestimmung der Reihenfolge der Präsentation von Inhalten** verwenden, **einschließlich solcher, die die Sichtbarkeit von Inhalten verringern**, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in **diesen Systemen** verwendet werden

Or. en

Änderungsantrag 711
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, **sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen**, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, **und stellen den Nutzern klare und benutzerfreundliche** Optionen zur Verfügung, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.“

Or. en

Änderungsantrag 712
Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die **wichtigsten** Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

Änderungsantrag 713
Sylvie Guillaume

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, sind verpflichtet, die Zuverlässigkeit der Informationen zu fördern („due prominence obligation“), indem sie Verfahren umsetzen, die auf einer Selbstregulierungsregel beruhen, und die darauf abzielen, Informationsquellen hervorzuheben, die standardisierte berufliche und ethische Selbstregulierungsregeln einhalten, sowie diese in Bezug auf die Priorisierung von Inhalten vorrangig zu behandeln.

Or. fr

Änderungsantrag 714
Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die in Absatz 1 genannten Parameter umfassen mindestens Folgendes:

- a) die von dem betreffenden System verwendeten Empfehlungskriterien,***
- b) Angaben zur Gewichtung dieser Kriterien gegeneinander,***
- c) Angabe dazu, für welche Ziele das relevante System optimiert wurde, und***
- d) gegebenenfalls eine Erklärung, wie das Verhalten der Nutzer die Ergebnisfindung***

des entsprechenden Systems beeinflusst.

Or. en

Änderungsantrag 715

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 29 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) (2) Die in Absatz 1 genannten wichtigsten Parameter umfassen mindestens Folgendes:

a) die wichtigsten Kriterien, die von dem jeweiligen Empfehlungssystem verwendet werden,

b) Angaben zur Gewichtung dieser Kriterien gegeneinander,

c) Angaben dazu, für welche Ziele das relevante Empfehlungssystem optimiert wurde,

d) gegebenenfalls eine Erklärung, wie das Verhalten der Nutzer die Funktionsweise des entsprechenden Empfehlungssystems beeinflusst.

Or. en

Änderungsantrag 716

Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 29 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, müssen dem Nutzer die Möglichkeit bieten, sich Informationen nur in chronologischer Reihenfolge anzeigen zu lassen und alternativ, sofern technisch

möglich, Empfehlungssysteme Dritter zu verwenden. Den Empfehlungssystemen von Drittanbietern muss Zugang zu denselben Informationen gewährt werden, die den von der Plattform verwendeten Empfehlungssystemen zur Verfügung stehen.

Or. en

Änderungsantrag 717

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) (3) Sehr große Online-Plattformen stellen den Nutzern Optionen zur Änderung oder Beeinflussung der in Absatz 2 genannten Parameter zur Verfügung, einschließlich mindestens einer Option, die nicht auf Profiling im Sinne von Artikel 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht

Or. en

Änderungsantrag 718

Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Stehen mehrere Optionen nach Absatz 1 zur Verfügung, so stellen sehr große Online-Plattformen auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht zugängliche Funktion bereit, die es dem Nutzer ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte

(2) Stehen mehrere Optionen nach Absatz 1 zur Verfügung, so stellen sehr große Online-Plattformen auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht zugängliche **und benutzerfreundliche** Funktion bereit, die es dem Nutzer ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte

Option auszuwählen und zu ändern.

Option auszuwählen und zu ändern,
***einschließlich der Option, keine
Empfehlungssysteme anzuwenden und die
Inhalte in chronologischer Reihenfolge
anzuzeigen.***

Or. en

Änderungsantrag 719
Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) ***Stehen mehrere Optionen nach Absatz 1 zur Verfügung, so stellen sehr große*** Online-Plattformen auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht zugängliche Funktion bereit, die es dem Nutzer ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern.

Geänderter Text

(2) ***Die in Absatz 1 genannten*** Online-Plattformen ***stellen*** auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht zugängliche Funktion bereit, die es dem Nutzer ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern. ***Die Online-Plattformen stellen sicher, dass die standardmäßig aktivierte Option nicht auf Profiling im Sinne von Artikel 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.***

Or. en

Änderungsantrag 720
Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) ***Stehen mehrere Optionen nach Absatz 1 zur Verfügung, so stellen sehr große*** Online-Plattformen auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht zugängliche Funktion bereit, die es dem Nutzer

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen ***stellen*** auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht zugängliche Funktion bereit, die es dem Nutzer ermöglicht:

ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern.

a) jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern,

b) Empfehlungssysteme von Drittanbietern zu verwenden.

Or. en

Änderungsantrag 721
Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Sehr große Online-Plattformen müssen es den Nutzern ermöglichen, zwischen Empfehlungssystemen von Erst- und Drittanbietern zu wählen. Diesen Drittanbietern muss der Zugang zu denselben Betriebssystem-, Hardware- oder Softwarefunktionen gewährt werden, die den eigenen Empfehlungssystemen der sehr großen Online-Plattformen zur Verfügung stehen oder von diesen verwendet werden.

Or. en

Änderungsantrag 722
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, müssen dem Nutzer standardmäßig die Möglichkeit bieten, sich Informationen nur in chronologischer Reihenfolge anzeigen zu lassen und alternativ, sofern technisch möglich, Empfehlungssysteme Dritter zu verwenden.

Or. en

**Änderungsantrag 723
Paul Tang**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 2 b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Sehr große Online-Plattformen dürfen den Zugang zu Empfehlungssystemen von Drittanbietern nur dann vorübergehend beschränken, wenn ein nachweislicher Missbrauch durch den Drittanbieter vorliegt oder wenn dies unmittelbar zur Behebung technischer Probleme, wie z. B. einer schwerwiegenden Sicherheitslücke, notwendig und somit gerechtfertigt ist.

Or. en

**Änderungsantrag 724
Clare Daly**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 2 b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Abweichend von Artikel 16 gilt dieser Artikel für alle Online-Plattformen, unabhängig von ihrer Größe.

Or. en

Änderungsantrag 725

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen ein Jahr lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen öffentlich zugänglich. ***Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können.***

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen ein Jahr lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen öffentlich zugänglich.

Or. en

Änderungsantrag 726

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) ***Inhalt der*** Werbung,

Geänderter Text

a) ***die*** Werbung,

Or. en

Änderungsantrag 727

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Ondřej Kovařík

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die natürliche oder juristische

Geänderter Text

b) die natürliche oder juristische

Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird,

Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird, *es sei denn, es handelt sich hierbei um Anbieter von Vermittlungsdiensten, die als Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG gelten,*

Or. en

Änderungsantrag 728
Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird,

Geänderter Text

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird *und die die Werbung direkt oder indirekt finanziert hat,*

Or. en

Änderungsantrag 729
Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird,

Geänderter Text

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird, *sowie sämtliche in deren Verbindung erhaltenen Zahlungen,*

Or. en

Änderungsantrag 730
Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) Die Vergütung, die vom Werbenden gezahlt wurde und die Vergütung, die die Online-Plattform erhalten hat;

Or. en

Änderungsantrag 731

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) ob die Werbung gezielt einer oder mehreren bestimmten Gruppen von Nutzern angezeigt werden sollte, und falls ja, welche Hauptparameter zu diesem Zweck verwendet wurden,

d) die ausgewählten Kontexte, in denen die Werbung angezeigt wurde,

Or. en

Änderungsantrag 732

Paul Tang

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) ob die Werbung gezielt einer oder mehreren bestimmten Gruppen von Nutzern angezeigt werden sollte, und falls ja, welche Hauptparameter zu diesem Zweck verwendet wurden,

d) ob die Werbung gezielt einer oder mehreren bestimmten Gruppen von Nutzern (*nicht*) angezeigt werden sollte, und falls ja, welche Hauptparameter zu diesem Zweck verwendet wurden,

Or. en

Änderungsantrag 733

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **oder der Kommission** auf deren begründetes Verlangen **innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist** Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. Dieser Koordinator für digitale Dienste **und die Kommission verwenden** diese Daten ausschließlich für diese Zwecke.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort auf deren Verlangen **unverzüglich** Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. Dieser Koordinator für digitale Dienste **verwendet** diese Daten ausschließlich für diese Zwecke.

Or. en

Änderungsantrag 734

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Olivier Chastel, Abir Al-Sahlani, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission auf deren begründetes Verlangen innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. Dieser Koordinator für digitale Dienste und die Kommission **verwenden** diese Daten ausschließlich für diese Zwecke.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission auf deren begründetes Verlangen innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. Der Koordinator für digitale Dienste und die Kommission **verlangen** diese Daten ausschließlich für diese Zwecke **bzw. greifen ausschließlich für diese Zwecke darauf zu und verwenden sie ausschließlich für diese Zwecke**.

Or. en

Änderungsantrag 735

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen.

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 736

Anna Júlia Donáth, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen.

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, *oder Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich mit der Überwachung der Rechtsstaatlichkeit, der Grundrechte und der europäischen Werte befassen*, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die

zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen, **oder zu Bildungszwecken.**

Or. en

Änderungsantrag 737
Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen.

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort, **dreier Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort** oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen.

Or. en

Änderungsantrag 738
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen

Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, **die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen.**

Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten **im öffentlichen Interesse.**

Or. en

Änderungsantrag 739

Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen.

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen, **was im öffentlichen Interesse liegt.**

Or. en

Änderungsantrag 740

Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am

Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung **und** zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 **Absatz 1** beitragen.

Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung, zum Verständnis **und zur Minderung** systemischer Risiken gemäß Artikel 26 **und 27** beitragen

Or. en

Änderungsantrag 741 Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken **gemäß Artikel 26 Absatz 1** beitragen.

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken beitragen.

Or. en

Änderungsantrag 742 Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) **Den Zugang zu Daten gemäß den**

Geänderter Text

entfällt

Absätzen 1 und 2 gewähren sehr große Online-Plattformen über Online-Datenbanken oder über Anwendungsprogrammierschnittstellen.

Or. en

Änderungsantrag 743
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Den Zugang zu Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 gewähren sehr große Online-Plattformen über Online-Datenbanken oder über Anwendungsprogrammierschnittstellen.

Geänderter Text

(3) Den Zugang zu Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 gewähren sehr große Online-Plattformen über Online-Datenbanken oder über Anwendungsprogrammierschnittstellen.
Hierunter fallen personenbezogene Daten nur dann, wenn sie rechtmäßig für die Öffentlichkeit zugänglich sind.

Or. en

Änderungsantrag 744
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Den Zugang zu Daten gemäß den ***Absätzen 1 und 2*** gewähren sehr große Online-Plattformen über Online-Datenbanken oder über Anwendungsprogrammierschnittstellen.

Geänderter Text

(3) Den Zugang zu Daten gemäß ***Absatz 1*** gewähren sehr große Online-Plattformen über Online-Datenbanken oder über Anwendungsprogrammierschnittstellen.

Or. en

Änderungsantrag 745
Anna Júlia Donáth, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Sehr große Online-Plattformen stellen dem Nutzer auf Anfrage, mindestens aber einmal jährlich, eine umfassende Auskunft über die im Vorjahr verwendeten Daten des Nutzers zur Verfügung. Die Auskunft umfasst eine Auflistung, welche Daten erhoben wurden, wie sie verwendet wurden und an welche Dritte sie weitergegeben wurden. Online-Plattformen stellen diese Informationen auf leicht verständliche Weise dar.

Or. en

Änderungsantrag 746

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit akademischen Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 747

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Um zugelassen zu werden, müssen **die** Forscher **mit akademischen Einrichtungen verbunden sein**, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Geänderter Text

(4) Um zugelassen zu werden, müssen **wissenschaftliche** Forscher unabhängig von gewerblichen Interessen sein, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Or. en

Änderungsantrag 748
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß den **Absätzen 1 und 2** zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen **der sehr großen Online-Plattformen und** der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von

Geänderter Text

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß **Absatz 1** zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen und der Aufrechterhaltung der Sicherheit

vertraulichen Informationen, *insbesondere von Geschäftsgeheimnissen*, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

ihres Dienstes.

Or. en

Änderungsantrag 749

Anna Júlia Donáth, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß den Absätzen 1 *und* 2 zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

Geänderter Text

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß den Absätzen 1, 2 *und 3a* zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

Or. en

Änderungsantrag 750

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß **den Absätzen 1 und 2** zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe **an zugelassene Forscher** im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß **Absatz 1** zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

Or. en

Änderungsantrag 751 Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 6 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(6) Innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß den Absätzen 1 und 2 kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich aus einem der **beiden** folgenden Gründe außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren:

Geänderter Text

(6) Innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß den Absätzen 1 und 2 kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich aus einem der **drei** folgenden Gründe außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren:

Or. en

Änderungsantrag 752 Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 6 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(6) Innerhalb von **15** Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß den Absätzen 1 und 2 kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich **aus einem der beiden folgenden Gründe** außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren:

Geänderter Text

(6) Innerhalb von **3** Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß den Absätzen 1 und 2 kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren, **da**

Or. en

Änderungsantrag 753

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 6 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(6) Innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß **den Absätzen 1 und 2** kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich aus einem der beiden folgenden Gründe außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren:

Geänderter Text

(6) Innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß **Absatz 1** kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich aus einem der beiden folgenden Gründe außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren:

Or. en

Änderungsantrag 754

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 6 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) die Gewährung des Zugangs zu den Daten wird zu erheblichen Schwachstellen bei der Sicherheit ihres Dienstes oder beim Schutz vertraulicher Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, führen. **entfällt**

Or. en

Änderungsantrag 755
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 6 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(ba) Wenn es sich um personenbezogene Daten handelt, würde ein Zugriff auf die Daten gegen geltendes Unionsrecht oder nationale Datenschutzbestimmungen verstoßen.

Or. en

Änderungsantrag 756
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 7

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7) Änderungsanträge nach Absatz 6 Buchstabe b müssen Vorschläge für ein oder mehrere Alternativen enthalten, wie der Zugang zu den angeforderten Daten oder zu anderen Daten gewährt werden kann, die für die Zwecke des Verlangens angemessen und ausreichend sind. **entfällt**

Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission entscheidet innerhalb von 15 Tagen über den Änderungsantrag und teilt der sehr

**großen Online-Plattform den betreffenden
Beschluss sowie gegebenenfalls das
geänderte Verlangen mit der neuen Frist
für dessen Erfüllung mit.**

Or. en

**Änderungsantrag 757
Vladimír Bilčík, Lena Düpont**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 7 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**(7a) Nach Abschluss der in Artikel 31
Absatz 2 vorgesehenen
Forschungsarbeiten machen die
zugelassenen Forscher ihre
Forschungsarbeiten unter
Berücksichtigung der Rechte und
Interessen der betroffenen Nutzer im
Einklang mit der Verordnung
(EU) 2019/679 öffentlich zugänglich.**

Or. en

**Änderungsantrag 758
Marina Kaljurand**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 7 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**(7a) Nach Abschluss ihrer
Forschungsarbeiten veröffentlichen die
zugelassenen Forscher, denen Zugang zu
den Daten gewährt wurde, ihre
Ergebnisse.**

Or. en

Änderungsantrag 759

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 32 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Sehr große Online-Plattformen benennen als Compliance-Beauftragte nur Personen, die über die zur Erfüllung der in Absatz 3 genannten Aufgaben erforderlichen beruflichen Qualifikationen, Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten verfügen. Compliance-Beauftragte können entweder Mitarbeiter der betreffenden sehr großen Online-Plattform sein oder diese Aufgaben auf der Grundlage eines Vertrags mit der Plattform wahrnehmen.

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen benennen als Compliance-Beauftragte nur Personen, die über die zur Erfüllung der in Absatz 3 genannten Aufgaben erforderlichen beruflichen Qualifikationen, Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten verfügen. Compliance-Beauftragte können entweder Mitarbeiter der betreffenden sehr großen Online-Plattform sein oder diese Aufgaben auf der Grundlage eines Vertrags mit der Plattform wahrnehmen.

Compliance-Beauftragte verfügen über fundierte Kenntnisse des bestehenden Rechtsrahmens zur Freiheit der Meinungsäußerung.

Or. en

Änderungsantrag 760
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 32 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Sehr große Online-Plattformen benennen **als Compliance-Beauftragte** nur Personen, die über die zur Erfüllung der in Absatz 3 genannten Aufgaben erforderlichen beruflichen Qualifikationen, Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten verfügen. Compliance-Beauftragte können entweder Mitarbeiter der betreffenden sehr großen Online-Plattform sein oder diese Aufgaben auf der Grundlage eines Vertrags mit der Plattform wahrnehmen.

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen benennen nur Personen **als Compliance-Beauftragte**, die über die zur Erfüllung der in Absatz 3 genannten Aufgaben erforderlichen beruflichen Qualifikationen, Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten verfügen. Compliance-Beauftragte können entweder Mitarbeiter der betreffenden sehr großen Online-Plattform sein oder diese Aufgaben auf der Grundlage eines Vertrags mit der Plattform wahrnehmen.

Or. en

Änderungsantrag 761
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 32 – Absatz 3 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Zusammenarbeit mit dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und mit **der Kommission** für die Zwecke dieser Verordnung;

Geänderter Text

a) Zusammenarbeit mit dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und mit **dem Gremium** für die Zwecke dieser Verordnung;

Or. en

Änderungsantrag 762
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 32 – Absatz 3 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) **Organisation und Beaufsichtigung der Tätigkeiten der sehr großen Online-Plattform im Zusammenhang mit der unabhängigen Prüfung gemäß Artikel 28;**

Geänderter Text

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 763
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 32 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Sehr große Online-Plattformen ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, damit die Compliance-Beauftragten ihre Aufgaben in unabhängiger Weise wahrnehmen können.

Geänderter Text

(4) Sehr große Online-Plattformen ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, damit die Compliance-Beauftragten ihre Aufgaben in unabhängiger **und unpolitischer** Weise wahrnehmen können.

Or. en

Änderungsantrag 764
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 33 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Zusätzlich zu den in Artikel 13 genannten Berichten machen sehr große Online-Plattformen mindestens einmal jährlich und innerhalb von 30 Tagen nach Annahme des in Artikel 28 Absatz 4 genannten Berichts über die Umsetzung der Prüfergebnisse folgende Unterlagen öffentlich zugänglich und übermitteln sie dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und der Kommission:

a) einen Bericht über die Ergebnisse der Risikobewertung gemäß Artikel 26,

b) die gemäß Artikel 27 ermittelten und umgesetzten Risikominderungsmaßnahmen,

c) den in Artikel 28 Absatz 3 genannten Prüfbericht,

d) den in Artikel 28 Absatz 4 genannten Bericht über die Umsetzung der Prüfergebnisse.

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 765
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 33 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) einen Bericht über die Ergebnisse der Risikobewertung gemäß Artikel 26,

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 766
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 33 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die gemäß Artikel 27 **ermittelten und umgesetzten Risikominderungsmaßnahmen**,

Geänderter Text

b) die gemäß Artikel 27 **konkret durchgeführten Maßnahmen**,

Or. en

Änderungsantrag 767
Sylvie Guillaume

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 33 – Absatz 2 – Buchstabe d a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

da) einen Prüfbericht über die Algorithmen, die für die Referenzierung, die Personalisierung und die Moderation von Inhalten verwendet werden.

Or. fr

Änderungsantrag 768
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 33 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Ist eine sehr große Online-Plattform der Auffassung, dass die Veröffentlichung von Informationen gemäß Absatz 2 zur Offenlegung vertraulicher Informationen dieser Plattform oder der Nutzer führen, erhebliche Schwachstellen für die Sicherheit ihres Dienstes verursachen, die

entfällt

öffentliche Sicherheit beeinträchtigen oder Nutzern schaden könnte, so kann sie diese Informationen aus den Berichten entfernen. In diesem Fall übermittelt die Plattform dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und der Kommission die vollständigen Berichte zusammen mit einer Begründung für die Entfernung der Informationen aus der öffentlichen Fassung der Berichte.

Or. en

Änderungsantrag 769
Marina Kaljurand, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 33a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 33a

Interoperabilität

(1) Bis zum 31. Dezember 2024 müssen sehr große Online-Plattformen die Hauptfunktionen ihrer Dienste mit anderen Online-Plattformen interoperabel machen, um einen plattformübergreifenden Informationsaustausch zu ermöglichen. Diese Verpflichtung darf ihre Fähigkeit zur Löschung von Sicherheitsproblemen nicht einschränken, behindern oder verlangsamen. Sehr große Online-Plattformen müssen alle von ihnen bereitgestellten Anwendungsprogrammierschnittstellen öffentlich dokumentieren.

(2) Die Kommission erlässt Durchführungsvorschriften, in denen Art und Umfang der in Absatz 1 genannten Verpflichtungen festgelegt werden.

Or. en

Änderungsantrag 770
Annalisa Tardino

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**b) elektronische Übermittlung von
Meldungen durch vertrauenswürdige
Hinweisgeber nach Artikel 19, auch über
Anwendungsprogrammierschnittstellen;**

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 771
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**d) Prüfung sehr großer Online-
Plattformen nach Artikel 28;**

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 772
**Caterina Chinnici, Hilde Vautmans, David Lega, Javier Moreno Sánchez, Antonio
López-Istúriz White, Dragoş Pîslaru, Eva Kaili, Josianne Cutajar, Ioan-Rareş Bogdan,
Milan Brglez, Fabienne Keller**

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**(1a) 2) (neu) Die Kommission
unterstützt und fördert die Entwicklung
und Umsetzung von Branchennormen,
die von den einschlägigen europäischen
und internationalen Normungsgremien
zum Schutz und zur Förderung der
Rechte des Kindes festgelegt werden und
deren Einhaltung nach ihrer**

Verabschiedung zumindest in folgenden Punkten verbindlich ist:

a) Alterssicherung und Altersüberprüfung gemäß Artikel 12a (neu) und 12b (neu) und 13;

b) Kinderverträglichkeitsprüfungen gemäß Artikel 12a (neu) und 13;

c) altersangemessene Geschäftsbedingungen gemäß Artikel 12;

d) kindgerechte Gestaltung gemäß Artikel 12b (neu) und 13.

Or. en

Änderungsantrag 773
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 35

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 35

entfällt

Verhaltenskodizes

(1) Die Kommission und das Gremium fördern und erleichtern die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, kann die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere

Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 setzen sich die Kommission und das Gremium dafür ein, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten Ziele klar dargelegt werden und wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele zu messen, und dass die Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, einschließlich der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen. Darüber hinaus bemühen sich die Kommission und das Gremium, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes.

(4) Die Kommission und das Gremium bewerten, ob die Verhaltenskodizes den in den Absätzen 1 und 3 genannten Zielen entsprechen, und überwachen und bewerten regelmäßig die Erreichung der damit verfolgten Ziele. Sie veröffentlichen ihre Schlussfolgerungen.

(5) Das Gremium überwacht und bewertet regelmäßig, inwieweit die Ziele der Verhaltenskodizes erreicht wurden, und berücksichtigt dabei gegebenenfalls die gegebenenfalls darin enthaltenen wesentlichen Leistungsindikatoren.

Änderungsantrag 774**Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans****Vorschlag für eine Verordnung****Artikel 35 – Absatz 1***Vorschlag der Kommission*

(1) Die Kommission und das Gremium fördern und erleichtern die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

Geänderter Text

(1) Die Kommission und das Gremium fördern und erleichtern die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte **nach Unions- und nationalem Recht** und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

Änderungsantrag 775**Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa****Vorschlag für eine Verordnung****Artikel 35 – Absatz 1***Vorschlag der Kommission*

(1) Die Kommission und das Gremium **fördern und erleichtern** die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb

Geänderter Text

(1) Die Kommission und das Gremium **haben das Recht**, die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene **zu verlangen und erleichtern diese**, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht,

und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

Or. en

Änderungsantrag 776

Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 35 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission und das Gremium **fördern und erleichtern** die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

Geänderter Text

(1) Die Kommission und das Gremium **sollten** die Ausarbeitung von **freiwilligen** Verhaltenskodizes auf Unionsebene **fördern und erleichtern**, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

Or. en

Änderungsantrag 777

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 35 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, **kann** die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen,

Geänderter Text

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, **fordert** die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen,

andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte **auffordern**, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte **auf**, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Or. en

Änderungsantrag 778 **Tomas Tobé**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 35 – Absatz 2**

Vorschlag der Kommission

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, kann die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und **andere Beteiligte** auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Geänderter Text

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, kann die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und **einschlägige interessierten Kreise** auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Or. en

Änderungsantrag 779
Vladimír Bilčík, Lena Düpont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 35 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Treten **erhebliche** systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, **kann** die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte **auffordern**, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Geänderter Text

(2) Treten systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, **fordert** die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte **auf**, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Or. en

Änderungsantrag 780
Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 35 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Das Gremium **überwacht und bewertet** regelmäßig, inwieweit die Ziele der Verhaltenskodizes erreicht wurden, und **berücksichtigt** dabei gegebenenfalls die **gegebenenfalls** darin enthaltenen wesentlichen Leistungsindikatoren.

Geänderter Text

(5) Das Gremium **sollte** regelmäßig **überwachen und bewerten**, inwieweit die Ziele der Verhaltenskodizes erreicht wurden, und dabei gegebenenfalls die darin enthaltenen wesentlichen Leistungsindikatoren **berücksichtigen**.

Or. en

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 36

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 36

entfällt

Verhaltenskodizes für Online-Werbung

(1) Die Kommission fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung, oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden, um über die Anforderungen der Artikel 24 und 30 hinaus zu mehr Transparenz bei Online-Werbung beizutragen.

(2) Die Kommission setzt sich dafür ein, dass mit den Verhaltenskodizes eine wirksame Informationsübermittlung unter uneingeschränkter Achtung der Rechte und Interessen aller Beteiligten sowie ein wettbewerbsorientiertes, transparentes und faires Umfeld in der Online-Werbung im Einklang mit dem Unionsrecht und dem nationalen Recht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, angestrebt werden. Die Kommission setzt sich dafür ein, dass sich die Verhaltenskodizes mindestens auf Folgendes erstrecken:

a) die Übermittlung von Informationen, die sich im Besitz von Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung befinden, an die Nutzer in Bezug auf die Anforderungen gemäß Artikel 24 Buchstaben b und c;

b) die Übermittlung von Informationen, die sich im Besitz von Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-

Werbung befinden, an die Archive gemäß Artikel 30.

(3) Die Kommission fördert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes innerhalb eines Jahres nach dem Geltungsbeginn dieser Verordnung und ihre Anwendung spätestens sechs Monate nach diesem Zeitpunkt.

Or. en

Änderungsantrag 782
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 36 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung, oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden, um über die Anforderungen der Artikel 24 und 30 hinaus zu mehr Transparenz bei Online-Werbung beizutragen.

Geänderter Text

(1) Die Kommission fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung, oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden, um über die Anforderungen der Artikel **13a (neu)**, 24 und 30 hinaus zu mehr Transparenz bei Online-Werbung beizutragen.

Or. en

Änderungsantrag 783
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 36 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Die Kommission setzt sich dafür ein, dass mit den Verhaltenskodizes eine wirksame Informationsübermittlung unter

Geänderter Text

(2) Die Kommission setzt sich dafür ein, dass mit den Verhaltenskodizes eine wirksame Informationsübermittlung unter

uneingeschränkter Achtung der Rechte und Interessen aller Beteiligten sowie ein wettbewerbsorientiertes, transparentes und faires Umfeld in der Online-Werbung im Einklang mit dem Unionsrecht und dem nationalen Recht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, angestrebt werden. Die Kommission setzt sich dafür ein, dass sich die Verhaltenskodizes mindestens auf Folgendes erstrecken:

uneingeschränkter Achtung der Rechte und Interessen aller Beteiligten sowie ein wettbewerbsorientiertes, transparentes und faires Umfeld in der Online-Werbung im Einklang mit dem Unionsrecht und dem nationalen Recht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz **der Privatsphäre und** personenbezogener Daten, angestrebt werden. Die Kommission setzt sich dafür ein, dass sich die Verhaltenskodizes mindestens auf Folgendes erstrecken:

Or. en

Änderungsantrag 784
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 36 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die Übermittlung von Informationen, die sich im Besitz von Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung befinden, an die Nutzer in Bezug auf die Anforderungen gemäß **Artikel 24** Buchstaben b und c;

Geänderter Text

a) die Übermittlung von Informationen, die sich im Besitz von Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung befinden, an die Nutzer in Bezug auf die Anforderungen gemäß **den Artikeln 13a (neu), 13b (neu) und 24** Buchstaben b und c;

Or. en

Änderungsantrag 785
Fabienne Keller, Nathalie Loiseau, Hilde Vautmans, Maite Pagazaurtundúa, Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 36 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Die Kommission fördert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes innerhalb eines Jahres nach dem Geltungsbeginn dieser Verordnung und

Geänderter Text

(3) Die Kommission fördert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes innerhalb eines Jahres nach dem Geltungsbeginn dieser Verordnung und

ihre Anwendung spätestens sechs Monate nach diesem Zeitpunkt.

ihre Anwendung spätestens sechs Monate nach diesem Zeitpunkt. **Die Kommission überwacht die Anwendung dieser Kodizes zwei Jahre nach Anwendungsbeginn dieser Verordnung.**

Or. en

Änderungsantrag 786
Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 37

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

[...]

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 787
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 37

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

[...]

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 789
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 38 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Die Mitgliedstaaten benennen eine der zuständigen Behörden als ihren Koordinator für digitale Dienste. Der Koordinator für digitale Dienste ist für alle

(2) Die Mitgliedstaaten benennen eine der zuständigen Behörden als ihren Koordinator für digitale Dienste. Der Koordinator für digitale Dienste ist für alle

Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in diesem Mitgliedstaat zuständig, ***es sei denn, der betreffende Mitgliedstaat hat bestimmte besondere Aufgaben oder Sektoren anderen zuständigen Behörden übertragen.*** Der Koordinator für digitale Dienste ist in jedem Fall dafür zuständig, die Koordinierung dieser Angelegenheiten auf nationaler Ebene sicherzustellen und zu einer wirksamen und einheitlichen Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in der gesamten Union beizutragen.

Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in diesem Mitgliedstaat zuständig. Der Koordinator für digitale Dienste ist in jedem Fall dafür zuständig, die Koordinierung dieser Angelegenheiten auf nationaler Ebene sicherzustellen und zu einer wirksamen und einheitlichen Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in der gesamten Union beizutragen.

Or. en

Änderungsantrag 790
Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 38 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

-1) Die Mitgliedstaaten benennen nicht die in Artikel 30 der Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste als zuständige Behörden bzw. als Koordinator für digitale Dienste benannten Regulierungsbehörden.

Or. en

Begründung

Die Mitgliedstaaten sollten nicht dieselben Behörden, die gemäß Artikel 30 der AVMD-Richtlinie benannt wurden, benennen, um zu vermeiden, dass ein und dieselbe Institution mit der Befugnis ausgestattet wird, die gesamte Medienlandschaft sowie den Online-Raum des Mitgliedstaats zu gestalten.

Änderungsantrag 791
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 38 – Absatz 2 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Zu diesem Zweck arbeiten die Koordinatoren für digitale Dienste untereinander sowie mit anderen zuständigen nationalen Behörden, dem Gremium **und der Kommission** zusammen, unbeschadet der Möglichkeit der Mitgliedstaaten, einen regelmäßigen Meinungsaustausch mit anderen Behörden vorzusehen, sofern dies für die Wahrnehmung der Aufgaben dieser anderen Behörden und des Koordinators für digitale Dienste von Bedeutung ist.

Geänderter Text

Zu diesem Zweck arbeiten die Koordinatoren für digitale Dienste untereinander sowie mit anderen zuständigen nationalen Behörden **und** dem Gremium zusammen, unbeschadet der Möglichkeit der Mitgliedstaaten, einen regelmäßigen Meinungsaustausch mit anderen Behörden vorzusehen, sofern dies für die Wahrnehmung der Aufgaben dieser anderen Behörden und des Koordinators für digitale Dienste von Bedeutung ist.

Or. en

Änderungsantrag 792

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Fabienne Keller, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 38 – Absatz 3 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(3) Die Mitgliedstaaten benennen die Koordinatoren für digitale Dienste innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung.

Geänderter Text

(3) Die Mitgliedstaaten benennen die Koordinatoren für digitale Dienste innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung. ***Ist ein Mitgliedstaat Gegenstand eines Verfahrens nach Artikel 7 Absatz 1 oder 2 des Vertrags über die Europäische Union, bestätigt die Kommission, dass der von diesem Mitgliedstaat vorgeschlagene Koordinator für digitale Dienste die in Artikel 39 festgelegten Anforderungen erfüllt, bevor dieser benannt werden kann.***

Or. en

Änderungsantrag 793
Anna Júlia Donáth, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 38 – Absatz 3 – Unterabsatz 1 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

-1) Ist ein Mitgliedstaat Gegenstand eines Verfahrens nach Artikel 7 Absatz 1 oder 2 des Vertrags über die Europäische Union oder wurde gegen ihn ein Verfahren auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 2020/2092 eingeleitet, bestätigt die Kommission zusätzlich, dass der von diesem Mitgliedstaat vorgeschlagene Koordinator für digitale Dienste die in Artikel 39 festgelegten Anforderungen erfüllt, bevor dieser benannt werden kann.

Or. en

Änderungsantrag 794
Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 38 – Absatz 3 – Unterabsatz -1a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

-1a) Dieser Absatz gilt entsprechend für das Verfahren für die Zertifizierung von Einrichtungen zur außergerichtlichen Streitbeilegung gemäß Artikel 18 Absatz 2 und die Zuerkennung des Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers gemäß Artikel 19 Absatz 2.

Or. en

Änderungsantrag 795
Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 39 – Absatz -1 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

-1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Koordinatoren für digitale Dienste rechtlich und funktional von der Regierung sowie von jeglichen anderen öffentlichen oder privaten Stellen unabhängig sind.

Or. en

Änderungsantrag 796

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 40 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) (4) Die Mitgliedstaaten üben im Falle von sehr großen Online-Plattformen im Sinne von Artikel 25, die Dienste für eine erhebliche Anzahl aktiver Nutzer in einem bestimmten Mitgliedstaat gemäß Artikel 23 Absatz 2 anbieten, ihre Zuständigkeit für die Zwecke der Kapitel III und IV dieser Verordnung aus.

Or. en

Änderungsantrag 797

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 40 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 lassen Artikel 50 Absatz 4 Unterabsatz 2 *und Artikel 51 Absatz 2 Unterabsatz 2* sowie die Aufgaben und Befugnisse *der Kommission* nach Abschnitt 3 unberührt.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 lassen Artikel 50 Absatz 4 Unterabsatz 2 sowie die Aufgaben und Befugnisse *des Gremiums* nach Abschnitt 3 unberührt.

Änderungsantrag 798

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 41 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die Befugnis, von diesen Anbietern sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, zu verlangen, dass sie diese Informationen innerhalb einer angemessenen Frist übermitteln;

Geänderter Text

a) die Befugnis, von diesen Anbietern sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, zu verlangen, dass sie diese Informationen innerhalb einer angemessenen Frist übermitteln, ***es sei denn, diese Informationen sind bekanntermaßen durch Vorrechte und Befreiungen nach geltendem Recht geschützt;***

Änderungsantrag 799

Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 41 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die Befugnis, von diesen Anbietern sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich

Geänderter Text

a) die Befugnis, von diesen Anbietern sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich

Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, zu verlangen, dass sie diese Informationen innerhalb einer angemessenen Frist übermitteln;

Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, zu verlangen, dass sie diese Informationen innerhalb einer angemessenen Frist übermitteln, **mit Ausnahme von Informationen, die einer beruflichen Geheimhaltungspflicht unterliegen**;

Or. en

Änderungsantrag 800
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 41 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) die Befugnis, die Verpflichtungszusagen dieser Anbieter in Bezug auf die Einhaltung dieser Verordnung anzunehmen und diese Verpflichtungszusagen für bindend zu erklären;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 801
Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 41 – Absatz 3 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist, haben die Koordinatoren für digitale Dienste in Bezug auf Anbieter von **Vermittlungsdiensten**, die der rechtlichen Zuständigkeit ihres Mitgliedstaats unterliegen, in Fällen, in denen alle anderen Befugnisse nach diesem Artikel zur Einstellung einer Zuwiderhandlung ausgeschöpft wurden, die

(3) Soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist, haben die Koordinatoren für digitale Dienste in Bezug auf Anbieter von **Hosting-Diensten**, die der rechtlichen Zuständigkeit ihres Mitgliedstaats unterliegen, in Fällen, in denen alle anderen Befugnisse nach diesem Artikel zur Einstellung einer Zuwiderhandlung ausgeschöpft wurden, die Zuwiderhandlung anhält und einen

Zu widerhandlung anhält und einen schwerwiegenden Schaden verursacht, der durch die Ausübung anderer Befugnisse nach Unionsrecht oder nationalem Recht nicht vermieden werden kann, die Befugnis, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

schwerwiegenden Schaden verursacht, der durch die Ausübung anderer Befugnisse nach Unionsrecht oder nationalem Recht nicht vermieden werden kann, die Befugnis, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

Or. en

Änderungsantrag 802

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Olivier Chastel, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 41 – Absatz 3 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) ist der Koordinator für digitale Dienste der Auffassung, dass der Anbieter die Anforderungen des ersten Spiegelstrichs nicht ausreichend erfüllt hat, dass die Zu widerhandlung anhält und einen schwerwiegenden Schaden verursacht und dass die Zu widerhandlung eine schwere Straftat darstellt, die das Leben oder die Sicherheit von Personen bedroht, so fordert er die zuständige Justizbehörde dieses Mitgliedstaats auf, anzuordnen, dass der Zugang der Nutzer **zu dem** von der Zu widerhandlung betroffenen **Dienst** oder – nur wenn dies technisch nicht möglich ist – zur Online-Schnittstelle des Anbieters von Vermittlungsdiensten, auf der die Zu widerhandlung erfolgt, vorübergehend eingeschränkt wird.

Geänderter Text

b) ist der Koordinator für digitale Dienste der Auffassung, dass der Anbieter die Anforderungen des ersten Spiegelstrichs nicht ausreichend erfüllt hat, dass die Zu widerhandlung anhält und einen schwerwiegenden Schaden verursacht und dass die Zu widerhandlung eine schwere Straftat darstellt, die das Leben oder die Sicherheit von Personen **direkt und unmittelbar** bedroht, so fordert er die zuständige Justizbehörde dieses Mitgliedstaats auf, anzuordnen, dass der Zugang der Nutzer **des** von der Zu widerhandlung betroffenen **Dienstes zum Gegenstand dieser Zu widerhandlung** oder – nur wenn dies technisch nicht möglich ist – zur Online-Schnittstelle des Anbieters von Vermittlungsdiensten, auf der die Zu widerhandlung erfolgt, vorübergehend eingeschränkt wird.

Or. en

Änderungsantrag 803

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 41 – Absatz 3 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) ist der Koordinator für digitale Dienste der Auffassung, dass der Anbieter die Anforderungen des ersten Spiegelstrichs nicht ausreichend erfüllt hat, dass die Zuwiderhandlung anhält und einen schwerwiegenden Schaden verursacht und dass die Zuwiderhandlung eine schwere Straftat darstellt, die das Leben oder die Sicherheit von Personen bedroht, so fordert er die zuständige Justizbehörde dieses Mitgliedstaats auf, anzuordnen, dass der Zugang der Nutzer zu dem von der Zuwiderhandlung betroffenen Dienst oder – nur wenn dies technisch nicht möglich ist – zur Online-Schnittstelle des Anbieters von Vermittlungsdiensten, auf der die Zuwiderhandlung erfolgt, vorübergehend eingeschränkt wird.

Geänderter Text

b) ist der Koordinator für digitale Dienste der Auffassung, dass der Anbieter die Anforderungen des ersten Spiegelstrichs nicht ausreichend erfüllt hat, dass die Zuwiderhandlung anhält und einen schwerwiegenden Schaden verursacht und dass die Zuwiderhandlung eine schwere Straftat darstellt, die das Leben oder die Sicherheit von **einer Person oder mehreren Personen unmittelbar** bedroht, so fordert er die zuständige Justizbehörde dieses Mitgliedstaats auf, anzuordnen, dass der Zugang der Nutzer zu dem von der Zuwiderhandlung betroffenen Dienst oder – nur wenn dies technisch nicht möglich ist – zur Online-Schnittstelle des Anbieters von Vermittlungsdiensten, auf der die Zuwiderhandlung erfolgt, vorübergehend eingeschränkt wird.

Or. en

Änderungsantrag 804 Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 43 – Titel

Vorschlag der Kommission

Beschwerderecht

Geänderter Text

Beschwerderecht **und Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf**

Or. en

Änderungsantrag 805 Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 43 – Absatz 1

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. ***Zur Prüfung der Beschwerde kann eine Stellungnahme des Koordinators für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, zur Frage, wie die Angelegenheit unter Berücksichtigung des nationalen Rechts und des soziokulturellen Kontextes des jeweiligen Mitgliedstaats bewertet werden sollte, als Ergänzung herangezogen werden.*** Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

Or. en

Änderungsantrag 806

Anna Júlia Donáth, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 43 – Absatz 1

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, ***bzw. – im Falle sehr großer Online-Plattformen – bei der Kommission*** Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die

Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **oder – im Falle sehr großer Online-Plattformen – an die Kommission** weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

Or. en

Änderungsantrag 807 **Clare Daly**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 43 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

Geänderter Text

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter **und unterrichtet die Person, die die Beschwerde eingereicht hat, darüber.**

Or. en

Änderungsantrag 808 **Sylvie Guillaume**

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 43 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

Geänderter Text

Die Nutzer **und vertrauenswürdige Hinweisgeber** haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

Or. fr

Änderungsantrag 809

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 43 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Gemäß Absatz 1 sollte der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort in Fällen, in denen der Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, eine Beschwerde weitergeleitet hat, die Angelegenheit zeitnah prüfen und den Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, darüber informieren, wie die Beschwerde behandelt wurde.

Or. en

Änderungsantrag 810
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 43 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Jede natürliche oder juristische Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder außergerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen einen sie betreffenden rechtsverbindlichen Beschluss eines Koordinators für digitale Dienste.

Or. en

Begründung

Eine Person sollte das Recht auf einen Rechtsbehelf gegen einen sie betreffenden rechtsverbindlichen Beschluss eines Koordinators für digitale Dienste haben. Das Gleiche sollte auch gelten, wenn einer Beschwerde nicht Folge geleistet wird. Die vorgeschlagene Formulierung ist angelehnt an Artikel 78 GDPR.

Änderungsantrag 811
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 43 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Jeder Nutzer hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder außergerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf, wenn der zuständige Koordinator für digitale Dienste eine Beschwerde nicht bearbeitet oder den Nutzer nicht innerhalb von drei Monaten über den Fortgang und die Ergebnisse der gemäß Absatz 1 eingereichten Beschwerde unterrichtet.

Or. en

Begründung

Eine Person sollte das Recht auf einen Rechtsbehelf gegen einen sie betreffenden rechtsverbindlichen Beschluss eines Koordinators für digitale Dienste haben. Das Gleiche sollte auch gelten, wenn einer Beschwerde nicht Folge geleistet wird. Die vorgeschlagene Formulierung ist angelehnt an Artikel 78 GDPR.

Änderungsantrag 812

Marina Kaljurand

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 44 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Anzahl und Gegenstand der Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und der Auskunftsanordnungen, die gemäß den Artikeln 8 und 9 von einer nationalen **Justiz- oder Verwaltungsbehörde** des Mitgliedstaats des Koordinators für digitale Dienste erlassen wurden;

Geänderter Text

a) Anzahl und Gegenstand der Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und der Auskunftsanordnungen, die gemäß den Artikeln 8 und 9 von einer nationalen **Justizbehörde** des Mitgliedstaats des Koordinators für digitale Dienste erlassen wurden;

Or. en

Änderungsantrag 813

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 45 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Eine Aufforderung oder Empfehlung gemäß Absatz 1 sollte nicht die Möglichkeit ausschließen, dass der Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, eine eigene Untersuchung in Bezug auf einen mutmaßlichen Verstoß gegen diese Verordnung durch einen Anbieter eines Vermittlungsdienstes durchführt.

Or. en

Änderungsantrag 814

Patryk Jaki, Joachim Stanislaw Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 45 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Eine Empfehlung gemäß Absatz 1 und 2 kann zusätzlich durch Folgendes ergänzt werden:

a) eine Stellungnahme zu Fragen, bei denen das nationale Recht und der soziokulturelle Kontext zu berücksichtigen sind;

b) einen Beschlussentwurf auf der Grundlage einer Prüfung gemäß Absatz 1a.

Or. en

Änderungsantrag 815

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 45 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5) Hat der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder gegebenenfalls das Gremium innerhalb der in Absatz 4 genannten Frist keine Antwort erhalten oder stimmt er der Bewertung des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort nicht zu, so kann er **die Kommission** unter Vorlage aller einschlägigen Informationen mit der Angelegenheit befassen. Diese Informationen umfassen mindestens die an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort gerichtete Aufforderung oder Empfehlung, alle zusätzlichen Informationen gemäß Absatz 3 und die in Absatz 4 genannte Mitteilung.

(5) Hat der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder gegebenenfalls das Gremium innerhalb der in Absatz 4 genannten Frist keine Antwort erhalten oder stimmt er der Bewertung des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort nicht zu, so kann er **das Gremium** unter Vorlage aller einschlägigen Informationen mit der Angelegenheit befassen. Diese Informationen umfassen mindestens die an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort gerichtete Aufforderung oder Empfehlung, alle zusätzlichen Informationen gemäß Absatz 3 und die in Absatz 4 genannte Mitteilung.

Änderungsantrag 816
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 45 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6) Die Kommission gibt innerhalb von drei Monaten nach ihrer Befassung gemäß Absatz 5 eine Bewertung der Angelegenheit ab, nachdem sie den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und das Gremium – sofern sie nicht vom diesem selbst mit der Angelegenheit befasst wurde – konsultiert hat. **entfällt**

Or. en

Änderungsantrag 817
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 45 – Absatz 7

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7) Gelangt die Kommission gemäß Absatz 6 zu dem Schluss, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 4 ergriffenen oder geplanten Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, fordert sie den Koordinator für den digitalen Dienst am Niederlassungsort auf, die Angelegenheit weiter zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, und sie innerhalb von zwei Monaten nach dieser Aufforderung über diese Maßnahmen zu unterrichten. **entfällt**

Änderungsantrag 818

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 45 – Absatz 7

Vorschlag der Kommission

(7) Gelangt die Kommission gemäß Absatz 6 zu dem Schluss, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 4 ergriffenen oder geplanten Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, fordert sie den Koordinator für den digitalen Dienst am Niederlassungsort auf, die Angelegenheit weiter zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, und sie innerhalb von zwei Monaten nach dieser Aufforderung über diese Maßnahmen zu unterrichten.

Geänderter Text

(7) Gelangt die Kommission gemäß Absatz 6 zu dem Schluss, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 4 ergriffenen oder geplanten Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, fordert sie den Koordinator für den digitalen Dienst am Niederlassungsort auf, die Angelegenheit weiter zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, und sie innerhalb von zwei Monaten nach dieser Aufforderung über diese Maßnahmen zu unterrichten. ***Diese Informationen sollten auch an den Koordinator für digitale Dienste oder das Gremium, das das Verfahren gemäß Absatz 1 eingeleitet hat, übermittelt werden.***

Änderungsantrag 819

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 45 – Absatz 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7a) Zwei Monate nach der Aufforderung gemäß Absatz 7 stellt die Kommission fest, ob die Prüfung oder die gemäß Absatz 4 getroffenen oder vorgesehenen Untersuchungs- oder

Durchsetzungsmaßnahmen mit dieser Verordnung unvereinbar sind. Kommt die Kommission zu dem Schluss, dass die Prüfung oder die gemäß Absatz 4 getroffenen oder vorgesehenen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen mit dieser Verordnung unvereinbar sind, leitet sie innerhalb eines Monats ein Verletzungsverfahren gegen den betreffenden Mitgliedstaat des Koordinators für digitale Dienste ein.

Or. en

Änderungsantrag 820
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 46 – Titel

Vorschlag der Kommission

Gemeinsame Untersuchungen und Anträge auf ein Eingreifen **der Kommission**

Geänderter Text

Gemeinsame Untersuchungen und Anträge auf ein Eingreifen **des Gremiums**

Or. en

Änderungsantrag 821
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 46 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Hat ein Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen diese Verordnung verstoßen hat, kann er beantragen, dass **die Kommission** die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen ergreift, um die Einhaltung dieser Verordnung gemäß Abschnitt 3 sicherzustellen. Ein solcher

Geänderter Text

(2) Hat ein Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen diese Verordnung verstoßen hat, kann er beantragen, dass **das Gremium** die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen ergreift, um die Einhaltung dieser Verordnung gemäß Abschnitt 3 sicherzustellen. Ein solcher

Antrag muss alle in Artikel 45 Absatz 2 aufgeführten Informationen enthalten und die Gründe darlegen, aus denen **die Kommission** ersucht wird, einzugreifen.

Antrag muss alle in Artikel 45 Absatz 2 aufgeführten Informationen enthalten und die Gründe darlegen, aus denen **das Gremium** ersucht wird, einzugreifen.

Or. en

Änderungsantrag 822
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 47 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) *Es wird eine unabhängige Beratergruppe der Koordinatoren für digitale Dienste für die Beaufsichtigung der Anbieter von Vermittlungsdiensten mit der Bezeichnung „Europäisches Gremium für digitale Dienste“ (im Folgenden das „Gremium“) eingerichtet.*

Geänderter Text

(1) *Um die einheitliche Anwendung dieser Verordnung zu gewährleisten, wird hiermit das „Europäische Gremium für digitale Dienste“ (im Folgenden das „Gremium“) als Einrichtung der Union eingerichtet. Das Gremium besitzt Rechtspersönlichkeit.*

Or. en

Änderungsantrag 823
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 47 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

(1a) *Das Gremium handelt bei der Erfüllung seiner Aufgaben und der Ausübung seiner Befugnisse unabhängig.*

Or. en

Änderungsantrag 824
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 47 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Das Gremium wird durch seinen Vorsitzenden vertreten.

Or. en

Änderungsantrag 825
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 47 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Das Gremium **berät die Koordinatoren für digitale Dienste und die Kommission** im Einklang mit dieser Verordnung, um folgende Ziele zu erreichen:

(2) Das Gremium **trifft Entscheidungen** im Einklang mit dieser Verordnung, um folgende Ziele zu erreichen:

Or. en

Änderungsantrag 826
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 47 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) **Beitrag zur** einheitlichen Anwendung dieser Verordnung und **zur** wirksamen Zusammenarbeit der Koordinatoren für digitale Dienste und der Kommission in Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen;

a) **Gewährleistung der** einheitlichen Anwendung dieser Verordnung **in der gesamten Union und der** wirksamen Zusammenarbeit der Koordinatoren für digitale Dienste und der Kommission in Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen;

Or. en

Änderungsantrag 827
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 47 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Koordinierung und **Mitwirkung an** Leitlinien und Analysen **der** Kommission, **der** Koordinatoren für digitale Dienste und **anderer zuständiger** Behörden zu neu auftretenden Fragen in Bezug auf Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen, im gesamten Binnenmarkt;

Geänderter Text

b) Koordinierung und **Bereitstellung von** Leitlinien und Analysen **für die** Kommission, **die** Koordinatoren für digitale Dienste und **andere zuständige** Behörden zu neu auftretenden Fragen in Bezug auf Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen, im gesamten Binnenmarkt;

Or. en

Änderungsantrag 828
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 47 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) Unterstützung der Koordinatoren für digitale Dienste **und der Kommission** bei der Beaufsichtigung sehr großer Online-Plattformen.

Geänderter Text

c) Unterstützung der Koordinatoren für digitale Dienste bei der Beaufsichtigung sehr großer Online-Plattformen.

Or. en

Änderungsantrag 829
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 48 – Absatz 2a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Das Gremium wählt aus dem Kreis seiner Mitglieder mit einfacher Mehrheit einen Vorsitzenden und zwei stellvertretende Vorsitzende.

Or. en

Änderungsantrag 830
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 48 – Absatz 2b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Die Amtszeit des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden beträgt fünf Jahre und kann einmal verlängert werden.

Or. en

Änderungsantrag 831
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 48 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Den Vorsitz des Gremiums führt **die Kommission. Die Kommission** beruft die Sitzungen ein und bereitet die Tagesordnung im Einklang mit den Aufgaben des Gremiums gemäß dieser Verordnung und seiner Geschäftsordnung vor.

(3) Den Vorsitz des Gremiums führt **der Vorsitzende. Der Vorsitzende** beruft die Sitzungen ein und bereitet die Tagesordnung im Einklang mit den Aufgaben des Gremiums gemäß dieser Verordnung und seiner Geschäftsordnung vor.

Or. en

Änderungsantrag 832
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 48 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5) Das Gremium **kann** Sachverständige und Beobachter zu seinen Sitzungen **einladen** und mit anderen Einrichtungen und sonstigen Stellen der

(5) Das Gremium **lädt** Sachverständige und Beobachter zu seinen Sitzungen **ein** und **arbeitet** mit anderen Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union sowie

Union sowie Beratergruppen und gegebenenfalls mit externen Sachverständigen ***zusammenarbeiten***. Das Gremium macht der Öffentlichkeit die Ergebnisse der dieser Zusammenarbeit zugänglich.

Beratergruppen und gegebenenfalls mit externen Sachverständigen ***zusammen***. Das Gremium macht der Öffentlichkeit die Ergebnisse der dieser Zusammenarbeit zugänglich.

Or. en

Änderungsantrag 833
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 48 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Das Gremium gibt sich ***nach Zustimmung der Kommission*** eine Geschäftsordnung.

Geänderter Text

(6) Das Gremium gibt sich ***mit einer Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder*** eine Geschäftsordnung ***und regelt seine Arbeitsweise selbst***.

Or. en

Änderungsantrag 834
Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 48 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Das Gremium gibt sich ***nach Zustimmung der Kommission*** eine Geschäftsordnung.

Geänderter Text

(6) Das Gremium gibt sich eine Geschäftsordnung ***und unterrichtet die Kommission darüber***.

Or. en

Änderungsantrag 835
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) **Beratung der Kommission beim** Ergreifen der in Artikel 51 genannten Maßnahmen und – **auf Aufforderung der Kommission – Abgabe von Stellungnahmen zu Entwürfen** von Maßnahmen **der Kommission** in Bezug auf sehr große Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung;

d) Ergreifen der in Artikel 51 genannten Maßnahmen und **Erlass** von Maßnahmen in Bezug auf sehr große Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung;

Or. en

Änderungsantrag 836

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) Beratung der Kommission beim Ergreifen der in Artikel 51 genannten Maßnahmen und – **auf Aufforderung der Kommission – Abgabe von** Stellungnahmen zu **Entwürfen von Maßnahmen der Kommission** in Bezug auf sehr große Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung;

d) Beratung der Kommission beim Ergreifen der in Artikel 51 genannten Maßnahmen und Abgabe von Stellungnahmen zu **Fragen** in Bezug auf sehr große Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung;

Or. en

Änderungsantrag 837

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe e a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ea) f) Abgabe von Stellungnahmen, Empfehlungen oder Ratschlägen zu Fragen im Zusammenhang mit Artikel 34.

Or. en

Änderungsantrag 838

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 50 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Wenn der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort eine Entscheidung trifft, in der er feststellt, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine der Bestimmungen von Kapitel III Abschnitt 4 verstoßen hat, nutzt er das erweiterte Beaufsichtigungssystem gemäß diesem Artikel. ***Er trägt etwaigen Stellungnahmen und Empfehlungen der Kommission und des Gremiums gemäß diesem Artikel weitestgehend Rechnung.***

Geänderter Text

(1) Wenn der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort eine Entscheidung trifft, in der er feststellt, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine der Bestimmungen von Kapitel III Abschnitt 4 verstoßen hat, nutzt er das erweiterte Beaufsichtigungssystem gemäß diesem Artikel. ***Das Gremium nutzt von sich aus oder auf Antrag von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort das erweiterte Beaufsichtigungssystem gemäß diesem Artikel, wenn es den begründeten Verdacht hat, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine der genannten Bestimmungen verstoßen hat.***

Or. en

Änderungsantrag 839

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 50 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Bei der Mitteilung der in Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Entscheidung an die betreffende sehr große Online-Plattform fordert der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort diese auf, innerhalb eines Monats nach der Entscheidung einen Aktionsplan zu erstellen, in dem dargelegt wird, wie diese Plattform die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen gedenkt, und ***dem Koordinator für digitale Dienste, der***

Geänderter Text

(2) Bei der Mitteilung der in Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Entscheidung an die betreffende sehr große Online-Plattform fordert der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort diese auf, innerhalb eines Monats nach der Entscheidung einen Aktionsplan zu erstellen, in dem dargelegt wird, wie diese Plattform die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen gedenkt, und dem Gremium zu übermitteln. Die im

Kommission und dem Gremium zu übermitteln. Die im Aktionsplan vorgesehenen Maßnahmen können gegebenenfalls die Beteiligung an einem Verhaltenskodex gemäß Artikel 35 umfassen.

Aktionsplan vorgesehenen Maßnahmen können gegebenenfalls die Beteiligung an einem Verhaltenskodex gemäß Artikel 35 umfassen.

Or. en

Änderungsantrag 840
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 50 – Absatz 3 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(3) Innerhalb eines Monats nach Erhalt des Aktionsplans **übermittelt das Gremium dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort seine Stellungnahme zu dem Aktionsplan. Innerhalb eines Monats nach Erhalt dieser Stellungnahme** entscheidet **der Koordinator für digitale Dienste**, ob der Aktionsplan geeignet ist, die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen.

Geänderter Text

(3) Innerhalb eines Monats nach Erhalt des Aktionsplans entscheidet das Gremium, ob der Aktionsplan geeignet ist, die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen.

Or. en

Änderungsantrag 841
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 50 – Absatz 3 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Hat der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort Bedenken, ob die Maßnahmen geeignet sind, die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen, so kann er die betreffende sehr große Online-Plattform auffordern, sich einer zusätzlichen, unabhängigen Prüfung

Geänderter Text

Hat der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort Bedenken, ob die Maßnahmen geeignet sind, die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen, so kann er die betreffende sehr große Online-Plattform auffordern, sich einer zusätzlichen, unabhängigen Prüfung

zur Bewertung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu unterziehen. In diesem Fall übermittelt die Plattform dem Koordinator für digitale Dienste, **der Kommission** und dem Gremium innerhalb von **vier Monaten** nach dem im Unterabsatz 1 genannten Beschluss den Prüfbericht. **Bei der Aufforderung zu einer solchen zusätzlichen Prüfung kann der Koordinator für digitale Dienste eine bestimmte auf der Grundlage der in Artikel 28 Absatz 2 genannten Kriterien ausgewählte Prüfstelle benennen, die die Prüfung auf Kosten der betreffenden Plattform durchführen soll.**

zur Bewertung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu unterziehen. In diesem Fall übermittelt die Plattform dem Koordinator für digitale Dienste und dem Gremium innerhalb von **einem Monat** nach dem im Unterabsatz 1 genannten Beschluss den Prüfbericht.

Or. en

Änderungsantrag 842
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 50 – Absatz 4 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(4) **Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort** teilt **der Kommission, dem Gremium und** der betroffenen sehr großen Online-Plattform seinen Standpunkt dazu mit, ob die sehr große Online-Plattform die Zuwiderhandlung beendet oder Abhilfe geschaffen hat, und legt die Gründe hierfür dar. Dabei hält er jeweils wie zutreffend die folgenden Fristen ein:

Geänderter Text

(4) **Das Gremium** teilt der betroffenen sehr großen Online-Plattform seinen Standpunkt dazu mit, ob die sehr große Online-Plattform die Zuwiderhandlung beendet oder Abhilfe geschaffen hat, und legt die Gründe hierfür dar. Dabei hält er jeweils wie zutreffend die folgenden Fristen ein:

Or. en

Änderungsantrag 843
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 50 – Absatz 4 – Buchstabe a

a) **innerhalb eines Monats nach Eingang des in Absatz 3 Unterabsatz 2 genannten Prüfberichts, wenn eine solche Prüfung durchgeführt wurde;**

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 844
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 50 – Absatz 4 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) innerhalb von **drei Monaten** nach der Entscheidung über den Aktionsplan gemäß Absatz 3 Unterabsatz 1, **wenn keine solche Prüfung durchgeführt wurde;**

b) innerhalb von **einem Monat** nach der Entscheidung über den Aktionsplan gemäß Absatz 3 Unterabsatz 1;

Or. en

Änderungsantrag 845
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 50 – Absatz 4 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Im Anschluss an die Übermittlung des Aktionsplans darf der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort keine Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf das einschlägige Verhalten der betreffenden sehr großen Online-Plattform mehr ergreifen; dies lässt Artikel 66 oder andere Maßnahmen, die er möglicherweise auf Verlangen **der Kommission** ergreift, unberührt.

Im Anschluss an die Übermittlung des Aktionsplans darf der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort keine Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf das einschlägige Verhalten der betreffenden sehr großen Online-Plattform mehr ergreifen; dies lässt Artikel 66 oder andere Maßnahmen, die er möglicherweise auf Verlangen **des Gremiums** ergreift, unberührt.

Or. en

Änderungsantrag 846

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 51 – Titel

Vorschlag der Kommission

Eingreifen **der Kommission** und Einleitung von Verfahren

Geänderter Text

Eingreifen **des Gremiums** und Einleitung von Verfahren

Or. en

Änderungsantrag 847

Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 51 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission kann entweder auf Empfehlung des Gremiums oder **von Amts wegen nach Konsultation des Gremiums** Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform einleiten, wenn

Geänderter Text

(1) Die Kommission kann entweder auf Empfehlung des Gremiums oder **auf Aufforderung von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort** Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform einleiten, wenn

Or. en

Änderungsantrag 848

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 51 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) **Die Kommission** kann entweder auf Empfehlung **des Gremiums** oder von Amts wegen **nach Konsultation des Gremiums** Verfahren im Hinblick auf den möglichen

Geänderter Text

(1) **Das Gremium** kann entweder auf Empfehlung **von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort** oder von Amts wegen

Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform einleiten, wenn

Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform einleiten, wenn

Or. en

Änderungsantrag 849
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 51 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) diese im Verdacht steht, gegen Bestimmungen dieser Verordnung verstoßen zu haben, und der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **nach der Aufforderung der Kommission gemäß Artikel 45 Absatz 7** keine Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen ergriffen hat, bei Ablauf der darin hierfür gesetzten Frist;

Geänderter Text

a) diese im Verdacht steht, gegen Bestimmungen dieser Verordnung verstoßen zu haben, und der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort keine Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen ergriffen hat, bei Ablauf der darin hierfür gesetzten Frist;

Or. en

Änderungsantrag 850
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 51 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) diese im Verdacht steht, gegen Bestimmungen dieser Verordnung verstoßen zu haben, und der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **die Kommission** gemäß Artikel 46 Absatz 2 ersucht hat, einzugreifen, bei Eingang dieses Antrags;

Geänderter Text

b) diese im Verdacht steht, gegen Bestimmungen dieser Verordnung verstoßen zu haben, und der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **das Gremium** gemäß Artikel 46 Absatz 2 ersucht hat, einzugreifen, bei Eingang dieses Antrags;

Or. en

Änderungsantrag 851

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 51 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Beschließt **die Kommission**, ein Verfahren nach Absatz 1 einzuleiten, so teilt sie dies allen Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform mit.

Geänderter Text

(2) Beschließt **das Gremium**, ein Verfahren nach Absatz 1 einzuleiten, so teilt sie dies allen Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform mit.

Or. en

Änderungsantrag 852

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 51 – Absatz 3 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(3) Der Koordinator für digitale Dienste gemäß **Artikel 45 Absatz 7**, Artikel 46 Absatz 2 und Artikel 50 Absatz 1 übermittelt der Kommission unverzüglich nach seiner Unterrichtung

Geänderter Text

(3) Der Koordinator für digitale Dienste gemäß Artikel 46 Absatz 2 und Artikel 50 Absatz 1 übermittelt der Kommission unverzüglich nach seiner Unterrichtung

Or. en

Änderungsantrag 853

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 51 – Absatz 3 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) sonstige Informationen, die sich im Besitz des Koordinators für digitale Dienste befinden und für das von **der Kommission** eingeleitete Verfahren von

Geänderter Text

c) sonstige Informationen, die sich im Besitz des Koordinators für digitale Dienste befinden und für das von **dem Gremium** eingeleitete Verfahren von

Bedeutung sein können.

Bedeutung sein können.

Or. en

Änderungsantrag 854
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 51 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Das Gremium und die Koordinatoren für digitale Dienste, von denen die Aufforderung gemäß Artikel 45 Absatz 1 ausgeht, übermitteln der Kommission unverzüglich nach ihrer Unterrichtung alle in ihrem Besitz befindlichen Informationen, die für das von der Kommission eingeleitete Verfahren von Bedeutung sein können.

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 855
Moritz Körner, Michal Šimečka, Jan-Christoph Oetjen, Sophia in 't Veld

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 52 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission durch einfaches Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission durch einfaches Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und

Artikel 50 Absatz 3 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer angemessenen Frist verlangen.

Artikel 50 Absatz 3 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer angemessenen Frist verlangen, *es sei denn, diese Informationen sind bekanntermaßen durch Vorrechte und Befreiungen nach geltendem Recht geschützt;*

Or. en

Änderungsantrag 856

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 52 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission durch einfaches Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer angemessenen Frist verlangen.

Geänderter Text

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission durch einfaches Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen, *ihren gesetzlichen Vertretern* sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer angemessenen Frist verlangen.

Or. en

Änderungsantrag 857

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 52 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann **die Kommission** durch einfaches Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß **Artikel 28 und** Artikel 50 Absatz 3 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer angemessenen Frist verlangen.

Geänderter Text

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann **das Gremium** durch einfaches Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 50 Absatz 3 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer angemessenen Frist verlangen.

Or. en

Änderungsantrag 858
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 52 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Bei der Übermittlung eines einfachen Auskunftsverlangens an die betreffende sehr große Online-Plattform oder an eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 gibt **die Kommission** die Rechtsgrundlage und den Zweck des Verlangens an, führt auf, welche Informationen erforderlich sind, und setzt die Frist für die Übermittlung der Informationen und nennt die in Artikel 59 vorgesehenen Sanktionen für den Fall, dass unrichtige oder irreführende Angaben gemacht werden.

Geänderter Text

(2) Bei der Übermittlung eines einfachen Auskunftsverlangens an die betreffende sehr große Online-Plattform oder an eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 gibt **das Gremium** die Rechtsgrundlage und den Zweck des Verlangens an, führt auf, welche Informationen erforderlich sind, und setzt die Frist für die Übermittlung der Informationen und nennt die in Artikel 59 vorgesehenen Sanktionen für den Fall, dass unrichtige oder irreführende Angaben gemacht werden.

Or. en

Änderungsantrag 859

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 52 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Verlangt **die Kommission** im Wege eines Beschlusses, dass die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 Informationen übermittelt, gibt **sie** die Rechtsgrundlage und den Zweck des Verlangens an, führt auf, welche Informationen erforderlich sind, und setzt die Frist für die Übermittlung der fest. Ferner nennt sie darin die in Artikel 59 vorgesehenen Sanktionen bzw. nennt oder verhängt darin die in Artikel 60 vorgesehenen Zwangsgelder. Darüber hinaus wird darin auf das Recht hingewiesen, den Beschluss vom Gerichtshof der Europäischen Union überprüfen zu lassen.

Geänderter Text

(3) Verlangt **das Gremium** im Wege eines Beschlusses, dass die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 Informationen übermittelt, gibt **es** die Rechtsgrundlage und den Zweck des Verlangens an, führt auf, welche Informationen erforderlich sind, und setzt die Frist für die Übermittlung der fest. Ferner nennt sie darin die in Artikel 59 vorgesehenen Sanktionen bzw. nennt oder verhängt darin die in Artikel 60 vorgesehenen Zwangsgelder. Darüber hinaus wird darin auf das Recht hingewiesen, den Beschluss vom Gerichtshof der Europäischen Union überprüfen zu lassen.

Or. en

Änderungsantrag 860

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 52 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Auf Verlangen **der Kommission** stellen die Koordinatoren für digitale Dienste und andere zuständige Behörden **der Kommission** alle Informationen zur Verfügung, die sie zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben benötigt.

Geänderter Text

(5) Auf Verlangen **des Gremiums** stellen die Koordinatoren für digitale Dienste und andere zuständige Behörden **dem Gremium** alle Informationen zur Verfügung, die sie zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben benötigt.

Or. en

Änderungsantrag 861
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 53 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Zur Wahrnehmung der **ihr** in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann **die Kommission** jede natürliche oder juristische Person befragen, die der Befragung zum Zweck der Einholung von Informationen über den Gegenstand einer Untersuchung der Zuwiderhandlung oder mutmaßlichen Zuwiderhandlung zustimmt.

Geänderter Text

Zur Wahrnehmung der **ihm** in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann **das Gremium** jede natürliche oder juristische Person befragen, die der Befragung zum Zweck der Einholung von Informationen über den Gegenstand einer Untersuchung der Zuwiderhandlung oder mutmaßlichen Zuwiderhandlung zustimmt.

Or. en

Änderungsantrag 862
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 54 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Zur Wahrnehmung der **ihr** in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann **die Kommission** Nachprüfungen vor Ort in den Räumlichkeiten der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 durchführen.

Geänderter Text

(1) Zur Wahrnehmung der **ihm** in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann **das Gremium** Nachprüfungen vor Ort in den Räumlichkeiten der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 durchführen.

Or. en

Änderungsantrag 863
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 54 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Nachprüfungen vor Ort können

Geänderter Text

(2) Nachprüfungen vor Ort können

auch mit Unterstützung von Prüfern oder Sachverständigen, die von **der Kommission** gemäß Artikel 57 Absatz 2 benannt werden, durchgeführt werden.

auch mit Unterstützung von Prüfern oder Sachverständigen, die von **dem Gremium** gemäß Artikel 57 Absatz 2 benannt werden, durchgeführt werden.

Or. en

Änderungsantrag 864 **Clare Daly**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 54 – Absatz 3**

Vorschlag der Kommission

(3) Bei Nachprüfungen vor Ort können **die Kommission** und die von **ihr** benannten Prüfer oder Sachverständigen von der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 Erläuterungen zu Organisation, Funktionsweise, IT-System, Algorithmen, Datenverwaltung und Geschäftsgebaren verlangen. **Die Kommission** und die von **ihr** benannten Prüfer oder Sachverständigen können Schlüsselpersonal der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 befragen.

Geänderter Text

(3) Bei Nachprüfungen vor Ort können **das Gremium** und die von **ihm** benannten Prüfer oder Sachverständigen von der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 Erläuterungen zu Organisation, Funktionsweise, IT-System, Algorithmen, Datenverwaltung und Geschäftsgebaren verlangen. **Das Gremium** und die von **ihm** benannten Prüfer oder Sachverständigen können Schlüsselpersonal der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 befragen.

Or. en

Änderungsantrag 865 **Clare Daly**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 54 – Absatz 4**

Vorschlag der Kommission

(4) Die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 ist verpflichtet, die Nachprüfungen vor Ort zu dulden, die **die Kommission** durch Beschluss angeordnet.

Geänderter Text

(4) Die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 ist verpflichtet, die Nachprüfungen vor Ort zu dulden, die **das Gremium** durch Beschluss angeordnet. In

In dem Beschluss werden Gegenstand und Zweck des Besuchs aufgeführt, das Datum des Beginns des Besuchs festgelegt, die in den Artikeln 59 und 60 vorgesehenen Sanktionen angegeben sowie auf das Recht hingewiesen, den Beschluss vom Gerichtshof der Europäischen Union überprüfen zu lassen.

dem Beschluss werden Gegenstand und Zweck des Besuchs aufgeführt, das Datum des Beginns des Besuchs festgelegt, die in den Artikeln 59 und 60 vorgesehenen Sanktionen angegeben sowie auf das Recht hingewiesen, den Beschluss vom Gerichtshof der Europäischen Union überprüfen zu lassen.

Or. en

Änderungsantrag 866 **Clare Daly**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 55 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) Im Rahmen eines Verfahrens, das zum Erlass eines Beschlusses wegen Nichteinhaltung gemäß Artikel 58 Absatz 1 führen kann, kann **die Kommission** bei Dringlichkeit aufgrund der Gefahr einer schwerwiegenden Schädigung der Nutzer auf der Grundlage einer prima facie festgestellten Zuwiderhandlung im Wege eines Beschlusses einstweilige Maßnahmen gegen die betreffende sehr große Online-Plattform anordnen.

Geänderter Text

(1) Im Rahmen eines Verfahrens, das zum Erlass eines Beschlusses wegen Nichteinhaltung gemäß Artikel 58 Absatz 1 führen kann, kann **das Gremium** bei Dringlichkeit aufgrund der Gefahr einer schwerwiegenden Schädigung der Nutzer auf der Grundlage einer prima facie festgestellten Zuwiderhandlung im Wege eines Beschlusses einstweilige Maßnahmen gegen die betreffende sehr große Online-Plattform anordnen.

Or. en

Änderungsantrag 867 **Clare Daly**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 56**

Vorschlag der Kommission

Artikel 56

Verpflichtungszusagen

(1) Bietet die betreffende sehr große Online-Plattform während des Verfahrens

Geänderter Text

entfällt

*nach diesem Abschnitt
Verpflichtungszusagen an, die die
Einhaltung der einschlägigen
Bestimmungen dieser Verordnung
gewährleisten, so kann die Kommission
diese Verpflichtungszusagen für die
betreffende sehr große Online-Plattform
im Wege eines Beschlusses für bindend
erklären und feststellen, dass für ein
Tätigwerden der Kommission kein Anlass
mehr besteht.*

*(2) Die Kommission kann das Verfahren
auf Antrag oder von Amts wegen wieder
aufnehmen,*

*a) wenn eine materielle Änderung des
Sachverhalts, auf den sich der Beschluss
stützte, eingetreten ist;*

*b) wenn die betreffende sehr große
Online-Plattform gegen ihre
Verpflichtungszusagen verstößt oder*

*c) wenn der Beschluss auf
unvollständigen, unrichtigen oder
irreführenden Angaben der betreffenden
sehr großen Online-Plattform oder einer
anderen Person gemäß Artikel 52
Absatz 1 beruhte.*

*(3) Ist die Kommission der Auffassung,
dass die von der sehr großen Online-
Plattform angebotenen
Verpflichtungszusagen die wirksame
Einhaltung der einschlägigen
Bestimmungen dieser Verordnung nicht
sicherstellen können, so lehnt sie diese
Verpflichtungszusagen bei Abschluss des
Verfahrens in einem mit Gründen
versehenen Beschluss ab.*

Or. en

Änderungsantrag 868
Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 57 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die wirksame Umsetzung und Einhaltung dieser Verordnung durch die betreffende sehr große Online-Plattform zu überwachen. Die Kommission kann auch anordnen, dass diese Plattform Zugang zu ihren Datenbanken und Algorithmen gewährt und entsprechende Erläuterungen dazu gibt.

Geänderter Text

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die wirksame Umsetzung und Einhaltung dieser Verordnung **und der Charta der Grundrechte** durch die betreffende sehr große Online-Plattform, **einschließlich des Einsatzes eines Algorithmus bei der Erbringung ihrer Dienste**, zu überwachen **und zu prüfen**. Die Kommission kann auch anordnen, dass diese Plattform Zugang zu ihren Datenbanken und Algorithmen gewährt und entsprechende Erläuterungen dazu gibt.

Or. en

Änderungsantrag 869
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 57 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Zur Wahrnehmung der **ihr** in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann **die Kommission** die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die wirksame Umsetzung und Einhaltung dieser Verordnung durch die betreffende sehr große Online-Plattform zu überwachen. **Die Kommission** kann auch anordnen, dass diese Plattform Zugang zu ihren Datenbanken und Algorithmen gewährt und entsprechende Erläuterungen dazu gibt.

Geänderter Text

(1) Zur Wahrnehmung der **ihm** in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann **das Gremium** die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die wirksame Umsetzung und Einhaltung dieser Verordnung durch die betreffende sehr große Online-Plattform zu überwachen. **Das Gremium** kann auch anordnen, dass diese Plattform Zugang zu ihren Datenbanken und Algorithmen gewährt und entsprechende Erläuterungen dazu gibt.

Or. en

Änderungsantrag 870
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 57 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Maßnahmen gemäß Absatz 1 können die Benennung unabhängiger externer Sachverständiger und Prüfer umfassen, die **die Kommission** bei der Überwachung der Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung unterstützen und **der Kommission** spezifisches Fachwissen oder Kenntnisse zur Verfügung stellen.

Geänderter Text

(2) Die Maßnahmen gemäß Absatz 1 können die Benennung unabhängiger externer Sachverständiger und Prüfer umfassen, die **das Gremium** bei der Überwachung der Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung unterstützen und **dem Gremium** spezifisches Fachwissen oder Kenntnisse zur Verfügung stellen.

Or. en

Änderungsantrag 871
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 58 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) **Die Kommission** erlässt einen Beschluss wegen Nichteinhaltung, wenn **sie** feststellt, dass die betreffende sehr große Online-Plattform eine oder mehrere der folgenden Anforderungen nicht erfüllt:

Geänderter Text

(1) **Das Gremium** erlässt einen Beschluss wegen Nichteinhaltung, wenn **es** feststellt, dass die betreffende sehr große Online-Plattform eine oder mehrere der folgenden Anforderungen nicht erfüllt:

Or. en

Änderungsantrag 872
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 58 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) **gemäß Artikel 56 bindende Verpflichtungszusagen.**

Geänderter Text

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 873

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 58 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Vor Erlass des Beschlusses gemäß Absatz 1 teilt **die Kommission** der betreffenden sehr großen Online-Plattform **ihre** vorläufige Beurteilung mit. In dieser vorläufigen Beurteilung erläutert **die Kommission**, welche Maßnahmen **sie** zu ergreifen beabsichtigt bzw. die betreffende sehr große Online-Plattform ergreifen sollte, um der vorläufigen Beurteilung wirksam Rechnung zu tragen.

Geänderter Text

(2) Vor Erlass des Beschlusses gemäß Absatz 1 teilt **das Gremium** der betreffenden sehr großen Online-Plattform **seine** vorläufige Beurteilung mit. In dieser vorläufigen Beurteilung erläutert **das Gremium**, welche Maßnahmen **es** zu ergreifen beabsichtigt bzw. die betreffende sehr große Online-Plattform ergreifen sollte, um der vorläufigen Beurteilung wirksam Rechnung zu tragen.

Or. en

Änderungsantrag 874

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 58 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) In dem gemäß Absatz 1 erlassenen Beschluss ordnet **die Kommission** an, dass die betreffende sehr große Online-Plattform die erforderlichen Maßnahmen ergreift, um die Einhaltung des Beschlusses nach Absatz 1 innerhalb einer angemessenen Frist sicherzustellen und Informationen über die Maßnahmen zu übermitteln, die diese Plattform zu ergreifen beabsichtigt, um dem Beschluss nachzukommen.

Geänderter Text

(3) In dem gemäß Absatz 1 erlassenen Beschluss ordnet **das Gremium** an, dass die betreffende sehr große Online-Plattform die erforderlichen Maßnahmen ergreift, um die Einhaltung des Beschlusses nach Absatz 1 innerhalb einer angemessenen Frist sicherzustellen und Informationen über die Maßnahmen zu übermitteln, die diese Plattform zu ergreifen beabsichtigt, um dem Beschluss nachzukommen.

Or. en

Änderungsantrag 875

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 58 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die betreffende sehr große Online-Plattform übermittelt **der Kommission** eine Beschreibung der Maßnahmen, die sie ergriffen hat, um die Einhaltung des Beschlusses nach Absatz 1 bei deren Umsetzung sicherzustellen.

Geänderter Text

(4) Die betreffende sehr große Online-Plattform übermittelt **dem Gremium** eine Beschreibung der Maßnahmen, die sie ergriffen hat, um die Einhaltung des Beschlusses nach Absatz 1 bei deren Umsetzung sicherzustellen.

Or. en

Änderungsantrag 876
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 58 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Stellt **die Kommission** fest, dass die Bedingungen des Absatzes 1 nicht erfüllt sind, so schließt **sie** die Untersuchung mit einem Beschluss ab.

Geänderter Text

(5) Stellt **das Gremium** fest, dass die Bedingungen des Absatzes 1 nicht erfüllt sind, so schließt **es** die Untersuchung mit einem Beschluss ab.

Or. en

Änderungsantrag 877
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 59 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) In ihrem Beschluss gemäß Artikel 58 kann **die Kommission** gegen die betreffende sehr große Online-Plattform Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag von 6 % ihres im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatzes verhängen, wenn **sie** feststellt, dass diese

Geänderter Text

(1) In ihrem Beschluss gemäß Artikel 58 kann **das Gremium** gegen die betreffende sehr große Online-Plattform Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag von 6 % ihres im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatzes verhängen, wenn **es** feststellt, dass diese

Plattform vorsätzlich oder fahrlässig

Plattform vorsätzlich oder fahrlässig

Or. en

Änderungsantrag 878

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 59 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) eine freiwillige Maßnahme, die durch einen Beschluss gemäß Artikel 56 für bindend erklärt wurde, nicht einhält.

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 879

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 59 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) **Die Kommission** kann gegen die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 im Wege eines Beschlusses Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag von **1** % des im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatzes verhängen, wenn diese vorsätzlich oder fahrlässig

(2) **Das Gremium** kann gegen die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 im Wege eines Beschlusses Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag von **4** % des im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatzes verhängen, wenn diese vorsätzlich oder fahrlässig

Or. en

Änderungsantrag 880

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 59 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) unrichtige, unvollständige oder irreführende Angaben eines Beschäftigten nicht innerhalb der von **der Kommission** gesetzten Frist berichtet oder vollständige Informationen nicht erteilt oder verweigert;

Geänderter Text

b) unrichtige, unvollständige oder irreführende Angaben eines Beschäftigten nicht innerhalb der von **dem Gremium** gesetzten Frist berichtet oder vollständige Informationen nicht erteilt oder verweigert;

Or. en

Änderungsantrag 881
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 59 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Vor Erlass des Beschlusses gemäß Absatz 2 teilt **die Kommission** der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 **ihre** vorläufige Beurteilung mit.

Geänderter Text

(3) Vor Erlass des Beschlusses gemäß Absatz 2 teilt **das Gremium** der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 **seine** vorläufige Beurteilung mit.

Or. en

Änderungsantrag 882
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 59 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Bei der Festsetzung der Höhe der Geldbuße berücksichtigt **die Kommission** Art, Schwere, Dauer und Wiederholung der Zuwiderhandlung sowie bei gemäß Absatz 2 verhängten Geldbußen die im Verfahren verursachte Verzögerung.

Geänderter Text

(4) Bei der Festsetzung der Höhe der Geldbuße berücksichtigt **das Gremium** Art, Schwere, Dauer und Wiederholung der Zuwiderhandlung sowie bei gemäß Absatz 2 verhängten Geldbußen die im Verfahren verursachte Verzögerung.

Or. en

Änderungsantrag 883
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 60 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) **Die Kommission** kann – im Wege eines Beschlusses – gegen die betreffende sehr große Online-Plattform oder gegebenenfalls eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 ein Zwangsgeld pro Tag bis zu einem Höchstbetrag von 5 % des im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten durchschnittlichen Tagesumsatzes, berechnet ab dem im Beschluss genannten Tag, verhängen, um diese dazu zu zwingen,

Geänderter Text

(1) **Das Gremium** kann – im Wege eines Beschlusses – gegen die betreffende sehr große Online-Plattform oder gegebenenfalls eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 ein Zwangsgeld pro Tag bis zu einem Höchstbetrag von 5 % des im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten durchschnittlichen Tagesumsatzes, berechnet ab dem im Beschluss genannten Tag, verhängen, um diese dazu zu zwingen,

Or. en

Änderungsantrag 884
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 60 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) Verpflichtungszusagen, die im Wege eines Beschlusses gemäß Artikel 56 Absatz 1 für bindend erklärt wurden, nachzukommen;

Geänderter Text

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 885
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 61 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Für die **der Kommission** mit den

Geänderter Text

(1) Für die **dem Gremium** mit den

Artikeln 59 und 60 übertragenen
Befugnisse gilt eine Verjährungsfrist von
fünf Jahren.

Artikeln 59 und 60 übertragenen
Befugnisse gilt eine Verjährungsfrist von
fünf Jahren.

Or. en

Änderungsantrag 886
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 61 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Frist läuft ab dem Tag, an dem die **Zu widerhandlung begangen worden ist**. Im Fall andauernder oder wiederholter Zu widerhandlungen läuft die Frist jedoch ab dem Tag, an dem die Zu widerhandlung beendet wird.

Geänderter Text

(2) Die Frist läuft ab dem Tag, an dem die **Entscheidungen getroffen werden**. Im Fall andauernder oder wiederholter Zu widerhandlungen läuft die Frist jedoch ab dem Tag, an dem die Zu widerhandlung beendet wird.

Or. en

Änderungsantrag 887
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 61 – Absatz 3 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(3) Jede Maßnahme **der Kommission** oder des Koordinators für digitale Dienste zum Zwecke der Untersuchung oder Verfolgung einer Zu widerhandlung unterbricht die Verjährungsfrist für die Verhängung von Geldbußen oder Zwangsgeldern. Zu den Maßnahmen, die die Verjährungsfrist unterbrechen, gehören insbesondere:

Geänderter Text

(3) Jede Maßnahme **des Gremiums** oder des Koordinators für digitale Dienste zum Zwecke der Untersuchung oder Verfolgung einer Zu widerhandlung unterbricht die Verjährungsfrist für die Verhängung von Geldbußen oder Zwangsgeldern. Zu den Maßnahmen, die die Verjährungsfrist unterbrechen, gehören insbesondere:

Or. en

Änderungsantrag 888

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 61 – Absatz 3 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Auskunftsverlangen **der Kommission** oder eines Koordinators für digitale Dienste;

Geänderter Text

a) Auskunftsverlangen **des Gremiums** oder eines Koordinators für digitale Dienste;

Or. en

Änderungsantrag 889
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 61 – Absatz 3 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) die Eröffnung eines Verfahrens durch **die Kommission** gemäß Artikel 51 Absatz 2.

Geänderter Text

c) die Eröffnung eines Verfahrens durch **das Gremium** gemäß Artikel 51 Absatz 2.

Or. en

Änderungsantrag 890
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 61 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Nach jeder Unterbrechung beginnt die Frist von Neuem. Die Verjährungsfrist für die Verhängung von Geldbußen oder Zwangsgeldern endet jedoch spätestens an dem Tag, an dem ein Zeitraum verstrichen ist, der der doppelten Verjährungsfrist entspricht, ohne dass **die Kommission** eine Geldbuße oder ein Zwangsgeld verhängt hat. Diese Frist wird um den Zeitraum verlängert, in dem die Verjährungsfrist gemäß Absatz 5 ausgesetzt ist.

Geänderter Text

(4) Nach jeder Unterbrechung beginnt die Frist von Neuem. Die Verjährungsfrist für die Verhängung von Geldbußen oder Zwangsgeldern endet jedoch spätestens an dem Tag, an dem ein Zeitraum verstrichen ist, der der doppelten Verjährungsfrist entspricht, ohne dass **das Gremium** eine Geldbuße oder ein Zwangsgeld verhängt hat. Diese Frist wird um den Zeitraum verlängert, in dem die Verjährungsfrist gemäß Absatz 5 ausgesetzt ist.

Änderungsantrag 891

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 61 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Die Verjährungsfrist für die Durchsetzung von Geldbußen oder Zwangsgeldern ruht, solange zu dem Beschluss **der Kommission** ein Verfahren vor dem Gerichtshof der Europäischen Union anhängig ist.

Geänderter Text

(5) Die Verjährungsfrist für die Durchsetzung von Geldbußen oder Zwangsgeldern ruht, solange zu dem Beschluss **des Gremiums** ein Verfahren vor dem Gerichtshof der Europäischen Union anhängig ist.

Or. en

Änderungsantrag 892

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 62 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Für die Befugnisse **der Kommission** zur Durchsetzung von Beschlüssen gemäß den Artikeln 59 und 60 gilt eine Verjährungsfrist von fünf Jahren.

Geänderter Text

(1) Für die Befugnisse **des Gremiums** zur Durchsetzung von Beschlüssen gemäß den Artikeln 59 und 60 gilt eine Verjährungsfrist von fünf Jahren.

Or. en

Änderungsantrag 893

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 62 – Absatz 3 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) jede auf zwangsweise Beitreibung der Geldbuße oder des Zwangsgelds gerichtete Maßnahme **der Kommission**

Geänderter Text

b) jede auf zwangsweise Beitreibung der Geldbuße oder des Zwangsgelds gerichtete Maßnahme **des Gremiums** oder

oder eines Mitgliedstaats, der auf Ersuchen
der Kommission handelt.

eines Mitgliedstaats, der auf Ersuchen *des*
Gremiums handelt.

Or. en

Änderungsantrag 894
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 63 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Bevor *die Kommission* einen Beschluss gemäß Artikel 58 Absatz 1, Artikel 59 oder 60 erlässt, gibt *sie* der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 Gelegenheit, sich zu Folgendem zu äußern:

Geänderter Text

(1) Bevor *das Gremium* einen Beschluss gemäß Artikel 58 Absatz 1, Artikel 59 oder 60 erlässt, gibt *es* der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 Gelegenheit, sich zu Folgendem zu äußern:

Or. en

Änderungsantrag 895
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 63 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) vorläufige Beurteilung *der Kommission*, einschließlich der Beschwerdepunkte; und

Geänderter Text

a) vorläufige Beurteilung *des Gremiums*, einschließlich der Beschwerdepunkte; und

Or. en

Änderungsantrag 896
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 63 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Maßnahmen, die **die Kommission** in Anbetracht der vorläufigen Beurteilung gemäß Buchstabe a zu treffen beabsichtigt.

Geänderter Text

b) Maßnahmen, die **das Gremium** in Anbetracht der vorläufigen Beurteilung gemäß Buchstabe a zu treffen beabsichtigt.

Or. en

Änderungsantrag 897
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 63 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 kann innerhalb einer von **der Kommission** in **ihrer** vorläufigen Beurteilung gesetzten angemessenen Frist, die mindestens 14 Tage beträgt, zu der vorläufigen Beurteilung **der Kommission** Stellung nehmen.

Geänderter Text

(2) Die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 kann innerhalb einer von **dem Gremium** in **seiner** vorläufigen Beurteilung gesetzten angemessenen Frist, die mindestens 14 Tage beträgt, zu der vorläufigen Beurteilung **des Gremiums** Stellung nehmen.

Or. en

Änderungsantrag 898
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 63 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) **Die Kommission** stützt **ihre** Beschlüsse ausschließlich auf Beschwerdepunkte, zu denen sich die betroffenen Parteien äußern konnten.

Geänderter Text

(3) **Das Gremium** stützt **seine** Beschlüsse ausschließlich auf Beschwerdepunkte, zu denen sich die betroffenen Parteien äußern konnten.

Or. en

Änderungsantrag 899
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 63 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die Verteidigungsrechte der betroffenen Parteien werden während des Verfahrens in vollem Umfang gewahrt. Sie haben vorbehaltlich des berechtigten Interesses der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 an der Wahrung ihrer Geschäftsgeheimnisse das Recht auf Einsicht in die Akten **der Kommission** im Rahmen einer einvernehmlichen Einsichtnahme. Von der Akteneinsicht ausgenommen sind vertrauliche Informationen und interne Dokumente **der Kommission** oder der Behörden der Mitgliedstaaten. Insbesondere ist die Korrespondenz zwischen **der Kommission** und den Behörden der Mitgliedstaaten von der Akteneinsicht ausgenommen. Dieser Absatz steht der Offenlegung und Verwendung der für den Nachweis einer Zuwiderhandlung notwendigen Informationen durch **die Kommission** in keiner Weise entgegen.

Geänderter Text

(4) Die Verteidigungsrechte der betroffenen Parteien werden während des Verfahrens in vollem Umfang gewahrt. Sie haben vorbehaltlich des berechtigten Interesses der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 an der Wahrung ihrer Geschäftsgeheimnisse das Recht auf Einsicht in die Akten **des Gremiums** im Rahmen einer einvernehmlichen Einsichtnahme. Von der Akteneinsicht ausgenommen sind vertrauliche Informationen und interne Dokumente **des Gremiums** oder der Behörden der Mitgliedstaaten. Insbesondere ist die Korrespondenz zwischen **dem Gremium** und den Behörden der Mitgliedstaaten von der Akteneinsicht ausgenommen. Dieser Absatz steht der Offenlegung und Verwendung der für den Nachweis einer Zuwiderhandlung notwendigen Informationen durch **das Gremium** in keiner Weise entgegen.

Or. en

Änderungsantrag 900
Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 63 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Unbeschadet des Austauschs und der Verwendung der Informationen gemäß Artikel 51 Absatz 3 und Artikel 52 Absatz 5 geben **die Kommission**, das Gremium, die Behörden der Mitgliedstaaten und ihre jeweiligen Beamten, Bediensteten und sonstigen

Geänderter Text

(6) Unbeschadet des Austauschs und der Verwendung der Informationen gemäß Artikel 51 Absatz 3 und Artikel 52 Absatz 5 geben das Gremium, die Behörden der Mitgliedstaaten und ihre jeweiligen Beamten, Bediensteten und sonstigen Personen, die unter ihrer

Personen, die unter ihrer Aufsicht tätig sind, sowie andere beteiligte natürliche oder juristische Personen, einschließlich der gemäß Artikel 57 Absatz 2 benannten Prüfer und Sachverständigen, keine Informationen preis, die sie bei der Anwendung dieses Abschnitts erlangt oder ausgetauscht haben und die unter das Berufsgeheimnis fallen

Aufsicht tätig sind, sowie andere beteiligte natürliche oder juristische Personen, einschließlich der gemäß Artikel 57 Absatz 2 benannten Prüfer und Sachverständigen, keine Informationen preis, die sie bei der Anwendung dieses Abschnitts erlangt oder ausgetauscht haben und die unter das Berufsgeheimnis fallen

Or. en

Änderungsantrag 901 **Clare Daly**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 64 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) **Die Kommission** veröffentlicht die Beschlüsse, die **sie** gemäß Artikel 55 Absatz 1 und Artikel 56 Absatz 1 sowie gemäß den Artikeln 58, 59 und 60 erlässt. Bei dieser Veröffentlichung gibt sie die Namen der Parteien, den wesentlichen Inhalt des Beschlusses und die gegebenenfalls verhängten Sanktionen an.

Geänderter Text

(1) **Das Gremium** veröffentlicht die Beschlüsse, die **es** gemäß Artikel 55 Absatz 1 und Artikel 56 Absatz 1 sowie gemäß den Artikeln 58, 59 und 60 erlässt. Bei dieser Veröffentlichung gibt sie die Namen der Parteien, den wesentlichen Inhalt des Beschlusses und die gegebenenfalls verhängten Sanktionen an.

Or. en

Änderungsantrag 902 **Clare Daly**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 65 – Absatz 1 – Einleitung**

Vorschlag der Kommission

(1) Wurden alle Befugnisse nach diesem Artikel zur Einstellung einer Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung ausgeschöpft, aber die Zuwiderhandlung hält an und verursacht einen schwerwiegenden Schaden, der durch die Ausübung anderer Befugnisse nach

Geänderter Text

(1) Wurden alle Befugnisse nach diesem Artikel zur Einstellung einer Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung ausgeschöpft, aber die Zuwiderhandlung hält an und verursacht einen schwerwiegenden Schaden, der durch die Ausübung anderer Befugnisse nach

Unionsrecht oder nationalem Recht nicht vermieden werden kann, **kann die Kommission** den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort der betreffenden sehr großen Online-Plattform **auffordern**, gemäß Artikel 41 Absatz 3 tätig zu werden.

Unionsrecht oder nationalem Recht nicht vermieden werden kann, **fordert das Gremium** den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort der betreffenden sehr großen Online-Plattform **auf**, gemäß Artikel 41 Absatz 3 tätig zu werden.

Or. en

Änderungsantrag 903 Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 65 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Bevor **die Kommission** eine solche Aufforderung an den Koordinator für digitale Dienste richtet, gibt **sie** Beteiligten Gelegenheit, innerhalb einer Frist von mindestens zwei Wochen schriftlich dazu Stellung zu nehmen, wobei **sie** die beabsichtigten Maßnahmen beschreibt und den bzw. die Adressaten der Aufforderung nennt.

Geänderter Text

Bevor **das Gremium** eine solche Aufforderung an den Koordinator für digitale Dienste richtet, gibt **es** Beteiligten Gelegenheit, innerhalb einer Frist von mindestens zwei Wochen schriftlich dazu Stellung zu nehmen, wobei **es** die beabsichtigten Maßnahmen beschreibt und den bzw. die Adressaten der Aufforderung nennt.

Or. en

Änderungsantrag 904 Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 65 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Wenn die kohärente Anwendung dieser Verordnung dies erfordert, kann **die Kommission** von Amts wegen der in Artikel 41 Absatz 3 genannten zuständigen Justizbehörde eine schriftliche Stellungnahme übermitteln. Mit Zustimmung der betreffenden Justizbehörde kann sie auch mündlich

Geänderter Text

(2) Wenn die kohärente Anwendung dieser Verordnung dies erfordert, kann **das Gremium** von Amts wegen der in Artikel 41 Absatz 3 genannten zuständigen Justizbehörde eine schriftliche Stellungnahme übermitteln. Mit Zustimmung der betreffenden Justizbehörde kann sie auch mündlich

Stellung nehmen.

Stellung nehmen.

Or. en

Änderungsantrag 905

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 65 – Absatz 2 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Ausschließlich zur Vorbereitung ihrer Stellungnahme kann **die Kommission** diese Justizbehörde auffordern, **ihr** alle für die Beurteilung des Falles erforderlichen Unterlagen zu übermitteln oder für deren Übermittlung zu sorgen.

Geänderter Text

Ausschließlich zur Vorbereitung ihrer Stellungnahme kann **das Gremium** diese Justizbehörde auffordern, **ihm** alle für die Beurteilung des Falles erforderlichen Unterlagen zu übermitteln oder für deren Übermittlung zu sorgen.

Or. en

Änderungsantrag 906

Clare Daly

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 66

Vorschlag der Kommission

Artikel 66

Durchführungsrechtsakte im Zusammenhang mit dem Eingreifen der Kommission

(1) In Bezug auf das Eingreifen der Kommission gemäß diesem Abschnitt kann die Kommission Durchführungsrechtsakte zu den praktischen Modalitäten für Folgendes erlassen:

- a) die Verfahren gemäß den Artikeln 54 bis 57;**
- b) die Anhörungen gemäß Artikel 63;**
- c) die einvernehmliche Offenlegung von Informationen gemäß Artikel 63.**

Geänderter Text

entfällt

(2) Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 70 genannten Beratungsverfahren erlassen. Bevor Maßnahmen gemäß Absatz 1 ergriffen werden, veröffentlicht die Kommission einen Entwurf dieser Maßnahmen und fordert alle Beteiligten auf, innerhalb der darin festgelegten Frist, die mindestens einen Monat beträgt, dazu Stellung zu nehmen.

Or. en

**Änderungsantrag 907
Sylvie Guillaume**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 66 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 66a

**Unabhängiger Beitrag zu Governance
und Überlegungen bei neuen
Herausforderungen**

Damit regelmäßig neue Grundsätze und Pflichten von einem unabhängigen Beteiligten festgelegt werden können, trägt das Forum für Information und Demokratie, das Gremium für die Umsetzung der von 21 Mitgliedstaaten unterzeichneten Internationalen Partnerschaft für Information und Demokratie, zur europäischen Governance bei Fragen im Zusammenhang mit der vorliegenden Verordnung bei, sodass es beispielsweise an auftretenden Problemen arbeiten kann.

a) Dem Forum wird die Rolle einer ständigen Sachverständigengruppe übertragen.

b) Dem Forum wird in Bezug auf die Umsetzung des Gesetzes über digitale Dienste, des Gesetzes über digitale Märkte und des Europäischen Aktionsplans für

Demokratie eine ständige Rolle als Denkfabrik übertragen, um die Widerstandsfähigkeit von Demokratien zu verbessern und ihre Reaktionen auf neue Herausforderungen im Zusammenhang mit Desinformation und Nachhaltigkeit von Medien anzupassen.

c) Das Forum hat außerdem den Auftrag, Bewertungen des Informationsraums durchzuführen, und es ist das zuständige Gremium für die Sicherstellung der Transparenz von Plattformen und der Überprüfbarkeit von Algorithmen. Es ist insbesondere dafür zuständig, den Zugang zu Daten für Forscher und alle qualifizierten Personen zu organisieren, wobei es ein vollständiges Bekanntwerden verhindert und die Vertraulichkeit der Daten sowie die Wahrung legitimer Geschäfts- und Industriegeheimnisse sicherstellt.

Or. fr

Änderungsantrag 908

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 73 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) **Fünf** Jahre nach dem Inkrafttreten und danach alle **fünf** Jahre bewertet die Kommission diese Verordnung und erstattet dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss hierüber Bericht.

Geänderter Text

(1) **Drei** Jahre nach dem Inkrafttreten und danach alle **drei** Jahre bewertet die Kommission diese Verordnung und erstattet dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss hierüber Bericht.

Auf der Grundlage der Ergebnisse und unter weitestgehender Berücksichtigung der Stellungnahme des Gremiums wird diesem Bericht gegebenenfalls ein Vorschlag zur Änderung dieser Verordnung beigelegt.

Or. en

Änderungsantrag 909

Patryk Jaki, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Beata Kempa

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 73 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) *Spätestens drei Jahre nach dem Beginn der Anwendung dieser Verordnung nimmt die Kommission nach Konsultation des Gremiums und unter Berücksichtigung der ersten Jahre der Anwendung der Verordnung eine Bewertung der Arbeitsweise des Gremiums vor und erstattet dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss darüber Bericht. Auf der Grundlage der Ergebnisse und unter weitestgehender Berücksichtigung der Stellungnahme des Gremiums wird diesem Bericht gegebenenfalls ein Vorschlag zur Änderung dieser Verordnung in Bezug auf die Struktur des Gremiums beigelegt.* **entfällt**

Or. en

Änderungsantrag 910

Tomas Tobé

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 74 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Sie gilt ab dem [Datum – **drei** Monate nach ihrem Inkrafttreten].

(2) Sie gilt ab dem [Datum – **zwölf** Monate nach ihrem Inkrafttreten].

Or. en